36. Jahrgang 1988 / 4. Heft / Oktober ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

HELLMUTH AUERBACH
Die politischen Anfänge Carlo Schmids

GÜNTER MORSCH
Streik im „Dritten Reich"

MICHAEL WOLFFSOHN
Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang

DOKUMENTATION
Kanzler in der Krise
Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959
(Hanns Jürgen Küsters)

LITERATUR

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz, Norbert Frei
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 18 00 26, FAX 123 17 27

36. Jahrgang | Heft 4 | Oktober 1988

INHALT

AUFSÄTZE

Hellmuth Auerbach
Die politischen Anfänge Carlo Schmids. Kooperation und Konfrontation mit der französischen Besatzungsmacht 1945–1948 595

Günter Morsch
Streik im „Dritten Reich" 649

Michael Wolffsohn
Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang 691

DOKUMENTATION

Hanns Jürgen Küsters
Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959 733

LITERATUR 769

NOTIZ 793

ABSTRACTS 796

BIBLIOGRAPHIE *169*

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HELLMUTH AUERBACH

DIE POLITISCHEN ANFÄNGE CARLO SCHMIDS

Kooperation und Konfrontation mit der französischen Besatzungsmacht 1945–1948

Es waren keineswegs ausschließlich Leute aus der politischen Szenerie der ja nur zwölf Jahre zurückliegenden Weimarer Republik, die nach dem Zusammenbruch des Hitler-Staats das politische Gesicht Nachkriegsdeutschlands prägten und die Konturen der im westlichen Teil des alten Deutschen Reichs entstehenden Bundesrepublik gestalteten. Es gab auch einige bemerkenswerte „Newcomer". Einer von ihnen, der Tübinger Landgerichtsrat und Dozent für Staatsrecht Karl Schmid, entwickelte sich binnen weniger Jahre zu einem der bedeutendsten politischen Köpfe der deutschen Nachkriegszeit. Er machte die steilste Karriere unter den neuen Leuten, und es gab nicht wenige – sowohl unter den Deutschen wie unter ihren westlichen Protektoren –, die Schmid sogar am liebsten als ersten Bundeskanzler der neuen deutschen Republik gesehen hätten[1].

Dabei war dieser Mann zwar nicht gerade zufällig, aber doch eher ungewollt zum Regierungschef eines Landes geworden, das noch dazu gegen seinen und fast aller seiner Landsleute Willen entstanden war und von Anfang an als Provisorium angesehen wurde – auch von denen, die es geschaffen hatten.

Karl Schmid – von seinen Schülern seit langem, ab 1947 allgemein Carlo Schmid genannt – wurde einer der aktivsten Gründerväter der Bundesrepublik. Unter diesem Aspekt blieb seine Tätigkeit als Regierungschef und Politiker im französisch besetzten Süd-Württemberg meistens unterbelichtet. Gerade dort konnte er aber dank seiner halbfranzösischen Herkunft und der Erfahrungen in Frankreich seine Talente entfalten und ein Verhältnis zur Besatzungsmacht seines Landes gewinnen, wie es wohl kein anderer deutscher Regierungschef dieser Jahre hatte.

Die im beiderseitigen Interesse unternommenen Bemühungen um eine Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen und den Franzosen, unter den Umständen des Besatzungsregimes eines Volkes, das ein knappes Jahr vorher noch selbst vom jetzt Okkupierten okkupiert gewesen war, konnten naturgemäß nicht ohne Reibungen und Friktionen verlaufen. Die situationsbedingten Eigenheiten dieser Kooperation und Konfrontation machen sie zu einem interessanten Kapitel der deutschen Nach-

[1] Siehe etwa das hübsche Porträt Carlo Schmids von Erich Kuby in: Süddeutsche Zeitung, 23. 6. 1949; vgl. auch Salomon Grumbach in: Le Populaire, 25. 8. 1949.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kriegsgeschichte. Am Beispiel der Anfänge der politischen Laufbahn Carlo Schmids und der Komplexität seiner Beziehungen zur Besatzungsmacht zeigen sich zudem Grundhaltungen und charakteristische Probleme der französischen Besatzungspolitik, im allgemeinen wie im speziellen Fall Württembergs, besonders deutlich[2].

*

Carlo Schmid wurde am 3. Dezember 1896 in Perpignan in Südfrankreich geboren[3]. Sein aus Württemberg stammender Vater war damals Lektor für deutsche Literatur und Philosophie an der Universität Toulouse, seine französische Mutter Lehrerin in Perpignan. Unter Anleitung der Eltern lernte der Junge gleichermaßen die deutsche wie die französische Sprache und Literatur kennen und lieben; bis zu seinem zwölften Lebensjahr genoß er eine klassische französische Schulbildung. Danach besuchte er ein Gymnasium in Stuttgart, wohin die Familie 1908 gezogen war.

Der junge Carlo machte in der Jugendbewegung mit (beim „Alt-Wandervogel") und beteiligte sich an der Kundgebung auf dem Hohen Meißner 1913. In immer stärkerem Maße nahm er deutsches Kultur- und Nationalgefühl in sich auf. Als im Sommer 1914 der Krieg ausbrach – er hatte gerade das Abitur gemacht –, mußte er sich entscheiden, welcher Nation er angehören wollte. Sein Vater hätte ihn am liebsten zum Studium in die Schweiz geschickt. Er selbst wollte „dabei sein", war sich aber unschlüssig, auf welcher Seite. Die patriotischer eingestellte Mutter machte dem Sohn klar, daß sein Vaterland Deutschland sei und er dessen Fahne zu folgen habe. Sein Mutterland Frankreich solle er aber weiterhin ehren und mit ihr künftig

---

[2] Bei der Materialbeschaffung für diese Studie wurde der Verfasser sehr freundlich unterstützt durch Herrn Henry Rollet, La Celle-St. Cloud, und Herrn Dr. Klaus-Dietmar Henke, Institut für Zeitgeschichte, sowie von den Archives du Ministère des Affaires Etrangères (künftig abgekürzt: AAE), Paris, den Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche (künftig: AOFA), Colmar, den Archives de l'Assemblée Nationale (künftig: AAN), Versailles, der Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine (künftig: BDIC), Nanterre, dem Public Record Office (künftig: PRO), Kew, dem Staatsarchiv Sigmaringen (künftig: StA Sigm.), dem Archiv der sozialen Demokratie (künftig: AsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, und dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), München. Den Genannten und allen hilfsbereiten Damen und Herren in den Archiven sei hier vielmals gedankt.

[3] Zu Carlo Schmids Biographie liegt noch nicht viel vor außer seinen Erinnerungen, Bern, München 1979. Zu seiner Dozentenzeit in Tübingen während des „Dritten Reiches" vgl. die Memoiren seines Schülers Michael Thomas (früher Ulrich Hollaender), Deutschland, England über alles. Rückkehr als englischer Besatzungsoffizier, Berlin 1984 und München 1987 (hier bes. S. 199–204). Die Augsburger Dissertation von Gerhard Hirscher, Carlo Schmid und die Gründung der Bundesrepublik. Eine politische Biographie, Bochum 1986, behandelt vor allem die Jahre 1945 bis 1949 und legt das Schwergewicht auf Schmids verfassunggebende Tätigkeit in der Gründungsphase der Bundesrepublik. Erwähnt sei auch Patrick Charbonneau, Carlo Schmid, Démocrate et patriote allemand. Sa vie, ses écrits, son action jusqu'en 1948, Thèse de 3ème cycle, Université de Paris X (Nanterre) 1982. Die Arbeit stützt sich im wesentlichen auf Schmids Erinnerungen, publizierte Reden und Pressematerial. Sie behandelt zwar Schmids Tätigkeit in Lille 1940–44, nicht aber sein Verhältnis zur französischen Militärregierung seit 1945.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur noch französisch sprechen[4]. So meldete er sich 1914 als Kriegsfreiwilliger zum deutschen Heer. Nach Einsätzen im Osten, vor Verdun und an der Somme war er bei Kriegsende Leutnant in einer Pioniereinheit und wurde in den Soldatenrat gewählt. In Stuttgart beteiligte er sich 1918/19 in einer Freiwilligeneinheit am Schutz der Regierung vor kommunistischen Umsturzversuchen.

Ab Frühjahr 1919 studierte Schmid in Tübingen Rechts- und Staatswissenschaften und machte dort auch die Referendarausbildung. Er promovierte nebenher bei Hugo Sinzheimer in Frankfurt über einen Teilbereich des Betriebsrätegesetzes. Seine am Tübinger Amtsgericht begonnene Laufbahn unterbrach Schmid 1927 zugunsten einer wesentlich interessanteren Tätigkeit am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin. Als enger Mitarbeiter des Institutsdirektors Viktor Bruns nahm er mit diesem an den Verhandlungen des Deutsch-Polnischen Gemischten Schiedsgerichts, das in verschiedenen europäischen Städten tagte, teil und arbeitete sich in Probleme der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und des Völkerrechts generell ein. Unter Anleitung des ebenfalls dort tätigen, sehr eloquenten Erich Kaufmann lernte er, auch in juristischen Streitfragen völlig frei auf französisch zu plädieren. Mit einer Arbeit über die Rechtsprechung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Den Haag habilitierte sich Schmid 1929 an der Universität Tübingen für Völkerrecht und internationales Privatrecht.

Nachdem es wegen einer von Bruns nicht gedeckten Artikelserie Schmids über juristische Aspekte des Reparationsproblems 1929 zum Bruch zwischen beiden gekommen war, zog sich Schmid wieder nach Tübingen zurück und bekam dort 1931 eine Stelle als Landgerichtsrat. Nach dem Machtantritt Hitlers und der Konsolidierung des NS-Regimes hielt er Widerstand für aussichtslos und lehnte auch eine Emigration ab, da es gut sei, „wenn auch unter einer totalen Gewaltherrschaft Menschen im Lande aushalten, die durch ihr Tun und Lassen zeigen, daß man sein Leben nach menschenwürdigeren Prinzipien führen kann als jenen, die die neuen Herren plakatieren ... Die Überlegungen hatten zur Folge, daß ich der Partei nicht beitrat, ihren Veranstaltungen fernblieb, den Beitritt zu NS-Rechtswahrerbund und der NS-Volkswohlfahrt, in die alle Mitglieder des alten württembergischen Richterbundes überführt wurden, aber hinnahm ...“[5]

Diese passive Haltung und seine unverhohlene Ablehnung des Nationalsozialismus führten dazu, daß Schmids Universitätskarriere beim Status des Privatdozenten stehenblieb. Da er sich auch jüdischer Studenten annahm und in seinen Vorlesungen gelegentlich deutliche Seitenhiebe gegen die NS-Ideologie austeilte, stieß er auf zunehmendes Mißtrauen und mußte sich Vernehmungen durch die Gestapo unterziehen. Wie für viele andere war auch für Schmid die Einberufung zur Wehrmacht nach Kriegsbeginn eine Rettung vor weiteren Pressionen seitens der Partei.

[4] Schmid, Erinnerungen, S. 47.
[5] Ebenda, S. 160f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schmid als Besatzungsoffizier in Frankreich

Anfang Juni 1940 bekam Carlo Schmid die Mitteilung, daß er als Militärverwaltungsrat einberufen werde und sich beim Chef der Militärverwaltung für Belgien und Nordfrankreich in Brüssel zu melden habe. Dort wurde er der Oberfeldkommandantur in Lille (Nordfrankreich) zugeteilt. Diese Tätigkeit in der deutschen Besatzungsverwaltung in Frankreich und seine dort gemachten Erfahrungen haben sich für Schmids späteres Wirken unter einer französischen Besatzung von großem Wert erwiesen, zumal seine in Lille gezeigte Haltung gegenüber den Okkupierten und ihren Problemen die Einstellung der späteren Okkupanten zu ihm stark beeinflußt hat. Es ist also gerechtfertigt, auf diese vier Jahre hier etwas näher einzugehen[6].

Zu den Aufgaben der deutschen Militärverwaltung gehörte „vor allem die Beaufsichtigung der französischen Verwaltung unter Beachtung der Haager Landkriegsordnung, damit die Wirtschaft in der Lage sei, nicht nur die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, sondern auch die der Besatzungsmacht"[7]. Schmid selbst wurden die Aufsicht über die französische Gerichtsbarkeit übertragen und die Beratung des Oberfeldkommandanten, General Heinrich Niehoff, in völkerrechtlichen Fragen. Er gewann das Vertrauen des Generals und wurde dank seiner guten Sprachkenntnisse bald zum „Mann für alles"[8]. Ihm oblag die Kontrolle der Zeitschriften, der Schulen, Universitäten und anderen kulturellen Einrichtungen, die er aber möglichst ungestört wirken ließ.

Der französische Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht entwickelte sich auch in Nordfrankreich erst nach dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion und verstärkte sich nach der Besetzung ganz Frankreichs im November 1942 und der auf deutschen Druck hin eingeführten Arbeitsdienstpflicht. Diese trieb viele junge Leute in den Maquis. Zunehmende Sabotageakte führten zu vermehrten Geiselnahmen unter der Zivilbevölkerung der betreffenden Orte, deren Erschießung als Vergeltung angedroht wurde. Schmid wurde mit diesem Problem sehr häufig konfrontiert; mehrfach konnte er erreichen, daß nicht auch noch unschuldig Festgenommene erschossen wurden, sondern nur aktive Saboteure und Widerstandskämpfer, die auf jeden Fall mit einem Todesurteil rechnen mußten. In einigen Fällen gelang es ihm, junge Leute vor dem Todesurteil zu bewahren; auch half er mit, Arbeitsdienstpflichtige, die nach Deutschland verschickt werden sollten, zu Waldarbeiten in die Ardennen oder andere Gegenden Frankreichs abzuordnen.

Bei der französischen Bevölkerung wurde Schmid allmählich als ein Mann bekannt, an den man sich wenden konnte, wenn sonst nicht zu helfen war. Dazu

---

[6] Vgl. dazu neben Schmids Erinnerungen, S. 175–208, Lucien Detrez, Quand Lille avait faim (1940–1944), Lille 1945, und Henri Duprez, 1940–1945 même combat dans l'ombre et la lumière. Episodes de la Résistance dans le Nord de la France: témoignages et souvenirs, Paris 1979.

[7] Schmid, Erinnerungen, S. 177.

[8] „L'homme à tout faire", Detrez, Lille, S. 186.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trug nicht zuletzt sein gutes Verhältnis zu den Vertretern der katholischen und der reformierten Kirche in Lille bei. Sowohl der Liller Domherr Detrez wie der Pastor Pasche stellten Schmid in ihren Berichten unmittelbar nach dem Kriege ein sehr ehrenvolles Zeugnis über seine Haltung gegenüber den Franzosen aus[9]. Zusammen mit Pasche bemühte sich Schmid um die Rettung der von der Deportation bedrohten Juden Lilles und des Départements du Nord; sehr viele konnten untertauchen oder mit von Schmid ausgestellten Passierscheinen in weniger gefährdete Gebiete, auch in die Schweiz, entkommen.

Als Carlo Schmid im Herbst 1941 auf einer Tagung der Akademie für Deutsches Recht in Berlin über Besatzungsrecht referierte, kam er mit Helmuth von Moltke in Kontakt, mit dem er sich sehr schnell verstand und im Laufe weiterer Gespräche bei Besuchen Moltkes in Lille oder Brüssel, auch in Berlin, von diesem langsam in die Widerstandsvorstellungen und Nachkriegspläne des Kreisauer Kreises eingeweiht wurde. Moltke hat in Carlo Schmid offensichtlich einen gleichgesinnten Mann getroffen und ihn sehr schätzen gelernt[10]. Er wollte von ihm vor allem auch Informationen über die französische Résistance bekommen und erfahren, wieweit man gegebenenfalls mit nichtkommunistischen Gruppen innerhalb dieser zusammenarbeiten könnte. Über den Pastor Pasche und andere Leute hatte Schmid Kontakte zu Résistancegruppen, wurde gelegentlich sogar aus diesen Kreisen vor möglichen Aktionen des Sicherheitsdienstes gewarnt[11]. Als Moltkes Verbindungsmann in Brüssel, der Militärverwaltungsrat Dr. Domke, im Juni 1944 Selbstmord beging, um seiner Verhaftung zu entgehen, und man in seinen Aufzeichnungen Schmids Namen fand, wurde auch Schmid vom Kriegsgericht vernommen und acht Tage in Untersuchungshaft behalten. Wieder freigelassen und nach Lille zurückgekehrt, bekam er seitens der Résistance das Angebot, ihn zu seinem Schutz zu „kidnappen", falls ihm weitere Nachstellungen durch das Kriegsgericht oder die Gestapo drohten[12].

Beim Abzug der deutschen Besatzungstruppen aus Lille am 1. September 1944 konnte Schmid die befohlene Zerstörung der Elektrizitäts- und Wasserwerke und die Überflutung der Bergwerke verhindern und zusammen mit dem Pastor Pasche und dem Schweizer Konsul die Freilassung eines Großteils der politischen Gefangenen erwirken. Über Pasche traf er mit der Résistance eine Verabredung, daß die durch Lille abziehenden deutschen Truppen nicht beschossen würden[13].

---

[9] Vgl. Detrez, Lille, S. 348–350; Marcel Pasches Bericht bei Duprez, Résistance, S. 193–195. Laut Pasche ging damals (1944/45) das Gerücht um, Schmid sei beim Rückzug der Deutschen in der Gegend von Brüssel ums Leben gekommen.

[10] Vgl. den Abschnitt „Begegnungen mit Helmuth von Moltke" in den Erinnerungen Schmids, S. 198–204, und Freya von Moltke, Michael Balfour u. Julian Frisby, Helmuth James von Moltke 1907–1945. Anwalt der Zukunft, Stuttgart 1975, S. 162 u. öfter.

[11] Schmid, Erinnerungen, S. 197.

[12] Ebenda, S. 205, und Duprez, Résistance, S. 194 (Aussage Pasches, der das Angebot übermittelte).

[13] Siehe dazu die Darstellungen bei Detrez und Duprez. Das Verhalten Carlo Schmids in Lille wurde nach dem Kriege, als er Vorsitzender des Staatssekretariats geworden war und seitens der französischen Linken angegriffen wurde, auch vom französischen Geheimdienst untersucht und als „très correcte" bezeichnet (siehe: Contrôle de la Sûreté du Wurtemberg, Renseignements généraux:

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Carlo Schmid hatte in diesen vier Jahren in Lille kennengelernt, was eine rigorose Besatzungsherrschaft bedeutet und was für Auswirkungen sie haben kann. Er verhielt sich während seines Dienstes in der deutschen Verwaltung als loyaler Offizier, der bestrebt war, den Okkupierten zu helfen, so gut es ging, und Ungerechtigkeiten zu vermeiden. Er war kein Mann des Widerstands oder der Résistance – aber er war wohl manchmal nahe daran, einer zu werden.

Die Anfänge des südwürttembergischen Staatssekretariats 1945

Das Kriegsende erlebte Carlo Schmid in Tübingen. Nachdem am 19. April 1945 französische Truppen die Stadt kampflos besetzt hatten, machte er sich auf dem Rathaus als Dolmetscher nützlich und vermittelte in Auseinandersetzungen um französische Quartier- und Requisitionswünsche. Anfang Mai bildete er mit gleichgesinnten Freunden einen schon im April von ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern gegründeten „Antifaschistischen Block" in eine „Demokratische Vereinigung" um. Aus ihren Reihen entwickelte sich im Juni ein provisorischer Gemeinderat, der Schmid zum Vorsitzenden wählte. Er wurde aber nach kurzer Zeit von den Franzosen wieder aufgelöst, da nach deren Meinung die Zeit für eine Selbstverwaltung der Deutschen noch nicht gekommen sei[14]. Durch seinen aktiven Einsatz für die Belange der Stadt und der Universität, vor allem als Mittelsmann zwischen diesen und der Besatzungsverwaltung, wurde Schmid sehr bald zur „dominierenden Persönlichkeit Tübingens" und „Mann der ersten Stunde" der Universität[15].

Letzteres wurde bedeutsam, als der Stadtkommandant einen jungen Offizier von der französischen Militärregierung in Stuttgart zu ihm schickte, der sich über die Situation an der Universität informieren sollte, mit dem Rektor aus der Nazi-Zeit aber nicht sprechen wollte. Schmid erreichte bei diesem Gespräch, daß durch die nicht kompromittierten Professoren ein neuer Kleiner Senat gebildet werden konnte. In der zweiten Juniwoche kam dieser Offizier noch einmal zu Schmid und holte ihn nach Stuttgart. Er sollte in einer von den Franzosen geschaffenen Landesverwaltung für Württemberg das Ressort für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten übernehmen. Nach Rücksprache mit dem vorgesehenen Vorsitzenden dieser

---

Contribution à l'Etude du Parti Socialiste dans le Wurtemberg-Sud, Janvier 1948, B.D.I.C., Sign. F Rés. 244, Abschnitt „La personnalité de Karl Schmid", S. 2).

[14] Schmid, Erinnerungen, S. 224 f. Über die „Demokratische Vereinigung" vgl. Hans Georg Wieck, Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46, Düsseldorf 1958, S. 175 f. Die Bemerkung dort, Schmid habe Gouverneur Widmer schon vorher gekannt, beruht auf einem offensichtlich falschen Gerücht.

[15] Zu diesen ersten Nachkriegsmonaten in Tübingen vgl. außer den Erinnerungen Schmids, S. 219–229, die sehr anschaulichen Berichte in: Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945. Eine Dokumentation. Bearb. von Manfred Schmid und Volker Schäfer, Tübingen 1985, bes. S. 85 ff.; des weiteren Hirscher, Carlo Schmid, S. 21–29, und die Ausführungen Martin Schmids in: Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950, hrsg. von Franz Knipping und Jacques Le Rider, Tübingen 1987, S. 301–310.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Landesverwaltung, dem württembergischen Justizminister vor 1933, Josef Beyerle, nahm Schmid an und wurde am 13. Juni 1945 zum Landesdirektor ernannt[16].

Diese erste Landesverwaltung war für ganz Württemberg gedacht, konnte aber nur im französisch besetzten Teil aktiv werden, da sie von den Amerikanern nicht akzeptiert wurde. Aber erst am 14. September 1945 schuf die amerikanische Militärregierung eine eigene deutsche Landesregierung für die von ihr verwalteten Gebiete Nordwürttembergs und Nordbadens. Ministerpräsident wurde der ehemalige württembergische Wirtschaftsminister Reinhold Maier, das Kultusressort übernahm auf ausdrücklichen amerikanischen Wunsch Theodor Heuss. Carlo Schmid wurde einige Tage später von Maier als „Staatsrat" ebenfalls in die Regierung aufgenommen; Maier kannte ihn offensichtlich vorher nicht[17].

Da seit dem 8. Juli 1945 Württemberg zwar de facto in eine amerikanische und eine französische Zone aufgeteilt war (wobei die Hauptstadt in der ersteren lag), man diesen Zustand aber nicht als Hemmnis für den Aufbau einer neuen einheitlichen Landesverwaltung gelten lassen wollte, ernannte das Stuttgarter Landesdirektorium Mitte Juli mit Zustimmung *beider* Besatzungsmächte für jedes Ressort sogenannte Landesdelegierte bei der französischen Militärregierung[18]. Auch auf französischer Seite war man bestrebt, die Einheit Württembergs zu bewahren, hoffte man doch lange, das südliche Württemberg, an dem man nicht so sehr interessiert war, gegen das nördliche Baden austauschen zu können. Ein gesamtbadischer Staat entlang der französischen Grenze hätte den französischen Wünschen mehr entsprochen und wäre wohl leichter zu beeinflussen gewesen.

Der Versuch, mittels Landesdelegierter eine einheitliche Verwaltungsstruktur Württembergs aufrecht zu erhalten, wurde aber auf Weisung General Clays von amerikanischer Seite unterbunden. Er bestand auf einer strikten Trennung beider Besatzungszonen; keine der Militärregierungen sollte auch nur indirekt auf das Gebiet der anderen Einfluß nehmen. Durch die Proklamierung des Landes Württemberg-Baden durch Eisenhower am 19. September 1945 und die Einsetzung der Regierung Reinhold Maier für dieses neue Land wurde die Trennung auch de jure vollzogen[19].

Auf französischer Seite hatte man aber keine Einwände gegen eine weitere ver-

---

16 Schmid, Erinnerungen, S. 230; Hirscher, Carlo Schmid, S. 47 f.; Gert Friedrich Nüske, Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone in Deutschland 1945–1952. Bemerkungen zur Politik der Besatzungsmächte in Südwestdeutschland, in: Ztschr. f. Hohenzollerische Gesch. 18 (1982), S. 179–278 u. 19 (1983), S. 103–194, hier bes. 18 (1982), S. 197 f.

17 Siehe Reinhold Maier, Ende und Wende. Das schwäbische Schicksal 1944–1946. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, Stuttgart 1948, S. 332. Auch bei der Einsetzung des Staatssekretariats in Tübingen (ebenda, S. 362 ff.) erwähnt er den Namen Schmids nicht.

18 Siehe Gebhard Müller (der Landesdelegierter für Justiz wurde), Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952, in: Tübinger Blätter 39 (1952), S. 3; Eberhard Konstanzer, Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1969, S. 21 ff.; Nüske, Bemerkungen (1982), S. 230–233.

19 Siehe dazu Konstanzer, Entstehung, S. 25, u. vor allem Nüske, Bemerkungen (1982), S. 232–236. Vgl. auch Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46, Stuttgart 1986, S. 600 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waltungsmäßige Anbindung der beiden Landesteile, als von deutscher Seite eine solche Konstruktion vorgeschlagen wurde. Allerdings machte man deutlich, daß man sich die Billigung der deutschen Anordnungen, auch wenn sie aus Stuttgart kämen, vorbehielt, und stellte die Bedingung, daß in Tübingen eigenverantwortliche Verwaltungsinstanzen bestehen müßten.

Von Maier bevollmächtigt, verhandelte Schmid mit dem französischen Gouverneur in Tübingen über das weitere Procedere. Schmid war bei diesen Besprechungen die treibende Kraft, und da ihn auch die Franzosen akzeptierten, wurde schnell klar, daß er der künftige Chef einer deutschen Verwaltung in Tübingen sein würde. Aus dem Kreis der bisherigen Landesdelegierten für die französische Zone wurde bald danach der Vorwurf erhoben, Schmid habe sich durch eine „Art Staatsstreich" zum Regierungschef in Südwürttemberg gemacht. Als Gebhard Müller in späteren Jahren bei Gouverneur Widmer anfragte, wieso gerade Carlo Schmid mit der Leitung des Staatssekretariats in Tübingen betraut worden war, antwortete der Gouverneur, er habe die Instruktion bekommen, eine im europäischen Sinne orientierte Politik zu verfolgen. Er verwies auf de Gaulles Rede in Freiburg (4. Oktober 1945), in der dieser den badischen und württembergischen Notabeln gegenüber von „uns Europäern des Westens" sprach. Es sei also wichtig gewesen, fuhr Widmer fort, gerade in der Anfangsperiode einen Mann an die Spitze der Staatsverwaltung Württemberg-Hohenzollerns zu setzen, der dieser Richtung gegenüber aufgeschlossen war. Nachdem er die nötigen Erkundigungen eingezogen habe, sei seine Wahl auf Schmid gefallen. „Seine Herkunft, seine Bildung, seine humanistische Gesinnung schienen mir den gesuchten Qualifikationen zu entsprechen. Im übrigen hatte ich hinsichtlich seiner Haltung in Lille während des Krieges zufriedenstellende Auskünfte erhalten."[20]

Am 16. Oktober 1945 kam Reinhold Maier nach Tübingen, um im Beisein des Gouverneurs Widmer die Einsetzung des „Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns" vorzunehmen. Gegen diese Prozedur erhoben die Franzosen aber in letzter Minute Einwände. Der Stuttgarter Ministerpräsident durfte zwar eine Rede halten, das Staatsekretariat wurde aber weder von ihm eingesetzt noch von Gouverneur Widmer. In der Niederschrift über die Eröffnungssitzung heißt es bemerkenswerterweise: „Der Herr Gouverneur eröffnete die Sitzung mit der Erklärung, daß er zur Kenntnis nehme, daß sich in Tübingen im Einvernehmen mit der Württ. Regierung ein Staatssekretariat für das franz. bes. Gebiet Württembergs und Hohenzollerns gebildet habe, das aus den Leitern folgender Landesdirektionen bestehe: Justiz, Kultus-Erziehung-Kunst, Inneres, Wirtschaft, Finanzen, Arbeit. Er lege Wert darauf, zu betonen, daß die staatliche Einheit Württembergs durch diese Errichtung nicht gefährdet, sondern nur bestätigt

[20] Siehe Nüske, Bemerkungen (1982), S. 240. Nüskes Interpretation, der Gouverneur habe in Schmid einen Gefolgsmann de Gaulles gesehen, geht aber zu weit. Vgl. Schmids Schilderung des Empfangs bei de Gaulle in den Erinnerungen, S. 227, u. Charles de Gaulle, Mémoires de guerre. Le salut 1944–1946, Paris 1959, S. 220.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werde. Zwar unterstehe das Staatssekretariat nicht den Befehlen der Württ. Landesregierung, aber er hoffe, daß es im engsten Einvernehmen mit dieser und gleichlaufend mit ihnen das Interesse der ihm anvertrauten württ. Bevölkerung wahrnehmen werde. Auf alle Fälle könne es der Unterstützung der franz. Militärregierung sicher sein."[21] Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde Schmid zum geschäftsführenden Vorsitzenden für das nächste Vierteljahr gewählt (ein Vorgang, der sich jedes weitere Quartal wiederholte, solange das Staatssekretariat in dieser Form bestand).

Ein merkwürdiges staatsrechtliches Gebilde war damit – mit voller Zustimmung der französischen Militärregierung – quasi aus eigener Kraft entstanden. Durch diese, wohl in erster Linie der Tatkraft und dem Ehrgeiz Carlo Schmids zu verdankende Konstruktion hatte jedenfalls das spätere Land Württemberg-Hohenzollern trotz oder gerade wegen seines provisorischen Charakters sehr viel früher eine leistungsfähige und in den durch die Besatzungsmacht gesteckten Grenzen auch politisch handlungsfähige Regierung als die anderen Länder der französischen Besatzungszone[22].

Einige der bisherigen Landesdelegierten für das französisch besetzte Württemberg wurden von Schmid als „Landesdirektoren" in das neue Staatssekretariat übernommen: Lothar Rossmann für den Bereich Inneres und Gustav Kilpper für Wirtschaft. Neu hinzu kamen Paul Binder für Finanzen und Clemens Moser (bisher Regierungspräsident von Hohenzollern) für Arbeit[23]. Schmid selbst übernahm die Ressorts Justiz und Kultus, Erziehung und Kunst. Der bisherige Landesdelegierte für Justiz, Gebhard Müller, wurde Ministerialdirektor in der Landesdirektion für Justiz. Nach der Bildung der Parteien Anfang 1946 gehörten Schmid und Rossmann der SPD an, Binder, Moser und Müller der CDU, Kilpper blieb unabhängig. In den ersten beiden Artikeln des von Carlo Schmid verfaßten, kurz und bündig gehaltenen „Statuts des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollern" wurde die Verbindung mit der Stuttgarter Landesregierung stark betont und die Absicht hervorgehoben, in beiden Landesteilen einheitliche Rechts- und Verwaltungsgrundsätze zu bewahren[24].

---

[21] Aufzeichnung Schmids über die Errichtung des Staatsekretariats und Niederschrift über die Eröffnungssitzung in: StA Sigm., Film IV 923, Bestand Wü 2/767, S. 109ff.

[22] Rheinland-Pfalz entstand erst im Laufe des Jahres 1946 und wurde bis Ende 1946 durch eine „Gemischte Kommission" aus Mitgliedern der Oberpräsidien geleitet; Südbaden hatte 1945/46 lediglich ein von der Besatzung eingesetztes Direktorium (Rat der Ministerialdirektoren); siehe Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949, bearb. von Heinrich Potthoff und Rüdiger Wenzel, Düsseldorf 1983, S. 77 u. 74; vgl. dazu auch die anonym erschienene (teilw. Eschenburg zugeschriebene) Schrift: Baden 1945–1951, was nicht in der Zeitung steht, Darmstadt 1951, S. 9.

[23] Niederschrift über die 1. Sitzung der Landesdirektoren am 16. Oktober 1945, StA Sigm., Film S IV 923, Wü 2/774, S. 3. Vgl. auch Gebhard Müller in: Tübing. Blätter, S. 3; Klaus-Dietmar Henke, Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981, S. 44ff.

[24] Siehe Faksimile-Wiedergabe des Statuts im Frontispiz des Bandes: Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen. Hrsg. von Max Gögler und Gregor Richter in Verbindung mit Gebhard Müller, Sigmaringen 1982.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Beziehungen zur Stuttgarter Regierung sollten so eng wie möglich bleiben. Carlo Schmid hat einmal davon gesprochen, man habe sich „lediglich als eine Art von Abwesenheitspfleger gefühlt"[25]. Er selbst war es in erster Linie, der das Band zwischen Nord- und Südwürttemberg zusammenhielt. Der ihm anfangs eher reserviert gegenüberstehende Reinhold Maier schreibt darüber später fast enthusiastisch: „In der Amerikaner- und Franzosenzeit unseres Landes Württemberg gab es einen, einen einzigen Mann, der stand mit einem Fuß in Tübingen, mit dem anderen ebenso fest in Stuttgart ... *Das war Carlo Schmid.* Wie dieses Kunststück, den prominentesten Mann von Württemberg-Hohenzollern in das Kabinett von Württemberg-Baden zu berufen und ihn viele Jahre dort zu belassen, gelingen konnte, geht auf eine informelle Behandlung der Angelegenheit in ihrem Anfangsstadium zurück. Carlo Schmid war in unseren Kabinettssitzungen einfach da und er war immer da ... Stuttgart wußte über ihn, was in Tübingen vorging, und in gleicher Weise Tübingen über Stuttgart."[26] Tatsächlich lautet in sehr vielen Sitzungsprotokollen des Staatssekretariats und der späteren provisorischen Regierung von Württemberg-Hohenzollern bis zur Wahl des Staatspräsidenten Bock im Juli 1947 einer der ersten Tagesordnungspunkte jeweils: Bericht des Staatsrats Schmid über die Stuttgarter Kabinettssitzung.

Schon in der sogenannten „Eröffnungssitzung" des Staatssekretariats wurden regelmäßige Besprechungen zwischen dem Kabinettsdirektor des Gouverneurs, Oberst Corbin de Mangoux, oder dem Gouverneur Widmer selbst festgelegt. Zweimal im Monat sollten gemeinsame Besprechungen der Landesdirektoren mit den Abteilungsleitern der Militärregierung stattfinden. Bald wurde es aber üblich, daß Schmid alle wesentlichen Probleme, auch die der einzelnen Ressorts, alleine mit Corbin de Mangoux oder Widmer besprach und aushandelte. Für die Franzosen war das viel einfacher, denn da brauchte man keinen Dolmetscher, und Schmids Hang zu einem autoritären Regierungsstil kam diese Prozedur sehr entgegen. Die starke, dank ihres unmittelbaren Zugangs zu den Militärgouverneuren herausragende, ja autoritäre Stellung der Ministerpräsidenten in der Besatzungszeit, wie sie Eschenburg einmal charakterisierte, traf auf Carlo Schmid wohl in ganz besonderem Maße zu, zumal er während seiner Regierungszeit von keinem Parlament abhängig war und mit der Institution der Landrätetagungen wirklich eine Art „demokratisch organisierten Obrigkeitsstaat" praktizierte[27]. Ein solcher Regierungs-

---

[25] Zit. bei Theodor Eschenburg, Aus den Anfängen des Landes Württemberg-Hohenzollern, in: Festgabe für Carlo Schmid zum 65. Geburtstag, hrsg. von Theodor Eschenburg, Theodor Heuss und Georg-August Zinn, Tübingen 1962, S. 57–80 (Zitat S. 61), in verkürzter Form auch in: VfZ 10 (1962), S. 264–279 (Zitat S. 266). Siehe auch Schmids Rechenschaftsbericht in der 1. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern v. 22. 11. 46, Prot. S. 7.

[26] Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945–1947, Tübingen 1964, S. 142 ff. Die kursiv gesetzten Worte sind auch vom Autor hervorgehoben.

[27] Vgl. Theodor Eschenburg, Regierung, Bürokratie und Parteien 1945–1949. Ihre Bedeutung für die politische Entwicklung der Bundesrepublik, in: VfZ 24 (1976), S. 58–74, bes. S. 60 ff. Über die Landrätetagungen siehe Eschenburg, Aus den Anfängen, S. 69 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stil der „aufgeklärten Demokratie" (so Schmid selbst) entsprach auch durchaus dem Denken der in der alten zentralistischen, staatsbewußten Tradition Frankreichs ausgebildeten Verwaltungsbeamten und Offiziere der Militärregierung. Im übrigen gewährten die Franzosen in der Gestaltung der Verwaltung, im Aufbau der bürokratischen Ordnung und in damit zusammenhängenden Gesetzgebungsbereichen den Deutschen in weit größerem Ausmaß freie Hand als etwa die Amerikaner[28].

Wie vielfach bezeugt wird, kümmerte sich Carlo Schmid nicht viel um die Einzelheiten der Verwaltungsgeschäfte. Sein Hauptinteresse galt der Universität, die schon am 15. Oktober 1945 den Lehrbetrieb wieder aufnehmen konnte. Um ihren Ausbau durch Angliederung der nach Tübingen und Hechingen evakuierten Kaiser-Wilhelm-Institute und durch die Berufung bedeutender Professoren (u. a. Spranger, Guardini, Butenandt) erwarb sich Schmid besondere Verdienste. Mit dem französischen Universitätsoffizier René Cheval, einem jungen Germanisten, verstand er sich ausgezeichnet. Eigene Initiativen entwickelte er auch in der Sorge um die Jugenderziehung und die Wiedereingliederung verzweifelter HJ-Führer in die Gesellschaft[29]. Die Leitung des Justizressorts überließ er weitgehend seinem Ministerialdirektor Gebhard Müller, auch noch, als dieser Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag geworden war. Schmid war auch kein Mann, der gern lange Schriftsätze verfaßte[30], er verhandelte und besprach lieber das Wesentliche mit seinen Direktoriumskollegen und Mitarbeitern – er hatte Geschick, tüchtige Leute auszuwählen – und mit den Franzosen.

Dank seiner Eloquenz und der Fähigkeit, den Vertretern der Militärregierung gegenüber in freier Rede in deren eigener Sprache und Ausdrucksweise argumentieren zu können – mit den geflügelten Worten ihrer großen Schriftsteller genauso gewandt umgehend wie mit den Finessen ihrer Advokatensprache –, hat er viele Vertreter der Besatzungsmacht stark beeindruckt. Er konnte sich auch ihnen gegenüber Autorität verschaffen und auf ihrer Seite Freunde gewinnen. „Unermüdlich, langsam und gewandt nahm er den Franzosen die Regierung ab, wo immer er es

---

28 Eschenburg, Aus den Anfängen, S. 62.

29 Vgl. dazu den schon erwähnten Band „Wiedergeburt des Geistes" (Anm. 15); Hellmuth Auerbach, Carlo Schmid und die französische Kulturpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945–1949, in: Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950 (Anm. 15), S. 311–317; sowie weitere Beiträge in diesem Band (insbes. die von Th. Eschenburg und Martin Schmid), und in: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Bericht und Dokumente, hrsg. von Jérôme Vaillant, Konstanz 1984; darin Henri Humblot über die Behandlung der HJ-Führer; dazu auch Schmid, Erinnerungen, S. 257 ff.

30 Es fällt auf, wieviel knapper von Schmid geführte Protokolle über Besprechungen mit den Vertretern der Militärregierung abgefaßt sind, als solche anderer Landesdirektoren oder der späteren Regierungen Bock und Müller. Schmids Nachlaß im Archiv der sozialen Demokratie enthält eine umfangreiche an ihn gerichtete Korrespondenz. Er selbst beantwortete Briefe meist nur mit wenigen Zeilen. Seine Erinnerungen hat er auf Tonband gesprochen, dann wurden sie für den Druck redigiert, vor allem zusammengestrichen. Was übrigblieb, sind auch hier vielfach recht knappe Aussagen.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konnte und führte die Aufgaben in die deutsche Zuständigkeit über, ein Unterfangen, das umso schwieriger war, als die Deutschen völlig entrechtet waren. Es war daher nicht eine Sache des Rechtsanspruchs, sondern der Beharrlichkeit und Geschicklichkeit, die Führung des Landes wieder stückweise in die eigene Hand zu nehmen. Das war ein langer, an Rückschlägen, Enttäuschungen und Mißerfolgen reicher Weg, den auch Freunde und Mitarbeiter nicht immer verstanden haben. Es bleibt aber Carlo Schmids eigene und große Leistung, bei der ihn seine Regierungskollegen maßgeblich unterstützt haben." So urteilt sein ehemaliger Mitarbeiter und späterer parteipolitischer Gegner in einem historischen Rechenschaftsbericht[31]. Natürlich gab es bald Leute im Lande, die es Carlo Schmid übelnahmen, wie er sich an die Spitze des Direktoriums gesetzt hatte und nun „über allen schwebend" regierte. Aber auch seine Gegner mußten zugeben, daß Württemberg-Hohenzollern mit ihm den Mann an der Spitze hatte, der mit der französischen Besatzungsmacht am besten umgehen konnte.

Die Haltung der Besatzungsmacht

Bei Beurteilung der französischen Besatzungspolitik und ihrem Vergleich mit der der beiden anderen Westmächte wird häufig außer acht gelassen oder zu wenig berücksichtigt, daß Frankreich gerade erst vier Jahre lang unter einer sehr harten deutschen Besetzung zu leiden gehabt hatte[32]. Am Ende des Krieges war die wirtschaftliche Situation Frankreichs kaum besser als die des besetzten Deutschland; auch die Ernährung war in weiten Teilen des Landes, vor allem in den Städten, noch lange sehr mangelhaft. Daß nun in Frankreich allenthalben der Ruf nach Wiedergutmachung der von den Deutschen angerichteten Schäden erschallte und dazu noch Schmerzensgelder aller Art gefordert wurden, ist sehr verständlich, – auch daß in mancher Hinsicht die gleichen oder ähnliche Methoden angewandt wurden wie vorher von den Deutschen in Frankreich. Die Höhe der französischen Forderungen und die Entnahmen aus der wirtschaftlich relativ schwachen Besatzungszone wurden nicht zuletzt deshalb auf deutscher Seite als besonders hart und ungerechtfertigt empfunden, weil man das Ausmaß der deutschen Auspowerung Frankreichs während des Krieges nicht kannte oder nicht wahrhaben wollte.

Darüber hinaus war die Haltung der französischen Besatzung von dem Verlangen bestimmt, es diesem Nachbarvolk ein für allemal unmöglich zu machen, wieder

---

[31] Rede von Staatspräsident a.D. Professor Dr. Gebhard Müller anläßlich der Veranstaltung „Südwürttemberg-Hohenzollern 1945–1972" am 10. November 1972 in Trossingen, hrsg. vom Regierungspräsidium Tübingen, 1973, Zitat S. 10f.

[32] Einen knappen Überblick dazu gibt Peter Claus Hartmann in: Oberrheinische Studien V (Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein, hrsg. vom Hansmartin Schwarzmaier), 1980, S. 179–192. Zur politischen Seite der deutschen Besetzung siehe Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa, Stuttgart 1966, zur wirtschaftlichen Christoph Buchheim, Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs, in: VfZ 34 (1986), S. 117–145, bes. S. 128–132.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einen Krieg zu beginnen und nach Frankreich einzufallen, wie nun schon dreimal innerhalb von siebzig Jahren. Das Mißtrauen gegenüber den Deutschen saß bei den Franzosen sehr viel tiefer als bei ihren Verbündeten und Besatzungskollegen. Der Chef der französischen Militärverwaltung in Deutschland, Emile Laffon, hat diese psychologische Ausgangsposition der Besatzung sehr deutlich umrissen: „Von Deutschland verheert und geschwächt, betrachtet Frankreich die gegenwärtige Situation dieses Landes als eine Sühne und zwar eine verdiente Sühne. Wenn andere mit den zerstörten deutschen Städten und mit dem Schicksal der umherirrenden Menschen Mitleid haben können, den Franzosen ist die Erfahrung ihrer Leiden – die unverdient waren – noch zu nahe, als daß sie an solchem Mitleide teilhaben könnten. Aber so natürlich diese Gefühle auch sein mögen, man muß trotzdem der Versuchung des Grolls und der Rache widerstehen können. Die Franzosen in Deutschland und die Franzosen in Frankreich müssen sich selbst überwinden, um eine Haltung kühler Festigkeit und sachlicher Strenge gegenüber den Deutschen einzunehmen. Zu einem gewissen Grad sind alle Deutschen verantwortlich, zumindest weil sie ein Regime zu passiv hingenommen haben, dessen Schandtaten und Verbrechen ihnen nicht verborgen bleiben konnten ... Wie dem auch sei, das Problem stellt sich ganz anders für einen Franzosen, der unter der Besatzung gelitten hat und der fast in jedem Fall unter den Seinen einen Füsilierten, einen Deportierten oder einen Gefangenen hat, als für einen Amerikaner zum Beispiel, der im Deutschen nur den Feind sieht, dem er auf den Schlachtfeldern begegnet ist."[33]

Es ist hier nicht der Platz, einen Aufriß der französischen Besatzungspolitik zu geben[34]. Festzustellen ist jedoch, daß diese infolge der im Vergleich zu den anderen Westmächten wesentlich kürzeren Vorbereitungszeit auf Improvisationen angewiesen war und einer durchgehenden Konzeption ermangelte[35]. Daraus ergaben sich

---

[33] Emile Laffon, Administrateur Général du Gouvernement Militaire: Introduction zu Cahiers Français d'Information, Bulletin bimensuel publié par la Présidence du Conseil, No.77 vom 1.2. 1947, S.6.

[34] Eine befriedigende Gesamtdarstellung der französischen Besatzungspolitik in Deutschland liegt noch nicht vor; sie kann heute auch nur noch anhand der inzwischen zugänglichen Akten der französischen Besatzungsverwaltung in den Archives de l'Occupation in Colmar geschrieben werden. Es sei hier lediglich verwiesen auf den Band: Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, hrsg. von Claus Scharf und Hans-Jürgen Schröder, Wiesbaden 1983, den darin enthaltenen dezidiert kritischen Aufsatz von Klaus-Dietmar Henke, Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (auch in: VfZ 30 (1982), S. 500–537), sowie den ebenfalls dort abgedruckten ausführlichen Literaturbericht von Rainer Hudemann, Französische Besatzungszone 1945–1952 (zuerst in: Neue Politische Literatur 26 (1981), S. 325–360); neuerdings außerdem: Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, hrsg. vom Institut Français de Stuttgart, Tübingen 1987, und das einleitende Kapitel in: Rainer Hudemann, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988.

[35] Zu den Anfangsschwierigkeiten siehe Klaus-Dietmar Henke, Aspekte französischer Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, hrsg. von Wolfgang Benz, Stuttgart 1980, S. 169–191.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lange nachwirkende Kompetenzprobleme und Unklarheiten über die Richtlinien und beträchtliche Rivalitäten zwischen den Dienststellen in vertikaler wie horizontaler Richtung[36]. Die wohl auf eigenen Erfahrungen beruhende Schilderung von Alfred Grosser wird von französischer wie von deutscher Seite bestätigt: „Der Oberbefehlshaber in Baden-Baden verfuhr wie ein Prokonsul und hielt sich nicht allzu streng an die Anweisungen, die er aus Paris bekam. Die Provinzdelegierten in Koblenz, Freiburg und Tübingen drängten sich kaum danach, den Befehlen aus Baden-Baden nachzukommen. Auf Bezirks- und Kreisebene ging es nicht anders. Jeder war glücklich, zu regieren und eine fast absolute Autorität auszuüben."[37] Besonders auf Kreisebene waren die Verhältnisse sehr unterschiedlich. Mancher Kreisgouverneur hatte den Ehrgeiz, in seinem Bereich Wirtschaft, Handel und Kultur möglichst rasch und gut wieder zum Blühen zu bringen, und arbeitete mit dem Landrat und anderen deutschen Institutionen, die das gleiche Interesse hatten, vorzüglich zusammen, andere führten sich im Bewußtsein ihrer Machtfülle und Siegerherrlichkeit auf wie „rois de nègres"[38]. Englischen und amerikanischen Besuchern der Zone fiel die Ähnlichkeit des Stils mit den französischen Kolonialverwaltungen in Nordafrika oder Indochina auf: ein Großteil der Truppen bestand aus Nordafrikanern, und die Offiziere hatten vielfach vorher Kommandos in Marokko oder Algerien[39]. Das Gros der Armee des Freien Frankreichs unter der Führung de Gaulles ist eben 1943 in Nordafrika aufgestellt worden. Die meisten nordafrikanischen Truppenteile sind aber schon 1945/46 zurückgezogen worden; es blieben lediglich einige solche Verbände zu Repräsentationszwecken in den Residenzstädten, die natürlich jedem Besucher auffielen. Einer der besten britischen Kenner der Besatzungsverwaltung in Deutschland, Chaput de Saintonge, gewann auf einer ausgedehnten Reise durch die französische Zone im September 1947 ein sehr positives Bild: „I was very favourably impressed with the earnest and capacity of the French administrators whom I met. They appeared to me unusually well qualified for the tasks at hand and thoroughly conversant with the problems of German administration."[40]

Die Kompetenzprobleme und Rivalitäten in der französischen Besatzungsverwaltung vergrößerten natürlich bei geschickter Ausnutzung den Spielraum der deut-

[36] Vgl. z.B. Einleitung und Beitrag Humblot in: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949, hrsg. von J. Vaillant. Anläßlich verschiedener Tagungen wurde von damals als Besatzungsoffiziere tätigen französischen Teilnehmern bezeugt, daß es ihnen an Richtlinien mangelte und sie manche Anordnungen, die ihren Arbeitsbereich betrafen, erst durch die sich jetzt damit befassenden Historiker kennengelernt haben!

[37] Alfred Grosser, La IVe République et sa politique extérieure, 3. Aufl. Paris 1972, S. 200; deutsch in: ders., Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1970, S. 79.

[38] Eine Bezeichnung von französischer Seite, die Schmid in der Urfassung seiner Erinnerungen (AsD), S. 685, wiedergibt.

[39] Am deutlichsten tritt das hervor in dem sehr subjektiven Bericht von A. G. Gilchrist über eine Reise des britischen Lord Chancellors in die französische Zone im Juni 1948, PRO, C 5023/109/18.

[40] R. A. Chaput de Saintonge (damals Assistant Secretary im Control Office for Germany and Austria), Visit to the French Zone of Germay, 19th to 26th September 1947, PRO, C 13869/173/18.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Seite, vor allem wenn sich ein Vertrauensverhältnis zwischen Besatzungsvertretern und deutschen Politikern und Beamten entwickelte[41]. Württemberg-Hohenzollern nahm insofern dabei auch noch eine gewisse Sonderstellung ein, als man von französischer Seite wegen der Hoffnung, dieses Gebiet gegen Nordbaden austauschen zu können, vielfach weniger streng eingriff und den Deutschen mehr Eigeninitiative zugestand. Vom wirtschaftlichen Bereich abgesehen, wo auch hier bis Ende 1948 die Besatzungsmacht sich alle wesentlichen Zuständigkeiten vorbehielt[42], reduzierten sich die mehr oder weniger direkten Verwaltungseingriffe in Württemberg eher zu einer „sich auf Kontrolle beschränkenden Oberaufsicht"[43].

Das lag sicher nicht zuletzt an der Person des französischen Gouverneurs in Tübingen (sein offizieller Titel lautete „Délégué Supérieur pour le Wurtemberg"), Guillaume Widmer. Widmer war von der Ausbildung her ein Verwaltungsfachmann und kein Militär, Inspecteur des Finances und ehemaliger Präfekt. Weniger Gefolgsmann de Gaulles wie etwa General Koenig und andere Landesgouverneure, stand er den deutschen Belangen aufgeschlossener gegenüber und zeigte eine liberale Haltung. Sein Kabinettschef, Corbin de Mangoux, kam ebenfalls aus der Verwaltung und vertrat die gleichen Auffassungen.

Schmids Beziehungen zu diesen Spitzenmännern der Tübinger Militärregierung wurden so eng, daß schließlich keine Woche verging, ohne daß er mit einem von beiden konferierte[44]. Das schuf eine Vertrauensbasis, die es erlaubte, auch harte Verhandlungen um die wirtschaftlichen Nöte des Landes, die damals natürlich im Vordergrund standen, ohne Schärfe zu führen. Schmid hatte ja erst wenige Jahre vorher selbst das Wirken einer Besatzungsmacht auf der anderen Seite kennengelernt. In einigen etwas ausführlicheren privaten Briefen, die Schmid gegen Ende 1945 schrieb, kommt die Befriedigung über eine annehmbare Zusammenarbeit zum Ausdruck: „... Immerhin bin ich froh, in der französischen Zone zu sein, wo eine durchaus menschliche Atmosphäre herrscht und ein konstruktiver Wille zu spüren ist. Ich bin guter Hoffnung und es könnte sein, daß später einmal man es für sinnvoll halten könnte, daß ich unters Joch gegangen bin."[45] „Ich kann die französische Militärregierung in unserer Zone nur loben. Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten sind ihre Vertreter durchaus bereit, mit uns zusammen konstruktive Arbeit zu

[41] Zuzustimmen ist R. Hudemanns Feststellung: „Die Formen deutsch-französischer Interaktion unter Besatzungsbedingungen sind vielfältiger und die deutschen Einwirkungsmöglichkeiten größer gewesen, als die Landesregierungen der Nachkriegszeit sie darstellten und als die Forschung sie bislang in der Regel bewertet." Siehe seinen Beitrag: Wirkungen französischer Besatzungspolitik: Forschungsprobleme und Ansätze zu einer Bilanz, in: Westdeutschland 1945–1955, hrsg. von Ludolf Herbst, München 1986, S. 167–181.

[42] Das wird etwas überpointiert dokumentiert von Eberhard Konstanzer, Weisungen der französischen Militärregierung 1946–1948, in: VfZ 18 (1970), S. 204–236, und ausführlicher an Beispielen dargestellt bei Henke, Politik der Widersprüche.

[43] Schmid in der Urfassung der Erinnerungen (AsD), S. 719.

[44] Ebenda, S. 720 f.

[45] Brief an Frau E. Klipstein, 20. 10. 45, Nachlaß Schmid (AsD), Mappe 597.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

leisten."[46] „... Mein Amt nimmt mich voll in Anspruch, aber es befriedigt mich, weil ich sehe, daß es gut ist, daß gerade ich es bin, der dieses Amt zu tragen hat. Was ich in Lille gewirkt habe, kommt mir hier zugute; die Franzosen wissen ja genau, was ich dort getan habe und haben deswegen Vertrauen zu mir ..."[47]

Natürlich empfand man es als unerträglich, daß von französischer Seite oktroyierte Vorstellungen und Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung als deutsche Rechtsanordnungen deklariert werden mußten. „Warum traten wir da nicht zurück? Wir blieben im Amt, weil ein Rücktritt sicherlich keine Besserung gebracht hätte und nach uns andere Deutsche in der gleichen Lage gewesen wären wie wir jetzt. Was für Deutsche würden dies sein? ..."[48]

Manches Übereinkommen, das mit den Tübinger Vertretern der Besatzungsmacht getroffen worden war, konnte aber aufgrund höherer Weisung nicht ausgeführt werden. Häufig machten sich die Rivalitäten innerhalb der Besatzungsmacht, zwischen den Offizieren des Kabinetts Koenig und der Verwaltung des Gouvernement Militaire unter Laffon, hemmend bemerkbar[49]. Die Spannungen zwischen dem Oberkommandierenden („Commandant en Chef Français en Allemagne"), General Koenig, und seinem Administrateur Général, Emile Laffon, resultierten nicht nur aus der unterschiedlichen Mentalität und Arbeitsweise von Militärpersonen und Zivilbeamten, die in allen Besatzungsregimen zu Reibungen führen, sondern sie hatten hauptsächlich politische Gründe[50]. Koenig war einer der engsten Gefolgsleute de Gaulles und Laffon stand eher den Sozialisten nahe. Hauptanlaß für das Zerwürfnis und die Entlassung Laffons durch Koenig am 15. November 1947 waren aber Kompetenzkonflikte und Laffons Eintreten für die Angliederung der französischen Zone an die Bizone. Mit der Umorganisation der Militärregierung im Mai 1948 konzentrierte Koenig die Machtbefugnisse weitgehend auf sich selbst.

Ein Beispiel, wie die Ergebnisse guter Zusammenarbeit zwischen dem Gouvernement Militaire und dem Staatssekretariat in Tübingen durch Eingriffe der höheren Dienststellen in Baden-Baden wieder zunichte gemacht wurden, bietet die Geschichte der Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern[51]. Das unter der

---

[46] Brief an Gerhard Heller, 6. 12. 1945, ebenda, Mappe 599.

[47] Brief an Nicolaus Ludwig, 15. 12. 1945, ebenda, Mappe 604.

[48] Schmid in der Urfassung der Erinnerungen, S. 723.

[49] Organisationsschemata beider Institutionen bei Henke in: Die Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 58–60.

[50] Dazu einiges bei Henke, Politik der Widersprüche, S. 510 f. (Seitenzahlen jeweils nach dem VfZ-Beitrag), aus den PRO-Akten; vgl. ferner den – im Gegensatz zu den von der Nachrichtenabteilung der amerikanischen Militärregierung (OMGUS/ODI) herausgebrachten Berichten sehr viel sorgfältiger gearbeiteten – OIR-Report des State Department „Political and Economic Survey of the French Zone of Germany" vom 6. Febr. 1948, S. 7–9 (NA, RG 260 OMGUS 1948/128/4). Vgl. auch Hudemann, in: Die französische Deutschlandpolitik, S. 34 f., 46 f., und derselbe: Zentralismus und Dezentralisierung in der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1947, in: Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland, hrsg. von Winfried Becker, Köln, Wien 1987, S. 181–209, bes. S. 195.

[51] Dazu ausführlich Henke, Politische Säuberung.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ägide Carlo Schmids entwickelte sehr effektive Modell der politischen Säuberung, das „eine Art Diensteignungsprüfung unter dem Aspekt der nationalpolitischen Vergangenheit und den neuen Dienstleistungsbedürfnissen"[52] vorsah, vom Landesdirektorium Ende Mai 1946 beschlossen worden war und den Beifall Gouverneur Widmers gefunden hatte, mußte Anfang 1947 auf Weisung der Administration général zugunsten des sehr viel schlechteren und langwierigeren Spruchkammersystems wieder aufgegeben werden – obwohl man die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern mit der bis dahin angewandten Methode schon fast abgeschlossen hatte.

Der gar nicht so lange Weg zu einer deutschen Demokratie

Die Bildung politischer Parteien demokratischen und anti-nationalsozialistischen Charakters wurde in der französischen Zone am 15. Dezember 1945 zugelassen, ein halbes Jahr später als in den anderen Besatzungszonen. Auf französischer Seite gab es Stimmen, die auch diesen Termin, schon sieben Monate nach der Kapitulation und dem Ende der NS-Diktatur, für verfrüht hielten[53]. Dieser restriktive Kurs entsprang nicht nur der Sorge vor allzu lautstarker Kritik an der Besatzungsmacht seitens der Deutschen, sondern vor allem der Überzeugung, daß die Deutschen für eine Demokratie noch nicht reif seien. Die Entwicklung der Weimarer Republik habe dies ja gezeigt. Die Deutschen hätten nun eine längere Karenzzeit notwendig, um von der geistigen Vergiftung des Nationalsozialismus geheilt zu werden.

Demokratisierung hieß für die Franzosen in erster Linie Umerziehung, nicht nur Entnazifizierung, sondern auch „déprussification", ja „dégermanisation", d.h. Ausmerzung des militaristischen, imperialistischen preußischen Geistes und der nationalistischen deutschen Überheblichkeit[54]. Dies waren ein länger dauernder Prozeß und eine pädagogische Aufgabe, die eigentlich nur bei der jüngeren Generation Erfolg versprach. Der Direktor der Abteilung Bildung und Erziehung bei der Militärregierung in Baden-Baden, Raymond Schmittlein, ging davon aus, daß Deutschland mindestens zehn Jahre besetzt bleiben müsse. General Koenig sagte im September 1946 in einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten sogar, nach seiner Ansicht müßten dreißig bis vierzig Jahre vergehen, bevor die Deutschen sich das Gedankengut der Demokratie völlig angeeignet hätten. Es sei unklug zu glauben, die Deutschen hätten sich in ihrer Haltung geändert. „Wir haben den Deutschen die

---

[52] Eschenburg in: Jahre der Besatzung 1945–1949 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von K.-D. Bracher u. a., Bd. I), Stuttgart 1983, S. 119.

[53] Jean Sigmann (1945/46 bei den Services de l'Enseignement du Gouvernement Militaire de Bade), L'Allemagne de 1945 à 1952, Strasbourg 1955, S. 45 f. (masch. Vorlesungsmanuskript, Bibl. d. IfZ).

[54] Dazu auch Hellmuth Auerbach, „Que faire de l'Allemagne?" Diskussionsbeiträge französischer Deutschlandexperten 1944–1949, Beitrag zu einem Kolloquium „Frankreich und Deutschland. Kriegsende und erste Nachkriegszeit (1944–1947)", Baden-Baden, Dezember 1986 (erscheint 1988, hrsg. vom Deutschen Histor. Institut Paris).

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Möglichkeit gegeben, politische Parteien und Gewerkschaften zu bilden und Wahlen abzuhalten. Trotz aller dieser Freiheiten suchen die Deutschen leider immer noch nach irgend jemand, der sie von ihrer Verantwortlichkeit befreit."[55] Auch der britische Vizekonsul in Baden-Baden, Major Galloway, kommt in einem ausführlichen Bericht über die Entwicklung in der französischen Zone von 1945 bis 1947 zu dem Schluß: „... it will be thirty years before the Germans will be even constitutionally capable of understanding the most elementary attributes of democracy."[56]

Die Franzosen sahen darin ein sehr ernstes Problem und legten deshalb das Schwergewicht ihrer Aktivitäten in der Besatzungszone auf die Jugenderziehung und Schulreform. Die Versorgung der Schulen mit neuen Lehrbüchern war trotz der Papierknappheit in der französischen Zone sehr viel besser als in allen anderen. Schmittlein und sein großenteils aus sehr fähigen französischen Fachleuten bestehender Stab bemühten sich allerdings nicht nur um eine Änderung der Lehrinhalte im demokratischen Sinne, sondern hielten auch Reformen in Aufbau und Organisation des höheren Schulwesens für notwendig; sie stießen damit jedoch auf heftigen Widerstand deutscherseits. Auch Carlo Schmid, der das französische Schulsystem ja gut kannte, gingen manche dieser Angleichungen zu weit. Im Kampf um die Volksschule zog die Besatzungsmacht den kürzeren, die Katholische Kirche setzte ihre Konfessionalisierung durch[57].

Die ältere Generation der Deutschen hielt man weitgehend für verloren, unfähig zu einem Umdenken. Sie wollte nicht einsehen, daß es, wenn auch keine moralische, doch eine politische Kollektivschuld aller derjenigen gebe, die Hitler zu seiner Politik zugestimmt oder sie zumindest hingenommen hatten. Viele französische Beobachter der deutschen Entwicklung beklagten diese Verstocktheit[58]. Emile Laffon schreibt in der schon erwähnten Einleitung zu dem Sonderheft über die französische Zone der „Cahiers Français d'Information": „Die Deutschen haben nicht von selbst das Gefühl für ihre persönliche Mitverantwortung an den Nazi-Verbrechen. Viele glauben sich dadurch entschuldigt, daß sie sich ganz passiv verhalten haben. Sie sind alle geneigt, das Schlimme zu vergessen, das sie der Welt angetan haben, und die Vergangenheit bedrückt sie nicht. Etliche haben naiv geglaubt, daß mit dem Ende des Krieges und ihrer Niederlage eine vollkommene Vergebung sie von ihrer ganzen Schuld reinwaschen würde. Sie wollen sich lieber nicht mehr zu den Konzentrationslagern und Leichengruben zurückwenden und streiten es ab, von deren Abscheulichkeiten gewußt zu haben. Die Hinweise auf das durch deutsche Schuld

---

55 Siehe Schwäbisches Tagblatt, 17. 9. 1946: „General Koenig über Deutschland".

56 Review of French Occupied Zone of Germany 1945–1947, mit Begleitschreiben vom 23. 1. 48 an das Foreign Office übersandt, PRO, C 647/109/18 (früher FO 371/70614).

57 Siehe dazu Angelika Ruge-Schatz, Umerziehung und Schulpolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Frankfurt 1977; Rolf Winkeler, Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, Stuttgart 1971; die einschlägigen Beiträge in dem Band: Französische Kulturpolitik, hrsg. von J. Vaillant.

58 Vgl. Auerbach, „Que faire de l'Allemagne?".

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf der Welt verursachte Elend bringt sie nicht davon ab, ihr gegenwärtiges Leid zu beklagen, das sie auszunutzen versuchen, um das Mitleid der Philanthropen auf sich zu ziehen."[59]

Angesichts dieses Bildes von der Mehrheit der Deutschen mußte die Rede um so mehr auffallen, die Carlo Schmid anläßlich der Einweihung eines Friedhofs für Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Schömberg (Kreis Balingen) am 23. Oktober 1946 hielt. Dort am Fuße der Schwäbischen Alb befand sich von Ende 1943 bis Mitte April 1945 ein Außenkommando des Konzentrationslagers Natzweiler, in dem etwa zweitausend Insassen an Hungertyphus gestorben waren. Schmid schreibt in seinen Erinnerungen: „Ich hatte von dem Konzentrationslager, das keine fünfundzwanzig Kilometer von Tübingen entfernt war, nicht gewußt, und ich kannte niemanden, der etwas davon gewußt hätte."[60] Nach dem Kriege entdeckte man Massengräber; die Franzosen veranlaßten eine Exhumierung der Leichen und die Anlage eines Friedhofs mit einem hohen Kreuz als Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen Lagers. Die Einweihung dieser Gedenkstätte wurde mit großem Zeremoniell begangen, General Koenig erschien persönlich und in seinem Gefolge auch eine größere Zahl französischer Journalisten. Noch vor Koenig hielt Schmid, erst deutsch, dann französisch, eine Ansprache, „die alle Anwesenden beeindruckt hat, sowohl durch ihren ergreifenden Ton wie durch die Deutlichkeit, mit der er anläßlich dieser Zeremonie die Frage der Verantwortung Deutschlands behandelt hat"[61]. In der französischen Presse wurde viel über diese Rede geschrieben, wenn auch häufig mit einem Unterton von Mißtrauen, ob es dieser Deutsche auch ehrlich gemeint hat. General Koenig, der Schmid bei dieser Gelegenheit zum erstenmal begegnet ist, war davon überzeugt. In der deutschen Presse erschien in den folgenden Tagen überall ein Foto, das Carlo Schmid in tiefer Verneigung vor General Koenig zeigte. Es wurde vielfach zum Anlaß genommen, Schmid Unterwürfigkeit gegenüber der Besatzungsmacht vorzuwerfen. Dieser Vorwurf kränkte ihn sehr und bewog ihn, künftig in öffentlichen Reden die französische Militärregierung stärker zu kritisieren, um diesen Eindruck zu korrigieren[62].

Im monatlichen Bulletin des Commandement en Chef Français en Allemagne (CCFA) von 1946 wird immer wieder berichtet, das politische Leben in Württemberg sei wenig entwickelt, die Bevölkerung interessiere sich kaum für die seit Anfang des Jahres zugelassenen Parteien (CDU, SPD, KPD und Demokratische Volkspartei = DVP, die spätere FDP). Bei der Landrätetagung in Sigmaringen am 7. September 1946, also eine Woche vor den Gemeindewahlen, mußte Schmid feststellen, daß manche Kreise noch gar keine Wahlvorschläge vorgelegt hatten, und sprach von

[59] Emile Laffon, Introduction, S. 9.

[60] Schmid, Erinnerungen, S. 264.

[61] So der Bericht in: La France en Allemagne, No. 3, Okt.–Dez. 1946, S. 26 ff., Zitat S. 28. Schmids Ansprache ist abgedruckt in den Erinnerungen, S. 265–267.

[62] Vgl. AOFA, CC, Paquet 27, Pol II B – Personnalités – S, Note pour la Section Politique, ohne Datum.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer „allgemeinen politischen Müdigkeit"[63]. Bei diesen Wahlen erhielten die parteiunabhängigen Kandidaten fast ebenso viele Stimmen wie die stärkste Partei, die CDU, nämlich über 30%.

Ein spezieller französischer Bericht über die Entwicklung der politischen Parteien in der Zone vom Sommer 1946 kommt denn auch zu der Schlußfolgerung, daß das Erwachen der öffentlichen Meinung nur langsam vor sich gehe und auch noch nicht alle Teile der Bevölkerung erreicht habe[64]. Zumindest in der Zeit vor der Währungsreform (Juni 1948) standen für die große Mehrheit der Bevölkerung die materiellen Probleme, die Sorge um Ernährung und Heizung so sehr im Vordergrund, daß sie sich kaum um darüber hinaus reichende Dinge, oft nicht einmal um die Gemeindepolitik, kümmerte.

Die laïzistisch eingestellten, an die strikte Trennung von Kirche und Staat gewohnten französischen Besatzungsoffiziere stellten allenthalben mit Staunen fest, welche starke politische Stellung der Klerus im katholischen Südwestdeutschland hatte, der nun für die CDU aktiv wurde. Die weitaus stärkste politische Partei Württemberg-Hohenzollerns, die CDU, gehorchte den Weisungen des Bischofs von Rottenburg, die Parteispitze bestand großenteils aus Personen aus seiner Umgebung. Die Pfarrer waren die besten Gehilfen der Partei, die katholischen jedenfalls[65].

Der Erfolg dieser Unterstützung seitens der Kirche zeigte sich deutlich bei den Kreistagswahlen: In sechs (von 17) Kreisen erreichte die CDU über 80%, in vier weiteren über 70%. Insgesamt erhielt die CDU nun 62,8%, die SPD 19,9%, die DVP 10,4% und die KPD 7% der Stimmen.

Koenig hätte die Abhaltung von Wahlen in der französischen Zone wohl gerne noch hinausgeschoben, wurde aber von Paris gedrängt, sie so bald wie möglich abzuhalten – auch um eine Anlehnung der Parteien an deren schon kräftiger gewordene Organisationen in den anderen Zonen und eine damit zu erwartende Verstärkung reichseinheitlicher Tendenzen zu vermeiden. Sowohl die Gemeinde- wie die Kreistagswahlen fanden schließlich an denselben Tagen statt wie in der britischen

[63] Gedrucktes Protokoll der 11. Landrätetagung der franz. bes. Zone Württembergs und Hohenzollerns am 7. September 1946 in Sigmaringen, S. 5 (Archiv des IfZ).

[64] Rapport Vernier sur l'Activité des partis politiques allemands dans la zone française d'occupation, am 25.6. 1946 von Tarbé de Saint Hardouin (Conseiller Politique du CCFA) an das Außenministerium gesandt, AAE, Z Europe 1944–1949, Allemagne, Vol. 49, Zitat S. 140. Siehe dazu und zum Folgenden auch: Schnabel, Württemberg, S. 632 ff.

[65] „La C.D.U. trouve dans le curé un excellent auxiliaire lors des consultations électorales. En revanche, le pasteur semble plus réticent." Sigmann, L'Allemagne, S. 54. Ähnlich in: Field Report on the French Zone in Germany, Foundation for Foreign Affairs, Washington 1946, S. 21: „The C.D.U. enjoys the complete support of the churches . . . The active participation of the clergy in all spheres – political, social and youth movements – gives this party a ready frame-work that is not decimated by denazification, a task left to the church itself!" Zu den Anfängen der CDU in Süd-Württemberg allgemein vgl. Uwe Dietrich Adam, Die CDU in Württemberg-Hohenzollern, in: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. von Paul-Ludwig Weinacht, Stuttgart 1978, S. 163–191; hier wird der starke Einfluß des Klerus auf die Partei wohl absichtlich nicht hervorgehoben.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zone (15.9. bzw. 13.10. 1946)[66]. Das war zwar jeweils vier bis sechs Monate später als in der amerikanischen Zone, nach Ansicht vieler Franzosen aber eben doch noch zu früh.

Folge des hohen CDU-Sieges bei den Kreistagswahlen war Anfang Dezember eine Umbildung und Erweiterung des Staatssekretariats, das nun die Bezeichnung „Provisorische Regierung" bekam. Carlo Schmid behielt zwar das Präsidium und das Justizressort, gab aber die kulturellen Angelegenheiten und das Erziehungswesen an den CDU-Politiker Albert Sauer ab; die Wirtschaft überhahm Eberhard Wildermuth (DVP), für Landwirtschaft und Ernährung wurde Franz Weiß (CDU) zuständig, für den Bereich Inneres Viktor Renner (SPD). Die beiden CDU-Staatssekretäre Moser und Binder blieben in ihren bisherigen Ämtern (Arbeit bzw. Finanzen), letzterer wurde Schmids Stellvertreter. Württemberg-Hohenzollern war und blieb das einzige Land in den Westzonen, in dessen Regierung nie ein Kommunist aufgenommen wurde. „Das verstand Schmid zu verhindern", schrieb Eschenburg rückblickend[67].

Carlo Schmid und die SPD

Schon in der Tübinger „Demokratischen Vereinigung" des Sommers 1945 hatte Schmid engeren Kontakt zu ehemaligen SPD-Mitgliedern der Weimarer Zeit gefunden. Mit ihnen und den alten Reutlinger Sozialdemokraten, dem von den Franzosen eingesetzten Oberbürgermeister Oskar Kalbfell und seinem Stadtdirektor Otto Künzel, ging er sehr bald daran, die Partei zu reorganisieren. Sozialdemokratischem Gedankengut, soweit es nicht dogmatisch verengt war, stand Schmid von je her nicht ferne. „Ich war für eine Veränderung der Gesellschaft, ich war für eine Vermenschlichung des Staates, ich war für eine ‚linke' Politik, weil ‚links die Herzseite der Menschheit ist'", schreibt er etwas vage über seine Haltung nach dem Ende

[66] In dem Special Intelligence Summary von OMGUS/ODI „France in Germany" vom 18.10. 1947 heißt es hinsichtlich der Wiederingangsetzung des politischen Lebens: „French authorities usually point to the fact that the American example compelled the French to take similar steps which would otherwise have been postponed for some time longer ‚in the interest of the Germans themselves'. The Germans, so they say, could hardly be expected to understand the true rules of democracy sufficiently after so short a period of preparation and education ..." (RG 260 OMGUS/ODI 3/429-318). Auf dem Auszug aus einem Brief von G. Clauzel (diplomat. Mitarbeiter bei der Groupe Français du Conseil de Contrôle) an Tarbé de Saint Hardouin vom 9.3. 1946 über ein Gespräch mit Sir William Strang (dem polit. Berater der britischen Militärregierung), bei dem dieser von der Absicht, „spätestens im Juli" in der britischen Zone Wahlen abhalten zu lassen, berichtet, hat Saint Hardouin handschriftlich vermerkt: „Prière de communiquer au général Koenig en lui indiquant que M. Bidault m'a chargé de lui dire qu'il était personnellement partisan de faire le plus tôt possible les éléctions de notre zone, le temps perdu risquant d'agir en faveur des partisans de l'unité du Reich." AOFA, C.C.F.A. Conseiller Politique, C-III-1/i Elections 1946–47. Zu den Wahlergebnissen vgl. Württemberg in Zahlen, Ztschr. f. Statistik u. Landeskunde 1 (1946), H. 5/6.

[67] Eschenburg, Aus den Anfängen, S. 65 f.; auch bei anderen Gelegenheiten wies er darauf gerne hin.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Ersten Weltkriegs[68]. Während der Tübinger Studentenjahre machte er in der Sozialistischen Studentengruppe mit. Ein ganz allgemeines humanistisch-soziales Verantwortungsgefühl bewog ihn in der Situation von 1945, politisch tätig zu werden. Er hielt es dabei für notwendig, einer Partei beizutreten: „. . . mir schien, daß eine Partei mit der Tradition der SPD am ehesten die Gewähr dafür bot, daß einige meiner Vorstellungen von dem, was die Stunde uns abforderte, verwirklicht werden könnten. Ohne den Rückhalt und die Tribüne einer Partei würde es nicht möglich sein, Einfluß auf das öffentliche Geschehen in Deutschland zu nehmen."[69]

Als Schmid Ende September 1945 Vertretern der französischen Besatzungsmacht gegenüber die Absicht äußerte, in Tübingen die SPD wieder aufleben zu lassen, bekam er zur Antwort, dazu sei es noch zu früh. Die Deutschen würden sich noch länger mit „Administration" begnügen müssen. Die „phase politique" werde noch einige Zeit auf sich warten lassen[70]. Sie kam dann doch schneller, als diese Herren selbst angenommen hatten – wie schon erwähnt, noch im Dezember 1945.

Zusammen mit Oskar Kalbfell konnte Carlo Schmid am 12. Januar 1946 der SPD-Versammlung in Stuttgart-Degerloch beiwohnen, auf der Kurt Schumacher erstmals nach dem Kriege in Württemberg sprach und einen Bericht über die Lage der Gesamtpartei in Deutschland gab; schon hier warnte er vor den kommunistischen Bestrebungen zu einer Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien. Schmid wurde anläßlich dieser Veranstaltung offiziell in die SPD aufgenommen[71].

Am 10. Februar 1946 fand der Gründungsparteitag der südwürttembergischen SPD in Reutlingen statt, auf dem Carlo Schmid ein langes programmatisches Referat hielt. Er hatte schon vorher bei verschiedenen Gelegenheiten die Auffassung vertreten, die SPD müsse über das Heidelberger Programm von 1925 hinausgelangen. Nun zeigte dieser „newcomer" den alten Parteimitgliedern, wie dies zu geschehen habe[72]. Einige fundamentale Theorien des alten Programms könnten nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Geschichte sei keine Abfolge von Klassenkämpfen; eine klassenkämpferische Haltung der SPD sei heute schon gar nicht mehr angebracht. Auch das Dogma des historischen Materialismus sei überholt. Schmid hob die Bedeutung der ideellen Antriebskräfte des Menschen hervor und betonte, daß die SPD keine christentumsfeindliche Partei mehr sein dürfe; ja, er bekannte sich

---

68 Schmid, Erinnerungen, S. 83.

69 Ebenda, S. 246.

70 Ebenda, S. 245.

71 In den Erinnerungen, S. 249 u. 251, datiert Schmid diese Versammlung und damit seinen Parteieintritt irrtümlich auf Anfang März; sie fand aber am 12. 1. 1946 statt. Ohne vorher in die Partei aufgenommen worden zu sein, hätte er wohl kaum das Hauptreferat auf dem Reutlinger Parteitag im Februar halten können. Zur Entwicklung der SPD in Württemberg-Hohenzollern allgemein siehe: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. von J. Schadt u. W. Schmierer, Stuttgart 1979, S. 32 f. u. 218–232; vgl. auch Hirscher, Carlo Schmid, S. 30 ff.

72 Die Rede wurde zuerst veröffentlicht in Karl Schmid, Die Forderung des Tages. Reden und Aufsätze, Stuttgart 1946, S. 50–80, und in etwas veränderter Form wiederabgedruckt in C. Schmid, Politik als geistige Aufgabe, Bern, München 1973, S. 13–37. Es wird hier nach dem ursprünglichen Text zitiert.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausdrücklich zu christlichen Grundsätzen. Aber: „Die Kirchen haben keine andere Aufgabe als die, gute Christen zu erziehen; das hat mit Politik nichts zu tun."

Schmid stellte die undogmatische, pragmatische britische Arbeiterpartei als Beispiel und Vorbild vor und wies auf seine Übereinstimmung mit den Auffassungen des großen französischen Sozialistenführers Léon Blum hin, mit dem er wenige Tage vorher in Tübingen ein Gespräch geführt hatte. Gerade über den Aufbau eines vereinten Europas auf dem Wege einer Konföderation sei er sich mit dem Franzosen einig. Auch für das deutsche Volk sei eine föderalistische Gestaltung der künftigen politischen Einheit erstrebenswert. „Schauen wir nach Süden: ... Sollte das, was den Schweizern so gut bekommen ist, für uns Deutsche ein Schaden sein? Sollten wir nicht auf unsere Weise auch Eidgenossen werden können?"[73] „Der Berliner Zentralismus hat uns Deutschen nicht wohl getan; er darf nicht wiederkommen, und vielleicht wird einmal darüber gesprochen werden müssen, ob Berlin noch einmal als Hauptstadt eines neuen Deutschland in Betracht kommen kann; mir persönlich liegt es zu nahe bei Potsdam ..."[74]

In weiten Teilen dieser Ansprache lag Schmid durchaus auf der Linie Kurt Schumachers, der ebenfalls eine Entdogmatisierung des SPD-Programms für unerläßlich hielt. Das Bekenntnis zum Föderalismus nach schweizerischem Vorbild dürfte diesem aber zu weit gegangen sein! Davon abgesehen, gewann Schmid aber schnell ein gutes Verhältnis zu dem damals unumstrittenen Chef der Partei. Oskar Kalbfell und er nahmen als südwürttembergische Vertreter am Neugründungsparteitag der SPD der Westzonen vom 9.–11. Mai 1946 in Hannover teil. Es bedurfte allerdings langer Auseinandersetzungen mit der französischen Militärregierung, bevor sie die Genehmigung zu dieser Reise bekamen. Schmid hatte ein längeres Gespräch mit Schumacher und dieser lud ihn ein, zu den Sitzungen des Geschäftsführenden Parteivorstands nach Hannover zu kommen. Schmid fuhr daraufhin des öfteren nach Hannover, noch bevor er 1947 in den Parteivorstand gewählt wurde. Schumacher erkannte sehr schnell die Bedeutung dieses glänzenden intellektuellen Kopfes für die Partei und seinen Wert als staatsrechtlicher Berater, zumal auch Schmids Vorstellungen von der derzeitigen politischen Situation Deutschlands und den daraus resultierenden Erfordernissen im Grundsätzlichen mit denen Schumachers übereinstimmten[75].

In einem so wenig industrialisierten und überwiegend katholischen Land wie Württemberg-Hohenzollern konnte die SPD keine großen Erfolge erzielen. Mit

---

[73] Dieser Gedanke war im damaligen Südwürttemberg sehr populär. Das Buch von Otto Feger, Schwäbisch-alemannische Demokratie, Konstanz 1946, wurde zwar in seinen separatistischen Tendenzen meist abgelehnt, die am schweizerischen Vorbild orientierten Vorschläge zu einer inneren politischen Neuordnung aber in weiten Kreisen lebhaft diskutiert.

[74] Diese Bemerkung über Berlin fehlt bezeichnenderweise in der Neuausgabe der Rede.

[75] Zum Verhältnis Carlo Schmid – Schumacher siehe Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin 1982, S. 98 f. u. öfter. Zu den Parteireisen Schmids vgl. auch Hudemann, Zentralismus, S. 190 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer positiven Haltung zum Christentum und der Betonung der humanistischen Elemente im Sozialismus gelang es ihr aber, in protestantischen Kreisen einige Resonanz zu finden – jedenfalls in dieser frühen Zeit, in der die südwürttembergische CDU stark katholisch geprägt war. Auch die soziale Struktur der Anhängerschaft der SPD in diesem Land entsprach einer solchen Haltung eher als betont marxistische Parolen. Ein proletarisches Milieu war so gut wie gar nicht vorhanden. Die große Mehrheit der SPD-Mitglieder bestand aus Facharbeitern, die vielfach ihren eigenen kleinen Haus- und Grundbesitz hatten oder in der Landwirtschaft im Nebenerwerb tätig waren, aus Gastwirten, Handwerkern und Gesellen. Es waren damals noch relativ wenig Lehrer und andere Staatsangestellte dabei.

Widerstände gegen Carlo Schmid gab es am ehesten in den kleinen Fabrikstädten wie Balingen und Tuttlingen, gar nicht dagegen in Reutlingen, wo sein Freund Oskar Kalbfell die Ortsgruppe fest in der Hand hatte. In Tuttlingen, einem Hort der Altsozialisten, kam es Anfang Juni 1946 zu einer heftigen Auseinandersetzung mit Schmid. Es wurde ihm vorgeworfen, seine Politik laufe konträr zu den sozialdemokratischen Grundsätzen, mißachte die Interessen der Arbeiter, und er sei zu eng mit den französischen Besatzungsbehörden liiert[76].

Von solchen lokalen, keine tiefgreifenden Folgen mit sich bringenden Scharmützeln abgesehen, konnte sich Schmid schnell zur unumstrittenen Autorität in der SPD des Landes entwickeln. Neben Viktor Renner und Oskar Kalbfell war es vor allem Fritz Erler, mit dem er einen engeren Kontakt und intellektuellen Austausch pflegte[77]. Auf die herausragende Persönlichkeit und Aktivität von Carlo Schmid wird in zahlreichen alliierten Berichten hingewiesen; auch von englischer Seite wird er als „the most outstanding politician in the French zone" bezeichnet[78]. Das führte aber auch gelegentlich zu Fehleinschätzungen des politischen Kräfteverhältnisses in Württemberg-Hohenzollern: wenn etwa im gleichen Bericht mitgeteilt wird, „the Christian Party has often been accused of sleeping while the S.P.D. and K.P.D. are hard at work", oder gar das monatliche Bulletin des französischen Oberkommandos (CCFA) im Februar 1947 feststellt: „Le Parti Social-Démocrate a été plus actif; il continue à jouer un rôle prépondérant dans la province."[79] Auf französischer Seite werden vor allem auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Schmid und Schumacher über die Wünschbarkeit eines föderalistischen Aufbaus des künftigen deutschen Staates hervorgehoben – und weidlich überschätzt. Man schätzte sich glücklich über Schmids gemäßigte und eher pro-föderalistische Haltung und sah ihn als Widerpart gegen den in französischen Augen furchtbar nationalistisch-unitaristisch auftretenden Schumacher. In der französischen Zone war dieser lange Zeit persona non grata, bis ihn Schmid im Sommer 1947 einmal heimlich über die Zonengrenze

[76] Contrôle de la Sûreté du Wurtemberg, Renseignements généraux: Contribution à l'Etude du Parti Socialiste . . . (Anm. 13), Chapitre XIII.

[77] Siehe Hartmut Soell, Fritz Erler – Eine politische Biographie, Berlin 1976, Bd. I, S. 96 ff.

[78] Review of French Occupied Zone of Germany 1945–1947, Part II, B/2, S. 2.

[79] Bulletin mensuel du CCFA, février 1947, S. 10.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu einer SPD-Versammlung nach Baden-Baden brachte und einige Tage später eine Zusammenkunft Schumachers mit Gouverneur Widmer arrangierte. „Kurt Schumacher machte auf die Franzosen einen starken Eindruck, und künftig konnte er, wann immer er wollte, in die Französische Zone reisen; auch meinen Reisen nach Hannover stand nun nichts mehr im Wege."[80]

Verfassungsberatungen und parlamentarisches Debut

Carlo Schmid nahm nicht nur als Staatsrat an den Kabinettssitzungen der württembergisch-badischen Regierung in Stuttgart teil. Er wurde vom Vorsitzenden des Verfassungsausschusses der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden, dem alten Sozialdemokraten Wilhelm Keil, gebeten, als staatsrechtlicher Sachverständiger an den Verfassnungsberatungen teilzunehmen und einen Entwurf für die Verfassung auszuarbeiten. So nahm also im Frühjahr 1946 der Regierungschef des französisch besetzten Württembergs die Verfassungsgebung des amerikanisch besetzten Landesteils in die Hand und bestimmte sie maßgebend. Sein Entwurf wurde zur Grundlage der Verfassungsdiskussion sowohl im Vorausschuß wie in der am 30. Juni 1946 gewählten Verfassunggebenden Landesversammlung. Ohne in diesem Gremium Stimmrecht zu haben, nahm Schmid vom 24. Juli bis 10. September 1946 an fast allen Sitzungen teil; von der KPD abgesehen, legten alle Parteien großen Wert auf seine Mitarbeit, wie im Protokoll festgestellt wurde[81]. Der amerikanische Verbindungsmann und „Berater", Kenneth Dayton, mußte feststellen: „Dr. Schmid acted as spokesman for the entire committee" und sei „an extremely influential individual"[82]. Der endgültige Text der Verfassung war ein Kompromiß, dem alle drei großen Parteien zustimmten. Sowohl Keil wie der Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung, Wilhelm Simpfendörfer (CDU), stellten in den Abschlußdebatten den großen Anteil Carlo Schmids an den Formulierungen heraus. Er sei die

[80] Schmid, Erinnerungen, S. 295. Nach seiner so erfolgreichen Wahl in den Parteivorstand der SPD auf dem Nürnberger Parteitag 1947 begannen die Franzosen in Schmid sogar einen Rivalen und eventuellen Nachfolger Schumachers als Parteiführer zu sehen. Er war übrigens das einzige Parteivorstands-Mitglied, das erst nach dem Krieg der SPD beigetreten war. Vgl. die Ausarbeitung „Le Parti Social-Démocrate en Allemagne", bes. 4. Teil: Zone française, der Division d'Etudes et de Renseignements, CCFA, Cabinet, vom 12. 5. 1948, in: AOFA, F4 – Interzone – S.P.D. 1947/49. Eine ähnliche Angabe bei Wilhard Grünewald, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, Meisenheim/Glan 1971, S. 53.

[81] Zum Inhaltlichen siehe das entsprechende Kapitel bei Hirscher, Carlo Schmid, S. 67–82; Bengt Beutler, Das Staatsbild in den Länderverfassungen nach 1945, Berlin 1973, S. 55–78; Paul Feuchte, Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, S. 47 ff.

[82] Report on Wurtemberg-Baden Constitutional Convention, 6–13 Aug. und 19–24 Aug. 1946, IfZ, OMGUS Selected Records MA 1420/9. Siehe hierzu auch Barbara Fait, „In einer Atmosphäre von Freiheit". Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946, in: VfZ 33 (1985), S. 420–455, bes. S. 442 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Seele des Verfassungsausschusses gewesen und habe dem Werk weithin den Stempel seiner Persönlichkeit aufgeprägt[83].

Die Volksabstimmung über die Verfassung fand in Württemberg-Baden am 24. November 1946 statt. Zwei Tage vorher war im Schloß Bebenhausen bei Tübingen die Beratende Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern zusammengetreten, die auf französische Anordnung von den Kreisversammlungen und Gemeinderäten, auf indirektem Wege also, gewählt worden war. Nach Ansicht von Carlo Schmid eine Notabelnversammlung alten Stils[84]. In ihr hatte die CDU eine satte absolute Mehrheit von 42 Sitzen (SPD 14, DVP 8, KPD 4). Aufgaben dieser Versammlung, deren Befugnisse streng begrenzt waren, waren die „Beratung" der Provisorischen Regierung – ohne eigenes Antragsrecht – und die Ausarbeitung einer Verfassung.

In der ersten Sitzung dieser Versammlung am 22. November 1946 gab Carlo Schmid einen umfassenden Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Staatssekretariats[85]. Zugleich schilderte er in seiner Rede nüchtern und sachlich, ohne Schärfe gegenüber der Besatzungsmacht, aber deutlich hinsichtlich ihrer Maßnahmen und Anordnungen, die derzeitige Situation des Landes. Während er in anderen Bereichen über begonnene positive Aufbauleistungen berichten konnte, mußte er in den Abschnitten über die Wirtschaft und die Ernährungslage ein großes Klagelied anstimmen. Die Wirtschaft litt unter einem großen Mangel an Rohstoffen, verbunden mit der Unfreiheit bei der Verfügung über die noch im Lande befindlichen Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse, dem Abtransport der neuesten und leistungsfähigsten Maschinen für Reparationszwecke. Sie litt genauso an einem Mangel an Facharbeitern, bedingt durch die Zurückhaltung vieler Kriegsgefangener (nicht nur durch die Franzosen); die unzureichende Ernährung und völlig ungenügende Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Arbeitskleidung verminderten zusätzlich die Arbeitskraft. Schmid wies besonders darauf hin, daß einer der lebenswichtigsten Rohstoffe, den das Land selbst hervorbringe, ihm vorenthalten werde: das Holz. Es sei soweit gekommen, daß das monatlich zur Verarbeitung zugeteilte Holzkontingent in einzelnen Kreisen „noch nicht einmal den Bedarf für die Särge der Verstorbenen deckte". Schmid gab auch die genauen Mengen und Lieferauflagen an Lebensmitteln bekannt, die an die französische Armee, an das Saargebiet und nach Berlin geliefert werden mußten: u. a. 60% der Eier- und der Butterproduktion, 52% der Fleischerzeugung. Keine deutsche Stelle könne die letzte Verantwortung für die Ernährung tragen, da sie sich auf Beratung und Durchführung der Anordnungen beschränken müßte. Am Schluß der Rede ging Schmid nochmals auf die Stellung der deutschen Regierung ein, der weiterhin die demokratische Legitimation

[83] Nach Feuchte, Verfassungsgeschichte, S. 50.

[84] Erinnerungen, S. 268. Zu Wahlmodus u. Charakter der Versammlung siehe: Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, hrsg. von M. Gögler u. G. Richter, S. 87 f.

[85] Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern, 1. Sitzung, 22. November 1946, Schloß Bebenhausen, Prot. S. 6–19, Zitate S. 17 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fehle. „Nach wie vor bleibt die Regierung ausschließlich der Militär-Regierung verantwortlich, und nach wie vor hat sie von ihr Anordnungen entgegenzunehmen und ihre eigenen Maßnahmen von ihr genehmigen zu lassen. Vieles von dem, was mit unserer Unterschrift ins Land hinausgeht, ist nicht die Frucht unserer eigenen Entschlüsse; manches würde anders geschehen, wenn wir allein zuständig wären." Angesichts solch massiver Kritik hielt er es aber doch für angebracht, die eigene, Tübinger Militärregierung in Schutz zu nehmen: „Lassen Sie mich noch ein Wort über unser Verhältnis zur Militär-Regierung sagen. Wir finden bei ihr großes Verständnis für unsere Sorgen und Nöte. Aber sie ist selbst oft an Anordnungen von oben und internationale Verpflichtungen gebunden, die die Freiheit ihres Handelns einschränken. Dessen ungeachtet haben wir bei ihr auch in Fällen, die außerhalb ihrer Zuständigkeit liegen, wertvolle Hilfe gefunden. Ich möchte ihr dafür unseren Dank aussprechen. Die für unser Land verantwortlichen Offiziere und Beamten der Militär-Regierung verfolgen keine machiavellistischen Pläne, sondern versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit uns zusammen für unser Land zu wirken."

Diese kritische Rede über den Zustand des Landes hatte ein Nachspiel. Am nächsten Tag wurde Schmid von einem französischen Offizier nach Baden-Baden gebracht. Der Administrateur Général, Laffon, warf ihm vor, er habe mit seinem Bericht die Militärregierung und damit Frankreich verleumdet. Das sei ein Bruch der Loyalität gegenüber der Militärregierung, ein Akt von „résistance". Dazu Schmid in seinen Erinnerungen: „Ich stimmte ihm zu: Ich hätte innerhalb meiner Befugnisse und meiner Pflichten immer für die Bevölkerung meines Landes Widerstand gegen Maßnahmen geleistet, die ich für unzumutbar und für die Zukunft unserer beiden Völker für bedrohlich hielt. Was diese ‚résistance' anlange, so hätte ich vier Jahre lang in seinem Land zugunsten seiner Landsleute gegen Anordnungen meiner Obrigkeit Widerstand geleistet, die ich für ungerecht und schädlich erachtete. Das gleiche könnte ich doch wohl auch für meine Landsleute tun. Dann rechtfertigte ich meine Zahlen mit Belegen. Im übrigen, so fuhr ich fort, seien wir Deutschen und Franzosen auch im gegenwärtigen Zustand unserer Beziehung aufeinander angewiesen."[86] Schmid bekam die Weisung, in der nächsten Sitzung andere Zahlen bekanntzugeben, die ihm die Militärregierung gab. Er tat dies und ließ dabei durchblicken, daß er in höherem Auftrag handle[87].

Charakteristisch für seine Haltung und das besondere Verhältnis des Tübinger Staatssekretariats zur französischen Militärregierung, das sich eben nicht nur als bloße „Auftragsverwaltung" ansah, ist die Feststellung Schmids, mit der er die Bekanntgabe der Anfang Dezember 1946 erfolgten Regierungsumbildung vor der Landesversammlung einleitete: „Auf Grund der Ihnen bekannten Proklamation des Herrn französischen Oberbefehlshabers waren in den Ländern der französischen Zone provisorische Regierungen zu bilden, die innerhalb der Schranken der durch die Besetzung Deutschlands geschaffenen Umstände das Recht, Gesetze zu erlas-

[86] Schmid, Erinnerungen, S. 273 f.

[87] Prot. Verh. d. Verfassunggebenden Landesversammlung, 2. Sitzung, 2. 12. 1946, S. 1 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sen, eingeräumt bekommen sollen. Für uns in Württemberg und Hohenzollern änderte sich damit nichts Grundsätzliches. Wir haben dieses Recht von Anfang an für uns in Anspruch genommen, einfach deswegen, weil wir nicht wußten, wie wir sonst hätten regieren und verwalten können . . ."[88]

Zum Auftakt der Beratungen über eine Verfassung für Württemberg-Hohenzollern hielt Carlo Schmid vor der Landesversammlung ein über dreistündiges historisch-politisches Kolleg über Wesen und Gehalt einer Verfassung und über die Organisation eines demokratischen Staates[89]. Er bekannte sich zum Verfassungsprinzip der westlichen Demokratien, demzufolge die Verfassung nicht nur ein juristischer Text zur Organisation des Staatswesens sein sollte, sondern Ausdruck einer politischen Wertordnung, die von allen Bürgern des Staates akzeptiert wird. Die Erfahrungen der letzten hundert Jahre sprächen dafür, neben den Grundsätzen des Rechtsstaats auch eine demokratische Sozial- und Wirtschaftsordnung und das Recht auf Bildung in der Verfassung festzulegen. Um einem Mißbrauch des parlamentarischen Systems wie in der Weimarer Zeit vorzubeugen, sollte wie in der Stuttgarter Verfassung ein qualifiziertes Mißtrauensvotum eingeführt werden. Im übrigen warf Schmid gleich zu Beginn die Frage auf, ob man sich angesichts der Diskrepanzen zwischen Verfassungsrechten und den realen Verhältnissen unter einem Besatzungsregime nicht mit einer Art Organisationsstatut begnügen solle, sprach sich aber doch für eine volle Verfassung aus, wie sie auch in Stuttgart geschaffen worden war. Nicht nur Schmid wäre es am liebsten gewesen, wenn man die Stuttgarter Verfassung mit geringfügigen Änderungen auch für den südlichen Landesteil übernommen hätte. Gouverneur Widmer selbst bat Schmid um Vorschläge, wie dies zu bewerkstelligen sei[90]. Ein Abgeordneter der DVP brachte im Verfassungsausschuß der Beratenden Landesversammlung den Antrag ein, man solle die Verfassung von Nordwürttemberg übernehmen. Dies bezeichnete aber der CDU-Abgeordnete Lorenz Bock als entwürdigend, „weil wir doch wesentliche Änderungen vorzuschlagen haben"[91].

Mit Hilfe ihrer absoluten Mehrheit versuchte die CDU nun im Verfassungsausschuß einen ganz nach ihren Vorstellungen ausgerichteten Entwurf durchzusetzen; die Intransigenz ihrer Abgeordneten führte dazu, daß zuerst die DVP, dann auch SPD- und KPD-Abgeordnete aus Protest den Ausschuß verließen. Der schließlich allein von der CDU ausgearbeitete und vorgelegte Verfassungsentwurf dokumen-

[88] Verh. d. Verfassunggebenden Landesversammlung, 4. Sitzung, 8. 1. 1947, S. 4. Die Bezeichnung „deutsche Auftragsverwaltung" durchweg bei Konstanzer u. Henke, Politik der Widersprüche.

[89] Ebenda, 2. Sitzung, 2. 12. 1946, S. 3–19.

[90] Siehe Schmid, Erinnerungen, S. 274. Daß Widmer weiterhin der Auffassung sei, beide Württemberg sollten wieder vereinigt werden, und „unauffällig aber zielstrebig" auf eine Fusion der drei Westzonen hinarbeite (und damit also die Linie seines Chefs, General Koenigs, konterkarierte), bezeugt auch der Bericht eines Mitarbeiters der britischen Botschaft in Paris, J. E. Coulson, vom 8. 5. 1947 über ein vertrauliches Gespräch mit Widmer, PRO, C 6997/173/18.

[91] Vgl. den Abschnitt „Die Verfassunggebung in Württemberg-Hohenzollern" bei Nüske, Bemerkungen (1982), S. 246–263; Schmid, Erinnerungen, S. 275.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tierte deren christliches Staatsverständnis und war stark durch die katholische Soziallehre und ihre Naturrechtsauffassungen geprägt. Im übrigen sah er eine dezidierte Präsidialverfassung vor: Regierungschef sollte ein vom Volke gewählter und vom Landtag unabhängiger Staatspräsident sein; ein Senat sollte ihn beraten. Natürlich war dem Wunsch des Bischofs von Rottenburg entsprechend auch die verfassungsmäßige Einführung von Bekenntnisschulen vorgesehen.

Anders als bei den Verfassungsberatungen in Baden und Rheinland-Pfalz haben in Tübingen Vertreter der Militärregierung – von einigen eher informellen Gesprächen mit einzelnen Abgeordneten abgesehen – nicht in die Beratungen eingegriffen oder Einfluß zu nehmen versucht. „Die Diskussionen im Ausschuß selbst jedenfalls entwickelten sich offensichtlich völlig unbehindert, ja geradezu ungehemmt."[92] Um so überraschter waren die CDU-Abgeordneten, als ihr Entwurf von der Militärregierung in toto verworfen wurde, weil er nicht demokratischen Grundsätzen entspräche. Das am 24. März 1947 an den Vorsitzenden des Verfassungsausschusses gerichtete Schreiben Gouverneur Widmers ist eine äußerst knappe, ja brüske Zurückweisung, in der es heißt: „Les dispositions prévues dans ce texte, et notamment pour l'organisation des pouvoirs de l'Etat n'assurant pas à l'expression de la volonté populaire les garanties fondamentales d'une démocratie, le Gouvernement Militaire n'est pas en mesure de lui donner son approbation." Nach französischer Auffassung war dieser Verfassungsentwurf zu konfessionell, autoritär und undemokratisch[93].

Das war der einzige Fall in der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß ein deutscher Verfassungsentwurf von der Besatzungsmacht glatt abgelehnt wurde. Nach dieser französischen Ohrfeige kam unter dem Druck der Besatzungsmacht relativ schnell ein Kompromiß zustande, zumal der evangelische Landesbischof Wurm vor den CDU-Abgeordneten seiner Konfession eindeutig für eine christliche Gemeinschaftsschule eintrat und auch Schmid sich um einen Ausgleich bemühte. Der Entwurf wurde nun doch weitgehend der Stuttgarter Verfassung angeglichen, der Senatsgedanke aufgegeben, der Staatspräsident auf die Position eines Ministerpräsidenten im sonst üblichen Sinne reduziert. Die öffentlichen Volksschulen wurden als christliche Schulen definiert, für deren Gestaltung der Wille der Erziehungsberechtigten maßgebend sein sollte. Wie in der Stuttgarter Verfassung wurde das Prinzip

[92] Nüske, Bemerkungen (1982), S. 261 f. Die von Frank R. Pfetsch in: Die französische Verfassungspolitik in Deutschland nach 1945, in: Die französische Deutschlandpolitik, S. 120 f., abgedruckten „Anregungen" Emile Laffons wurden offensichtlich nicht berücksichtigt.

[93] Kopie dieses Schreibens und französische Übersetzung des Entwurfs zusammen mit anderen die Verfassung betr. Schriftstücken in den aus dem Nachlaß Widmers stammenden Papieren in der B.D.I.C. (Sign. Q Pièce 6124). Aus den dort befindlichen handschriftlichen Notizen Widmers geht klar hervor, daß man auf französischer Seite diesen Entwurf „en grande partie confessionnelle" und „d'un caractère autoritaire et non démocratique" hielt. Der Vermutung Konstanzers (Entstehung, S. 50) und Erhard H. M. Langes (Hinter dem „seidenen Vorhang". Zu den verfassungspolitischen Anfängen in der französischen Zone, in: Das Parlament, Nr. 1/2, 10. 1. 87, S. 12), die Ablehnung sei wohl hauptsächlich deshalb erfolgt, weil keine der anderen Parteien beteiligt gewesen sei, kann man also nicht folgen. Vgl. auch Pfetsch, Französische Verfassungspolitik, S. 124 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Bedarfsdeckungswirtschaft eingeführt, was der SPD die Zustimmung erleichterte. DVP und KPD lehnten den Entwurf weiterhin ab. In der Schlußdiskussion konnte Carlo Schmid feststellen, daß „was den materiellen Inhalt der Bestimmungen dieser Verfassung anbetrifft, der Rechtszustand in Württemberg-Baden annähernd erreicht ist ... Das hier geschaffene Werk erfüllt nicht alle unsere Wünsche. Wir glauben aber, daß das was in Anbetracht der in unserem kleinen Lande herrschenden besonderen soziologischen, weltanschaulichen und strukturellen Verhältnisse von Sozialdemokraten überhaupt erreicht werden kann, hier auch erreicht worden ist."[94]

Zusammen mit der Volksabstimmung über die Verfassung, die dank der Befürwortung durch CDU und SPD mit 69,8% der abgegebenen Stimmen angenommen wurde (mehr als in den beiden anderen Ländern der französischen Zone), fanden am 18. Mai 1947 die ersten Landtagswahlen in der französischen Zone statt – einen Monat später als in der britischen Zone, was aber eher auf deutsche Verzögerungen zurückzuführen ist. In Württemberg-Hohenzollern erhielten (bei einer Wahlbeteiligung von nur 66,4%) die CDU 54,2%, die SPD 20,8%, die DVP 17,7% und die KPD 7,3%. Das ergab eine Sitzverteilung im Landtag von 32 Sitzen für die CDU (knapp die absolute Mehrheit), 12 für die SPD, 11 für die DVP und 5 für die KPD[95].

Angesichts dieses Kräfteverhältnisses ist es verständlich, daß nun die CDU die Führung der Regierung übernehmen wollte. Am 8. Juli 1947 wurde Lorenz Bock (CDU) zum Staatspräsidenten gewählt, Carlo Schmid behielt das Justizministerium und wurde Stellvertreter des Staatspräsidenten; er blieb auch weiterhin der Verbindungsmann zwischen Tübingen und Stuttgart.

Vom württembergischen Regierungschef zum Politiker nationalen Formats

In seiner Eigenschaft als württemberg-badischer Staatsrat mit Kabinettsrang hat Carlo Schmid auch an Sitzungen des Länderrats der amerikanischen Zone als Beobachter teilgenommen – an einigen zumindest, aber wohl kaum regelmäßig, wie er in den „Erinnerungen" schreibt[96]. Regelmäßiger Gast als staatsrechtlicher Sachverständiger war er aber in dem vom Länderrat eingesetzten Ausschuß zur Koordinierung der Länderverfassungen der amerikanischen Zone im April und Mai 1946. Dort hat ihn der hessische Vertreter Ludwig Bergsträsser kennengelernt und anläßlich einer solchen Sitzung in seinem Tagebuch die wohl zutreffende Bemerkung gemacht:

---

[94] Prot. der Verh. d. Beratenden Landesversammlung, 10. u. 11. Sitzung, 21. und 22. April 1947, S. 53. Zur Verfassung insgesamt, die durchaus auch in ihrer endgültigen Fassung „einem Staatsverständnis auf christlichen Grundlagen" entsprach, Beutler, Staatsbild, S. 78–93.

[95] Zu den Ergebnissen der Landtagswahl vgl. Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, Ztschr. f. Statistik u. Landeskunde 2 (1947), H. 5/6, S. 209 ff.

[96] Schmid, Erinnerungen, S. 271; Schmid irrt sich wohl (und mit ihm die Autoren, die dies übernommen haben), wenn er hier meint, er habe bei diesen Sitzungen als jungen Mitarbeiter Hans Jochen Vogel kennengelernt – der war damals noch Student in Marburg.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Schmid hat doch einen stark romantischen Einschlag, verbunden mit Pathos."[97] Die Teilnahme an der vom Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen für Anfang Oktober 1946 einberufenen ersten Interzonenkonferenz der Chefs der deutschen Länder wurde ihm und seinen Kollegen in Baden und Rheinland-Pfalz von der französischen Militärregierung verboten. Auch in Stuttgart, aber klammheimlich, haben Schmid und sein enger Mitarbeiter, der damals als Ministerialrat im Tübinger Staatssekretariat tätig gewesene Theodor Eschenburg, an den Beratungen der vom Deutschen Büro für Friedensfragen eingesetzten Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für eine deutsche Bundesverfassung mitgewirkt. Bei diesen Beratungen war Schmid der einzige SPD-Politiker, der neben dem bayerischen Vertreter Wilhelm Hoegner betont föderalistische Positionen vertrat. Das, was sich da zu entwikkeln begann, kam den Franzosen doch besorgniserregend vor. Anläßlich einer Besprechung zwischen den Spitzen der Besatzungsverwaltung und Regierungsvertretern am Quai d'Orsay am 13. Januar 1947 über die Einstellung deutscher Politiker zum Föderalismus berichtete Gouverneur Widmer, „daß vor allem Württemberg ein Resonanzboden für Einflüsse von außen, besonders aus der amerikanischen Zone ist. Er bemerkt, daß viele der katholischen Parteiführer, die ursprünglich Anhänger eines Staatenbundes [Fédération d'Etat] gewesen wären, jetzt zu der Vorstellung eines Bundesstaats [Etat Fédéral] gekommen seien. Das sei namentlich bei einer der markantesten Persönlichkeiten unserer Zone der Fall, dem gegenwärtigen Präsidenten der Provisorischen Regierung von Württemberg, dem Doktor Schmid, der jetzt einen starken Bundesstaat wünscht, einschließlich eines Innenministeriums mit Polizeigewalt.

Der Gouverneur von Württemberg wies auch auf das allgemeine Interesse Doktor Schmids und mehrerer seiner Mitarbeiter hin, das künftige föderalistische Deutschland in den Rahmen einer Europäischen Föderation einzugliedern, die viele der Katholiken unter der Führung Frankreichs zu sehen wünschten. Der Schwerpunkt dieses föderalistischen Deutschland würde nicht mehr in Berlin liegen, sondern in Bayern ..."[98]

Carlo Schmids politische Ansichten wurden allmählich auch für französische Beamte höherer Dienststellen interessant. Der französische Konsul in Stuttgart und Tübingen, Pierre d'Huart, berichtete am 7. Mai 1947 über eine ausführliche politi-

---

[97] Ludwig Bergsträsser, Befreiung, Besatzung, Neubeginn. Tagebuch des Darmstädter Regierungspräsidenten 1945–1948, hrsg. von Walter Mühlhausen, München 1987, S. 123, Eintrag am 2. Mai 1946.

[98] AOFA, Pol III C, 1a, carton 32: Z.F.O. Administrations allemandes, Pouvoirs des Länder 1946–47; zu Carlo Schmids europapolitischen Vorstellungen siehe seine Erinnerungen, S. 296 f. u. bes. S. 414 ff., sowie Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, 2. Aufl. Stuttgart 1980, S. 574 ff. Über die Verfassungsberatungen im Büro für Friedensfragen vgl. Hirscher, Carlo Schmid, S. 103 f., sowie Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. vom Bundesarchiv u. Institut für Zeitgeschichte (künftig: AVBRD), Band 2, S. 428 ff., 437 ff., 623 ff.; damit sie keine Schwierigkeiten mit der französischen Militärregierung bekamen, wurde auf die Nennung der Namen Schmid und Eschenburg im Protokoll verzichtet.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche „tour d'horizon" mit Schmid nach Baden-Baden: Schmid sei sich bewußt, daß die russisch besetzte Zone wohl auf längere Sicht vom übrigen Deutschland getrennt sein werde. Die Amerikaner und Briten würden in der Bizone eine Art deutschen Bundesstaat errichten mit einem gewählten Parlament. Wenn Frankreich seine Zone davon ausschließe, würde man ihm den Vorwurf machen, Deutschland in Stücke amputieren zu wollen. Das Interesse der Bevölkerung würde sich ganz dem neuen Bundesstaat zuwenden und die politischen Köpfe der französischen Zone würden nacheinander abwandern, um in der neuen deutschen Verwaltung in Frankfurt Karriere zu machen. Der Einfluß Frankreichs in Richtung auf eine föderalistische deutsche Politik ginge noch mehr zurück, der sowieso schon dadurch sehr eingeschränkt sei, daß es deutschen Politikern aus der französischen Zone verboten sei, mit solchen anderer Zonen Kontakte zu pflegen[99].

An eben diesem 7. Mai 1947 lud der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard alle Regierungschefs der deutschen Länder für den 6./7. Juni zu einer Konferenz nach München ein, zur Beratung von Maßnahmen, „um ein weiteres Abgleiten des deutschen Volkes in ein rettungsloses wirtschaftliches und politisches Chaos zu verhindern"[100]. Zur Bekräftigung und Unterstützung dieser Einladung schickte Ehard auch einen Abgesandten nach Tübingen zu Carlo Schmid, der vor allem den Wunsch ausdrückte, daß auf dieser Konferenz über die Notwendigkeit eines Besatzungsstatuts gesprochen und eine entsprechende Resolution verabschiedet werde. Er vertrat die Meinung, in dieser Sache müßten die Regierungen und nicht die Parteien die Initiative ergreifen. „Mit dieser Ansicht stellt er sich in Gegensatz zu seinem Parteiführer Schumacher", bemerkt Ehards Beauftragter in seinem Bericht und fügt hinzu, es wäre wohl am zweckmäßigsten, statt wie vorgesehen den damaligen Kölner Oberbürgermeister Pünder, Staatsrat Schmid über ein Besatzungsstatut sprechen zu lassen, „der über eingehende völkerrechtliche Kenntnisse verfügt und große praktische Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt hat".

Schmid hatte seine Militärregierung von der Einladung in Kenntnis gesetzt, um dringliche Entscheidung gebeten und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß bei einer Nichtteilnahme der Regierungschefs der französischen Zone „die zentralistischen Tendenzen auf dieser Konferenz so stark in Erscheinung treten könnten, daß eine Richtung festgelegt würde, die auch bei einem späteren Hinzutreten der französischen Zone nicht mehr geändert werden könnte". Mit denselben Argumenten zur Stärkung des föderalistischen Lagers hat man auch in München gegenüber dem dortigen französischen Generalkonsul operiert[101]. Die Angelegenheit lief von der

---

[99] Lettre de Pierre d'Huart à Conseiller Politique en Allemagne, Baden-Baden, 7 mai 1947, in: AOFA, CC, Pol II B – Personnalités – S (Paquet 27).

[100] Wortlaut des Einladungsschreibens in: AVBRD, Bd. 2, S. 424 f. Zur Haltung Carlo Schmids auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vgl. Hirscher, Carlo Schmid, S. 112 ff., das dortige Literaturverzeichnis und die in AVBRD, Bd. 2, S. 424 ff. abgedruckten einschlägigen Aktenstücke.

[101] Aufzeichnung des bayer. Beauftragten (dessen Name unbekannt ist) über sein Gespräch mit Schmid am 14. 5. 47 bei Grünewald, S. 505 f.; siehe dazu auch Rolf Steininger, Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, in: VfZ 23 (1975), S. 87, Anm. 69.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Militärregierung in Tübingen nach Baden-Baden und weiter nach Paris. Dort hielt man unter Beteiligung des Administrateur Général Laffon im Außenministerium (am Quai d'Orsay) eine Konferenz darüber ab. Nach anfänglichen Bedenken genehmigte man die Teilnahme der Regierungen der Länder der französischen Zone unter eben diesem von Schmid und Ehard vorgebrachten Gesichtspunkt, „car elle rentrait dans le cadre de la formule ‚con-fédéraliste' française"[102].

Am 30. Mai gab der Quai d'Orsay schließlich im Rahmen einer Pressekonferenz ein Communiqué bekannt, in dem mitgeteilt wird, daß das französische Oberkommando in Deutschland den Staatspräsidenten der französischen Zone ausnahmsweise die Teilnahme an der Münchener Konferenz gestatte, da die französische Regierung immer die Auffassung vertreten habe, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, und da die Zusammenkunft im Rahmen der Länder organisiert werde, die die Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung Deutschlands sein sollen. Ein Sprecher des Außenministeriums erläuterte den Beschluß: es gehe in München um wirtschaftliche Probleme und es sei eine Konferenz der Chefs der Staatsregierungen geplant; falls sie in eine Versammlung von politischen Parteien oder Gewerkschaften umgewandelt werde, würde die Haltung Frankreichs überprüft werden[103]. Derartiges war von den Ministerpräsidenten der Länder in der sowjetischen Zone ja schon gefordert worden. In den Antwortschreiben der Militärgouverneure der Länder an die Ministerpräsidenten heißt es, der bayerische Ministerpräsident habe zugesagt, daß die Konferenz eindeutig im Zeichen des Föderalismus stehen werde, und es wurden genaue Anweisungen zur Ausführung der französischen Vorstellungen über eine föderalistische Gestaltung Deutschlands gegeben (man rechnete also doch auch mit derlei Gesprächen): „Der französische Plan wird dort verteidigt werden, insbesondere daß nur den Staaten Souveränität zukommt und nicht der Konföderation; daß die Verfassung der Konföderation durch wechselseitige Vereinbarungen der Staaten aufgestellt werden wird, die der Konföderation angehören, und nicht durch eine zu diesem Zweck gewählte Verfassunggebende Versammlung; daß es in dieser Konföderation nur eine Staatenkammer geben wird, die aus Delegierten der Mitgliedstaaten der Konföderation besteht."[104] Schmid will der Militärregierung jedoch erklärt haben, daß er sich nicht an irgendwelche Auflagen für sein Verhalten auf dem Kongreß halten werde[105].

Bei der Vorbesprechung der Tagesordnung der Konferenz mit den ostzonalen

---

[102] Vgl. Note pour le ministre, in: AAE, Y 1944–1949, Vol. 329, S. 50–52, sowie die hektographierte Aufzeichnung eines Gesprächs versch. Abgeordneter mit Laffon am 9.7. 1947, in: AAN, Commission Affaires étrangères, Allemagne, carton 21. Zitat S. 10 d. Aufz.

[103] Wortlaut beider Erklärungen bei Grünewald, S. 96 f., u. AVBRD, Bd. 2, S. 457, Anm. 5.

[104] Zitat der Schmidschen Übersetzung in der Urfassung der Erinnerung (NL Schmid AsD), S. „924/7–924/8 (neu)"; das französische Schreiben in NL Schmid, Mappe 462. Im Inhalt gleichartig das Schreiben des badischen Gouverneurs Pène an Wohleb, in: AVBRD, Bd. 2, S. 457 f.

[105] Brief Schmids vom 12. 4. 72 an Elmar Krautkrämer in NL Schmid, Mappe 462; in seinen Beiträgen über die Ministerpräsidentenkonferenz in VfZ 20 (1972) erwähnt Krautkrämer dies nicht.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ministerpräsidenten am Abend des 5. Juni in München hat Schmid die französischen Auflagen ins Feld geführt, um der von den Vertretern der sowjetischen Zone geforderten Ausweitung der Konferenz im politischen Bereich („Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates") entgegenzutreten. In einem solchen Fall würde wohl ein absolutes Veto von französischer Seite erfolgen, und die Länder der französischen Zone würden für sehr lange Zeit von allen gesamtdeutschen Aktivitäten ausgeschlossen bleiben.

Als am ersten Tage der Konferenz beim Tagesordnungspunkt „Ernährungsnot" in zwei Referaten ausführlich die Situation in der amerikanischen und der britischen Zone dargelegt worden war, ergriff Carlo Schmid nach Absprache mit seinen Freiburger und Koblenzer Kollegen in der Diskussion das Wort und gab in einem Kurzreferat aus dem Stegreif einen sehr kritischen Bericht über die Ernährungslage in der französischen Zone. Er wies deutlich auf die Entnahmen der Besatzung hin, die Auflagen zur Versorgung französischer Ferienkinder (die sich im Schwarzwald und anderswo von den Entbehrungen während der deutschen Besetzung erholen sollten), das hohe Ablieferungssoll für Fleisch, die katastrophale Kartoffelernte ... Die Produkte der gewerblichen Industrie kämen nur in ganz geringem Umfang der eigenen Bevölkerung zugute[106]. „Mein Kollege Leo Wohleb war sichtlich konsterniert und prophezeite mir Unheil; Ministerpräsident Ehard schien ebenfalls betreten", schreibt Schmid in seinen Erinnerungen. Die Konferenz war immerhin öffentlich und zahlreiche in- und ausländische Presseleute zugegen.

Am zweiten Sitzungstag hielt Schmid sein vorgesehenes Referat „Schaffung eines Besatzungsrechtes". Er begründete die Notwendigkeit, das Verhältnis zu den Besatzungsmächten in formulierten Rechtssätzen niederzulegen, die sich an der Haager Landkriegsordnung orientieren. Die meisten der Anwesenden hielten diese Forderung zwar für sehr begrüßenswert, aber illusionär[107].

Natürlich nahmen an beiden Tagen der Konferenz auch französische Beobachter teil. Ein Beamter des Quai d'Orsay stellte Schmid wegen seiner kritischen Äußerungen über die französische Besatzungszone zur Rede und forderte ihn auf, mit nach Paris zu kommen. Es ging das Gerücht um, die Franzosen wollten ihn verhaften. Auf entsprechende Fragen bei der anschließenden Pressekonferenz antwortete Schmid, er reise gelassenen Mutes nach Tübingen zurück. Ein amerikanischer Journalist rief ihm zu: „Wenn man Ihnen etwas tut – wir werden Lärm schlagen!" Durch seine mutigen Reden war der bis dahin ziemlich unbekannte Regierungschef eines der kleinsten deutschen Länder über Nacht plötzlich für die westliche Presse ein

[106] Ungekürzter Text in AVBRD, Bd. 2, S. 528–530. Vgl. dazu auch Theodor Eschenburg, Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947, in: VfZ 20 (1972), S. 411–417, bes. S. 416 f. Zitat aus den Erinnerungen Schmids, S. 290. Für den Druck in der von der Bayer. Staatskanzlei hrsg. Publikation über die Konferenz wurde der Text der Rede redigiert und die Kritik etwas abgeschwächt.

[107] Vgl. Schmid, Erinnerungen, S. 290. Text des Referats in AVBRD, Bd. 2, S. 567–574. Zur Frage eines Besatzungsstatuts siehe unten.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

interessanter Mann geworden. Seine Intelligenz und Schlagfertigkeit, aber auch seine Ausstrahlung von ruhiger Behäbigkeit und ‚savoir vivre' trugen mit dazu bei, ihn von nun an bei den Journalisten beliebt und durch sie populär zu machen[108].

Mit dem französischen Beamten hatte Schmid nach der Pressekonferenz ein langes Gespräch, das damit endete, daß dieser ihm seine Achtung aussprach und erklärte, er hätte an seiner Stelle genauso gehandelt[109]. Schmid berichtete später[110], nach seiner Rückkehr nach Tübingen habe man – wie nach seinem Rechenschaftsbericht vor der Landesversammlung im November 1946 – versucht, ihn zu einer Abschwächung seiner Darstellung zu bewegen. Er habe dem aber nicht Folge geleistet und es sei ihm nichts passiert.

Im Grunde war man französischerseits mit dem Ablauf der Ministerpräsidentenkonferenz durchaus zufrieden. In einem zusammenfassenden Bericht aus dem Zivilkabinett General Koenigs heißt es: „Die Resolutionen enthalten keinerlei Vorschläge, die den französischen Leitsätzen über die künftige Organisation Deutschlands entgegenstünden. Das föderalistische Prinzip ist im Gegenteil durch die häufige Bezugnahme auf die Regierungschefs der deutschen Länder stillschweigend anerkannt worden."

Im übrigen wird festgestellt, daß die kritischen Äußerungen Schmids in der Presse übertrieben worden seien. Schmid habe damit auch Anschuldigungen seitens seiner Kollegen in anderen Zonen entgegentreten wollen, er befände sich im Solde der Franzosen. Bei der Abfassung der Schlußresolutionen habe er zusammen mit Boden und Wohleb mäßigenden Einfluß ausgeübt. Die wichtige Rolle, die Schmid auf der Konferenz gespielt habe, bestätige seine Autorität und den Wert dieses Mannes. Es sei deshalb wünschenswert, sich seiner Persönlichkeit künftig stärker zu bedienen, um die vom Norden ausgehenden nationalistischen und unitaristischen Tendenzen in der SPD abzuschwächen. Man hätte befürchten müssen, daß in München viel weitergehende politische Forderungen gestellt würden, und es sei heute klar, daß Präsident Ehard nur mit der Unterstützung durch die Repräsentanten der französischen Zone, und besonders Schmids, einen Kompromiß zwischen den Unitaristen der Sowjetzone und den einem Einheitsstaat gegenüber aufgeschlossenen Ministerpräsidenten der englischen Zone vermeiden konnte. Quasi mit Erleichterung stellt der Berichterstatter dann fest: „Nous avons ainsi pu franchir la délicate étape de Munich sans dommages pour notre politique."[111]

---

108 Die Pressekonferenz am 8.6.47 wird ausführlich dargestellt bei Grünewald, S. 285–309. Siehe auch Schmid, Erinnerungen, S. 291 f.

109 Ebenda. Vgl. den Bericht von M. Fabre vom 7. u. 8.6.48 über ein Gespräch mit Schmid in: AOFA, CCFA, Cab. Civil, Carton 52, Pol V D, der mit folgender Feststellung schließt: „Pour apprécier avec objectivité l'attitude de Schmidt, on doit savoir qu'elle est inspirée, dans une large mesure, par la préoccupation de mettre en relief, pour l'avenir, sa personnalité politique à la veille de son éloignement probable du pouvoir et le souci de se disculper de l'accusation fréquement portée contre lui-même, au cours de la Conférence, d'être à la solde des autorités françaises."

110 In einem Schreiben vom 2.8.73 an Reinhard Bollmus im NL Schmid (AsD), Mappe 462.

111 Undatiertes Exposé „La Conférence de Munich" in: AOFA, CCFA, Cab. Civil, Paquet 52, Pol V D. In gleichem Tenor gehalten sind die von Koenig nach Paris gesandten Berichte und Beurteilungen,

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In einer abschließenden Beurteilung der Münchener Konferenz für das Außenministerium zog der Politische Berater General Koenigs, Botschafter Jacques Tarbé de Saint Hardouin, recht interessante Schlußfolgerungen: Im Verlauf der Debatten hätte man feststellen können, daß die Ministerpräsidenten der beiden angelsächsischen Zonen eine sehr viel größere Unabhängigkeit in ihren Reden und Handlungen hätten und ihnen vor allem mehr persönliche Achtung entgegengebracht würde als wir [die Franzosen] den unsrigen zugestehen. Ein Vergleich der Methoden der Besatzung, ganz besonders was die Regelung des Handelsverkehrs und die Besatzungskosten beträfe, würde nicht zu unseren Gunsten ausfallen. Dieser Kontrast in der Stellung der Ministerpräsidenten und die Disparität zwischen den Zonen müßten sowohl im eigenen französischen wie im Interesse eines Aufbaus föderalistischer Strukturen in Deutschland möglichst bald verschwinden[112].

In der Tat scheint diese Münchener Ministerpräsidentenkonferenz eine gewisse Wende in der Einstellung der Spitzenbeamten der französischen Besatzungsmacht gegenüber den deutschen Politikern ihrer Zone gebracht zu haben. Zumindest der hohe Stellenwert Carlo Schmids in der deutschen Innenpolitik wurde nun den Franzosen deutlich. Von den Amerikanern wurde er noch unterstrichen: Am 21. Juni 1947 schrieb Tarbé de Saint Hardouin aus Berlin (wo er sich häufig in Kontrollratsangelegenheiten aufhielt) an das Außenministerium in Paris[113], ein Amerikaner, nämlich der Chef der „Election Branch" bei OMGUS, habe sich ihm gegenüber sehr positiv über die Teilnahme der Regierungschefs der Länder der französischen Zone an der Münchener Konferenz ausgesprochen: Ihre Gegenwart habe verhindert, daß die Konferenz in ein politisches Fahrwasser abglitt, und sie in dem von ihren Organisatoren vorgesehenen wirtschaftlichen und technischen Rahmen gehalten. Andererseits habe sie es dem Dr. Schmid ermöglicht, den Alliierten und der deutschen Öffentlichkeit seine starke Persönlichkeit zu offenbaren. Das sei ein Faktor von großer Wichtigkeit ... Die amerikanischen Behörden wünschten, der Dr. Schmid könnte seinen Einfluß verstärken und der SPD eine weniger nationalistische und mehr europäische Orientierung geben. Es sollte ihm mehr Gelegenheit gegeben werden, an Kongressen und Parteiversammlungen auch außerhalb der französischen Zone teilzunehmen.

Saint Hardouin schreibt dann weiter: „Es steht fest, daß die Persönlichkeit des Dr. Schmid, von uns ja schon anerkannt, für viele, und besonders für unsere Verbündeten, eine Offenbarung gewesen ist. Der Einfluß, den er in seiner Partei in einem gemäßigten und föderalistischen Sinne ausüben könnte, sollte nicht unterschätzt

---

in: AAE, Y 1944–1949, Vol. 295, Bl. 246, und Vol. 329, Bl. 210f. (letzteres Telegramm übernimmt die Argumentation Fabres).

112 M. J. Tarbé de Saint Hardouin, Ambassadeur de France, Conseiller Politique, à Son Excellence Monsieur Georges Bidault, Ministre des Affaires Etrangères, Direction d'Europe, Berlin 12 juin 1947, in: AAE, Y 1944–1949, Vol. 329, S. 186–191.

113 Dépêche No. 305/EU, J. Tarbé de Saint Hardouin à Ministre des Affaires Etrangères, Direction Europe, Berlin 21 juin 1947, objet: Opinion d'un Américain sur le Dr. Schmidt [sic!], in: AAE, Z Europe 1944–1949, Allemagne, Vol. 36, S. 77–79.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden. Bis jetzt haben die drei anderen Besatzungsmächte in viel aktiverer Weise an der deutschen Innenpolitik Anteil genommen als wir. Es ist ihnen gelungen, zu bestimmten Parteien enge Verbindungen zu knüpfen. Wir haben in dieser Hinsicht nicht die gleichen Möglichkeiten. Ein Grund mehr, um durch die Vermittlung von deutschen Politikern zu wirken, deren Tendenzen den Zielen entsprechen, die wir uns gesetzt haben – und das ist bei Dr. Schmid in einem gewissen Grade der Fall."

Fünf Tage später meldete Saint Hardouin in einer weiteren Depesche aus Baden-Baden nach Paris, Schmid sei für einen wichtigen Posten beim neuen Wirtschaftsrat der Bizone vorgesehen, und er sei bereit, diesen zu übernehmen. Als Autor der Verfassung von Württemberg-Baden in der amerikanischen Zone und ausgezeichneter Kenner der Verhältnisse in der französischen Zone werde er sowohl von den Verbündeten der Franzosen wie von den deutschen bizonalen Behörden als eine Persönlichkeit betrachtet, die engere Verbindungen zwischen den Ländern Süddeutschlands herstellen könnte, was von diesen als unbedingt notwendig erachtet werde[114]. Seitens der SPD war Carlo Schmid tatsächlich als Vertreter Württemberg-Badens für den Exekutivrat des bizonalen Wirtschaftsrats nominiert worden. Die Kandidatur scheiterte aber letztlich an dem Umstand, daß er seinen Wohnsitz außerhalb der Bizone hatte[115].

Am Quai d'Orsay war man aber weiterhin mißtrauisch gegenüber Carlo Schmid und nahm ihm besonders seine Forderung nach einem Besatzungsstatut, einer juristischen Festschreibung der Rechte der Besatzungsmacht, übel. Man hatte der Teilnahme der Ministerpräsidenten der eigenen Zone an der Münchener Konferenz ja nur widerstrebend zugestimmt. Sie ist dann doch in französischer Sicht einigermaßen glimpflich verlaufen. Aber eine Reise von SPD-Politikern aus der französischen Zone zu dem SPD-Parteitag, der Ende Juni in Nürnberg stattfinden sollte, wollte man auf keinen Fall gestatten – denn dabei handele es sich ja effektiv um eine Kundgebung nationalen unitarischen Charakters. Der Administrateur Général der Zone, Herr Laffon, verwandte große Mühe darauf, die Pariser Zentrale von solchen Restriktionen abzubringen – mit genau der Argumentation, die Schmid selbst in seinem Gespräch mit dem Konsul d'Huart Anfang Mai vorgebracht hatte[116]. Und Tarbé de Saint Hardouin schickte warnende Noten nach Paris: man würde nur die

[114] Dépêche No. 388/EU, J. Tarbé de Saint Hardouin à Ministre des Affaires Etrangères, Direction Europe, Baden-Baden 26 juin 1947, in: AAE, ebenda, S. 97.

[115] Vgl. dazu AVBRD, Bd. 3 (Juni-Dezember 1947), S. 182, Anm.

[116] „Il soulignait en même temps que d'autres leaders politiques importants de notre Zone faisaient preuve d'une certaine ‚attirance' vers Francfort: cas de M. Schmitt [sic!], ex-ministre-président du Wurtemberg-Sud, dont la personnalité dépasse largement, par son rayonnement, le cadre de ce petit territoire. Prétendre enfermer de force de tels hommes dans notre Zone, et à fortiori dans l'un des petits Etats artificiels constitués par nous, est fatalement les rejeter à la longue dans la Zone anglo-saxone. – Paris se rendit finalement aux raisons de M. Laffon, et permit la participation au Congrès de Nuremberg. Mais cette décision opportune est en contradiction avec la ligne générale précédemment prescrite." Aufzeichnung des Gesprächs einiger Abgeordneter mit Laffon am 9.7.47, S. 20, in: AAN (Anm. 102). Vgl. auch die Note vom 20. Juni 1947 „Le Président Schmid avant le congrès de Nuremberg" in: AOFA, CC, Pol II B – Personnalités – S (Paquet 27).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

antifranzösischen und zentralistischen Elemente in der SPD stärken, wenn man Schmids Teilnahme am Nürnberger Kongreß verbieten würde. Das Verbot wurde schließlich wieder aufgehoben.

Carlo Schmid nahm an dem vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg stattfindenden Parteitag der SPD teil und hielt am 1. Juli in der Diskussion über das Referat von Walter Menzel (Düsseldorf) „Der Aufbau der deutschen Republik" eine Ansprache, die ihm viel Beifall eintrug. Schmid sprach sich dabei deutlich für einen föderalistischen Aufbau des neuen deutschen Staates aus: die neue „Reichs"-Verfassung sollte so viel Föderatives enthalten, wie ohne Schädigung der deutschen Gesamtinteressen verantwortet werden könne, und nur so viel Zentralismus, wie um der Gesamtbelange willen notwendig sei. Die Zufallsgrenzen der neu entstandenen Länder müßten geändert werden können. Im übrigen gab er auch hier seinem Hauptanliegen, der Schaffung eines Besatzungsrechts, breiten Raum und äußerte sich in kräftigen Worten über die Besatzungsherrschaft, wie er sie erfahren hatte: „... die Verfassungen der Länder, die weithin praktisch nichts anderes sind als Literatur. Es kann ja jeder Quartiermacher, jeder Militärpolizist ihre Grundrechte gegenstandslos machen, und die Landtage sind ja nur weithin wenigstens insoweit souverän, als die Besatzungsmächte ihnen das von Fall zu Fall erlauben ... Die wirkliche Verfassung, unter der wir leben, sieht so aus: Sie besteht aus zwei Artikeln:

Artikel 1. Die Staatsgewalt in Deutschland geht nicht vom deutschen Volke, sondern von den Besatzungsmächten aus. Sie sind dabei absolut und nur an Beschränkungen gebunden, die sie sich selber auferlegen wollen.

Artikel 2. Die Besatzungsmächte können gewisse Befugnisse an deutsche Stellen und von ihnen geschaffene Zonenorgane übertragen, die ihrer Kontrolle unterstehen, und diese Kontrolle kann auftrennen, was je und je von den Länderregierungen und Zonenorganen gewoben worden ist. ..."[117]

Bei den am gleichen Tag vorgenommenen Vorstandswahlen wurde Carlo Schmid mit einer der höchsten Stimmenzahlen in den Parteivorstand der SPD gewählt. Das war ein beachtlicher Erfolg für einen Mann, der erst vor anderthalb Jahren dieser Partei beigetreten war. Aber damals war es eben noch eine Sensation, wenn sich ein so angesehener Professor für die Sozialdemokratische Partei engagierte.

---

[117] Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, S. 139–142, Zitate S. 140 u. 142; siehe auch Schmid, Erinnerungen, S. 292 ff. Im Bericht Saint Hardouins nach Paris vom 21. 7. 48 (unterzeichnet p. o. F. Seydoux) heißt es abschließend: „Le Dr. Schmid a respectueusement salué ces doctrines officielles; puis il a franchement et sans détours abordé le problème actuel, celui devant lequel chaque Allemand se trouve quotidiennement placé. Position démagogique dira-t-on? Peut-être, mais qui ne manque pas de témérité. Karl Schmid, homme politique rusé et prudent ne se serait pas engagé dans cette voie s'il n'avait senti, s'il n'avait su que ce problème n'inquiète pas les Allemands seuls, mais qu'il est à l'ordre du jour des préoccupations de certains Alliés." AAE, Y 1944–1949, Vol. 295, S. 139–144.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Carlo Schmid im Urteil der Franzosen

Kurz nach dem Nürnberger Kongreß hatte Schmid Gelegenheit, seine Beschwerden und Vorstellungen dem Politischen Berater des französischen Oberkommandierenden selbst vorzutragen. Botschafter Tarbé de Saint Hardouin benützte die Gelegenheit eines Aufenthaltes in Baden-Baden, Carlo Schmid zu sich kommen zu lassen, um den Mann, von dem er so viel Interessantes gehört hatte, einmal selbst kennenzulernen und mit ihm ein Gespräch zu führen. Es wurde eine über vierstündige Unterredung daraus, die Saint Hardouin offensichtlich stark beeindruckt hat, denn er hat darüber sehr ausführlich nach Paris berichtet[118]. Carlo Schmid brachte die hauptsächlichsten Gravamina über die Besatzung in Württemberg-Hohenzollern zur Sprache; er äußerte sich kritisch über die von den Franzosen oktroyierte Schulreform, über Pressepolitik, Entnazifizierungsprobleme etc. Der französische Diplomat, damals einer der wichtigsten Männer der französischen Militärregierung, interessierte sich aber auch für Schmids Stellung in der SPD, seine Meinung über Schumacher und andere führende SPD-Politiker und seine Vorstellungen von einem künftigen Deutschland. „Als Großbürger, der der Professor Schmidt [sic!] ist, ist er ein Sozialist sehr gemäßigter Tendenz. Viel mehr als Karl Marx sind seiner Angabe zufolge zwei Franzosen seine wahren Lehrmeister: Proudhon und Tocqueville . . ."

Schmid benutzte die Gelegenheit, Kurt Schumachers Haltung zu erklären und zu verteidigen – obwohl er ihn andererseits eines heftigen Charakters bezichtigte, „der nur Gehilfen und keine Stabschefs akzeptieren kann". Schumacher habe immerhin durch die Verhinderung der Fusion der SPD mit der KPD Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet. Schumachers unitaristische Erklärungen dienten hauptsächlich dazu, der SED Paroli zu bieten. Er sei letzten Endes dem Föderalismus gar nicht so feindlich gesinnt, wie es in der Öffentlichkeit zum Ausdruck käme. Auch wisse er genau, daß das Europa von morgen nur durch eine Entente zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen werden könne.

Was Schmids eigene Haltung betreffe, so sei er gerade nach München und Nürnberg noch stärker der Meinung, daß Deutschland von den Regierungen der Länder gestaltet werden müsse. Im übrigen sehe Schmid die Spaltung Deutschlands in zwei Teile als beinahe zwangsläufig an. Zur Zeit scheine es nicht möglich zu sein, in der russischen Zone sinnvollen Einfluß zu nehmen. Man müsse sie zurückgewinnen, aber dafür sei es vielleicht schon zu spät. Berlin sei in seinen Augen heute ein vorgeschobener Posten, aber nicht mehr Hauptstadt. „Als ich ihn fragte, was seiner Meinung nach das Ergebnis eines Plebiszits für die Festlegung der Hauptstadt Deutschlands sei, antwortete er: ‚Der Zeitpunkt für ein solches Plebiszit ist noch nicht gekommen. Im Moment können wir nur ein Provisorium machen und das war übrigens der Hauptsinn meiner Rede in Nürnberg. Es geht darum, die Dächer zu nut-

[118] No. 429/EU, J. Tarbé de Saint Hardouin à Ministre des Affaires Etrangères, Direction Europe, Baden-Baden, 9 juillet 1947, A.S. Entretien avec M. Karl Schmidt [sic!], in: AAE, Z Europe 1944–1949, Allemagne, Vol. 36, S. 109–120.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zen, die man vorfindet, sie auszubauen, seinen Unterschlupf komfortabel zu machen. Alles weitere werden wir später sehen.'" Mit dieser pragmatischen, auf Ausgleich bedachten Haltung, der Art und Weise, wie Schmid vehement die Interessen seines Landes vertrat und dabei seine Möglichkeiten klug einzuschätzen wußte, nicht zuletzt aber auch mit seiner romanischen Wesensart gewann er die Sympathie des Botschafters, der abschließend nicht umhin konnte zu bemerken: „Mais, s'il aime sa petite patrie, elle n'en demeure pas moins un moule trop étroit pour ses aspirations, dignes d'un talent véritable et d'une grande confiance en lui-même. Sa sagesse est de savoir qu'à l'heure actuelle il est trop tôt pour déterminer quel est le cadre plus vaste dans lequel il les déploiera: un nouveau Reich, une Confédération germanique ou européenne, un poste international? – En se déclarant partisan du fédéralisme, il a peut-être choisi le plus sûr moyen de se menager l'avenir."

Der Spielraum deutscher Politiker blieb aber weiterhin eingeengt. Zumindest auf französischer Seite wollte man Treffen von Parteipolitikern aller Zonen tunlichst vermeiden. Im September 1947 richteten prominente britische Politiker an den französischen Außenminister Bidault die Bitte, eine Einladung führender deutscher Politiker auch aus der französischen Zone zu einem Besuch in London zu gestatten – aus jeder Zone sollte je ein Vertreter der vier Parteien kommen. Bidault ließ den Engländern aber mitteilen, er halte es nicht für gut, daß sich deutsche Parteienvertreter aller Zonen treffen, während noch über einen Friedensvertrag mit Deutschland verhandelt werde[119].

Berichte über Carlo Schmids Teilnahme an der kulturpolitischen Konferenz der SPD in Ziegenhain (Nordhessen) im August 1947 – bei der unter Schmids maßgeblicher Mitwirkung eine Resolution verfaßt worden war, die eine deutliche Distanzierung von traditionellen marxistischen Positionen und eine Annäherung an progressive Kreise in der Evangelischen Kirche dokumentierte – veranlaßten Saint Hardouin, gegenüber Paris noch einmal entschieden für Schmid einzutreten: „Ohne Zweifel hat der Kongreß von Ziegenhain den Einfluß Dr. Schmids in der sozialdemokratischen Partei verstärkt. Dieser Einfluß überschreitet heute bei weitem den Rahmen der französischen Zone, die der ehemalige Ministerpräsident sichtlich seinen Ambitionen nicht angemessen empfindet. Die Anerkennung seines wachsenden Ansehens außerhalb der Grenzen unserer Länder hat im übrigen, zumindest vorläufig, das Ergebnis gehabt, daß sich seine heftige Kritik hinsichtlich unserer Militärregierung abgeschwächt hat. Angesichts des Antagonismus, in dem sich die uneinigen alliierten Kräfte heute auf deutschem Boden gegenüberstehen, scheint der Dr. Schmid sein Lager gefunden zu haben, und der Einsatz seiner Persönlichkeit und seines Talents wird vielleicht entscheidend sein für den Erfolg der oft widersprüchlichen Anpassungsbemühungen, denen die deutsche Sozialdemokratie ausgesetzt ist."[120]

---

[119] AAE, Z Europe 1944–1949, Allemagne, Vol. 51.

[120] No. 673/EU, J. Tarbé de Saint Hardouin ... à Ministre des Affaires Etrangères, Direction d'Europe, Baden-Baden, 8 octobre 1947. A. S. Entretien avec le Dr. Schmid sur l'évolution doctri-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Wertschätzung der leitenden Beamten und Offiziere der französischen Militärregierung war Carlo Schmid inzwischen enorm gestiegen und für manche sozusagen der deutsche Renommierpolitiker der französischen Zone geworden, den man gerne auch den verbündeten Kollegen präsentierte. Als der britische Kontrolloffizier Chaput de Saintonge im September 1947 seine Reise durch die französische Zone machte, wurden ihm bei einem Essen mit Gouverneur Widmer Ministerpräsident Bock, Innenminister Renner und Justizminister Schmid vorgestellt. „The French were particularly anxious that I should talk to Dr. Schmid, as they consider him the rival of Schumacher, and one of the most popular Social Democrats in Germany. ... The French seemed to be prepared to push him without, however, being willing to trust him too much." Natürlich sprach Schmid mit Chaput de Saintonge über seine Vorstellungen von einem Besatzungsstatut[121].

Bemerkenswert, weil recht treffend, ist die Charakteristik Schmids in dem ausführlichen amerikanischen Intelligence-Bericht „France in Germany" vom Oktober 1947[122]: „The one leader in the French Zone of conspicuously high talents is a member of the SP, Dr. Karl Schmid ... He is generally considered a brilliant man, but also frequently thought to be an ‚improvisor' with whom nobody can be really certain of what he is going to say tomorrow. The French have described him as a federalist, not considered to be exactly a follower of the SPD's central leader, Kurt Schumacher. They added, however, 'It is not really known what Mr. Schmid's federalism looks like, and one cannot be sure that Mr. Schmid knows it himself.' A few months later, Schmid strongly disappointed the French by a very critical speech at the SPD convention at Nueremberg, a speech of exactly the type which the French do not want any representative of their zone to deliver. Apparently the French resentment, which at first turned rather strongly against Mr. Schmid, has meanwhile calmed down." Hier wird aber wohl Schmids Auftreten auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz mit dem kurz danach abgehaltenen SPD-Parteitag verwechselt.

Demgegenüber klingt das Urteil über seine Haltung im Bericht der französischen Sûreté sehr positiv[123]: „Sicher ist Schmid zutiefst Deutscher; aber man würde ihm nicht Unrecht tun, wenn man ihn als ‚Kollaborateur' großer Klasse bezeichnet, der auf geschickte Weise die Interessen seines Landes und die Frankreichs auszugleichen versteht. Bis jetzt ist das für die französische Verwaltung nur nützlich gewesen ...

---

nale du parti social-démocrate (S.P.D.). Rapprochement du Parti avec l'Eglise Protestante, in: AAE, Z Europe 1944–1949, Allemagne, Vol. 51, S. 226–228. Auf die Ziegenhainer Tagung, die von den Franzosen als sehr bedeutungsvoll angesehen wurde, geht auch die umfangreiche Studie der Sûreté über die SPD in Süd-Württemberg (vgl. Anm. 13) ausführlich ein. Vgl. dazu auch Hirscher, Carlo Schmid, S. 36 f.

121 R. A. Chaput de Saintonge: Visit to the French Zone of Germany, 19th to 26th September 1947; wie Anm. 40; vgl. auch dessen spätere Beurteilung bei Reiner Pommerin, Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Porträtskizzen des britischen Verbindungsoffiziers Chaput de Saintonge, in: VfZ 36 (1988), S. 557 ff., bes. S. 580.

122 Special Intelligence Summary, „France in Germany" vom 18. 10. 47, S. 20.; wie Anm. 66.

123 Contrôle de la Sûreté du Wurtemberg, Contribution à l'Etude du Parti Socialiste dans le Wurtemberg-Sud, Janvier 1948, wie Anm. 13.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er verteidigt die deutschen Interessen, aber er hat dabei niemals eine Position gegen die Interessen der französischen Besatzungsmacht eingenommen. Er hat seine Zwecke erreicht, indem er mit ihr und nicht gegen sie arbeitete. Vielleicht könnte man geltend machen, daß es seiner unbezweifelbaren Gewandtheit an Aufrichtigkeit mangelt? Im Endergebnis kann man Schmid aber keine Haltung von Feindseligkeit oder selbst von Opposition vorwerfen."

General Koenig, der Chef der französischen Militärregierung in Deutschland, hatte – obwohl mehr Soldat als politisch denkender Kopf – schon bei Schmids Ansprache anläßlich der Einweihung der Gedenkstätte für die Nazi-Opfer in Schömberg zu diesem Vertrauen gewonnen. Als Generaladministrator Laffon Ende November 1946 ein Donnerwetter über Schmid ergehen ließ, weil er in der eben erst zusammengetretenen Landesversammlung so kritisch über die französische Besatzung gesprochen hatte, wurde dieser anschließend auch von Koenig empfangen. Er hörte sich Schmids Argumente an und gab ihm zu verstehen, daß er an seiner Stelle wohl nicht anders gehandelt hätte. Um die Jahreswende 1947/48 und in den folgenden Monaten, als sich abzeichnete, daß in der französischen Politik gegenüber Deutschland Wandlungen eintreten würden, die nicht unbedingt im Sinne Koenigs waren, suchte der General sogar mehrmals ein Gespräch unter vier Augen mit Schmid, um dessen Ansichten über die künftige Entwicklung in Deutschland kennenzulernen[124].

Besatzungspolitik im Windschatten der internationalen Entwicklung

Nach der ersten parlamentarischen Regierungsbildung in Württemberg-Hohenzollern im Juli 1947 reduzierte sich zwar Carlo Schmids Position bei den Verhandlungen mit der französischen Besatzungsmacht. Er war nicht mehr der erste Mann im Staate, aber er wurde als Stellvertreter des Staatspräsidenten eine Art „Außenminister" des Landes und vertrat dieses weiterhin in Stuttgart und bei den nun immer häufiger werdenden interzonalen Konferenzen der Länder der drei Westzonen. Staatspräsident Bock betraute ihn ebenso mit den Verhandlungen mit den Franzosen und Schmid bemühte sich, soweit das möglich war, um einen Ausgleich zwischen den Forderungen des Landtags und den Interessen der Militärregierung. Die Stellung der Landesregierung zwischen der parlamentarischen Instanz, die sie gewählt hatte, und der Besatzungsmacht, gegenüber der sie allein verantwortlich war, war äußerst schwierig. Lorenz Bock mußte in seiner Regierungserklärung feststellen, daß Gesetzgebung, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Regierung vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaft weiter sehr stark eingeschränkt sind.

Nach wie vor war eine Kritik der Militärregierung oder einzelner ihrer Maßnahmen in der Öffentlichkeit, und damit auch in Landtagssitzungen, verboten[125]. Die

[124] Schmid, Erinnerungen, S. 267, 274 u. 306 f.

[125] Vgl. Telegramme Laffons an die Délégués Supérieurs No. 1721 vom 4. 4. 46 u. 6594 vom 20. 6. 47, in: AOFA, Pol. III, C3, carton 32. Gouverneur Widmer drückte sich höflicher aus; er äußerte ledig-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hauptprobleme des Landes lagen damals aber im wirtschaftlichen Bereich: die weiterhin schwierige Ernährungssituation (gerade auch durch die Entnahmen der Besatzungsmacht verursacht), die starke Abholzung der Wälder für französische Zwecke und die Demontagen. Man empfand es als bedrückend, daß gerade darüber nicht öffentlich diskutiert werden durfte. Als die Behandlung einer großen Anfrage über die Holzhiebe im Landtag Ende April 1948 seitens der Militärregierung verboten wurde, trat der Landtag kurzerhand in Streik und vertagte sich auf unbestimmte Zeit. Das war mitten in der zweiten Phase der Londoner Konferenz der sechs Westmächte, und es war inzwischen abzusehen, daß in nicht allzu ferner Zeit ein westdeutsches Staatsgebilde entstehen würde, dem sicher auch die französische Zone angehören dürfte. Man meinte, sich nun mehr erlauben zu können. Auf französischer Seite war man konsterniert und reagierte nervös. Oberst Corbin de Mangoux zitierte den Landtagspräsidenten zu sich und machte ihm Vorhaltungen. Der Landtag habe die Regeln nicht eingehalten, die ihm bei seiner Konstituierung von der Besatzungsmacht gegeben worden seien. Man sei jetzt erst im dritten Nachkriegsjahr. Er verstehe, daß drei Jahre Besatzung keine Grundlage für ein gutes Einverständnis seien. Frankreich habe auch eine vierjährige Besatzung ertragen müssen[126].

Man vermutete ein wohl vorbereitetes Manöver. Carlo Schmid suchte zu beschwichtigen: „Ich habe dieser Auffassung widersprochen und Oberst de Mangoux geraten, nicht den starken Mann zu spielen und keine Maßnahmen spektakulärer Art im Hinblick auf das Prestige der Besatzungsmacht zu ergreifen. Die Militärregierung solle die Sache laufen lassen und vorläufig nichts tun. Nach einer gewissen Frist müßte dem Landtag französischerseits Entgegenkommen gezeigt werden. Oberst de Mangoux fand diesen Vorschlag vernünftig und sagte zu, ihn Gouverneur Widmer zu unterbreiten."[127] So kam es denn auch; am 11. Juni konnte Bock vor dem wieder zusammengetretenen Landtag eine Erklärung des Gouverneurs verlesen, die den Abgeordneten eine freie Debatte auch über die zur Entscheidung der Militärregierung vorbehaltenen Gebiete zugestand.

Am 15. Juli 1948, also zwei Wochen nach der Übergabe der „Frankfurter Dokumente" an die Ministerpräsidenten der deutschen Länder in den drei Westzonen, mit denen die westdeutsche Staatsbildung eingeleitet wurde, verkündete General Koenig in einem langen Schreiben an die drei Gouverneure der französischen Zone schließlich generell die Übertragung erweiterter Freiheiten und Zuständigkeiten an

---

lich den Wunsch, „die Abgeordneten des Landtags möchten sich in ihren Äußerungen Zurückhaltung auferlegen, um die Beziehungen zur Militärregierung nicht zu vergiften"; Niederschrift über die 3. Sitzung des Staatministeriums am 1. 8. 47, in: StA Sigm., Wü 2/778, 18 ff.

126 Niederschrift über die Unterredung des Landtagspräsidenten Gengler mit Colonel de Mangoux am 29. April 1948, 18.30 Uhr, betr. Vertagung des Landtags, in: StA Sigm., Film S IV 873, Wü 2/4a/S. 14 ff.

127 Niederschrift über die 46. Sitzung des Staatsministeriums . . ., 30. 4. 48, S. 2, in: StA Sigm., Film S IV 924, Wü 2/778/S. 324 ff. Vgl. auch NL Carlo Schmid, AsD, Mappe 1103; Nüske, in: Das Land Württemberg-Hohenzollern, S. 97 ff.; Konstanzer, Entstehung, S. 70 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die deutschen Behörden. „So wird den Landtagen größere Freiheit der Meinungsäußerung gegeben, die Überwachung der Gesetzgebungs- und Verwaltungstexte wird gelockert, die Formvorschriften für die Errichtung von Vereinigungen und Gewerkschaften werden vereinfacht, das Versammlungsrecht erweitert, das Presse- und Verlagswesen erleichtert ...", – das alles aber unter Aufrechterhaltung der Verordnung No. 95 als „Grundgesetz (Charte) der Besatzung"[128].

Inzwischen kündigte sich schon ein neuer, noch größerer Konflikt an. Nachdem schon 1946 und 1947 eine große Anzahl von Maschinen aus Industrie- und Handwerksbetrieben Württemberg-Hohenzollerns zu Reparationszwecken entnommen worden waren, wurde Ende 1947 eine dritte umfangreiche Demontage-Liste in der Öffentlichkeit bekannt, die im Lande große Erregung auslöste. Verhandlungen mit den Franzosen, die sich den ganzen Winter und während des Frühjahrs und Sommers 1948 hinzogen, führten nur zu minimalen Erfolgen. Die Franzosen wiesen darauf hin, daß diese Listen nicht von ihnen stammten, sondern von der Interalliierten Agentur für die Reparationen Deutschlands (IARA) in Brüssel aufgestellt worden seien, was die Möglichkeiten der Reduzierung erschwerte. Nach der Einbeziehung der französischen Zone in das Marshallplan-Programm (April 1948) und der Durchführung der Währungsreform (20. Juni 1948) erhoffte man sich auch in der französischen Zone eine spürbare Besserung der wirtschaftlichen Lage. Umso erbitterter war man über die neue Demontagewelle – zumal man gleichzeitig erfuhr, daß in der US-Zone die Demontagen abgeschlossen und in der britischen im Auslaufen seien[129].

Nicht nur im Landtag, auch von einzelnen Regierungsmitgliedern wurden Protestaktionen gefordert. „Der Ministerrat tagte unter Bocks Vorsitz oft nahezu in Permanenz. Monate über Monate vergingen, ohne sichtbaren Erfolg. Man sah es dem Staatspräsidenten, mit dem ich fast täglich beriet, an, wie er alt wurde, wie ihn die Last der Hoffnungslosigkeit tief niederdrückte", schrieb Gebhard Müller, damals Vorsitzender der CDU-Fraktion des Landtags, in einem seiner Erinnerungsvorträge[130]. Am frühen Morgen des 4. August 1948 ist Lorenz Bock an Erschöpfung gestorben. Unter dem Eindruck seines Todes beschloß die Regierung auf ihrer Sondersitzung am gleichen Tage, geschlossen zurückzutreten. In der Landtagssitzung am Vormittag des 6. August hielt Carlo Schmid die Gedenkrede auf Bock, in der Nachmittagssitzung, nach einer großen Rede Wildermuths über die Auswirkungen der Demontage, verkündete er den Rücktritt der Regierung[131].

Gouverneur Widmer betrachtete diese Entscheidung als einen Affront gegen ihn

---

[128] Deutsche Übersetzung des zehnseitigen Schreibens in StA Sigm., Film S IV 873, Wü 2/4a, S. 2 ff. Zur Ordonnance No. 95 vom 9. 6. 47 und ihren Ausführungsbestimmungen vgl. Konstanzer, Weisungen, S. 207 f.; Sigmann, L'Allemagne, S. 60 f.; Hudemann, Zentralismus, S. 202 ff.

[129] Vgl. Erklärung von Wirtschaftsminister Wildermuth im Landtag am 30. 7. 48, Verh.-Prot. S. 530 f.; zur Demontage allg. den entsprechenden Abschnitt von Gustav v. Schmoller in: Das Land Württemberg-Hohenzollern, S. 227 ff.

[130] Zit. nach Nüske, in: ebenda, S. 102.

[131] Prot. d. Verh. des Landtags für Württemberg-Hohenzollern, 37. Sitzung, 6. Aug. 1948, S. 555 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

persönlich und teilte Schmid kühl mit, daß die zurückgetretene Regierung keine Vertreter zu den Verhandlungen der Ministerpräsidenten über Verfassungsfragen und Grenzänderungen entsenden könne. Schmid antwortete, etwas höflicher, solche seien bis zum 13. August, an dem ein neuer Staatspräsident gewählt werden solle, auch nicht vorgesehen[132].

Die große Krise zwischen deutscher Landesregierung und französischer Militärregierung in Württemberg ereignete sich nicht von ungefähr zu einem Zeitpunkt, zu dem die direkte Machtausübung auch der französischen Besatzungsmacht ihrem Ende zuging. Am gleichen Tage, an dem Gebhard Müller als Nachfolger Bocks zum Staatspräsidenten gewählt wurde, bestimmte der Landtag Carlo Schmid und Paul Binder zu Vertretern des Landes Württemberg-Hohenzollern im Parlamentarischen Rat (Carlo Schmid, obwohl dem Lande aufgrund der Mehrheitsverhältnisse eigentlich zwei CDU-Vertreter zugestanden hätten). Zwei Tage vorher war Schmid schon zu den Sachverständigenberatungen über eine deutsche Verfassung nach Herrenchiemsee gefahren[133], kam aber am 13. August noch einmal nach Bebenhausen zurück. Zu Beginn des Monats hatten auf dem Hohenneuffen die ersten Gespräche über die Bildung eines Südweststaates begonnen, begleitet von einer großen Pressekampagne in beiden Württemberg[134]. Noch in der ersten Hälfte des Jahres 1948 war dieses Thema in der französischen Zone tabu gewesen, durfte in der Presse nicht erörtert werden. Was sich während des Landtag-Streiks schon abzeichnete, war am Tage des Regierungsrücktritts längst offenkundig geworden: Den Deutschen wurde es ermöglicht, die politische Gestaltung ihres Landes in immer stärkerem Maße wieder selbst in die Hand zu nehmen – ob die Franzosen das nun gerne sahen oder nicht.

Angesichts der internationalen Entwicklung, die zum „Kalten Krieg" zwischen den angelsächsischen Mächten und der Sowjetunion führte, waren Amerikaner und Briten gewillt, den in ihrem Machtbereich liegenden Teil Deutschlands wirtschaftlich und staatlich wiederaufzubauen, um ein Bollwerk gegen ein weiteres Vordringen des Kommunismus in Europa zu schaffen. Auf amerikanische Wirtschaftshilfe angewiesen, mußte Frankreich, wenn es nicht isoliert werden wollte, den Wünschen der Amerikaner nachgeben und seine deutschlandpolitischen Ziele (kein neues deutsches Reich, Trennung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland, Internationalisie-

---

132 Briefwechsel vom 9. 8. 48 in StA Sigm., Film S IV 923, Wü 2/767/S. 3 ff. Der Brief des Gouverneurs enthält weder Anrede noch Grußformel!

133 Siehe dazu Der Parlamentarische Rat 1948–1949, Akten und Protokolle, hrsg. vom Deutschen Bundestag u. vom Bundesarchiv, Bd. 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, bearb. von Peter Bucher, Boppard/Rh. 1981. Zur Beteiligung Carlo Schmids an den Verfassungsberatungen, die zur Ausarbeitung des Grundgesetzes der Bundesrepublik führten, vgl. Hirscher, Carlo Schmid, S. 127 ff.; Wolfgang Benz, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946–1949, Frankfurt/M. 1984.

134 Zu den Südweststaat-Verhandlungen Konstanzer, Entstehung, S. 84 ff., sowie die Dokumentation Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg, bearb. von Paul Sauer, hrsg. vom Landtag von Baden-Württemberg in Verb. mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Ulm 1977.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung des Ruhrgebiets) zurückstecken[135]. Der Abschluß des Vertrages von Dünkirchen (4.3. 1947), des Brüsseler Vertrages (17.3. 1948) und die Gründung der NATO (4.4. 1949) sollten ihm die notwendigen Sicherheitsgarantien sowohl vor einer eventuellen neuen deutschen wie vor einer künftigen sowjetrussischen Gefahr geben.

Ende Januar 1948 schrieb Carlo Schmid an Schumacher über ein Gespräch mit dem französischen Staatssekretär für deutsche Angelegenheiten, Pierre Schneiter (anläßlich dessen Aufenthalts in Tübingen). Dieser habe ihm erklärt, in Frankreich „hätten außer einigen wenigen Leuten die meisten Politiker noch nicht den Mut, den deutschen Realitäten ins Auge zu sehen. Er gehöre zu diesen wenigen, müsse aber mit der öffentlichen Verlautbarung seiner Meinungen vorsichtig sein ... Er sei der festen Überzeugung, daß es das Recht der Deutschen sei, sich die Verfassung zu geben, die sie wünschten. Er glaube, daß man in Anbetracht dieser Umstände den Faktor Zeit sehr hoch einschätzen müsse. Das ‚Zu-früh' sei heute in Fragen der deutschen Verfassung vielleicht gefährlicher als ein evtl. ‚Zu-spät'."[136]

Spätestens mit dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz der vier Besatzungsmächte Ende November/Anfang Dezember 1947 war es offenkundig geworden, daß sich der französische Plan, die Schaffung einer „Confédération germanique"[137] mit noch lockererem Zusammenhalt als die Confoederatio Helvetica (auf die Schmid in seiner Reutlinger Rede im Januar 1946 hingewiesen hatte), nicht verwirklichen ließ. Auf der in zwei Phasen von Ende Februar bis Anfang Juni 1948 in London stattfindenden Konferenz der drei Westmächte mit den BENELUX-Staaten wurde den Franzosen das anglo-amerikanische Konzept eines zwar föderativ aufgebauten, aber mit zentralen Regierungsgewalten versehenen westdeutschen Staates schmackhaft gemacht.

Die französische Militärregierung in Deutschland blieb auch jetzt noch sehr zurückhaltend. Am Tage vor der Übergabe der sogenannten „Frankfurter Dokumente", die entsprechend den Londoner Empfehlungen die Ermächtigung zur Einberufung einer deutschen Verfassunggebenden Versammlung und zur Änderung der Ländergrenzen enthielten, durch die Militärgouverneure der drei Westzonen an die Ministerpräsidenten hat Gouverneur Widmer Staatspräsident Bock „inoffiziell den Standpunkt der hiesigen Militärregierung zur Ministerpräsidentenkonferenz in Frankfurt zur Kenntnis gebracht": „Er halte die Teilnahme eines Beobachters der

[135] Zur amerikanischen Einflußnahme auf die französische Haltung in der Deutschlandfrage vgl. Hermann Graml, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt/M. 1985, passim.

[136] Schreiben Karl Schmid an Kurt Schumacher vom 27.1. 1948, in: AsD, NL Schmid, Mappe 474. In seinen Erinnerungen (S. 312) bemerkt Schmid mit Recht, daß Schneiter, ebenso wie sein Nachfolger Alain Poher, „offenbar wenig Einfluß auf das außenpolitische Grundverhalten ihrer Regierung" hatte. Die französische Außenpolitik wurde in dieser Zeit ausschließlich am Quai d'Orsay bestimmt. Über weitere Gespräche Schmids mit Schneiter siehe Erinnerungen, S. 414.

[137] So noch Saint Hardouin in seinem Bericht vom 9.7. 47, siehe Anm. 118.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierung für völlig ausreichend, da doch keine weittragenden Beschlüsse gefaßt werden könnten. Es bestehe keine Notwendigkeit, die Londoner Empfehlungen anzunehmen und man sollte von der Schaffung eines westdeutschen Staates zum mindesten im gegenwärtigen Augenblick absehen, damit kein Anlaß zu einem Krieg gegeben werde."[138] Mit solchen Retardierungsversuchen war aber die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten.

Carlo Schmids Forderung nach einem Besatzungsstatut

Seine Erfahrungen mit der Willkür der französischen Besatzungsmacht ließen Carlo Schmid zum eifrigsten Fürsprecher einer Regelung des Besatzungsrechts werden. Die französische Militärregierung fühlte sich an irgendwelche Rechtsschranken nicht gebunden, wenn sie auch in der Praxis mehr und mehr sich anschickte, relativ maßvoll vorzugehen. Wiederholt hatte Carlo Schmid bei der Militärregierung in Tübingen wie in Baden-Baden nachdrücklich in dieser Frage verhandelt, aber ohne jegliches Ergebnis. Nach französischer Auffassung galt die Haager Landkriegsordnung nicht[139]. Die in der Haager Landkriegsordnung niedergelegten Bestimmungen hatten auch lediglich eine Besetzung zu militärischen Zwecken von relativ kurzer Dauer zur Voraussetzung und nicht die Besetzung eines Staates nach dessen totaler Kapitulation, die eine treuhänderische Regierung durch einen Kontrollrat vorsah und eine Demilitarisierung und Demokratisierung des besetzten Staates zum Zweck hatte. Nach Schmids Auffassung waren die Grundsätze, nach denen die Besatzungsmächte ihre Herrschaft ausübten, die eigentliche Verfassung Deutschlands. „Wir werden also erst von dem Augenblick ab in Deutschland ernsthaft von Demokratie reden können, in dem die Besatzungsgewalt selbst sich rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen unterwirft."[140]

Carlo Schmid hat sehr früh, schon im Jahr 1946, begonnen, dieses Problem in der Öffentlichkeit darzulegen[141]. Eine erste Vertiefung erfolgte auf dem Konstanzer Juristentag am 2. Juni 1947. Etwa zur gleichen Zeit bat Schmid seinen juristischen Mitarbeiter Gustav von Schmoller, einen Entwurf für sein Referat bei der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz anzufertigen[142]. Am 4. Juni 1947 wird aber auch

---

138 Prot. d. 59. Sitzung des Staatsministeriums, 30.6.48, in: StA Sigm., Film S IV 924, Wü 2/778, S. 408.

139 Eschenburg, Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz, S. 412.

140 C. Schmid in einem Manuskript „Über die Notwendigkeit eines Besatzungsstatuts", in AsD, NL, Mappe 81.

141 Vgl. etwa den Bericht des französischen Konsuls in Stuttgart u. Tübingen, P. d'Huart, an Saint Hardouin vom 12.10.1946 über eine Ansprache Schmids anläßlich der Eröffnung einer „Assemblée Economique Consultative du Wurtemberg" (?) in Tübingen, in: AAE, Y 1944–1949, Bd. 288. Bl. 221 f.

142 Vgl. Gustav v. Schmoller: Württemberg-Hohenzollern unter der Last der französischen Besetzung, in: Das Land Württemberg-Hohenzollern, S. 217 ff.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Staatsrechtler Professor Wilhelm Grewe vom Staatssekretariat „mit der Ausarbeitung eines zukünftigen Besatzungs-Statuts beauftragt"[143].

Am zweiten Tag der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz hielt Schmid sein Referat über die Schaffung eines Besatzungsrechts[144]. Er wies darin auf die Notwendigkeit des Ausgleichs und der Abgrenzung zwischen den Rechten der Besatzungsmacht und den Befugnissen der deutschen Dienststellen hin. Kompetenzen und Zuständigkeiten der Besatzungsmächte müßten genau so definiert werden wie die erforderlichen Leistungen der besetzten Länder. Vor allem sei eine gerechte Relation der Besatzungslasten, sowohl der Sach- wie der Dienstleistungen, herzustellen. Die Besatzungskosten sollten für längere Zeiträume in Pauschalbeträgen festgesetzt und der Finanzkraft der einzelnen Länder angepaßt werden, sonst sei keine zuverlässige Haushaltsführung möglich. Ein großes Problem sei die Ernährung der Besatzungstruppen aus dem Lande, die zwar einer alten Soldatenregel entspreche, heute aber nicht mehr durchführbar sei. „Wo es sich aber doch nicht umgehen läßt, sollte man darüber übereinkommen können, daß für die Versorgung der Besatzungstruppen nur so viel Lebensmittel aus dem besetzten Land entnommen werden dürfen, daß ein bestimmter Mindestkaloriensatz für die Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung gewährleistet bleibt." Ähnliche Rücksichten seien, besonders wegen der Unterbringung der Flüchtlinge, auch bei den Quartieransprüchen zu nehmen. Für die Arbeitsleistungen für die Besatzungsmächte seien Höchstgrenzen festzusetzen. Eine schiedsgerichtliche Instanz sollte Auslegungsfragen klären.

Man sieht, daß es dem Regierungschef eines kleinen Landes vor allem darauf ankam, die materiellen Leistungen für die Besatzungsmacht, die sein Land am meisten bedrückten, durch ein solches Statut zu klären und einzugrenzen. Natürlich konnte gerade von französischer Seite dagegen argumentiert werden, die deutsche Besatzung in Frankreich habe auch keine solchen Rechtsgrundsätze gelten lassen. Man kann aber wohl annehmen, daß Carlo Schmid bei diesen Überlegungen seine Erfahrungen aus beiden Besetzungen berücksichtigte und eine prinzipielle völkerrechtliche Regelung für erstrebenswert hielt, die die Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907 ergänzen sollte.

Die Ministerpräsidenten-Konferenz verabschiedete nur eine sehr allgemeine Entschließung „über die Regelung des Besatzungsrechts" und setzte einen Ausschuß zur Ausarbeitung entsprechender Vorschläge ein, der unter dem Vorsitz des hessischen Staatssekretärs Hermann Brill aber nur einmal zusammentrat (18./19.7. 1947).

Seit München wurde die Forderung nach einem Besatzungsstatut zu Carlo Schmids „Ceterum censeo": in zahlreichen Ansprachen und Presse-Artikeln brachte

---

[143] StA Sigm., Film S IV 873, Wü 2/Nr. 2. Aus seinem Entwurf ist ein Buch entstanden: Wilhelm Grewe, Ein Besatzungsstatut für Deutschland. Die Rechtsformen der Besetzung, Stuttgart 1948.

[144] Siehe AVBRD, Bd. 2, S. 567 ff.; in etwas verkürzter Form auch veröffentlicht in: Jahrbuch für internationales und ausländisches Öffentliches Recht, Bd. I, 1948, S. 123 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er sie vor – mit recht drastischen Beispielen kurz nach München auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg, was den Parteivorstand veranlaßte, im Dezember 1947 eine Denkschrift über ein Besatzungsstatut an den Alliierten Kontrollrat zu schicken[145]. Mitte Oktober 1947 sprach Schmid über sein Anliegen im Zonenbeirat der britischen Zone, im Februar 1948 im neugeschaffenen Ausschuß für Staats- und Völkerrecht des Deutschen Büros für Friedensfragen, kurz danach in einer Diskussionsrunde im Nordwestdeutschen Rundfunk, am 9. Mai 1948 auf dem Bezirksparteitag der SPD in Berlin; es gab sicher noch mehr Gelegenheiten, die weniger bekannt geworden sind.

Die Richtlinien für ein Besatzungsstatut, die am 1. Juli 1948 als drittes der „Frankfurter Dokumente" von den Alliierten Oberbefehlshabern verkündet wurden, hatten allerdings einen ganz anderen, sehr viel allgemeineren, rein hoheitsrechtlichen Charakter. Demnach gewährten die Militärregierungen den deutschen Regierungen begrenzte Befugnisse der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung und behielten sich alle Zuständigkeiten vor, die für die Zwecke der Besatzung nötig waren. Sie beanspruchten weiterhin umfassende Einwirkungsmöglichkeiten auf weiten Gebieten der deutschen Innenpolitik; die auswärtigen Beziehungen Deutschlands wurden sowieso von den Besatzungsmächten wahrgenommen. Von einer Fixierung und damit Begrenzung der Rechte der Militärregierungen war darin nicht die Rede[146]. Das Dokument „umschrieb in wenig präziser Weise den Rahmen eines Besatzungsstatuts, das gleichzeitig mit der Verfassung in Kraft gesetzt werden sollte ... Ähnliche Bestimmungen pflegten die Verträge zu enthalten, aufgrund derer die ‚Mächte' einst in Afrika und Asien ‚Protektorate' begründeten ..."[147].

In der Sitzung des württemberg-hohenzollerischen Staatsministeriums vom 5. Juli 1948, in der die Ergebnisse der Frankfurter Konferenz der Ministerpräsidenten mit den Militärgouverneuren besprochen wurden, vertrat Staatsrat Schmid die Ansicht, „daß sich durch die in den übergebenen Dokumenten enthaltenen Zugeständnisse am Prinzip der Besatzungsherrschaft nichts ändere, sondern lediglich ihre Ausübung modifiziere. ... Allerdings werde eine unbestreitbare Verbesserung des bisherigen Zustands erreicht. Solange jedoch die Besatzungsmacht sich die letzte Entscheidungsgewalt in Deutschland vorbehalte, könne eine Volksvertretung selbst mit gesetzgeberischen Befugnissen und mit einer verantwortlichen Exekutive nicht mehr sein als ein Selbstverwaltungskörper mit unter Umständen weitgehender Autonomie.

Er empfehle daher nicht die Ausarbeitung einer Verfassung, sondern eines Organisationsstatuts vorzubereiten. Dadurch werde vermieden, daß in Westdeutschland ein Staat entstehe, der diesen Namen nicht verdiene, da er nicht die politischen

[145] Siehe SPD-Jahrbuch 1947; die Denkschrift enthält dieselben Gedankengänge, manchmal wörtlich gleiche Formulierungen wie Schmids Münchener Referat; in französischer Übersetzung ist sie im Anhang des schon erwähnten (Anm. 13) Sûreté-Berichts über die SPD Südwürttembergs enthalten. Zu Schmids Forderung nach einem Besatzungsstatut vgl. Hirscher, Carlo Schmid, S. 122 ff., und Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 583 f.

[146] Text und Analyse des Dokuments bei Grewe, Besatzungsstatut, S. 225 ff.

[147] Schmid, Erinnerungen, S. 325.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gesamtentscheidungen treffen könne, die das Wesen eines souveränen Staates ausmachen. Größter Wert müßte auf den Charakter des Provisorischen gelegt werden . . ."[148]

Mit der Auffassung, daß es vorerst nur darum gehen könne, ein Organisationsstatut im Rahmen des Besatzungsstatuts, das die eigentliche Verfassung sei, zu schaffen, ging Carlo Schmid in die nun folgenden Verhandlungsrunden. Bei der Konferenz der Ministerpräsidenten auf dem „Rittersturz" oberhalb Koblenz vom 8. bis 10. Juli konnte er sich durchsetzen: es sollte keine Verfassung geschaffen werden, sondern nur ein „Grundgesetz", und folglich auch keine Verfassunggebende Versammlung geben, sondern nur einen „Parlamentarischen Rat". Vor allem müsse aber zuerst das Besatzungsstatut erlassen werden, das den Rahmen für ein deutsches Grundgesetz bilden sollte. Schmid wurde mit der Redaktion der Mantelnote an die Militärgouverneure beauftragt, der deutsche „Leitsätze für ein Besatzungsstatut" beigegeben wurden[149]. Die Repräsentanten der Besatzungsmächte akzeptierten dies aber nicht, und somit mußte erneut verhandelt werden. Bei der zweiten Konferenz in Schloß „Niederwald" bei Rüdesheim am 21./22. Juli wurde Berlin nicht mehr von Frau Louise Schroeder, sondern von Ernst Reuter vertreten, der seine Kollegen davon zu überzeugen verstand, daß es gerade im Interesse Berlins und der Ostzone notwendig sei, „im freien Westen durch eine parlamentarische Körperschaft eine Verfassung für den freien Teil Deutschlands" zu schaffen. Carlo Schmid mußte zurückstecken.

Am 12. Mai 1949, nach der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat, verkündeten die Alliierten ihr Besatzungsstatut. „Für mich war dies ein Tag besonderer Befriedigung, hatte ich doch seit 1946 mich darum bemüht, den Besatzungsmächten klarzumachen, daß auch ein Besatzungsregime in rechtsstaatlichen Formen ausgeübt werden muß und kann", schreibt Carlo Schmid in seinen Erinnerungen[150]. Aber dieses Besatzungsstatut blieb durchaus im formalen Rahmen der Richtlinien des dritten Frankfurter Dokuments; über eine Regelung der materiellen Probleme des Besatzungsregimes sagte es nichts aus. Die summarischen Formulierungen des Statuts hatten mehr politischen als juristischen Charakter. Auch „die auf deutscher Seite vielfach gehegte Erwartung, die Besatzungsmächte würden mit Erlaß des Besatzungsstatuts die vorübergehend ausgeübten Funktionen der deutschen Staatsgewalt wieder den verfassungsmäßig gebildeten deutschen Staatsorganen übertragen und sich auf bloße Aufsichtsfunktionen beschränken, hat sich als zu weit gespannt erwiesen"[151].

---

148 Niederschrift über die 60. Sitzung des Staatsministeriums, 5. 7. 48, in: StA Sigm., Film S IV 924, Wü 2/779, S. 3 ff.

149 Siehe Der Parlamentarische Rat, Bd. 1: Vorgeschichte, bearb. von Johannes Volker Wagner, Boppard/Rh. 1975, S. 143–150, bes. 148 ff.; dazu und zum folgenden auch Schmid, Erinnerungen, S. 326 ff.; Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 613 ff.; Benz, Von der Besatzungsherrschaft . . ., S. 162 ff.

150 Schmid, Erinnerungen, S. 395.

151 Wilhelm Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S. 39.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frankreich und Deutschland als Partner in Europa

Für einen Mann von der Herkunft, Ausbildung und Erfahrung Carlo Schmids war es vorgegeben, daß er nicht nur aus politischer Räson, sondern aus innerster Überzeugung für eine deutsch-französische Verständigung und eine Vereinigung Europas eintrat, wo immer sich die Möglichkeit bot. Seine ersten Auslandsreisen nach dem Kriege dienten vor allem der Kontaktaufnahme mit französischen Sozialisten; 1947 trat er der Union der Europäischen Föderalisten bei. In mehreren Vorträgen, Memoranden und Aufsätzen legte er Gedanken und Lösungsvorschläge dar, die aus seinen eigenen politischen Erfahrungen und Einsichten in diesen Jahren hervorgingen und deshalb hier kurz skizziert werden sollen[152].

In einem großen Leitartikel über das Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen im Münchner Merkur vom 19. Juli 1948 kommt Schmid in sehr deutlichen Worten auf die fatalen Wechselwirkungen der Kriege und Besetzungen zu sprechen:

„Wir sollten einsehen, daß die Besetzung eines jeden Landes durch fremde Truppen eine leidvolle Sache für die Bevölkerung ist; und wenn uns an der französischen Besetzung einiges besonders unangenehm zu sein scheint, so sollten wir daran denken, daß im Namen des deutschen Volkes schlimme Dinge in Frankreich geschehen sind, an die sich die Franzosen noch erinnern. Wir können es beklagen, daß sie zu viele Dinge mit der Berufung auf diese Erinnerung rechtfertigen, wir sollten sie aber nicht moralisch überfordern." Die Forderungen der Franzosen auf Wiedergutmachung und ihre Bestrebungen, weitere deutsche Überfälle durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen und Restriktionen auszuschließen, seien begreiflich. Aber sie sollten einsehen, daß es unsinnig ist, „den Deutschen das Recht zu versagen, ... sich frei und nach ihren eigenen Vorstellungen als Staat zu konstituieren". Es sei nicht nur Nationalismus, wenn sich die Deutschen dagegen wehren, daß nur das Ruhrgebiet unter internationale Kontrolle kommen soll. Das sollte man als deutsche Vorleistung auf eine künftige Internationalisierung aller schwerindustriellen Zentren in Westeuropa betrachten.

Carlo Schmid greift hier Überlegungen auf, die er ein Jahr vorher in einem bemerkenswerten Aufsatz „Das deutsch-französische Verhältnis und der dritte Partner" niedergeschrieben hatte[153]. Er sieht eine gegenseitige Kontrolle der schwerindustriellen Komplexe Westeuropas, eine „Europäisierung der Produktion und Verteilung" dieser Industriegüter als eine Voraussetzung für einen politischen Zusammenschluß Europas an. Eine solche europäische Integration sei ein Erfordernis der Selbstbehauptung gegenüber den Supermächten in Ost und West. Wie viele europäische Sozialisten der Nachkriegszeit stellte sich Schmid ein vereinigtes Europa als

[152] Eine relativ vollständige Übersicht über die Reden und Schriften Carlo Schmids bietet die Carlo-Schmid-Bibliographie, eingel. u. bearb. von Hans Georg Lehmann, hrsg. vom Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich Ebert-Stiftung), Bonn 1977.

[153] C. Schmid, Das deutsch-französische Verhältnis und der dritte Partner, in: Die Wandlung 2 (1947), S. 792–805. Die gleichen Vorstellungen liegen auch dem Diskussionsbeitrag „Europäische Union" in: Merkur 1 (1947), S. 649–654, zugrunde (nicht bei Lehmann aufgeführt).

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drittes Kraftzentrum der Welt vor, wobei er allerdings – im Unterschied zu seinen französischen Freunden – davon ausging, daß das von der Labour-Partei geführte Großbritannien die Führung übernehmen werde und damit auch das ganze Commonwealth in dieses einbezogen würde. Das Interessanteste an Schmids Ausführungen ist aber seine Auffassung, daß Deutschland, das ja nur als staatsrechtliches Provisorium zu organisieren sei, vorerst an dieser Integration nicht teilhaben sollte. Durch seinen Besatzungsstatus würde Deutschland für lange Zeit von den Entscheidungen seiner Besatzungsmächte abhängig sein. Es würde während dieser Zeit kein Auswärtiges Amt existieren, was aber nicht heißen müßte, daß die Deutschen völlig handlungsunfähig seien. „Mich dünkt sogar, daß das deutsche Volk durch diesen Zwang zu nicht-offizieller Betätigung seiner außenpolitischen Energien einen sehr wirksamen Beitrag zu seiner Erziehung zu demokratischer Bürgertugend leisten könnte . . ."[154]

Zentraler Aspekt einer deutschen Beteiligung an der Integration Europas, aber auch der wundeste Punkt Europas überhaupt, sei das deutsch-französische Verhältnis. „Das französische Volk wird erst dann umdenken und umfühlen, wenn wir seine Befürchtungen [hinsichtlich einer deutschen Bedrohung] gegenstandslos gemacht haben – und zwar nicht, weil man uns heute zu allem zwingen kann, sondern indem wir ihm durch unmißverstehliches Verhalten zu erkennen geben, daß freie Einsicht uns dazu veranlaßt."[155] Die Deutschen sollten es begreiflich finden, daß die Franzosen bis zur Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa sich mittels gewisser Kontrollmaßnahmen und durch die Aufrechterhaltung einer militärischen Besetzung Garantien verschaffen wollen.

Im Juli 1948 wurde in Ludwigsburg (also in der amerikanischen Zone!) ein Deutsch-Französisches Institut gegründet und Carlo Schmid zu dessen Präsident berufen. Bei der Eröffnungsfeier hielt er einen Vortrag, der in noch grundsätzlicherer Weise das deutsch-französische Verhältnis behandelte[156]; aber auch hier kam er auf die Situation der Besetzung zu sprechen, und er versuchte ihr einen positiven Aspekt zu geben: „So könnte es sein, daß die Besetzung unseres Landes für das Werden Europas mehr tun wird als alle ‚Projekte'. Nicht etwa, weil jene, die an der Ausübung der Besatzungshoheit beteiligt sind, immer den Gedanken an Europa in sich tragen, sondern weil diese Leute je und je – oft sogar gegen ihre Absicht – gezwungen werden, europäisch zu handeln und Balken für das Gerüst des europäischen Hauses herbei zu tragen."

Schmid wies in diesem Zusammenhang auf das European Recovery Program (ERP), die Marshallplan-Hilfe, hin. Solche Institutionen schüfen auch ohne direkte

---

154 Schmid, Das deutsch-französische Verhältnis, S. 800.

155 Ebenda, S. 801. Siehe dazu auch Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 574 ff.

156 Zuerst veröffentlicht unter dem Titel „Deutschland, Frankreich und Europa" in: Deutsche Rundschau 75 (1949), S. 193–203 (Zitat S. 201 f.). In französischer Übersetzung erschien er sowohl in der halbamtlichen Publikation der Documentation Française, Articles et Documents, No 1.539 vom 7.5. 1949, wie in der Zeitschrift Documents 1949, H. 4, S. 353–361 (beides ebenfalls nicht in der Lehmannschen Bibliographie).

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politische Absichtserklärung eine europäische Wirklichkeit und böten eine politische Grundlage, auf der man konstitutionelle Gebäude errichten könne. Das jetzt geschaffene Ruhrstatut sei dagegen ein Hemmschuh auf dem Wege nach Europa, denn es würde seine Nutznießer davon abhalten, ihrerseits auf Souveränitätsrechte zugunsten Europas zu verzichten.

Carlo Schmid hat 1947/48 noch versucht, den Wunsch nach einer deutschen Westorientierung mit der Idee der Blockfreiheit einer dritten Kraft zu verbinden. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges mußte auch er einsehen, daß die Blockfreiheit nicht mehr zu den Möglichkeiten deutscher Politik gehörte und das Offenhalten eines provisorischen westdeutschen Status nur zu einer Schwächung der deutschen Position führen würde.

*

Es war die Herausforderung der französischen Besatzung, die Carlo Schmid 1945 zum Politiker werden ließ. Wahrscheinlich wäre er auch ohne diese in einem demokratischen deutschen Staat in irgendeiner Weise politisch tätig geworden. Er wäre aber unter normalen Umständen kaum in so kurzer Zeit zum Regierungschef eines deutschen Landes aufgestiegen. Nur aus dieser Position heraus wurde es ihm aber möglich, in so starkem Maße bei der politischen Gestaltung des neuen demokratischen deutschen Staatswesens mitzuwirken, wie dies ab 1947/48 geschah.

Wohl von ausschlaggebender Bedeutung für seine Nachkriegskarriere war seine kulturelle Herkunft, seine Mittlerrolle zwischen Franzosen und Deutschen. Als deutscher Patriot und Politiker, der gleichzeitig ein homme de lettres im wahrsten Sinne des Wortes war, konnte er sich bei den Offizieren und Beamten der französischen Besatzungsregierung bald Achtung und Sympathien verschaffen. Es ist wohl nicht zuletzt Carlo Schmid zu verdanken, daß die deutsche Verwaltungsspitze in Württemberg-Hohenzollern sich von Anfang an, mit der Bildung des Staatssekretariats, nicht als reine „Auftragsverwaltung" der Besatzungsmacht ansah und handelte, sondern sich durchaus als eigenständige politische Kraft durchsetzen konnte – die wohl auch nicht so einfach abzusetzen gewesen wäre, jedenfalls nicht ohne Schaden für die Militärregierung selbst. In seinen über die französische Zone hinausgreifenden Aktivitäten haben ihm die Franzosen nach anfänglichem Zögern und Mißtrauen bald eher den Rücken gestärkt, als daß sie ihn behindert hätten. Sie erkannten in ihm zu Recht einen deutschen Politiker ersten Ranges, der ihren Motivationen und Interessen trotz seiner oft recht harten Kritik an den Auswirkungen der Besatzungspolitik mehr Verständnis entgegenbrachte als die meisten anderen deutschen Politiker dieser Zeit – nicht nur auf Seiten der SPD.

Sein Entschluß, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten, entsprang sozialem Verantwortungsgefühl und einer humanistischen Gesinnung – in einer Zeit und in einem Land, in dem die CDU sehr stark vom konservativen Katholizismus der Zentrumstradition geprägt war, wohl verständlich. Diese humanistische Gesinnung hat Schmid in der SPD von Anfang an prononciert vertreten und damit eine Gegenposi-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion bezogen gegenüber überkommenen doktrinär marxistischen Haltungen in der Partei. Schon in seiner ersten programmatischen Rede auf einer SPD-Versammlung im Februar 1946 forderte er zu einer Neubesinnung in der Partei auf, die erst Jahrzehnte später im Godesberger Programm ihren offiziellen Ausdruck fand.

In diesen Erneuerungsbestrebungen traf er sich mit Kurt Schumacher, der ihn als pragmatisch-vernünftigen, aufgeschlossenen und offenen Gesprächspartner schätzen lernte. Das Verhältnis zwischen beiden blieb aber nicht ohne Spannungen. Ihre Auffassungen über die staatsrechtliche Neugestaltung Deutschlands differierten erheblich, waren aber wohl kaum so konträr, wie von Außenstehenden vielfach angenommen wurde. Auf französischer Seite hoffte man, Carlo Schmid als föderalistischen Kontrahenten gegen Schumacher aufbauen zu können. Nachdem Schmid 1947 mit großer Mehrheit in den Parteivorstand der SPD gewählt worden war, begann man in ihm den möglichen Nachfolger des kränkelnden Schumacher zu sehen – aber da war der Wunsch der Vater des Gedankens! Carlo Schmid blieb doch zu sehr intellektueller Außenseiter in der SPD, um gegen den traditionalistischen Parteiapparat anzukommen.

Für die in einem geschlossenen politischen System denkenden Parteifunktionäre war Carlo Schmid auch viel zu sehr Pragmatiker. Pragmatismus war ein Wesenszug seiner politischen Einstellung und seines Handelns. Tarbé de Saint Hardouin bezeichnete Schmid nach seinem ersten intensiven Gespräch mit ihm als „opportuniste", was im Französischen kein negatives Werturteil ist. Das Mögliche in einer Situation zu erkennen und danach zu handeln – wenn sich die Lage ändert, sich auf die neue Situation einzustellen, das konnte er und das kam ihm gerade in diesen Jahren der rasch fortschreitenden politischen Entwicklung zugute.

Als Jurist bestand er auf einer Klärung der staatsrechtlichen Position der Besatzungsmächte. Da er diese für sehr stark und dauerhaft ansah und die Abhängigkeit deutscher Regierungsarbeit von der Einstellung der Besatzungsmächte aus eigener leidvoller Erfahrung kannte, hielt er es für besser, die staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands bzw. der drei westlichen Besatzungszonen vorerst nur provisorisch zu regeln in Form eines reinen Organisationsstatuts. Als er aber gewahr wurde, daß die politische Situation mehr erforderte und auf die Gründung eines regelrechten westdeutschen parlamentarischen Staatswesens hinauslief, stellte er sich schnell um, stieg bei den Verfassungsberatungen auf Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat voll ein und wurde einer der „Gründungsväter" der neuen Bundesrepublik Deutschland.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GÜNTER MORSCH

STREIK IM „DRITTEN REICH"

„Klassenharmonie", „Volksgemeinschaft" und „sozialer Friede" sind Begriffe, mit denen bis heute mancher seine Vorstellungen von der deutschen Gesellschaft im „Dritten Reich" beschreiben würde. Aber nicht nur Unverbesserliche und Ewiggestrige, die gerne die anscheinend unausrottbaren „Legenden um Hitler"[1] am Leben erhielten, erliegen dem Mythos nationalsozialistischer Volksgemeinschaft. Auch mancher in Gestapokellern und Konzentrationslagern gefolterte Sozialdemokrat und Kommunist urteilt verbittert, Klassenkämpfe, zumal Streiks, habe es im „Dritten Reich" nicht gegeben. Worin die einen eine noch heute anzuerkennende Leistung des Nationalsozialismus erblicken wollen, darin sehen andere nur einen Ausdruck des brutalen Terrors der NS-Diktatur oder gar ein schimpfliches Versagen der deutschen Arbeiterklasse. Dies breite Spektrum der Ansichten macht deutlich, daß Streiks im „Dritten Reich", mit denen sich diese Studie befaßt, nicht ohne weiteres nur mit den gängigen Methoden und Begriffen der Sozialgeschichtsschreibung abgehandelt werden können, denn von der Machtergreifung Hitlers bis heute spielten und spielen politisch-moralische Urteile und Vorurteile beim Umgang mit diesem Gegenstand eine große Rolle.

1. Streiks im „Dritten Reich" als Objekt von Politik und Forschung

Der Streik in der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda

Selbstverständlich wollten die Nationalsozialisten jede Form von Arbeitskämpfen, „die wirtschaftliche Waffe, die der internationale Weltjude anwendet zur Zertrümmerung der wirtschaftlichen Basis der freien, unabhängigen Nationalstaaten ..."[2], nach der Machtübernahme nicht mehr dulden.

Was im Kampf gegen das „Weimarer System" noch gebilligt und von der NSBO auch praktiziert worden war[3], der Kampf für die berechtigten sozialen Interessen

[1] Hans-Joachim Winkler, Legenden um Hitler, Hefte „Zu Politik und Zeitgeschichte" 7, Berlin 1961.

[2] Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 2, 2. Aufl., München 1929, S. 253.

[3] Gunther Mai, Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus, in: VfZ 31 (1983), S. 573–613, insbes. S. 585 ff.; zur NSBO vgl. neuerdings: Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die nationalsozialistische Betriebs-Zellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934, Frankfurt/M. 1987.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Arbeiterschaft, wurde durch die sogenannte nationale Revolution hinfällig. Zum Ausgleich erhielt der Arbeiter, wie es hieß, seine „Ehre" zurück. Da aber nach Auffassung der Nationalsozialisten auch nach der Gleichstellung von „Hand- und Kopfarbeitern" Interessengegensätze und soziale Spannungen nicht auszuschließen waren, bedurfte es des autoritären Staates, der den offenen Ausbruch von Konflikten durch den Ausgleich der Interessen im Sinne der gesamten Volksgemeinschaft verhindern sollte. Insoweit diskreditierte jeder Streik weniger die Volksgemeinschaft – denn daß die Versöhnung der Klassen nicht kurzfristig zu erreichen war, wurde offen zugegeben[4] – als die Führungsfähigkeiten der nationalsozialistischen Machthaber und ihre angebliche Klassenneutralität.

Da nicht sein konnte, was nicht sein durfte, wurden nach 1933 sofort die bis dahin regelmäßigen Mitteilungen über die Entwicklung der Arbeitskämpfe in den Publikationen des Reichsarbeitsministeriums und des Statistischen Reichsamtes eingestellt[5]. Fortan feierte die NS-Propaganda die nationale und soziale Integration der Arbeiterschaft sowie die „Überwindung des Klassenwahnsinns und Klassenkampfes"[6]. Sie malte aber nicht nur Bilder der sozialen Harmonie, sondern veröffentlichte auch Angriffe der Partei gegen sogenannte unsoziale Betriebsführer, deckte Mißstände in den Betrieben auf, prangerte Ungerechtigkeit und Elend an und suchte sich so als wahrer Sachverwalter der Arbeiterinteressen zu profilieren. Jede Form autonomer Interessenvertretung durch die Arbeiter sollte überflüssig erscheinen.

Der Nationalsozialismus stellte sich selbst propagandistisch als ein Gesellschaftssystem dar, in dem Wettbewerb und Interessenkonflikte zur Förderung von Leistung und Wohlstand zwar als notwendig angesehen wurden, wo ein starker Staat die friedliche Beilegung der Konflikte aber notfalls mit Gewalt erzwingen konnte und eine mächtige, eng mit dem Staatsapparat verzahnte Bewegung den Schwachen und sozial Benachteiligten ihre Stimme lieh. Ein solcher Gesellschaftsentwurf war viel moderner als die Modelle eines patriarchalischen Klassen- und Ständestaates, von dem mancher konservativer Bündnispartner Hitlers träumte, und nicht zuletzt deshalb sehr viel attraktiver[7].

---

[4] Vgl. Hitlers Rede im Berliner Sportpalast am 10. 2. 1933, in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. 1, 1. Halbbd., Wiesbaden 1973, S. 205.

[5] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1934, S. 311.

[6] „Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk" vom 1. 2. 1933, in: Domarus, Hitler, S. 193; vgl. z. B. auch: Die deutsche Arbeitsfront. Wesen – Ziel – Wege, hrsg. v. Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF, Berlin 1942, S. 30: „Streik und Aussperrung, die schärfsten Druckmittel der klassenkämpferischen Parteien . . . waren verschwunden."

[7] Zum idelogischen Aspekt der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft gibt es eine umfängreiche Literatur; vgl. z. B.: Andreas Kranig, Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich, Stuttgart 1983; Wolfgang Spohn, Betriebsgemeinschaft und innerbetriebliche Herrschaft, in: Carola Sachse, Tilla Siegel, Hasso Spode, Wolfgang Spohn, Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 140–209; Michael Stolleis, Gemeinwohlformen im nationalsozialistischen Recht, Berlin 1974; Ulf Hientzsch, Arbeitsrechtslehren im Dritten Reich und ihre historische Vorbereitung, Marburg 1970; Bernd Rüthers, Die Betriebsverfassung im Nationalsozialismus, in: Arbeit und Recht 18 (1970), S. 97–109.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Streiks in den politischen Konzeptionen der deutschen Arbeiterbewegung 1933–1945

In Illegalität und Exil, vor allem zu Beginn, kreisten die meisten strategisch taktischen Überlegungen in der deutschen Arbeiterbewegung zu der Frage, wie das Regime zu stürzen sei, um den sogenannten Massenstreik. Revolutionäre Rhetorik und Programmatik waren bis in die Reihen der „rechten" Sozialdemokratie weit verbreitet. Was unter halbwegs demokratischen Verhältnissen gegen Ende der Weimarer Republik nicht erreichbar gewesen war, nämlich die Arbeiterschaft in den politischen Generalstreik zu führen, sollte in der Diktatur nachgeholt werden. Theoretische Ableitungen und voluntaristische Konzepte bestimmten die im Ausland weit verbreitete Erwartung, daß es notwendigerweise zu größeren Arbeitskämpfen kommen müsse. Die unfähige, korrupte, aus wildgewordenen Kleinbürgern und asozialen Lumpenproletariern zusammengewürfelte NS-Bewegung würde nach der Überzeugung der großen Mehrheit der Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten in kürzester Frist „abwirtschaften". Das von der Herrschaft der Nationalsozialisten zu gewärtigende wirtschaftliche Chaos würde das Bündnis der traditionellen Herrschaftsträger mit der NSDAP auseinanderbrechen lassen, und im Gefolge einer sozialen Verelendungspolitik würde sich eine immer umfassendere Streikbewegung entwickeln, die den bereits von innen zersetzten Staat schließlich in einer Revolution hinwegfegen würde.

Diese Erwartungen wurden bekanntlich bitter enttäuscht. Die Ausschaltung des sozialrevolutionären Flügels der NSDAP während der Ereignisse um den 30. Juni 1934 festigte das Bündnis Hitlers mit der Reichswehr, der Wirtschaft und dem Staatsapparat, der Wirtschaftsaufschwung hielt an und die „Gleichschaltung" der Gesellschaft machte bedeutsame Fortschritte. Resignation und Ratlosigkeit breiteten sich unter den Oppositionellen aus. Der illegal organisierte Widerstand, der sich bis dahin an der Hoffnung auf ein baldiges Ende der Diktatur aufgerichtet hatte, zerfiel in vereinzelte, meist versprengte isolierte Gruppen. Auf Massenagitation wurde zunehmend verzichtet, um die eigene Identität und Tradition wahren und das „Dritte Reich" überleben zu können. Im Exil drängten Einheits- und Volksfrontplattformen die revolutionären Programme in den Hintergrund. Die bisherigen taktischen Anordnungen zur Auslösung von Massenstreiks wurden als irreal und selbstmörderisch erkannt. Nicht mehr in der voluntaristischen Auslösung von sozialen Kämpfen, die in politische Massenstreiks übergeleitet werden sollten, wurde nunmehr die Hauptaufgabe gesehen, sondern in der Beobachtung und Analyse des alltäglichen Klassenkampfes. Dort galt es, Inseln der Nonkonformität, Herde der Unzufriedenheit und Mißstimmung sowie verdeckte Formen der Konfliktaustragung aufzuspüren. Das Ausmaß des sozialen Protests wurde so zum Gradmesser für Integration und Anpassung der deutschen Arbeiterschaft, mehr noch: In dem Maße, in dem der organisierte illegale Widerstand zerfiel, wurde die soziale Protestbewe gung zum Indiz für Fortbestehen oder Nichtfortbestehen demokratisch-gewerkschaftlichen Bewußtseins und antifaschisti-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scher Gesinnung in der Arbeiterschaft, auf der aber nach wie vor alle Hoffnungen ruhten.

Durch die innen- und außenpolitischen Erfolge des Nationalsozialismus gerieten die Exilpolitiker in ihren Gastländern in den späten dreißiger Jahren unter immer stärkeren legitimatorischen Druck. Die erhoffte Massenstreikbewegung war ausgeblieben und in ihrer Enttäuschung darüber rückten große Teile des sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Exils von dem Gedanken des Klassenkampfes als Motor des Widerstandes gegen Hitler immer mehr ab. Der klassenübergreifende Kampf für Frieden, liberalen Humanismus, Kultur und Freiheit wurde bereits vor Kriegsausbruch mehr und mehr in den Vordergrund gestellt[8].

Zunächst beflügelte der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges jedoch die Hoffnungen des von Deutschland fast völlig abgeschnittenen Exils. Viele erwarteten eine den Ereignissen von 1917/18 analoge Entwicklung. In der nun folgenden zwei- bis dreijährigen Phase kam es zu einer Rückbesinnung auf die revolutionäre Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung. Umstritten war eigentlich nur die Frage, ob die Streiks der deutschen Arbeiterschaft – als Auftakt zum Sturz der Diktatur und zur Beendigung des Krieges – bis zur ersten größeren militärischen Niederlage des „Dritten Reichs" auf sich warten ließen oder ob sie schon vorher ausbrechen würden.

Spätestens nach der Niederlage in Stalingrad, der keine Arbeitererhebung folgte, begruben die meisten Politiker im Exil ihre Hoffnungen auf eine Revolution in Deutschland noch vor der militärischen Niederlage Hitlers. Das „andere Deutschland", das einer immer stärker um sich greifenden pauschalen Deutschenfeindlichkeit gegenübergestellt wurde, verlor nach und nach die Züge seines ehemaligen „Proletarier-Gesichts". Es verkam zur „Komplementärideologie des Vansittartismus"[9], indem Vansittarts einseitigem Deutschlandbild des ewigen Aggressors, des blind gehorchenden und brutal-militaristischen Untertanen das „Deutschland der Dichter und Denker" gegenübergestellt wurde. Die im unmittelbaren oder mittelbaren Einflußbereich der UdSSR lebenden Kommunisten verliehen ihrem Deutsch-

[8] Für diesen und den folgenden Abschnitt sei wegen der Fülle der einschlägigen Titel lediglich auf folgende Bibliographien verwiesen: Bibliographie „Widerstand" – Forschungsgemeinschaft 20. Juli e.V. bearbeitet v.: Ulrich Cartarius, eingeleitet v. Karl Otto Frh. v. Aretin, München 1984; Ursula van Laak, Bibliographie zur Geschichte von Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945, München (Institut für Zeitgeschichte) 1978; Rudi Gogouel, Antifaschistischer Widerstand und Klassenkampf. Die faschistische Diktatur 1933–1945 und ihre Gegner. Bibliographie deutschsprachiger Literatur aus den Jahren 1945–1973, Berlin (DDR) 1976; Regine Büchel, Der deutsche Widerstand im Spiegel von Fachliteratur und Publizistik seit 1945. Bericht und Bibliographie, München 1975; Kurt Klotzbach, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1914–1945, Bonn-Bad Godesberg 1974; Ursel Hochmuth, Faschismus und Widerstand 1933–1945. Ein Verzeichnis deutschsprachiger Literatur, Frankfurt/M. 1973.

[9] Joachim Radkau, Die Exil-Ideologie vom „anderen Deutschland" und die Vansittartisten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament" XX (1970), S. 31 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

landbild in Verfolgung der NKFD-Politik gar die Züge eines „positiven Preußentums". In den Auseinandersetzungen um die sogenannte Westverschiebung Polens gingen manche Kommunisten sogar so weit, die Beschlüsse von Teheran und Jalta mit Argumenten zu verteidigen, die nicht allzu weit von der Kollektivschuldthese entfernt lagen. Der Verweis auf die angeblich ausgebliebenen sozialen und politischen Kämpfe der deutschen Arbeiter mußte so als Rechtfertigung für manchen ideologischen und programmatischen Salto herhalten. Als schließlich auch die letzten Hoffnungen auf eine revolutionäre Volkserhebung in den Tagen und Wochen während des militärischen Zusammenbruchs fehlschlugen, begannen sich die allermeisten der zur Rückkehr aus dem Exil Entschlossenen darauf einzurichten, in den Trümmern der Städte auf eine völlig apathische, „geistig und moralisch, politisch und organisatorisch ... zermürbte, ermattete und zerfallene"[10] Masse zu stoßen.

Freilich verlief die Entwicklung nicht ganz so einheitlich und geradlinig, wie sie hier in aller Kürze, ohne auf die komplexen Motive des politisch-programmatischen Wandels im einzelnen eingehen zu können, skizziert wurde. Vor allem linkssozialistische Splittergruppen hielten zum Teil bis zuletzt an ihren Revolutionshoffnungen und am Glauben an eine klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft fest. Andere wiederum verzweifelten an der vermeintlichen Passivität und Apathie und wandten sich von der deutschen Arbeiterbewegung ab. Schwer zu fassen sind schließlich die Einschätzungen der in Deutschland verbliebenen Reste des organisierten Widerstandes und der zahlreichen Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten, die passiv aber gesinnungstreu ausharrten. Die wenigen überlieferten Quellen zeichnen ein unterschiedliches Bild: Auf der einen Seite finden wir kommunistische Gruppen, die eher den voluntaristischen Konzepten anhingen, jedenfalls bis zum Schluß, zum Teil gegen die ausdrücklichen Anweisungen des ZK der Partei, an der Klassenbindung des Widerstandes festhielten, auf der anderen Seite Sozialdemokraten und Gewerkschafter wie Leuschner, Leber und Reichwein, die die bewußte Ablehnung von Massenkämpfen zur Unterstützung der Putschpläne des 20. Juli führte. Gemeinsam war jedoch allen Gruppen in Deutschland und im Exil, daß ihre Einschätzung des Grades der Integration und der Anpassung der deutschen Arbeiterschaft während der NS-Zeit und damit zugleich ihre politischen Vorstellungen und Programme weit über das Kriegsende hinaus stark von dem Urteil und Vorurteil über das Ausmaß des sozialen Protests, der Arbeitskämpfe und Streiks beeinflußt wurde. In einem teilweise sehr schmerzhaften und unerhört intensiven Prozeß wurde von den Resten der deutschen Arbeiterbewegung die ganze Bandbreite der möglichen Analysen, Interpretationen, Bewertungen und Konsequenzen des Protestverhaltens der deutschen Arbeiterschaft während des „Dritten Reiches" diskutiert, und aus diesem von

[10] Hermann Brill, Richtlinien des Bundes demokratischer Sozialisten, auszugsweise abgedr. in: Frank Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973, hier S. 67; H. B. verfaßte diese Richtlinien im Juli 1945 nach seiner Entlassung aus Buchenwald. Diese Charakterisierung entspricht aber auch den Einschätzungen vieler Rückkehrer. Vgl. z. B. Willy Brandt, Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

moralischen und politischen Urteilen und Vorurteilen geprägten Rahmen findet, wie die kontroversen Debatten immer wieder zeigen, auch die Geschichtswissenschaft nur schwer heraus.

Streiks und andere Protestformen in der „bürgerlichen" Geschichtsschreibung

An die Diskussion in der Arbeiterbewegung konnte die Geschichtsschreibung in Westdeutschland bis weit in die sechziger Jahre hinein nicht adäquat anknüpfen. Hervorragende Studien aus der Vorkriegs- und Kriegszeit und erste Pionierarbeiten der Nachkriegszeit[11] wurden nur ungenügend beachtet. Die vorwaltende Richtung einer eher personalistischen Hitlerforschung sparte empirische, sozialgeschichtliche Ansätze weitgehend aus oder konzentrierte sich auf Psychologie und Technik totalitärer Propaganda, ohne deren Auswirkungen auf Stimmung, Einstellung und Verhalten der Bevölkerung allzu viel Aufmerksamkeit zu schenken. Auch der auf den 20. Juli konzentrierten Widerstandsforschung kam der organisierte Widerstand der Arbeiterbewegung kaum in den Blick, geschweige denn eine „Gesellschaftsgeschichte politischen Verhaltens"[12]. Dies war von einer Widerstandsdefinition, die den vom Individuum her betrachteten „Aufstand des Gewissens" in den Mittelpunkt rückte, auch mehr oder weniger bewußt ausgeblendet worden. So konnten Behauptungen, wie die des ehemaligen Reichsfinanzministers Lutz Graf Schwerin von Krosigk, wonach es von 1933 bis 1945 keine Streiks gegeben habe[13], unwidersprochen bleiben. Sie dürften gemeinhin wohl auch akzeptiert worden sein.

Auch der gegen Ende der fünfziger Jahre in den Vordergrund tretende strukturgeschichtliche Ansatz, der unser Wissen über die Ursachen und die Vorgeschichte der Etablierung der NS-Herrschaft beträchtlich erweiterte, warf zunächst kein neues Licht auf die uns hier interessierende Fragestellung. Allenfalls waren kurze Bemerkungen zu lesen, wie die, „daß mit der Zerschlagung der Gewerkschaften und der Selbstauflösung der Arbeitgeberverbände die Klassen- und Lohnkonflikte einer industriellen Gesellschaft nicht einfach beseitigt waren."[14] Aus anderen, ebenfalls zu knappen Bemerkungen über den Aktionismus der NSBO während der

[11] Z. B. Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, hrsg. u. mit e. Nachw. v. Gert Schäfer, Köln, Frankfurt/M. 1977, 1. Auflage 1942; Der Lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des Deutschen Volkes 1933–1945, hrsg. v. Günter Weisenborn, Hamburg 1953.

[12] Martin Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt Teil C, hrsg. v. Martin Broszat, Elke Fröhlich, Anton Grossmann, München, Wien 1981, S. 692.

[13] Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Die große Zeit des Feuers. Der Weg der deutschen Industrie, Tübingen 1959, S. 544; vgl. auch: Hans Frank, Im Angesicht des Galgens, München 1953, S. 195.

[14] Karl Dietrich Bracher, Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, 5. verb. Aufl. Köln 1976, S. 361.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Machtergreifung konnte immerhin geschlossen werden, daß in dieser Phase Streiks von Nationalsozialisten angeführt worden waren[15].

Ungefähr seit Mitte der sechziger Jahre begann sich auch die NS-Forschung in stärkerem Maße mit sozialgeschichtlichen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Diese revidierten vor allem die bis dahin gängigen, auf einem verengten Verständnis der Totalitarismustheorie beruhenden Vorstellungen eines durch massenpsychologische Manipulation und allgegenwärtigen Terror bedingten monolithischen Systems totaler Macht und Herrschaft, dem der einzelne nur entrinnen konnte, wenn er die Kraft und den Willen zum Märtyrertum aufbrachte. Es konnte gezeigt werden, daß „die Überwindung des Klassenkampfes, dessen das Dritte Reich sich von 1935 an am meisten rühmte ... bestenfalls eine Halbwahrheit [war]. Unter dem Deckmantel der nationalsozialistischen Ideologie setzten die überkommenen Gruppen der Gesellschaft ihren Kampf fort wie Männer, die unter einer Decke miteinander ringen."[16]

In Verfolgung dieses Ansatzes wurde Protestverhalten der deutschen Arbeiterschaft jedoch nur insoweit sichtbar, als es sich in den Rivalitäts- und Konkurrenzkämpfen der durch die „zunehmende Auflösung des staatlichen Charakters des Regimes" immer wieder neu entstandenen „Aktionszentren"[17] widerspiegelte. Soweit vereinzelt auch Streiks, wie insbesondere die schon durch Publikationen der Arbeiterbewegung bekannte Arbeitsniederlegung der Rüsselsheimer Opel-Arbeiter am 25. Juni 1936, behandelt wurden, bewertete man sie vorwiegend als Ausdruck des NSBO- oder DAF-Aktionismus'[18].

Etwa gleichzeitig mit der Revision der Totalitarismustheorie und mit dieser durchaus in einem gewissen theoretischen und methodischen Zusammenhang stehend, begann sich eine jüngere Generation von Forschern mit Studien über einzelne Regionen oder sozialistische Zwischen- und Randgruppen dem illegal organisierten Widerstand aus der Arbeiterbewegung zuzuwenden. Die Fülle solcher Publikationen ist inzwischen kaum noch überschaubar[19]. Im wesentlichen verfolgten sie jedoch alle ähnliche Fragestellungen und versuchten vor allem, „die Geschichte der Unter-

---

[15] Gerhard Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmestaates, in: Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Bd. II, durchges. u. erg. Aufl. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1974, S. 332 f.; vgl. außerdem Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront", Hannover, Frankfurt/M. 1958.

[16] David Schoenbaum, Die braune Revolution, Köln, Berlin 1968, S. 336.

[17] Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlagen und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 5. Aufl. München 1975, S. 438.

[18] Richard Grunberger, Das zwölfjährige Reich. Der Deutschen Alltag unter Hitler, München, Wien, Zürich 1971, S. 211 f.; vgl. auch: Schoenbaum, Braune Revolution, S. 108–152; Broszat, Staat Hitlers, S. 180–207, insbes. S. 188 f.

[19] Zwischen 1969 und 1977 erschienen laut Reinhard Mann, Widerstand gegen den Nationalsozialismus – NPL 22 (1977), S. 427 – allein 26 Bände der von der VVN herausgegebenen „Bibliothek des Widerstandes".

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grund- und Exilorganisationen nach Umfang, Lebensdauer, Verhältnis von Führung und Mitgliedschaft sowie der illegalen Auseinandersetzungen zu rekonstruieren."[20] Doch für die uns hier interessierenden Fragen sind diese Studien nur von geringerem Informationswert. Da sich allerdings das „Gelände"[21] des organisierten Widerstandes zumindest teilweise mit den zu untersuchenden „Konfliktfeldern"[22] deckte, läßt sich immerhin einiges über subjektive und objektive Rahmenbedingungen des Protestverhaltens der deutschen Arbeiterschaft in Erfahrung bringen.

So wichtig und notwendig die meist positivistisch-deskriptiven Schilderungen der gefährlichen Untergrundarbeit sind, so reichten sie dennoch nicht hin, um die fundamentale Frage nach den Gründen für Erfolg und Mißerfolg, Entstehung und Zerschlagung, Aktions- und Organisationsformen des Widerstandes beantworten zu können. Nicht zuletzt blieb das entscheidende Motiv und damit der Kern des Selbstverständnisses der Illegalen weitgehend unberücksichtigt: Sie wollten keine Märtyrer sein, sondern wollten die Klasse, der sie sich sozial, kulturell, politisch zugehörig fühlten, in den Kampf gegen die Diktatur führen. Die „Monumentalisierung"[23] des Widerstandes wurde durch eine Definition des Begriffs begünstigt, die den bisher rein moralischen Begriff zwar um das politische Moment bereicherte, aber bewußt an einer wertorientierten Betrachtung der individuellen Intentionen festhielt[24].

Zumindest was die Untergrundtätigkeit während der Kriegszeit anbelangt, war die positivistisch-deskriptive Beschränkung der Forschung schwerlich eine Folge der Quellenlage. Spätestens seit 1965 standen der Forschung die besonders für die Jahre 1934–1936 und 1939–1945 außerordentlich zahlreichen, umfassenden und informativen sogenannten Stimmungs- und Lageberichte staatlicher und parteiamtlicher Stellen zur Verfügung[25]. Marlis G. Steinert verarbeitete sie in ihrer Studie über „Hit-

---

[20] Detlev Peukert, Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament" B 28–29, S. 23.

[21] Günter Plum, Das „Gelände" des Widerstandes, in: Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag, hrsg. v. Wolfgang Benz, Stuttgart 1980, S. 93–101.

[22] Broszat, Resistenz, S. 694.

[23] Ebenda, S. 692.

[24] Weite Verbreitung fand v. a. Friedrich Zipfels Definition: Die Bedeutung der Widerstandsforschung für die allgemeine zeitgeschichtliche Forschung, in: Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Studien und Berichte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg 1965, S. 1–19, hier S. 3; vgl. z. B. Hans-Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Hannover 1969, S. 16.

[25] Heinz Boberach, Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, Neuwied, Berlin 1965; schon 1957 machte Bernhard Vollmer, Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungspräsidentenberichte 1934–1936, Stuttgart 1957, auf diese Quellengattung aufmerksam. Gleichwohl ist seine Auswahl der Auszüge einseitig, und wer die Lageberichte in ihrer vollen Länge kennt, dürfte wohl der Kritik von H. Schumann/G. Nitzsche, Gestapoberichte über den antifaschistischen Kampf der KPD im Regierungsbezirk Aachen 1934–1936, in: ZFG, 1959, S. 118 ff., im großen und ganzen zustimmen; vgl. außerdem Franz Josef Heyen, Nationalsozialismus im Alltag, Boppard/Rh. 1967.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lers Krieg und die Deutschen"[26] und konnte nachweisen, daß die von der damaligen Widerstandsforschung implizit unterstellte schroffe und statische Konfrontation von Opposition einerseits und Zustimmung andererseits wenig mit dem in Wirklichkeit außerordentlich dynamischen und vielfältigen Prozeß der Meinungsbildung gemein hatte. Darüber besteht heute größtenteils Konsens: „Es gab nicht nur die Nazis, die Lauen und ‚den Widerstand'. Es gab langjährige Nazis unter den aktiven Verschwörern. Vor allem aber gab es unzählige Mischformen aus Zustimmung und Distanz, Anpassung und Verweigerung (‚Resistenz'), Nonkonformismus und Opposition, schließlich Teilwiderstand bei gleichzeitiger Teilkooperation."[27]

Tim Masons Mitte der siebziger Jahre erschienene Dokumentation über „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft"[28] ging weit über eine bloße Darstellung der „Sozialpolitik im Dritten Reich" hinaus. Er führte die hier genannten verschiedenen Ansätze zusammen und fand darüber zu einer völlig neuen Sicht des Nationalsozialismus, die eine teilweise erregte Debatte über grundlegende Strukturen der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik auslöste[29]. Was das Protestverhalten der Arbeiterschaft insbesondere in den Jahren 1936 bis 1940 anbelangt, so ist seine Dokumentation eine Fundgrube für die Formen, Ursachen, Bedingungen und Auswirkungen des tagtäglichen Klassenkampfes. Allerdings, Masons Interesse galt, wie er selbst einräumte[30], vor allem dem „Klassenkampf von oben". Eine systematische Darstellung des „Klassenkampfes von unten" lag nicht in seiner Absicht, weshalb etwa eine eingehende Analyse der Streikbewegung, die nur verstreut in den zahlreichen Dokumenten auftaucht, fehlt. Mason versuchte, diese Lücke in einem späteren Aufsatz zu schließen, und wertete dabei erstmals eine Streikstatistik des Amtes Information der Deutschen Arbeitsfront für die Zeit zwischen Februar 1936 und Juli 1937 aus, eine Quelle, die auch der hier präsentierten Fallsammlung zugrunde-

---

[26] Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf, Wien 1970; die gleichzeitig erschienene Studie von Franz Dröge, Der zerredete Widerstand. Soziologie und Publizistik des Gerüchts im 2. Weltkrieg, Düsseldorf 1970, fußte auf den gleichen Quellen.

[27] Ekkehard Klausa, Auf ungeebneten Wegen in den Widerstand. Die Historische Kommission zieht vierzig Jahre nach dem 20. Juli Bilanz, in: Die Zeit, Nr. 33 (10. 8. 1984), S. 14.

[28] Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975; die überarbeitete Einleitung erschien unter dem Titel Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977.

[29] Zur Kontroverse um die Thesen Masons vgl. Heinrich August Winkler, Vom Mythos der Volksgemeinschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte XVII (1977), S. 484–491; Ludolf Herbst, Die Krise des nationalsozialistischen Regimes am Vorabend des Zweiten Weltkrieges und die forcierte Aufrüstung. Eine Kritik, in: VfZ 26 (1978), S. 347–393; David Abraham, Nazism and the Working Class, in: Radical History Review 18 (1978), S. 161–166; Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München, Wien 1979, S. 158 ff.

[30] Mason, Volksgemeinschaft, S. XX; der Vorwurf, er sei einer „Fehleinschätzung" unterlegen, trifft ihn deshalb nicht ganz; vgl. dazu Wolfgang Franz Werner, „Bleib übrig!" Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1983, S. 11 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

liegt[31]. Masons Analyse und Interpretation sind sehr knapp, doch führen sie ihn immerhin dazu, die verschiedenen Formen des „wirtschaftlichen Klassenkampfes" vom „politischen Widerstand der deutschen Arbeiterklasse" durch den Begriff der „Arbeiteropposition" abzugrenzen, die zwar eine „massive, nicht jedoch prinzipielle Herausforderung des Regimes" gewesen sei[32]. Auch wenn er sich dagegen wehrte, die „Arbeiteropposition" als gänzlich apolitisch abstempeln zu lassen, so demonstriert gerade dies beispielhaft, daß eine wertorientierte Betrachtung der Intentionen und Motive der Arbeiterschaft, wie sie mit dem herkömmlichen Widerstandsbegriff einhergeht, die angedeuteten Interpretationsprobleme nicht zu lösen vermag[33].

Die neuere sozialgeschichtliche Literatur seit Mason hat sich vor allem kritisch mit dessen Thesen auseinandergesetzt[34]. Man warf ihm vor, die „Arbeiteropposition" durch die Brille der NS-Machthaber gesehen zu haben, die die Neigung gehabt hätten, das Verhalten der Arbeiterschaft zu dramatisieren[35]. Es begann die Suche nach objektiveren Bewertungsmaßstäben, um die Intensität der „Arbeiteropposition" an ihrem volkswirtschaftlichen Effekt messen zu können. Vergleiche mit anderen Ländern, der Weimarer Republik oder dem Ersten Weltkrieg ließen das Protestverhalten der deutschen Arbeiterschaft während der NS-Zeit in den Augen der meisten Autoren bestenfalls auf das für eine Periode der Hochkonjunktur oder

---

31 Timothy W. Mason, Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland, in: Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, hrsg. v. Detlev Peukert u. Jürgen Reulecke, Wuppertal 1981, S. 293–315, insbes. S. 299 ff.; präzisiert hat er seine These in der von ihm verfaßten Einleitung zu Sachse u.a., Angst, S. 11–54; zur Diskussion des Begriffs „Arbeiteropposition" vgl. Ulrich Borsdorf, Widerstand und Illegalität, Emigration und Exil. Zur Verwendung von Begriffen in der Geschichte der Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/82 (33. Jg., 1982), S. 478–486; Inge Marßolek, René Ott, Hans-Josef Steinberg, Auch eine historische Verspätung. Zum Problem der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus heute, in: Arbeiterbewegung und Faschismus, Frankfurt/M., New York 1984, S. 21–38.

32 Mason, Arbeiteropposition, S. 293 f.

33 Es ist unverkennbar, daß Mason in diesem Aufsatz, den er zuerst und mit geringfügigen Veränderungen als Timothy W. Mason, The Workers' Opposition in Nazi Germany, in: History Workshop 11/1981, S. 120–137, veröffentlichte, einigen seiner Thesen die Spitze nahm.

34 Hisashi Yano, Hüttenarbeiter im Dritten Reich. Die Betriebsverhältnisse und die soziale Lage bei der Gutehoffnungshütte AG und bei Friedr. Krupp AG 1936 bis 1939, Stuttgart 1986; John Gillingham, Industry and politics in the Third Reich. Ruhr coal, Hitler and Europe, London 1985; Werner, „Bleib übrig"; Klaus Wisotzky, Der Ruhrbergbau im Dritten Reich. Studien zur Sozialpolitik im Ruhrbergbau und zum sozialen Verhalten der Bergleute in den Jahren 1933–1939, Düsseldorf 1983; Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982; Ludolf Herbst, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda, Stuttgart 1982; Gustav-Hermann Seebold, Ein Stahlkonzern im Dritten Reich. Der Bochumer Verein 1927–1945, Wuppertal 1981; Dörte Winkler, Frauenarbeit im „Dritten Reich", Hamburg 1977; einen sehr guten Literaturüberblick über die Diskussion seit Mason gibt: Matthias Frese, Zugeständnisse und Zwangsmaßnahmen. Neuere Studien zur nationalsozialistischen Sozial- und Arbeitspolitik, in: NPL 32 (1987), S. 212–234.

35 Werner, „Bleib übrig", S. 11 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Kriegswirtschaft typische, normale Maß schrumpfen. Kann also von „Arbeiteropposition" im Sinne Masons im Falle von Arbeitsverweigerungen beispielsweise nur dann gesprochen werden, wenn die Krankenrate der deutschen Arbeiter erheblich über vergleichbaren englischen Zahlen gelegen hätte[36]?

Problematisch erscheint hier nicht nur die quantifizierende Betrachtungsweise, sondern vor allem der dahinter stehende Begriff der „Normalität", der leicht zu einer Unterschätzung des Gewalt- und Drohpotentials des Nationalsozialismus führt, weil das Ausmaß des Terrors vor allem an den Verhaftungszahlen gemessen, die von den Verfolgern gezielt eingesetzte psychologische Komponente aber eher vernachlässigt wird. Die meisten neueren sozialgeschichtlichen Arbeiten konzentrieren sich auf die unmittelbare Vorkriegs- oder Kriegszeit, da durch die Militarisierung der Arbeitswelt im sogenannten Arbeitseinsatz immer mehr Tatbestände des Protestverhaltens zum staatsfeindlichen Delikt und damit aktenkundig wurden. Es kann jedoch nicht nur an der zeitlichen Einengung liegen, daß diese Studien für die Erforschung von Streiks bestenfalls Einzelfälle beizusteuern vermögen[37]. Davon abgesehen ist auch das Protestverhalten der deutschen Arbeiterschaft im Kriege noch längst nicht erschöpfend behandelt[38].

Mit dem 1977 erschienenen ersten Band des sogenannten Bayernprojekts des Instituts für Zeitgeschichte trat die Widerstandsforschung theoretisch wie praktisch in eine neue Phase ein. Das Vorhaben machte es sich zur Aufgabe, „die Interdependenzen von Herrschaft und Bevölkerungsverhalten" zu untersuchen. Die Perspektive „aus dem Blickwinkel der Bevölkerung"[39] erschloß zahlreiche „Konfliktfelder der NS-Zeit"[40]. Die Betrachtung des organisierten Widerstands wurde in eine „Sozialgeschichte der Arbeiteropposition"[41] eingebettet. Das Protestverhalten der Arbeiterschaft erschien in seinen zahlreichen Formen nicht nur als Ausdruck sozialer Interessenwahrung, sondern eher als pragmatisch-nüchterner Versuch, tradierte Werte und Ziele zu bewahren und die typischen Arbeits-, Nachbarschafts- und

---

36 Diese Frage zielt insbes. auf manchen problematischen Vergleich bei Werner, „Bleib übrig", S. 189ff.; vgl. dagegen auch: Tim Mason, Arbeiter ohne Gewerkschaften. Massenwiderstand im NS-Deutschland und im faschistischen Italien, in: Journal für Geschichte 5/1983, S. 28–36.

37 Wisotzky, Ruhrbergbau, S. 256ff.

38 So erwähnt Werner, „Bleib übrig", keine Streiks, obwohl z. B. in den von ihm eingesehenen Beständen des Bundesarchivs-Militärarchivs (künftig: BA-MA) wie des HStA Düsseldorf mehrere Fälle überliefert sind; drei Streiks erwähnte bereits Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, Wuppertal 1980, S. 359 und 387.

39 Beide Zitate bei Elke Fröhlich, Gegenwärtige Forschungen zur Herrschafts- und Verhaltensgeschichte in der NS-Zeit: das Projekt „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945" des Instituts für Zeitgeschichte, in: Gegner des Nationalsozialismus: Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit, hrsg. v. Christoph Klessmann und Falk Pingel, Frankfurt/M., New York 1980, S. 28; inzwischen sind alle 6 Bände des „Bayernprojekts" erschienen.

40 Broszat, Resistenz, S. 694.

41 Gerhard Hetzer, Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition, in: Bayern in der NS-Zeit III, S. 1–235.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gruppenbeziehungen des proletarischen Milieus gegen die nationalsozialistischen Gleichschaltungsversuche zu verteidigen[42]. Streiks jedoch wurden auch in diesen lokal- und regionalgeschichtlichen Arbeiten nur vereinzelt aufgespürt[43]. Es ist somit kaum zu erwarten, daß sich nennenswerte Erkenntnisse über Umfang und Bedeutung der Streikbewegung im Nationalsozialismus auf dem Wege über Lokalstudien sammeln lassen, da Streiks im Vergleich zu anderen Formen des Protestverhaltens offenbar Ausnahmeerscheinungen gewesen sind. Außerdem zeigen diese Studien, daß selbst die sogenannte Basisforschung nicht alle Überlieferungslücken zu schließen vermag und der Abstieg von einer mittleren und höheren Ebene des Quellenkegels zur „authentischen Primärquelle"[44] nicht in jedem Fall einen höheren Grad von Authentizität verbürgt[45].

Der im „Bayernprojekt" ausgeführte wirkungs- und konfliktgeschichtliche Ansatz mußte die Grenzen des tradierten Widerstandsbegriffs sprengen, weil er die Komplexität und Dynamik der Ursachen und Formen des Aufeinandereinwirkens von Herrschaft und Verhalten zu erklären versucht. Mit dem um Wertneutralität bemühten Begriff der „Resistenz", der ganz allgemein die „wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruches, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her"[46] erfaßt, dürfte ein Ausweg gefunden sein aus der Sackgasse, in die die Diskussion schon kurz vor dem Zweiten Weltkrieg – nicht zuletzt in Reaktion auf vansittartistische Geschichtsklitterungen – hineingeraten war. Durch die Erforschung der Objekte, Inhalte, Methoden und Auswirkungen resistenten Verhaltens kann es gelingen, nunmehr auch die Ursachen der Massenloyalität präziser zu bestimmen.

Der Resistenzbegriff ist in der Forschung sehr umstritten. Es wird vor den Gefahren eines „Werteplurlismus" gewarnt, oder man befürchtet eine qualitative und quantitative Überbewertung nonkonformen Verhaltens[47]. Insbesondere vor einer

---

[42] Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 bis 1945, in: Bayern in der NS-Zeit IV, S. 1–383.

[43] Vgl. z. B. Tenfelde, Penzberg, S. 330 f.; Hetzer, Augsburg, S. 131; Andreas Klein-Reesink, Textilarbeiter und Nationalsozialismus im Westmünsterland. Eine regionale Untersuchung zur Auseinandersetzung katholischer Arbeiter mit dem Faschismus, Münster 1981, S. 114; Herbert Klein, Die Entwicklung der faschistischen Bewegung und des antifaschistischen Widerstandes an der Peripherie des nördlichen Ruhrgebiets und im Münsterland. Sozialökonomische Voraussetzungen und Hintergründe, phil. Diss. Münster 1980, S. 289; Ian Kershaw, Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933–1945, Oxford 1983, S. 88 f. u. 103 f.

[44] Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, hrsg. v. Martin Broszat, Elke Fröhlich, Falk Wiesemann, München, Wien 1977, S. 13 f.

[45] So übertrifft die hier aufgeführte Anzahl der Streiks in Bayern allein des Jahres 1936/37 die im engeren und weiteren Umkreis des „Bayernprojekts" erwähnten Einzelfälle um ein mehrfaches.

[46] Broszat, Resistenz, S. 697; Peter Hüttenberger, Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff, in: Theorien in der Praxis des Historikers, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 3, Göttingen 1977, S. 117–134.

[47] Marßolek u. a., Zum Problem der Erforschung des Widerstandes; Richard Löwenthal und Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin, Bonn

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Überschätzung der Resistenz der Arbeiterschaft wird gewarnt: „Die zahlreichen Beispiele von kürzeren Streiks und Arbeitsverweigerungen, von Sabotage, Bummelei und Krankfeiern lassen sich immer nur im jeweiligen ökonomischen und sozialen Zusammenhang als Widerstand oder aber sozialer Protest und Nonkonformität interpretieren und sind damit generell praktisch nicht mehr erfaßbar. Sie können Widerstand sein, wenn sie bewußt praktiziert wurden, und so zumindest als Vorstufe eines politischen Bewußtwerdungsprozesses über den Charakter des NS-Regimes zu verifizieren sind. Sie konnten jedoch genauso gut ‚normale' Reaktion auf unerträgliche Mißstände im Arbeitsprozeß sein."[48] Von der hier eingenommenen Position aus, nach der „das subjektive Moment des bewußten, tendenziell auf ein gesellschaftliches Ganzes gerichteten Verhaltens"[49] die zentrale Komponente des Widerstandes sei, ist die Kritik logisch, konsequent und in ihrer Zuspitzung konstruktiv: Müssen wir folglich auf eine *generelle* Analyse und Interpretation von Streiks und anderen Formen der Resistenz verzichten, weil das Phänomen sich nicht unter generelle Begriffe subsumieren läßt? Wenn wir es daher vernünftiger finden, den Begriff zu wechseln als das Phänomen zu ignorieren, so kann das aber trotzdem nicht heißen, den Widerstandsbegriff vollständig durch den Resistenzbegriff zu ersetzen[50].

Auch bei den im folgenden beschriebenen Streiks und Arbeitsniederlegungen kann kaum darauf verzichtet werden, die „bewußtseinsmäßige Seite"[51] zu untersuchen. Dabei läßt sich feststellen, daß viele Fälle den strengen Kriterien des herkömmlichen Widerstandsbegriffs durchaus genügen, andere lassen sich mit Bestimmtheit ausgrenzen. Bei der großen Mehrzahl der Streiks scheitert eine Einordnung allerdings an der Quellenlage. Muß es nicht großes Unbehagen bereiten, es letztlich der Gestapo oder anderen NS-Stellen überlassen zu sollen, ob ein Streik unter „Widerstand" subsumiert wird oder nicht, solange in dem Begriff das Kriterium der „höheren Moral" mitschwingt und letzten Endes doch den Anspruch auf Monumentalisierung beinhaltet?

1982, insbes. S. 14 ff.; Christoph Kleßmann, Gegner des Nationalsozialismus. Zum Widerstand im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift „Das Parlament" B 46, S. 25–37; einen Überblick über die neuere Diskussion geben die Beiträge von Ian Kershaw, Klaus Tenfelde, Christoph Kleßmann, William Sheridan Allen, Hans-Josef Steinberg u. Detlev Peukert, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hrsg. v. Jürgen Schmädeke u. Peter Steinbach, 2. Aufl. München 1986, S. 779 ff.

48 Kleßmann, Gegner, S. 32.

49 Ebenda, S. 37.

50 Dagegen wehrt sich auch Fröhlich, Gegenwärtige Forschungen, S. 31 f.

51 Kleßmann, Gegner, S. 32.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Streiks und andere Protestformen in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung

Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft hat es bei der Beschreibung von Streiks und anderen Protestformen wegen ihrer dezidierten Parteilichkeit möglicherweise etwas einfacher. Trotzdem sind ihre Analysen und Interpretationen keineswegs präziser als die der „bürgerlichen" Historiographie. So muß es überraschen, daß die Geschichtswissenschaft der DDR bislang keine größere, geschlossene Arbeit hervorbrachte, in der Klassenverhältnisse und Klassenkampf der deutschen Arbeiter zusammenhängend untersucht und analysiert werden. Hinweise darauf, daß eine solche Darstellung in Vorbereitung sei, gibt es allerdings bereits Ende der fünfziger Jahre[52].

Im Vordergrund der umfangreichen DDR-Literatur zum „antifaschistischen Widerstandskampf" standen und stehen Veröffentlichungen zur Entwicklung der ideologischen und strategischen Linie der KPD sowie zu Umfang und Organisationstätigkeit der illegalen Gruppen bzw. des Exils. Verstreute Hinweise auf Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft werden dabei meist nur illustrativ eingeflochten[53], kommen implizit in den verschiedenen Lageeinschätzungen der KPD zum Ausdruck oder werden gar, wie in einem neueren Werk[54], ganz ignoriert – keine beeindruckende Bilanz einer Geschichtsschreibung, die sich der Arbeiterklasse besonders verbunden fühlt. Man kann daran die Frage knüpfen, ob dies nicht auch eine – ungewollte – Aussage über die Beziehungen zwischen dem Resistenzverhalten der Klasse und den illegalen Aktionen ihrer vermeintlichen revolutionären Vorhut ist?

Ergiebiger dagegen sind auch in der DDR sozialgeschichtliche Arbeiten zur Lage der deutschen Arbeiterschaft in bestimmten Phasen der NS-Diktatur[55] oder in ein-

---

52 Gerhard Nitzsche, Deutsche Arbeiter im Kampf gegen faschistische Unterdrückung und Ausbeutung. Gestapomeldungen aus den Jahren 1935 bis 1937, in: BZG 1959, S. 138–148, hier Anm. 1, S. 138.

53 Klaus Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939, Frankfurt/M. 1974, S. 166 ff.; Horst Bednareck, Die Gewerkschaftspolitik der Kommunistischen Partei Deutschlands – fester Bestandteil ihres Kampfes um die antifaschistische Einheits- und Volksfront zum Sturze der Hitlerdiktatur und zur Verhinderung des Krieges, Berlin (DDR) 1969, S. 66 u. 159 f.; Wilhelm Wehling, Zum antifaschistischen Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse während der faschistischen Vertrauensrätewahlen im Frühjahr 1935, in: BZG 1960, S. 488–507, insbes. S. 505 f.

54 Heinz Kühnrich, Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933 bis 1945, Berlin (DDR) 1983.

55 J. Eckardt, Deutsche Arbeitsfront, Arbeiterklasse, imperialistische Sozialpolitik in Betrieben und forcierte Aufrüstung, in: Jahrbuch f. Geschichte 27 (1980), S. 27–108; Christine Böhm, Zur Entwicklung der sozialen Lage der Arbeiterklasse im faschistischen Deutschland in den Jahren 1933 bis 1935, phil. Diss. Berlin (DDR) 1973; Deutschland im Zweiten Weltkrieg, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann und Gerhart Hass, 5 Bde, Berlin (DDR) 1974 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zelnen Branchen[56]. Leider werden dabei jedoch Quellengattungen oft miteinander gemischt, Dokumente unpräzise analysiert, Interpretationen schematisch übertragen, ja selbst das in der DDR vorhandene Archivmaterial ist unzureichend ausgeschöpft[57]. Trotzdem verdanken wir diesen verschiedenen Ansätzen und verstreuten Hinweisen zusammengenommen die bisher umfangreichste Fallsammlung zu Streiks im „Dritten Reich". Hervorzuheben sind hier die Quellenveröffentlichungen von Nitzsche und Pikarski/Warning[58]. Vor allem die von G. Nitzsche vorgestellten Dokumente der Gestapo und anderer Stellen enthalten nicht nur zahlreiche Einzelfallschilderungen, sondern auch wichtige Protokolle von Besprechungen, auf denen die zuständigen Stellen ihr Vorgehen im Falle von Streiks und Arbeitsniederlegungen im Grundsatz diskutierten. Diese Dokumente entstammen einer im Institut Marxismus-Leninismus/Zentrales Parteiarchiv archivierten Gestapoakte über Streiks und Arbeitsniederlegungen zwischen Herbst 1935 und Mai 1937, die in ihrer Dichte und Geschlossenheit wohl einzigartig ist. Ein Großteil der DDR-Literatur stützt sich bei ihren meist knappen Ausführungen implizit oder explizit auf diese Akte, eine Tatsache, die auch die Konzentration auf diesen Zeitraum erklärt. Das Dokument ist für unsere Darstellung und Dokumentation ebenfalls von zentraler Bedeutung[59].

---

[56] Karl Lärmer, Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945. Zu den Hintergründen, Berlin (DDR) 1975; Heinz Bäßler, Der Kampf der deutschen Bergarbeiter gegen das faschistische Terrorregime, in: Bergarbeiter im Klassenkampf 1850–1970, hrsg. v. Zentralvorstand der IG Bergbau und Energie im FDGB, Berlin 1970, S. 65–78; Karl Bernhardt, Probleme der Lage der Bergarbeiter im sächsischen Steinkohlebergbau, phil. Diss. Halle-Wittenberg 1966; Gerhard Franke, Der Kampf der deutschen Bauarbeiter gegen Faschismus und Kriegsvorbereitungen (1933 bis 1939), phil. Diss. Leipzig 1966. Dagegen enthalten die Arbeiten von Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6, Berlin (DDR) 1964, und ders., Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Studien, Bd. 5 (1918–1945), Köln 1982, dazu keine eigenen Forschungsergebnisse.

[57] So konnten die in zahlreichen Darstellungen der DDR-Geschichtsschreibung nur vage zitierten Gestapo-Berichte, wonach im Laufe des Jahres 1935 25 000 Arbeiter streikten, wegen fehlender Konkordanzen im Institut Marxismus-Leninismus, Zentrales Parteiarchiv (künftig: IML, ZPA) nicht mehr ermittelt werden; vgl. z. B. Bednareck, Gewerkschaftspolitik, S. 66; sollten diese Angaben stimmen, so würden sie allen bisherigen Annahmen widersprechen.

[58] Nitzsche, Deutsche Arbeiter; Margot Pikarski, Elke Warning, Über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD. Aus Gestapoakten (Folge I–VI), in: BZG 1983, S. 67–87, S. 398–410, S. 548–560, S. 704–710, u. BZG 1984, S. 55–62, S. 338–346.

[59] Erstmals veröffentlichte wohl Otto Winzer, 12 Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, Berlin (DDR) 1965, S. 93–109, Auszüge aus der Akte; eine Reihe anderer Autoren folgten, wobei ihre Zitierweise oft zur Verwirrung beiträgt. Am ausführlichsten wertete G. N. Goroschkowa, Zur Geschichte der Streikbewegung im faschistischen Deutschland (1935/36), in: Die deutsche Arbeiterbewegung in der neuesten Zeit. Sammlung von Artikeln und Materialien, hrsg. v. Institut Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 1962, S. 158–201, die Akte aus. Für die Übersetzung dieses wichtigen Artikels danke ich Peter Jahn; ohne die Aufsätze auf ihre Querverbindungen und Quellengrundlagen zu überprüfen, hat Jürgen Harrer, Gewerkschaftlicher Widerstand gegen das „Dritte Reich", in: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, hrsg. v. Deppe u. a., Köln 1977, S. 211–271, den Kenntnisstand der DDR-Literatur zusammengefaßt.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit dem Begriff des „antifaschistischen Widerstandskampfes" verfügt die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft über einen anscheinend unumstößlichen terminus technicus, doch er suggeriert Kontinuität und Exaktheit nur, denn der Begriff ist keineswegs unumstritten. Auch in der DDR unterliegt der Begriff sowohl einem politischen Bedeutungswandel als auch einer durchaus unterschiedlichen Interpretation durch die verschiedenen Richtungen der Geschichtsschreibung dort[60]. Zwar läßt die formelhafte Parteisprache oft nur verklausulierte Nuancen durchscheinen, trotzdem prallen Gegensätze in der Interpretation mitunter hart aufeinander[61].

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht die Frage der Klassenbindung des antifaschistischen Widerstandskampfes. Mit deren Beantwortung geht im Hinblick auf die politisch wesentlich wichtigere Kontroverse über die Führungsrolle des nach Moskau emigrierten ZK der KPD aber bereits eine Vorentscheidung einher. Ist „Antifaschismus" ein „seinem Charakter nach ... von der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei geführte[r] Klassenkampf zur Lösung nationaler Fragen in Deutschland"[62] oder ist er „edles Streben um Freiheit, Demokratie und Frieden mit dem nationalen Freiheitskampf aller vom Faschismus bedrohten Völker"[63]? Mit der Hinwendung zur Periode „nationaler Geschichtsschreibung" und den ideologischen und konzeptionellen Veränderungen, die die Beschlüsse zum, wie es hieß, Aufbau und zur Vollendung des Sozialismus zur Folge hatten, wurden die Weichen für die DDR-Geschichtsschreibung neu gestellt. Ihr wurde nun zur Aufgabe gemacht, das Proletariat „als entschiedenste nationale Kraft in Deutschland"[64] darzustellen. Es ist daher kein Zufall, daß die wichtigsten Veröffentlichungen zum Klassenkampf der

---

60 Günter Plum, Widerstand und Antifaschismus in der marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung, in: VfZ 9 (1961), S. 50–65; ders., Widerstandsbewegungen, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, Bd. VI, Freiburg, Basel, Wien 1972, S. 970–985; Gerhard Förster, Bruno Löwel, Wolfgang Schumann, Forschungen zur deutschen Geschichte 1933–1945, in: ZFG Sonderband: Historische Forschung in der DDR 1960–1970, Berlin (DDR) 1970, S. 552–589; zur Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der DDR vgl. Ernst Engelberg, Rolf Rudolph, Zur Geschichtswissenschaft der DDR, in: ZFG Sonderband 1960, S. 7–22; Dieter Riesenberger, Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR. Aspekte und Tendenzen, Göttingen 1973; Frank Reuter, Geschichtsbewußtsein in der DDR. Programm und Aktion, Köln 1973; vgl. auch die Studie von Hans-Dieter Schütte, Zeitgeschichte und Politik. Deutschland- und blockpolitische Perspektiven der SED in den Konzeptionen marxistisch-leninistischer Zeitgeschichte, Bonn 1985.

61 Dies zeigte sich vor allem bei der sogenannten Bartel-Kontroverse, die in den beiden Zeitschriften ZFG und BZG ausgetragen wurde. Anlaß war ein Aufsatz von Walter Bartel, Die deutsche Widerstandsbewegung und die Alliierten, in: ZFG 1961, S. 993 ff.; Heinz Welzel, Zu einem Aufsatz von Walter Bartel über die deutsche Widerstandsbewegung und die Alliierten zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, in: BZG 1962, S. 65–76; Kurt Pätzold, Manfred Weissbecker, Kritische Bemerkungen zum Bericht: „Die deutsche Widerstandsbewegung und die Alliierten zur Zeit des Zweiten Weltkrieges" von Walter Bartel, in: ZFG 1962, S. 316 ff.

62 Rolf Rudolph, Die nationale Verantwortung der Historiker in der DDR, in: ZFG 1962, S. 253 ff., hier S. 278.

63 Bartel, Widerstandsbewegung, S. 1000.

64 Rudolph, Nationale Verantwortung, S. 261.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Arbeiter im „Dritten Reich", und speziell zur Streikbewegung, in eben diesem Zeitraum erscheinen. So ist Winzers bereits 1955 erschienene Studie, in der erstmals die oben erwähnte Gestapo-Streikakte ausgewertet wurde, denn zugleich auch eine politische Pionierleistung im Sinne der Jahre später gefaßten Beschlüsse gewesen. Sein Ziel war ganz offensichtlich mindestens eine Teil-Rehabilitierung der deutschen Arbeiterklasse, der bis dahin eine Mitschuld an den Verbrechen des NS-Regimes zuerkannt worden war[65]. Die von ihm mit Vorbedacht ausgewählten und relativ ausführlich zitierten Streik- und Stimmungsberichte sollten belegen, daß es dem Faschismus nicht gelungen war, die Hauptmasse der Arbeiter politisch für sich zu gewinnen. Pauschal stellte Winzer außerdem fest, daß die KPD „die führende und treibende Kraft in den Kämpfen der Arbeiter war", auch wenn es nicht gelungen sei, „die einzelnen Kämpfe der Arbeiter zusammenzufassen und zu wirksamen Massenkämpfen gegen die Hitlerdiktatur zu steigern"[66].

Dies forsche Urteil Winzers wurde durch spätere Arbeiten anderer DDR-Autoren dann doch abgeschwächt, zunächst allerdings nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Nitzsche führte in Anlehnung an ein Referat Walter Ulbrichts auf der sogenannten Brüsseler Konferenz der KPD bemerkenswerterweise den Begriff der „passiven Resistenz" ein[67] und gestand sogar zu, daß Streiks und andere Protestformen der Arbeiterschaft nur als „Vorstufe" zu einer „höheren Form des Widerstandskampfes"[68] zu bewerten seien. An der führenden Rolle der KPD im Kampf gegen faschistische Unterdrückung und Ausbeutung ließen er und andere DDR-Autoren jedoch nicht rütteln[69].

Die Kontroverse fand mit dem Erscheinen der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung"[70] zumindest in bisheriger Form ein Ende. Diese parteioffizielle Darstellung schwächte die Interpretationen Winzers, Nitzsches und anderer weiter ab. Jetzt wurde, offenbar neuerlich in Anlehnung an das oben erwähnte Referat Walter Ulbrichts aus dem Jahre 1935, von „spontanem Protest" in der Form „passiver Resistenz" oder lokalen und betrieblichen „Konflikten" gesprochen, die zum Teil von unteren Funktionären der DAF, aber auch von kommunisti-

---

65 Vgl. „Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands" vom 11.6. 1945, abgedr. in: Hermann Weber, Der deutsche Kommunismus. Dokumente, Köln 1963, S. 431–37; außerdem siehe oben S. 5 ff.

66 Winzer, 12 Jahre, S. 101 u. 104.

67 Nitzsche, Deutsche Arbeiter, S. 139; Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands 3.–15. Oktober 1935, hrsg. u. eingeleitet v. Klaus Mammach, Frankfurt/M. 1975, S. 268–339, hier S. 316.

68 Nitzsche, Deutsche Arbeiter, S. 139.

69 Vgl. z. B. Fritz Knittel, Die KPD – die einzige führende und organisierte Kraft des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland 1933–1945, in: ZFG 1958, Sonderheft, S. 190 ff.; er führt auch die diversen Formen von Resistenz gegen die Militarisierung des Arbeitsmarktes auf eine erhöhte Aktivität der Kommunisten nach Kriegsausbruch zurück.

70 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Walter Ulbricht, Kapitel X, Berlin (DDR) 1969.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen, sozialdemokratischen oder ehemals gewerkschaftlich organisierten Arbeitern geführt worden seien[71].

Wie die weitere Entwicklung der DDR-Geschichtsschreibung zeigt, hat sie seither den antifaschistischen Widerstandskampf von seiner Klassenbindung keineswegs grundsätzlich losgelöst. Sie bedient sich aber zum Teil grotesk anmutender Herleitungen, sei es, daß sie ihn etwa aus dem Klassencharakter des Faschismus erklärt[72], den Klassenkampf zwischen Imperialismus und Sozialismus bemüht, oder schlicht darauf abstellt, daß aus den Reihen der Arbeiterklasse die meisten Widerstandskämpfer kamen[73]. Jenseits solcher Konstrukte spielt das tatsächliche Verhalten der Arbeiterschaft im „Dritten Reich" aber keine zentrale Rolle mehr. Man hat sich im wesentlichen darüber verständigt, daß die Hauptursachen der Streikbewegung sozialer Natur[74] waren und die Zahl der beteiligten Arbeiter relativ klein[75] war. Selbst die Rolle der KPD wird inzwischen skeptischer beurteilt, wobei gerade in dieser Frage Nuancen der Bewertung stärker hervortreten: Die Arbeiter, unter ihnen eine ganze Reihe von Kommunisten, die als „Täter" jedoch nur selten von der Gestapo enttarnt werden konnten[76], hätten die Losungen der illegalen kommunistischen Gruppen als „populäre Richtschnur"[77] in die Tat umgesetzt. Obwohl die DDR-Geschichtsschreibung inzwischen deutlich von der früheren Behauptung einer direkten Anleitung der Streiks durch die kommunistischen Widerstandsgruppen oder gar durch das ZK der KPD abgerückt ist, konnte sie sich bisher noch nicht zu den von ihr so oft zitierten Lageeinschätzungen der Partei auf der „Brüsseler Konferenz" durchringen. Das einflußreiche Mitglied des Politbüros Franz Dahlem hatte dort in seinem Referat lapidar festgestellt, daß die KPD-Zellen bei den Betriebsbewegungen „noch keine operative Rolle" spielten, und der aus Oberschlesien stammende Delegierte Richard Gladewitz fügte hinzu, die Partei sei weder „Motor" noch „Quelle der Energie"[78].

---

71 Ebenda, insbes. S. 139 ff.; vgl. dazu die Kritik von Tim Mason, Der antifaschistische Widerstand der Arbeiterbewegung im Spiegel der SED-Historiographie, in: Das Argument 43 (1967), S. 144–154.

72 Vgl. z. B. Gerhard Rossmann, Die Verfälschung des antifaschistischen Widerstandskampfes in der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: ZFG 1970, S. 5–23.

73 Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 80 u. 82.

74 Horst Bednareck, Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1933–1945, Berlin (DDR) o. J. (1966), S. 86.

75 Mammach, KPD, S. 166 ff.; Erich Paterna, Werner Fischer, Kurt Gossweiler, Gertrud Markus, Kurt Pätzold, Deutschland von 1933 bis 1939, Berlin (DDR) 1969, S. 104 f., 169 f., 245.

76 Pikarski/Warning, Über den antifaschistischen Widerstandskampf, S. 549.

77 Mammach, KPD, S. 170; Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 1, S. 128 f.; auch die DDR-Literatur geht inzwischen dazu über, die Erfolge des organisierten illegalen Arbeiterwiderstandes skeptischer zu beurteilen als bisher, und betont in diesem Zusammenhang stärker die integrativen, anstatt die rein repressiven Aspekte nationalsozialistischer Sozialpolitik. Vgl. z. B. Elke Reuter, Die KPD zur faschistischen Lohnpolitik und Manipulierung der Arbeiter 1934/1935, in: BZG 29 (1987), S. 188–199.

78 Die Brüsseler Konferenz, S. 387 u. 444.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Die „kalkulierte Improvisation": Streikverbot und Streikbekämpfung in der NS-Zeit

In grotesker Verzerrung der tatsächlichen Ursachen für die Niederlage des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg hatten Nationalsozialisten, völkische Gruppen und Deutschnationale den vermeintlichen „Dolchstoß der Heimat" für den „Zusammenbruch" der Front verantwortlich gemacht. Nach ihrer tiefverwurzelten Überzeugung hatten vor allem die Führer der deutschen Arbeiterbewegung die verblendeten Massen zu Aktionen und Aktivitäten aufgehetzt, die schließlich in die Revolution einmündeten. Eine kurzsichtige, zur psychologischen Beeinflussung der Massen unfähige, die sozialen und ökonomischen Kriegsfolgen vernachlässigende politische Führung habe das Werk „jüdisch-marxistischer Drahtzieher" begünstigt. Der Munitionsstreik, nach Hitler „das größte Gaunerstück"[79], habe die Entente vor dem bevorstehenden Zusammenbruch gerettet und Deutschlands Niederlage eingeleitet. Die vermeintlichen Lehren der Novemberrevolution wurden zu Leitlinien nationalsozialistischer Politik gegenüber der Arbeiterschaft[80]. Mit der sofortigen brutalen Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung wurde 1933 eine dieser Maximen in die Tat umgesetzt. Zugleich wurden mit der Gründung der DAF die organisatorischen Voraussetzungen einer für notwendig erachteten Umerziehung des „Proletariers" zum „Volksgenossen" geschaffen.

An sich wäre zu erwarten gewesen, daß die Nationalsozialisten bald ein allgemeines Streikverbot erlassen und womöglich aufflackernde Arbeitskämpfe sofort mit der ganzen Macht ihres Terrorapparates unterdrücken würden. Daß dies so nicht geschah, lag weniger im polykratischen Charakter des NS-Staates begründet, sondern war fast mehr noch die Frucht pragmatischer Vorüberlegungen zur inneren Sicherheit. Hinter ihnen stand das Konzept der „kalkulierten Improvisation"[81].

Ansätze zur Kodifizierung eines Streikverbots

Im Unterschied zu Italien, wo Streiks nach dem Gesetz strafrechtlich verfolgt werden konnten[82], hat es im „Dritten Reich" nie ein formalisiertes reichseinheitliches

---

[79] Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. 1, 3. Aufl. München 1928. S. 205.

[80] Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich, S. 15–42.

[81] Eine Explikation dieses auf die nationalsozialistische Herrschaftsstruktur abzielenden Begriffs wird im Rahmen meiner in Kürze fertiggestellten Dissertation mit dem Titel „Die deutsche Arbeiterschaft zwischen Anpassung und Resistenz 1933 bis 1937" versucht. Inzwischen hat es sich gezeigt, daß dieser Erklärungsansatz sich auch auf andere Bereiche übertragen läßt, so auf die Judenpolitik des „Dritten Reiches". Vgl. den Aufsatz von Reinhard Rürup, Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung" bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland / The Jews in Nazi Germany 1933–1943, hrsg. v. A. Paucker, Tübingen 1986, S. 97–114, insbes. S. 104, sowie die conclusion von Peter Gay, ebenda, S. 391.

[82] Schon 1927 erschienen in der von Th. Leipart herausgegebenen Zeitschrift „Die Arbeit" 1927 (Heft 3), S. 129–148, und 1927 (Heft 5), S. 273–285, zwei Aufsätze, in denen die faschisti-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Streikverbot gegeben. Wohl lassen sich in der hektischen Umbruchsphase vor Erlaß des Arbeitsordnungsgesetzes (AOG) am 20. Januar 1934 einige Ansätze ausmachen, so im „Waffenstillstands-Abkommen" vom 17. Mai 1933 zwischen der DAF und dem Reichsverband der Deutschen Industrie oder in ersten übereilten Anordnungen der neuen Treuhänder der Arbeit[83], doch wurden diese mit der Herausgabe des „sozialpolitischen Grundgesetzes des Dritten Reiches"[84] hinfällig. Das als „magna charta der nationalsozialistischen Arbeitsverfassung"[85] bezeichnete AOG aber enthielt selbst keine Bestimmung, die die kollektive Arbeitsniederlegung ausdrücklich unter Strafe stellte[86]. In § 36, Ziff. 1,2 AOG wurde nämlich lediglich derjenige mit einer „Ehrenstrafe" bedroht, der den Arbeitsfrieden durch „böswillige Verhetzung der Gefolgschaft" gefährdete[87]. Selbst bei großzügiger Auslegung des Paragraphen konnte also ein Arbeiter dann nicht bestraft werden, wenn er sich lediglich an einem Streik beteiligte, ohne andere „aufzuhetzen". Zudem waren die im Falle einer Verurteilung vorgesehenen Sanktionen – im Höchstfall Entlassung – zu geringfügig, als daß sie hätten abschreckend wirken können.

In zum Teil widersprüchlicher Argumentation versuchten Juristen daher, ein Streikverbot aus unterschiedlichen Quellen abzuleiten. Das mutet mitunter fast lächerlich an, hält man sich die Praxis in den Betrieben vor Augen. So argumentierte ein Beitrag in der vom Mitverfasser des AOG, Werner Mansfeld, herausgegebenen Zeitschrift „Deutsches Arbeitsrecht", die Beseitigung des Koalitionsrechts durch das Treuhändergesetz vom 19. Mai 1933 schließe faktisch ein Streikverbot mit ein[88]. Das Soziale Ehrengericht Mitteldeutschland räumte dagegen in seinem Urteil vom 19. November 1935 gegen eine von zwölf Arbeiterinnen, der wegen eines Streiks gekündigt worden war, ein, daß Arbeitskämpfe im nationalsozialistischen Staat

---

sche Arbeitsverfassung analysiert und die „Carta del Lavoro" veröffentlicht wurde: Italicus, Die italienischen Gewerkschaftsführer und der Faschismus, sowie ders., Die faschistische Arbeitsverfassung.

83 Vgl. die Anordnung Nr. I des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen v. 5.7.1933, BA Thyssen, Vst. Sozialwirtschaft 21/01/5/1 sowie Kollektives Arbeitsrecht. Quellentexte zur Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland, Bd. 2, hrsg. v. T. Blanke, R. Erd, U. Mückenberger, U. Stascheit, Hamburg 1975, S. 83.

84 Broszat, Staat Hitlers, S. 196.

85 Karl Korsch in: Kollektives Arbeitsrecht, Bd. 2, S. 60.

86 Am gebräuchlichsten ist der Kommentar zum AOG von Hueck-Nipperdey-Dietz, Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit. Kommentar, 2. neubearbeitete Aufl., Berlin 1937; auszugsweise ist das AOG auch abgedruckt in: Kollektives Arbeitsrecht, Bd. 2, 50–56.

87 K. Doerner, Die Verletzung der sozialen Ehre, in: Deutsches Arbeitsrecht (künftig: DArR) 1934, S. 241 ff.

88 Otto Stritzke, Die rechtliche Zulässigkeit von Kündigungen, in: DArR 1934, S. 23; diese Argumentation scheint noch am schlüssigsten gewesen zu sein, denn bekanntlich wurde die Frage des Streikrechts nicht unmittelbar in der Weimarer Verfassung entschieden, sondern galt als integraler Bestandteil des Koalitionsrechts; vgl. Claas-Hinrich Germelmann, Theorie und Geschichte des Streikrechts, Darmstadt 1980. Das Gesetz über die Treuhänder der Arbeit, RGBl. 1933, S. 285, ist auszugsweise abgedruckt in: Kollektives Arbeitsrecht, Bd. 2, S. 38–40.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht ausdrücklich verboten waren, rechtfertigte die ausgesprochene Kündigung jedoch mit dem Hinweis auf § 1 AOG, wonach „Betriebsführer" und „Gefolgschaft" gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat zusammenarbeiten müßten[89].

Am häufigsten beriefen sich die Arbeitsrechtler auf die im Treuhänder-Gesetz und im AOG den Treuhändern der Arbeit zugewiesene Aufgabenstellung. Denn in § 2, Ziff. 1,2 des Treuhänder-Gesetzes und § 19, Ziff. 1 AOG wurden übereinstimmend die Treuhänder mit der „Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens" beauftragt. Damit seien, so die nationalsozialistische Justiz, Streik und Aussperrung faktisch verboten worden. Spätestens mit Erlaß des AOG mußte klar sein, daß derartige Interpretationen die faktische Aufgabenstellung der Treuhänder maßlos überzogen. Rechtliche Schwierigkeiten entstanden nämlich dadurch, daß § 19, Ziff. 1 AOG die Aufgaben – wie die Arbeitsrechtslehre enttäuscht feststellte – in den Punkten 1. bis 8. „erschöpfend" aufzählte. Streiks wurden darin nicht erwähnt[90]. Zur Lösung des Problems bedienten sich die Arbeitsrechtler eines für die Justiz des „Dritten Reichs" typischen Kunstgriffs. Trotz erheblicher Bedenken einiger Rechtstheoretiker wurde nämlich der erste Satz § 19 AOG – „Die Treuhänder der Arbeit haben für die Erhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen" – von Richtern, Treuhändern und Arbeitsbehörden in eine Generalermächtigung uminterpretiert. Dem von verschiedener Seite geäußerten Einwand, daß eine solche Generalermächtigung die Rechtssicherheit beseitige, wurde die „neue Kasuistik" des nationalsozialistischen Rechts apodiktisch entgegengehalten: Rechtssicherheit sei für den Güterverkehr wichtig, um die Kalkulationsbasis zu sichern, einer anzustrebenden totalen Urteilsverfolgung im Interesse der Volksgemeinschaft jedoch sei sie hinderlich[91].

Die Entwicklung der Sozialen Ehrengerichtsverfahren spiegelte denn auch die geringe Bedeutung der nationalsozialistischen Arbeitsverfassung für die Regelung der sozialen Beziehungen im Arbeitsleben. Denn von den ohnehin nur 520 Verfahren zwischen 1934 und 1936 befaßten sich lediglich ca. 20% mit Verstößen von „Gefolgschaftsmitgliedern", wobei nur in Einzelfällen wegen Arbeitsniederlegungen verhandelt wurde[92].

Fast schutzlos war der Arbeiter nach den Bestimmungen des AOG der Kündigungs-Willkür des Unternehmers ausgeliefert. Der fristlosen Kündigung als betrieblicher Waffe gegen jeglichen Oppositionsgeist und Nonkonformismus wurden in der nationalsozialistischen Arbeitsverfassung fast keine Grenzen gezogen. Die Arbeitsrichter verstanden es, den ihnen durch die verschwommenen Formulierungen des

---

89 Das Urteil ist auszugsweise abgedruckt in: ebenda, S. 100 f.

90 Hueck-Nipperdey-Dietz, AOG, S. 236 ff.

91 Fritz Wehner, Erfolgreiche Wahrung des Arbeitsfriedens durch den Treuhänder der Arbeit, Leipzig 1936 (Schriften des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig, 36. Heft), S. 46 f.

92 Zusammenstellung der Zahlen nach DArR 1936, S. 80, und 1937, S. 148; vgl. auch Willy Müller, Das soziale Leben in Deutschland, Berlin 1938, S. 125 f.; Schoenbaum, Die Braune Revolution, S. 128.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

AOG eingeräumten Spielraum im Sinne des NS-Systems weidlich auszuschöpfen[93]. Es war relativ einfach, selbst banale Aufsässigkeiten der Belegschaft, Arbeitsniederlegungen allemal, als Verstoß gegen die in den Betriebsordnungen verankerte „Treuepflicht" zu brandmarken und durch fristlose Kündigung zu sanktionieren. Auf den entsprechenden Paragraphen der Betriebsordnung stützte sich dann auch das Arbeitsgericht Mainz, als es am 23. September 1936 den Einspruch von zwölf Arbeitern gegen die aufgrund des bekannten Opel-Arbeiter-Streiks ausgesprochenen Kündigungen zurückwies. Daß das Gericht bei seiner Entscheidung überdies auf § 123, Ziff. 3 der Gewerbeordnung (GWO) zurückgriff, unterstreicht nur die Willkür der Urteilsbegründung[94]. Als das Instrument der Kündigung jedoch aufgrund der Arbeitsmarktlage seine abschreckende Wirkung weitgehend verloren hatte, griff der Staat auf dem Verordnungswege zunehmend in die Regelung der Arbeitsvertragsbeziehungen ein[95].

Einen neuen Anlauf, das Verbot von Streiks und Arbeitsniederlegungen definitiv zu kodifizieren, unternahm zwischen 1933 und 1939 eine aus hochrangigen Vertretern der Wissenschaft, der Justizbehörden und der Partei zusammengesetzte Kommission, die mit der Abfassung eines neuen, nationalsozialistischen Strafgesetzbuches beauftragt war. Obwohl in weiten Teilen vom eigens deshalb einberufenen Kabinett im Beisein Hitlers bereits verabschiedet, wurde es nicht in Kraft gesetzt, weil der Diktator offensichtlich keine Neigung verspürte, sich an Gesetze binden zu lassen, die – da von ihm selbst erlassen – viel schwerer zu umgehen und zu brechen gewesen wären als das „liberale Gesetzeswerk der Systemzeit"[96]. Das Vorhaben

[93] Bernd Rüthers, Die unbegrenzte Auslegung. Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus, Tübingen 1968.

[94] Zum Opel-Streik vgl. die Kurzdarstellung mit ausführlichen Quellenangaben in: Günter Morsch, Arbeitsniederlegungen im „Dritten Reich". Eine quellenkritische Dokumentation der Jahre 1936 und 1937, in: Hasso Spode, Heinrich Volkmann, Günter Morsch, Rainer Hudemann, Statistik der Streiks und Aussperrungen in Deutschland. Deutsches Reich 1936/37, Westzonen und Berlin 1945–48, Bundesrepublik Deutschland 1949–80 (erscheint demnächst in der Reihe Quellen und Forschungen zur historischen Statistik in Deutschland). Der entsprechende § der GWO lautete: „Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Ankündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden, wenn sie die Arbeit unbefugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Verpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern."

[95] Der umfangreiche Komplex der Arbeitseinsatzgesetzgebung kann hier nicht behandelt werden. Die verschiedenen Erlasse und Anordnungen wurden von den Treuhändern der Arbeit in ihren regelmäßigen „Mitteilungen" veröffentlicht. Vgl. die detaillierte Sammlung der den Treuhändern zur Verfügung stehenden Sanktionsmaßnahmen durch Carl Sturm (Ministerialrat im RAM und Sachbearbeiter beim Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz), Richtlinien für die Bearbeitung von Strafsachen in der Reichstreuhänderverwaltung, Sonderveröffentlichung des RABl. (Nur für den innerdienstlichen Gebrauch), Berlin 1943. Für die Eindämmung der betrieblichen Resistenzformen fast wichtiger waren vor allem im Krieg die unterschiedlichen Formen von Betriebsstrafen, die von Geldstrafen bis zur Versetzung in Strafbetriebe oder an die Front reichten; vgl. dazu Werner, „Bleib übrig", der Ausmaß und Wirksamkeit aber wohl unterschätzt, sowie neuerdings Marie-Luise Recker, Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1985.

[96] Broszat, Perversion der Strafjustiz, S. 393; vgl. auch Gerhard Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmestaates, in: Bracher/Schulz/Sauer, Machtergreifung, Bd. II, S. 194 ff.; einen zeitgenös-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

interessiert hier nur, weil in den Verhandlungen über den Komplex „Angriffe auf die Arbeitskraft", durch den wesentliche Teile des Arbeitsrechts ins Strafrecht überführt werden sollten, einige der wichtigsten Gründe dafür zur Sprache kamen, weshalb die Nationalsozialisten auf eine allgemeine Kodifikation des Streikverbots verzichteten.

In der 53. Sitzung der Strafrechtskommission am 27. September 1934 nämlich waren es gerade die nationalsozialistischen Juristen Thierack und Freisler sowie Reichsjustizminister Gürtner, die die Forderung des eher konservativen Ministerialrats im Reichsjustizministerium Grau und des Senatspräsidenten am Kammergericht und Mitherausgebers der Zeitschrift „Deutsches Arbeitsrecht" Prof. Klee nach einer – in Anlehnung an das faschistische Recht Italiens – konkreten Strafbestimmung zurückwiesen. Zunächst, so argumentierten Gürtner, Thierack und Freisler, sei es völlig undurchführbar, bei einer Massendemonstration von tausenden von Arbeitern alle Beteiligten zu bestrafen. Aber auch bei einer vergleichsweise begrenzten Arbeitsniederlegung müsse vermieden werden, daß sich aus Sympathie mit den Verhafteten ein Generalstreik entwickele, bei dem die Arbeitsfront möglicherweise sogar Partei für die Streikenden ergreifen könnte. Es komme daher nur darauf an, die „Nerven- und Willenszentren" aufzubrechen. Streikbekämpfung dagegen müsse Politik und Propaganda überlassen bleiben. Mit diesen Argumenten konnten sich Gürtner, Thierack und Freisler schließlich auch durchsetzen[97]. Die Strafbestimmungen blieben auf „Rädelsführer" und „Streikhetzer" beschränkt. Ein generelles Verbot sollte lediglich für Streiks in lebenswichtigen Betrieben gelten. Allen Beteiligten drohten in diesem Falle hohe Zuchthausstrafen[98].

Die nationalsozialistische Arbeitsverfassung, wie sie im Treuhändergesetz und im AOG kodifiziert worden war, war für die konkrete Situation des Arbeiters im Betrieb nur von geringer Bedeutung[99]. In ihr wurden lediglich allgemeine ideolo-

---

sischen Überblick über die Arbeit der Strafrechtskommission gibt: Das kommende Strafrecht. Bericht über die Arbeit der amtlichen Strafrechtskommission, hrsg. v. F. Gürtner, Berlin 1935 und 1936; die Verhandlungsprotokolle und weiterer Schriftverkehr finden sich v. a. in den Beständen R 22/968 und R 43II/1514, 1515, 1516, 1516a des BA Koblenz (künftig: BAK). Vgl. neuerdings insbes. Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988.

97 Protokoll der 53. Sitzung der Strafrechtskommission am 27. 9. 1934, S. 3 ff, BAK R 22/968.

98 Offensichtlich aus Anlaß des BVG-Streiks hatte bereits die Papen-Regierung im November 1932 ein allgemeines Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben vorbereitet, das RIM Gayl mittels „Schutzhaft" durchsetzen wollte. Ende November wurde jedoch der Plan wieder zurückgestellt. Das Kabinett fühlte sich nicht stark genug, um eine Verordnung von derartiger Tragweite durchsetzen zu können. In einem neu zu bildenden, stärkeren Kabinett wollte man den Plan wiederaufnehmen. Vgl. den relativ lückenlos überlieferten Vorgang mit Entwürfen und Besprechungsprotokollen in: Geheimes Staatsarchiv (künftig: GStA) Berlin, Sonderordner Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben, sowie BAK, R 43I/2121, fol. 167 f. u. 176.

99 Tim Mason, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934: ein Versuch über das Verhältnis „archaischer" und „moderner" Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 322–351; die zeitgenössi-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gisch-weltanschauliche Positionen angedeutet, ohne aber eine normative und realisierbare positive Ordnung festzulegen. Die Justiz versuchte zwar, diesen Mangel partiell durch dubiose Rechtsschöpfungen auszugleichen oder zu vertuschen, im Grunde aber waren maßgebliche Teile des Justizapparates, wie die Verhandlungen über die Aufnahme eines allgemeinen Streikverbots in das neue Strafgesetzbuch zeigen, an einer „Verrechtlichung" der durch Gewalt und Terror – nicht etwa durch das AOG – geschaffenen neuen „Ordnung der nationalen Arbeit" nicht interessiert. Die Regelung des Arbeitsverhältnisses wurde im „Dritten Reich" somit bewußt der begrenzten Willkür des „Betriebsführers" und der prinzipiell unbegrenzten Willkür des Maßnahmenstaates anheimgestellt. Der Vorteil für das Regime bestand natürlich darin, daß es auf diese Weise die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen höchst flexibel handhaben konnte. Für den Arbeiter aber bedeutet dies eine qualitativ wie quantitativ kaum berechenbare Bedrohung, da er die Konsequenzen seines Handelns nicht mehr taxieren und sein Verhalten danach einrichten konnte.

Streikbekämpfung im NS-Staat

Ressortkonkurrenz und Kompetenzenstreit

Der nationalsozialstische Maßnahmenstaat kümmerte sich wenig um formale gesetzliche Grundlagen, sondern erweiterte die ursprünglich auf die vermeintliche Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte beschränkte sogenannte Reichstagsbrand-Verordnung vom 28. Februar 1933 zum „Staatsgrundgesetz des Dritten Reiches", mit Hilfe dessen die Nationalsozialisten den „permanenten Belagerungszustand" aufrechterhielten[100]. Natürlich richtete sich die Tätigkeit der politischen Sicherheitsorgane in erster Linie gegen sogenannte Staatsfeinde, und sie waren trotz des schnell anwachsenden Spitzelsystems zunächst weder personell noch organisatorisch in der Lage, die komplexen Aufgaben einer Art „sozialer Polizei" zu übernehmen. Sie blieben auf die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Organisationen angewiesen, insbesondere auf die Kooperation mit den Treuhändern

sche juristische und historiographische Literatur zum Thema „NS-Arbeitsverfassung" ist sehr umfangreich, vgl. Anm. 7.

[100] Friedrich Zipfel, Gestapo und SD in Berlin, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. IX/X (1961), S. 264; zum Verständnis der VO vgl. außerdem Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. II, Freiburg/Br. 1965, S. 11 ff.; Ulrich Kolbe, Zum Urteil über die „Reichstagsbrand-Notverordnung" vom 28. 2. 1933, in: GWU 16 (1965), S. 359–370; Hans Mommsen, Ausnahmezustand als Herrschaftstechnik des NS-Regimes, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reichs, Düsseldorf 1976, S. 30–45.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Arbeit und den verschiedenen Gliederungen der Deutschen Arbeitsfront. Diese Einrichtungen konnten sich – wie die Treuhänder – zwar auf einen gesetzlichen Auftrag berufen oder sie verfügten – wie die Arbeitsfront – über einen weitverzweigten Apparat, dem Tausende von ehrenamtlichen und amtlichen Funktionären zuarbeiteten, jedoch besaßen sie keine exekutiven Vollmachten und waren deshalb an Absprachen und Vereinbarungen mit den Sicherheitsbehörden gebunden.

Schon sechs Wochen nach Einrichtung des Treuhänderamtes kam eine Übereinkunft zwischen den verschiedenen Reichsbehörden, dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsinnenministerium, zustande. Man versuchte, die Zuständigkeiten zu trennen, indem man „die Verfolgung von Volksgenossen, die sich Verfehlungen lediglich sozialer Art haben zu Schulden kommen lassen, grundsätzlich den Treuhändern der Arbeit bzw. der sozialen Ehrengerichtsbarkeit" vorbehielt. Handelte es sich jedoch „um Fälle schwerer Störung des Arbeitsfriedens", so sollten „die Polizeistellen bei Gefahr im Verzuge, vorbehaltlich der endgültigen Maßnahme der Treuhänder der Arbeit, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Abwendung solcher Störungen erforderlichen vorläufigen Maßnahmen" treffen[101]. Wie aus den zitierten Passagen unschwer zu entnehmen ist, handelte es sich bei dieser Übereinkunft um ein für das „Dritte Reich" typisches Mischprodukt von Verbindlichkeiten und Unverbindlichkeiten, das bestens dazu benutzt werden konnte, Kompetenzüberschreitungen bei anderen Ressorts anzuprangern und, andererseits, eigenmächtiges Handeln zu legitimieren. Die Gestapo jedenfalls ließ sich nicht davon abhalten, in den Fällen, in denen sie es für opportun erachtete, unter Umgehung des Treuhänders und auf Ersuchen verschiedener Dienststellen von Staat und Partei (zumal – was das Reichsarbeitsministerium besonders empören mußte – der Arbeitsfront) direkt in Betriebe einzugreifen.

Auch ein als unpolitisch erkannter Streik rechtfertigte, wie der Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa), Reinhard Heydrich, anläßlich eines Streitfalls dem Reichsarbeitsminister explizierte[102], ein direktes Eingreifen der Sicherheitsorgane, um ein Übergreifen von Unruhen auf andere Belegschaften zu unterbinden. Das Arbeitsministerium, dem ohnehin hauptsächlich an einem besseren Schutz der Betriebsführer vor willkürlichen Verhaftungen gelegen war[103], drang mit seinen Beschwerden nicht durch.

Eine Einmischung der Gestapo war ohnehin kaum zu verhindern, denn es genügte schon der leiseste Verdacht staatsfeindlicher Betätigung im Betriebe, um sie auf den Plan zu rufen. Die einzige Chance, ihre Interessen zu wahren, bestand für die Arbeitsbehörden darin, die ungenügende Verankerung des Sicherheitsapparates

---

[101] Rundschreiben des Preuß. Min. d. Innern v. 30.6. 1933, wiedergegeben im Schreiben des RAM v. 27.11. 1934 an das Gestapa, auszugsweise zitiert im Schreiben des RAM v. 25. 1. 1935 an alle Treuhänder der Arbeit, BAK, R 41/5009; vgl. auch Dok. 104 in: Dokumente zur deutschen Geschichte, hrsg. v. W. Ruge und W. Schumann, Bd. 1933–1935, Berlin (DDR) 1977, S. 104.

[102] Schreiben Heydrichs v. 29.3. 1935 an den RAM, GStA Berlin, Rep. 90P, Nr. 65H3, fol. 10–12.

[103] Alle Vorgänge betrafen die Inschutzhaftnahme sogenannter asozialer Betriebsführer; 1937 lebte der Streit wieder auf; vgl. Schreiben des Gestapa v. 24.3. 1937, BAK, R 41/5009.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in den Betrieben auszunützen. Generell konnten weder die Unternehmensleitungen noch die Arbeitsbehörden, auch die Arbeitsfront nicht, an einer regelmäßigen Einschaltung der Politischen Polizei, an Schnüffeleien, detaillierten Untersuchungen und peinlichen Befragungen interessiert sein. Leider wissen wir wegen der besonders schlechten Quellenlage viel zu wenig über die örtlichen Informationskanäle. Aus späteren Abmachungen läßt sich aber erkennen, daß die Treuhänder der Arbeit (wie auch die DAF) offensichtlich immer wieder versuchten, den Polizeibehörden Informationen über Streiks und Arbeitsniederlegungen vorzuenthalten oder sie über den Instanzenweg zu verschleppen.

Anfang 1934 richtete die Arbeitsfront in ihrem Zentralbüro eine „Abteilung Information" ein, deren Aufgabe nicht nur die selbständige „Ermittlung von Gegnern und Schädlingen in der Betriebsgemeinschaft" war[104], sondern die darüber hinaus als einzige Verbindungsstelle zwischen der DAF und den Sicherheitsbehörden fungierte[105]. Auch Streiks und Arbeitsniederlegungen fielen offenbar in ihren Kompetenzbereich[106]. Doch selbst diese zum Großteil mit SS-Angehörigen besetzte und geführte Abteilung versuchte Dämme gegen die unkontrollierten Einmischungen der Gestapo in ihrer Belange aufzurichten. Sie verbot nämlich den Betriebs-, Orts-, Kreis- und Gauwaltern der DAF eine direkte Benachrichtigung der Gestapo über Arbeitsniederlegungen. So erfuhr diese, wie aus einem Beschwerdeschreiben des Gestapo-Justiziars Werner Best hervorgeht, „häufig erst auf Umwegen", nämlich erst nach Verständigung des Amtes Information durch die Gau-Referenten, von solchen Vorkommnissen, „so daß geraume Zeit und damit die Möglichkeit zum erforderlichen schlagartigen Einschreiten" verstrich[107].

Natürlich überzeichnete das Gestapa hier seine Abhängigkeit von den auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik tätigen Stellen. Bei einem Streik fanden sich schnell empörte Unternehmer, hilflose Vertrauensräte oder Betriebswalter, besorgte und ängstliche Verwaltungsbeamte, professionelle Spitzel und Denunzianten, die

---

[104] Anordnung des Reichsleiters der DAF v. 19.6. 1936, auszugsweise zitiert in der Denkschrift des Amtes Information der DAF „Arbeitsniederlegungen unter besonderer Berücksichtigung gau- und ortsfremder Arbeitskräfte. Folge II", S. 1; Tim Mason hat zwei Sonderberichte des Amtes Information der DAF in der Wiener Library in London entdeckt und mir dankenswerterweise zur Auswertung überlassen, vgl. Mason, Arbeiteropposition, S. 299 ff.

[105] Rundschreiben (des Amtes Information) an alle I-Referenten v. 3.11. 1936, IML, ZPA, St 3/463, Bl. 289 RS.

[106] Zuständig war 1936 die Abteilung IIB. Da die Akten des Amtes Information offenbar vollständig vernichtet wurden, wissen wir leider kaum etwas über diese für die Beobachtung und Verfolgung betrieblicher Resistenz außerordentlich bedeutende Dienststelle, die allerdings auf Betreiben Himmlers im Februar 1938 wieder aufgelöst wurde; vgl. Hans Joachim Reichardt, Die deutsche Arbeitsfront, phil. Diss. Berlin 1956, S. 54; Reinhard Giersch, Zu Rolle und Funktion der Deutschen Arbeitsfront (DAF) im staatsmonopolistischen System der faschistischen Diktatur in Deutschland, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte Nr. 37/38 (1976), S. 40–73, hier S. 53.

[107] Schreiben des Gestapa v. 19.10. 1936 an die DAF – Amt Information, IML, ZPA, St 3/463, Bl. 270; auszugsweise bereits zitiert bei Lothar Berthold, Das System des faschistischen Terrors in Deutschland und die Haltung der einzelnen Klassen und Volksschichten, in: ZFG 1964, S. 8.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Polizei oder Gestapo verständigten. Dennoch bleibt folgender bemerkenswerter Befund festzuhalten: Zumindest bis zum Sommer 1936 gab es weder eindeutige Zuständigkeitsregelungen noch irgendwelche konkreten Kooperationsvereinbarungen zwischen den verschiedenen Verfolgungsorgangen. Ferner wurden nicht einmal Nachrichten und Berichte über Streiks weder an einer zentralen Stelle zusammengefaßt oder analysiert noch war bis dahin ein einigermaßen zuverlässiger Informationsaustausch organisiert worden. Da also nicht einmal die einfachsten Voraussetzungen für ein systematisches Vorgehen des NS-Regimes auf diesem Sektor gegeben waren, so kann auch die Feststellung nicht mehr überraschen, daß einheitliche und konkrete Richtlinien oder Handlungsanweisungen ebenfalls nicht existierten.

Der Opel-Arbeiter-Streik und die Folgen

Ab Juli 1936 änderte sich dieser Zustand grundlegend. Der Streik von 262 Opel-Arbeitern am 25. Juni 1936 schreckte die Nationalsozialisten auf[108]. Nur wenige Tage später nämlich fand man kommunistische Flugblätter über den Opel-Streik in einer Darmstädter Firma und an anderen Stellen der Stadt[109]; in den verschiedenen Exilzeitschriften und in ausländischen Rundfunksendungen wurden Berichte verbreitet[110]; an den Toilettenwänden der Opel-Werke fand man politische Parolen gegen den Treuhänder der Arbeit. Diese und andere Vorkommnisse überzeugten die für Verschwörungs- und Agententheorien anfälligen Nationalsozialisten davon, daß der Streik von „marxistischen und kommunistischen Hetzern" von langer Hand geplant und angestiftet worden war. Zudem zeigten die übereilten und kopflosen Reaktionen der Stellen vor Ort, die am Tag nach dem Streik die sofortige Kündigung aller Arbeiter verfügt und einen Teil von ihnen – wenn auch nur vorübergehend – in Haft gesetzt hatten, daß der Verfolgungsapparat bei solchen Vorkommnissen ohne praktische Richtlinien überfordert war.

Innerhalb weniger Tage müssen sich damals die zuständigen Ressorts miteinander in Verbindung gesetzt haben. Denn kurz darauf verschickten das Reichsarbeitsministerium, das Amt Information der DAF und das Gestapa Rundbriefe an ihre untergeordneten Dienststellen, in denen sie insbesondere neue Richtlinien für die Berichterstattung ausgaben. In Zukunft sollte jede Arbeitsniederlegung auf direktem Wege

[108] Vgl. die in der Dokumentation (Anm. 94) angegebenen Quellen sowie zwei undatierte und unsignierte Spitzelberichte in: IML, ZPA, St 3/463, Bl. 80f. u. 82–87.

[109] Das Flugblatt wurde am 3.7. 1936 auf dem Fabrikgelände der Fa. Vernulethe & Ellenberger gefunden, IML, ZPA, St 3/463, Bl. 179; es ist veröffentlicht bei Walter A. Schmidt, Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945, Berlin (DDR) 1958, S. 33f.

[110] Vgl. z. B. Deutschland-Bericht der Sopade, 3. Jg., Nr. 9 (September 1936), S. A 86, in: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, 3. Jg. 1936 (Reprint Salzhausen 1980), S. 1171.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Berliner Zentralen per Eilboten oder telegraphisch gemeldet werden. Wegen des Verdachts kommunistischer und marxistischer Beeinflussung der Streiks sollten alle neu auftretenden Fälle in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Dienststellen genau untersucht werden. Über die seit dem 1. Januar 1936 vorgekommenen Arbeitsniederlegungen war außerdem ein Sammelbericht einzureichen. Auf diese Weise gedachte man zu einer zusammenfassenden Analyse der Streikbewegungen des Jahres 1936 zu kommen; es war dies der Anstoß zu den hier ausgewerteten Fallsammlungen[111]. Zum Teil mündlich und unter Umgehung des Dienstweges vereinbarten die Berliner Zentralstellen ferner einen Informationsaustausch, wobei das Gestapa zumindest zeitweise die Initiative übernahm.

Sogar innerhalb des Gestapa war zu dieser Zeit die Kompetenzenverteilung noch nicht klar geregelt. Die für Wirtschafts-, Agrar- und Sozialpolitik zuständige Dienststelle II 1 E beanspruchte zwar in grundsätzlichen Fragen die Federführung, doch wurden Nachrichten über Streiks und Arbeitsniederlegungen auch in den für „Kommunismus" und „Marxismus" zuständigen Dezernaten II 1 A 1 und II 1 A 2 gesammelt. SS-Hauptsturmführer Heinrich Müller verfügte schließlich, daß sämtliche einschlägigen Vorgänge an das seiner Dienststelle unterstellte Kommunismus-Dezernat abzugeben seien. Noch einmal wird damit deutlich, daß es hauptsächlich der Verdacht auf marxistisch-kommunistische Beeinflussung der Streiks gewesen ist, der die bis dahin nur nebeneinander her arbeitenden Dienststellen und Ressorts zusammenführte.[112]

Noch im gleichen Monat fand schließlich eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium statt, an der auch Vertreter der DAF, des SD und der Gestapo teilnahmen. Falls das von der Gestapo angefertigte Protokoll den Verlauf dieser Sitzung zuverlässig wiedergibt, so fiel das Ergebnis sehr mager aus[113]: Auf der Grundlage eines

---

[111] Rundschreiben des Amtes Information v. 7.7. 1936, IML, ZPA, St 3/463, Bl. 127 f.; Schreiben des RAM v. 15.7. 1936 an die Herren Treuhänder der Arbeit, GStA Berlin, Rep. 90P, Nr. 61H2, fol. 124 f.; das Rundschreiben des Gestapa ist nicht bekannt, seine Existenz belegt aber die Anweisung der Gestapoleitstelle Düsseldorf v. 28.7. 1936 an alle Gestapostellen, HStA Düsseldorf, RW 36, H23 sowie das Rundschreiben der Gestapoleitstelle München v. 15. 10. 1936 an alle Staatspolizeistellen (in Privatbesitz).

[112] Zur Kompetenzverteilung innerhalb des Gestapa vgl. den Geschäftsverteilungsplan v. 1. 10. 1935, GStA Berlin, Rep. 90P, Nr. 2H3; vgl. zum Konkurrenzgerangel innerhalb des Gestapa insgesamt die Akte IML, ZPA, St 3/463, insbes. dort den Vermerk von II 1 A 2 (Marxismus) v. November 1936 und einen Vermerk von II 1 E (Wirtschafts- und Sozialangelegenheiten) an II 1 A 2 v. 12. 11. 1936, ebenda, Bl. 285 u. 309; Dezernatsleiter von II 1 A 1 (Kommunismus) war 1936 Krim. Komm. Bruno Sattler; vgl. die Kurzbiographie in: Christoph Graf, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983, S. 378.

[113] Protokoll v. 28.7. 1936 durch das Gestapo-Dezernat II 1 A 2, IML, ZPA, St 3/463, Bl. 177 f.; größtenteils bereits abgedruckt bei Nitzsche, Deutsche Arbeiter, hier S. 147; leider handelt es sich dabei um ein wenig aussagefähiges Protokoll, wobei der Protokollant offenbar ständig das Reichswirtschaftsministerium mit dem Reichsarbeitsministerium verwechselte; der erwähnte Ministerialrat Stiehler jedenfalls war Unterabteilungsleiter im RAM-Abteilung III.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kritischen Meinungsaustausches über den Opel-Streik wurde versucht, sich vage über grundsätzliche Fragen der Einschätzung und allgemeine Prinzipien der Streikbekämpfung zu verständigen. Immerhin gelang es den verschiedenen Ressorts schließlich doch noch, sich zu einigen und – einer Anregung des Arbeitsministeriums folgend – „Richtlinien zur Bekämpfung und Behandlung der Kurzarbeitsniederlegungen" herauszugeben. In der Version der DAF hatten sie etwa folgende Konturen:

1. In enger Zusammenarbeit zwischen den Treuhändern der Arbeit und der DAF-Betriebsgemeinschaft sind die sozialen Verhältnisse des betreffenden Betriebes auf etwaige Mißstände zu untersuchen, wobei auch eine mögliche Mitschuld des „Betriebsführers" nicht unberücksichtigt bleiben darf.
2. Die in der Regel von den Gau-I-Referenten – nur in Eilfällen auch vom Kreisobmann – zu benachrichtigende Gestapo führt die Ermittlungen nach etwaigen Rädelsführern in aller Stille durch. Sind diese erkannt, so ist ihre Inhaftierung als „abschreckende Maßnahme" sofort zu veranlassen.
3. Jedes Aufsehen ist unbedingt zu vermeiden, um der staatsfeindlichen Propaganda keine Anhaltspunkte zu liefern. Insbesondere sind Aussperrungen sämtlicher Beteiligter zu unterlassen, da sie sich gegen den NS-Staat kehren[114].

Im weiteren Verlauf konzentrierten sich die Bemühungen vor allem darauf, den Nachrichtenapparat funktionstüchtiger zu machen. Die Meldungen über Arbeitsniederlegungen sollten standardisiert werden, um die Auswertung und Analyse zu vereinfachen[115]. Als größtes Hindernis empfand zumindest die Gestapo den umständlichen Instanzenweg. Sie drängte daher auf eine direktere Verbindung zu den beteiligten Stellen vor Ort. Betriebs-, Orts-, und Kreiswalter der DAF oder Bauleiter und Abwehrbeauftragte der Wehrmacht sollten von ihren vorgesetzten Dienststellen ermächtigt werden, die zuständigen Gestapostellen in eigener Verantwortung zu informieren[116]. Doch diese Dienststellen wollten ihrerseits keinesfalls übergangen werden und verwässerten deshalb die entsprechenden Vereinbarungen mit dehnbaren Bestimmungen und Ausnahmeregelungen, die es ihnen letztlich ermöglichten, im wesentlichen an der bisherigen Praxis festzuhalten. Die Gestapo erkannte sehr schnell, daß sie sich aus dieser Abhängigkeit nur durch den Aufbau eines eigenen Nachrichtenapparates in den Betrieben befreien konnte. Das führte zu dem Beschluß, „in allen derartigen Werken ein Netz von Vertrauensleuten auf-

[114] Amt Information der DAF: „Arbeitsniederlegungen in den Betrieben" Folge I, S. 7; leider liegen uns die Richtlinien des RAM und der Gestapo nicht vor. Das Amt Information behauptete allerdings, daß diese mit seiner Version weitgehend übereinstimmten; vgl. ebenda, S. 5 f.

[115] Das Amt Information gab in seinen I-Nachrichten Nr. 3 v. August 1937 Anweisungen zur Berichterstattung heraus, wonach jede Meldung nach neun verschiedenen Gesichtspunkten zu erfolgen habe.

[116] Vgl. dazu die Vortragsnotiz der Abwehrabteilung Wi Luft v. 26. 9. 1936, IML, ZPA, St 3/463, Bl. 253, veröffentlicht bei Nitzsche, Deutsche Arbeiter, S. 145, sowie den auf den bereits erwähnten Beschwerdebrief von Best v. 19. 10. 1936 folgenden Vorgang in: IML, ZPA, St 3/463, Bl. 270, 289 f., 290, sowie das Rundschreiben des Amtes Information v. 21. 11. 1936, BAK, R 58/605.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[zu]ziehen, die aber keineswegs als Nationalsozialisten oder Parteimitglieder bekannt sein [durften]"[117].

Etwa seit dem Spätherbst 1936, nach der ersten Aufregung und Hektik, begann der anfängliche Elan allmählich zu erlahmen. Die verschiedenen, auf engere Zusammenarbeit, klarere Kompetenzregelungen und besseren Informationsaustausch zielenden Initiativen blieben aber nicht nur in den Gräben interner Auseinandersetzungen stecken, sondern es fielen nach und nach auch die eigentlichen Gründe für den plötzlichen Aktivismus der Verfolgungsorgane fort. In dem Maße nämlich, wie sich die von verschiedenen Seiten einlaufenden Streikmeldungen zu einem Gesamtbild zusammenfügten, stellte sich heraus, daß die ursprüngliche Annahme einer vom Ausland her von illegalen Gruppen gesteuerten Streikbewegung eine Fehldiagnose gewesen war. Manche Organisation, wie etwa die DAF, mochte ein Interesse daran haben, die Verschwörungslegende wenigstens nach außen hin aufrechtzuerhalten, aber früher oder später mußten doch die Fakten akzeptiert werden[118]. Vor allem die Sicherheitspolizei, Gestapo und SD, denen gern ein Interesse an der Aufbauschung organisierter Untergrundarbeit unterstellt wird, prüften intern meist sehr genau und mit einiger Skepsis die häufig genug wilden und einfältigen Behauptungen über angebliche „kommunistische Aufhetzungen", wie sie unteren Funktionären und übereifrigen Spitzeln schnell aus der Feder flossen. Im Herbst 1936 konnten die Untersuchungen einiger wichtiger Streiks, wie vor allem des Streiks im Auto-Union-Werk Spandau[119], zum Abschluß gebracht werden – mit durchweg negativem Ergebnis, was die zunächst vermutete Einflußnahme kommunistischer Zellen anbetraf. Es ist daher sicher kein Zufall, daß zu dieser Zeit innerhalb des Gestapa die für Wirtschafts- und Sozialangelegenheiten zuständige Dienststelle II 1 E ihren Einfluß gegenüber dem Kommunismus-Dezernat II 1 A 1 mehr und mehr zurückgewann und etwa ab Jahresbeginn 1937 wieder die Federführung in Sachen „Arbeitsniederlegungen" übernahm.

Das Konzept der „kalkulierten Improvisation"

Bei der Bekämpfung von Streiks und Arbeitsniederlegungen durch das NS-Regime kann weder von einer ausgefeilten Strategie noch von wildem und planlosem Terror die Rede sein. Die verfolgte Konzeption trug weniger den Charakter eines bis in alle Einzelheiten durchdachten Plans als den eines von Erfahrung, Machtinstinkt und

[117] Protokoll einer Besprechung v. 19.1. 1937 beim Abteilungsleiter II A am 16.1. 1936, größtenteils abgedruckt in: Nitzsche, Deutsche Arbeiter, S. 147 f. (IML, ZPA, St 3/463, Bl. 165 ff.).

[118] Augenfällig wird dies, wenn man die beiden Denkschriften der DAF Folge I und Folge II vergleicht. In Folge I sah das Amt Information in der Streikbewegung noch das von Moskau aus gesteuerte Werk; ein halbes Jahr später dagegen sprach es von „politischen Differenzen", die *für einen Teil* der Arbeitsniederlegungen verantwortlich gewesen sein sollten, und widmete gleichzeitig den größten Teil ihrer Ausführungen den sozialen Differenzen.

[119] Vgl. die entsprechenden Quellenangaben der Dokumentation (Anm. 94).

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Pragmatismus geformten „common sense", der unter den Verfolgern kaum umstritten war und deshalb selten thematisiert werden mußte. Die dahinter stehenden Vorstellungen erscheinen nicht nur aus der rückschauenden Sicht auf einen im großen und ganzen erfolgreichen Anti-Streik-Kampf als einleuchtend und schlüssig, sie zeigen auch einen erstaunlich unideologischen Realitätssinn. Das Vorgehen orientierte sich in etwa an folgenden Grundsätzen der Streikbekämpfung:

Abschreckung

Das Abschreckungspotential des NS-Regimes gegenüber der Arbeiterschaft läßt sich mittels Verhaftungszahlen und dergleichen kaum bestimmen, der Einschüchterungseffekt ist nicht quantifizierbar. Die Unberechenbarkeit des nationalsozialistischen Maßnahmestaates potenzierte den von der objektiven „Terrorbilanz" ausgehenden Schrecken. Deshalb hätten die Nationalsozialisten durch die „Verrechtlichung" des Streikverbots eines der wichtigsten Instrumente der Abschreckung aus der Hand gegeben. Der bewußt erzeugte Gestapo-Mythos der Allwissenheit, Allgegenwart und Allmächtigkeit, der die tatsächlich vorhandenen personellen, technischen und organisatorischen Möglichkeiten dieses Apparates überzeichnete, konnte im wesentlichen nur durch exemplarische Aktionen genährt werden. Scheinbar wahllos und unsystematisch schlug der Polizeiapparat daher in einer Reihe von Fällen brutal zu, verfügte die Verhaftung aller Streikbeteiligten und überstellte sie in Konzentrationslager. Aber meistens versuchte die Gestapo, angebliche Drahtzieher und Rädelsführer ausfindig zu machen und an ihnen ihre Macht zu demonstrieren. Richtlinien und feste Regeln für die Einschaltung und das Vorgehen des Polizeiapparates bei Streiks hätten entweder dessen Möglichkeiten überfordert oder aber dessen Mythos unterminieren müssen.

Geheimhaltung

Meldungen über Streiks und Arbeitsniederlegungen unterlagen im „Dritten Reich" strenger Geheimhaltung. Es wurden sogar Bedenken gegen die Herausgabe entsprechender Anweisungen und Richtlinien an untergeordnete Dienststellen formuliert, weil befürchtet wurde, daß „ein Bekanntwerden solcher schriftlicher Fixierung [bei] der Gegenpropaganda im Ausland und im Reich eine außerordentliche Wirkung haben würde"[120]. Im „Schneeballeffekt" einer in die Öffentlichkeit durchgesickerten

[120] Diese Meinung äußerte der RAM-Vertreter, Stiehler, auf der am 27.7. 1936 abgehaltenen Besprechung, vgl. Anm. 113; selbst in den geheimen allgemeinen Lageberichten sollte ein Sabotageakt z. B. nur erwähnt werden, wenn er von allgemeiner, grundsätzlicher Bedeutung war; vgl. dazu die Korrespondenz zwischen der We Wi-Inspektion IV und dem We Wi-Stab v. 25. 11. 1936 u. 9. 12. 1936, BA-MA, WiIF 5/1251; das gleiche galt im großen und ganzen auch für Streiks; vgl. außerdem die Presseinstruktion des RJM zum Opel-Streik v. 23. 9. 1936, BAK, R 22/2063, fol. 82 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Streikmeldung wurde die größte Gefahr erkannt. Um ein Überspringen des Funkens auf andere Belegschaftsteile oder gar Betriebe der Umgebung zu verhindern, mußten die Verfolgungsorgane ihr Vorgehen wohl oder übel den örtlichen Gegebenheiten anpassen. Ein großes Polizeiaufgebot, Massenverhaftungen, Aussperrungen u.ä. waren meist inopportun. Um jeweils den Einzelfall abwägen zu können, brauchten die Behörden vor Ort freie Hand[121].

Entpolitisierung und Gegnerbekämpfung

Größte Gefahr drohte dem Regime nach Ansicht der Nationalsozialisten, falls es dem politischen Gegner im Untergrund gelang, Streiks zu instrumentalisieren, indem er etwaige Mißstände in den Betrieben nutzte, um die Belegschaften „aufzuhetzen" und für weiterreichende Ziele einzuspannen. Wahlloser Terror aber war geeignet, eine „gewisse Märtyrerstimmung" zu schaffen, die den „Solidaritätsgeist der übrigen Belegschaftsmitglieder" nur wecken würde[122]. Allein die differenzierte Untersuchung aller Hintergründe konnte eine mögliche Verschwörung aufdecken, nur eine sorgfältige und mithin zeitraubende Durchleuchtung der Belegschaft mögliche Drahtzieher entlarven[123]. Keinesfalls durfte ein Streik erst durch das ungeschickte Vorgehen der Behörden politisiert werden. Da eine Konfrontation zwischen dem NS-Regime und Streikenden unvermeidlich war, waren deren soziale Forderungen auf jeden Fall zur Kenntnis zu nehmen und ihnen nach Möglichkeit in irgendeiner Form Rechnung zu tragen – im Extremfall auch durch die Verhaftung des „Betriebsführers". Nur so konnte es gelingen, die „nicht böswillig Beteiligten" von den „politisch Verdächtigen"[124] abzuspalten und dadurch die psychologischen Voraussetzungen für die dann relativ risikolose exemplarische Bestrafung sogenannter Rädelsführer zu schaffen; im Falle offener politischer Agitation durch Streikende schlug der Polizeiapparat allerdings zumeist unterschiedslos zu.

Die Beherzigung dieser drei Grundsätze verlangte von den Behörden Flexibilität,

[121] Die Geheimhaltung scheint im großen und ganzen erreicht worden zu sein. So meldeten die „grünen Berichte" der Sopade lediglich 1936: 12 und 1937: 11 Arbeitsniederlegungen, wovon sich maximal 4 oder 5 an Hand unserer Dokumentation verifizieren lassen; vgl. Michael Voges, Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft". Die „Deutschland-Berichte" der Sopade (1934–1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: AfS XXI (1981), S. 329–383, hier S. 351; eine vergleichbar gründliche Auswertung der kommunistischen Presseorgane steht noch aus, allerdings läßt die Edition von Schmidt, Damit Deutschland lebe, kein wesentlich anderes Ergebnis erwarten.

[122] Protokoll einer Besprechung am 16. 1. 1937 beim Abteilungsleiter II A des Gestapa, vgl. Anm. 117.

[123] Viele Betriebe, in denen Streiks stattgefunden hatten, wurden noch lange Zeit später scharf überwacht; vor allem bei der Fa. Opel wurde nun jede ernsthafte Betriebsstörung wegen Sabotageverdachts sofort gemeldet; vgl. z. B. SD-Monatsbericht über die Linksbewegung im August 1936, IML, ZPA, St 3/445, Bl. 12.

[124] Protokoll einer Besprechung am 16. 1. 1937 beim Abteilungsleiter II A des Gestapa, vgl. Anm. 117.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Differenzierungsvermögen und Pragmatismus. Komplizierte Zuständigkeitsregelungen, schematische Handlungsanweisungen oder gar gesetzliche Vorschriften hätten die technische Effizienz und Intensität der Streikbekämpfung in höherem Maße beeinträchtigt, als Ressortkonkurrenz und Kompetenzwirrwarr es taten. Das faktische Streikverbot konnte auf diese Weise effektiver durchgesetzt werden, als es durch Gesetz möglich gewesen wäre.

Das NS-Regime scheint nach 1937 und auch während des Krieges an seiner Strategie der kalkulierten Improvisation prinzipiell festgehalten zu haben. Der Terror erfuhr in diesen Jahren allerdings eine erhebliche Steigerung. Die immer wieder geforderten exemplarischen Strafen[125] schlossen seit Kriegsbeginn sogar öffentliche Hinrichtungen ein. Bezeichnend waren die von Himmler angeordneten Erschießungen zweier Arbeiter wegen Arbeitsverweigerung acht Tage nach Kriegsbeginn, die durch die Presse gezielt bekannt gemacht wurden[126]. Äußerungen von verhafteten Arbeitern belegen, daß die Erschießungen ihre beabsichtigte Wirkung nicht verfehlten[127].

Die „Verrechtlichung" der Arbeitsmarktbeziehungen durch die Arbeitseinsatzgesetzgebung[128] brachte dagegen bezeichnenderweise nicht den gewünschten Erfolg. Die Mühlen des Justizapparates mahlten trotz des erkennbaren Eifers von Staatsanwälten und Richtern immer noch zu langsam. Wie von Gürtner, Thierack und Freisler bereits 1933/34 vorausgesehen, behinderte außerdem die im formalen Recht unabdingbare Allgemeingültigkeit die ungehemmte Entfaltung des Repressionsinstrumentariums und minderte so den Abschreckungseffekt[129]. Vor allem auf Drängen maßgeblicher Teile der Industrie entstanden daraufhin in großer Zahl die sogenannten Arbeitserziehungslager, in denen ganz im Sinne der Entpolitisierungsstrategie prinzipiell nur sogenannte Arbeitsverweigerer, Bummelanten etc. für eine begrenzte Zeit unter Haftbedingungen Zwangsarbeit verrichten mußten, die denen in den Konzentrationslagern im Deutschen Reich kaum nachstanden[130].

---

125 Vgl. z. B. den Bericht der Gestapostelle Aachen an das Gestapa v. 3. 6. 1939, in: Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Dok. 117, S. 688 f.

126 Broszat, Perversion der Strafjustiz, S. 414 f.

127 „Erschießt uns oder bringt uns in ein Konzentrationslager ..." – so lautete eine Antwort, die die DAF bei einer Befragung von bummelnden Arbeitern in fast allen Fällen hörte; Bericht des Reichsverteidigungskommissars für den Wehrkreis III (Berlin) v. 27. 10. 1939, abgedruckt in: Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Dok. 118, S. 1175.

128 Vgl. Anm. 95.

129 So im wesentlichen auch Werner, „Bleib übrig", S. 72–81 u. 318–329.

130 Im Winter 1940/41 rettete nur eine Finanzbeihilfe von 10 000 RM der Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Ruhr und der Bezirksgruppe Nordwest der Eisen schaffenden Industrie das AEL an der Versetalsperre vor der Schließung; Schreiben des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen v. 17. 1. 1941 an den Höheren SS- und Polizeiführer West, HStA Düsseldorf, RW 37/Karton 1, Ordner 3; die Geschichte der AEL ist bis jetzt noch nicht ausreichend erforscht, am detailliertesten bisher bei Werner, „Bleib übrig", S. 178 ff., und Detlev Peukert, Arbeitslager und Jugend-KZ: die „Behandlung Gemeinschaftsfremder" im Dritten Reich, in: Peukert/Reulecke (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen, S. 413–435.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das außerordentlich differenzierte und verzweigte, kaum überschaubare und in seinem ganzen Umfang nur schwer vollständig zu skizzierende und abschließend zu bewertende Bündel betrieblicher, juristischer und polizeilicher Sanktionsmaßnahmen richtete sich in der Hauptsache gegen individuelle Resistenz im Betrieb, wie z.B. Arbeitsvertragsbruch oder Krankfeiern. Die Nationalsozialisten verkannten aber nicht die Gefahr, daß individuelle Arbeitsniederlegungen unter bestimmten Voraussetzungen die Form verdeckter Streiks annehmen konnten. Spezielle Anordnungen für die Bekämpfung kollektiver Arbeitsniederlegungen hielten sie daher offensichtlich nicht für notwendig und opportun[131].

So sollten sich denn auch die Bestimmungen des neu gebildeten Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) über „Grundsätzliche staatspolizeiliche Maßnahmen in den Fällen Arbeitsniederlegung usw." vom 4. November 1939 auf eine ganze Palette von Erscheinungsformen beziehen[132]. Diese offensichtlich für die Dauer des Krieges gedachten allgemeinen Anweisungen – sie nehmen ausdrücklich Bezug auf die am 3. September 1939 herausgegebenen „Grundsätze der inneren Staatssicherheit während des Krieges"[133] – unterschieden sich inhaltlich kaum von den 1936 zwischen dem Reichsarbeitsministerium, der DAF und der Gestapo getroffenen Vereinbarungen: schnelles und sofortiges Eingreifen, um eine Ausweitung von Arbeitsniederlegungen zu verhindern, exemplarische Bestrafung aller „auffällig gewordenen Personen", also der Wort- und „Rädelsführer", genaue Untersuchung der sozialen Mißstände im Betrieb und deren etwaige Beseitigung, „brutale Liquidierung" aller „staatsfeindlichen Kräfte" – unschwer sind darin die Grundlinien des Konzepts der kalkulierten Improvisation wiederzuerkennen.

Das folgende auch für die Kriegszeit nicht untypische Beispiel mag andeuten, daß sich auch das Vorgehen der Verfolgungsorgane vor Ort seit 1936 nicht grundsätzlich gewandelt hatte. Im September 1943, so der Erfahrungsbericht eines Betriebsführers der Eisen schaffenden Industrie, verweigerte der größte Teil der Nachmittagsschicht eines Blechwalzwerkes die angeordnete Sonntagssonderschicht und blieb zu Hause. Die Arbeiter hatten vorher vergeblich um eine Freistellung ersucht. Da sie ihre Aktion offensichtlich verabredet hatten, schaltete der Betriebsführer in Abstimmung mit der DAF, der Partei und dem Treuhänder der Arbeit die Gestapo ein, um die vermeintlichen Rädelsführer ausfindig zu machen. Ein zusätzliches Motiv für die Hinzuziehung der Gestapo war wohl, daß die Arbeitsverweigerung den anderen Belegschaftsteilen, darunter zahlreichen Ausländern, nicht verborgen geblieben war. Doch die Suche nach den vermeintlichen Drahtziehern blieb erfolglos und so beließ man es bei einer im wesentlichen rein demonstrativen Strafaktion: Unter Teilnahme

[131] Im Rundschreiben der Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Ruhr v. 22. 11. 1940, das ausführlich die verschiedenen Sanktionsmöglichkeiten von Arbeitsvertragsbrüchen erläuterte, wurde auch eine Begriffsdefinition des Delikts gegeben, worin Streiks ausdrücklich mit eingeschlossen waren, BA Thyssen, VSt. Sozialwirtschaft 30/1/5/2.

[132] Vgl. den entsprechenden Vermerk des Amtes IV des RSHA, abgedruckt bei Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Dok. 215, S. 1169–1171.

[133] Vgl. Mason, ebenda, Dok. 180, S. 1061–1062 u. Dok. 182, S. 1065–1067.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der DAF, des Treuhänders, des Vertrauensrates und sämtlicher Amtswalter veranstaltete der Betrieb mit der betreffenden Schicht einen kurzen Appell, bei dem die Arbeiter durch die Gestapo „schärfstens" verwarnt wurden. Fünf von ihnen, drei schon häufiger aufgefallene „Bummelanten" und zwei „in der Angelegenheit besonders renitent aufgetretene Männer", wurden sodann aus dem Appell heraus verhaftet, jedoch drei Tage später wieder auf freien Fuß gesetzt. Diese Aktion, so berichtete der „Betriebsführer" schließlich, habe auf die Arbeitsdisziplin der gesamten Werksbelegschaft wie „ein Wunder" gewirkt[134].

Streiks und Arbeitsniederlegungen 1936/37
Eine quantitative Auswertung[135]

Verteilung der Arbeitskämpfe nach Monaten

	1936	1937
Januar	4	17
Februar	3	6
März	2	7
April	6	8
Mai	9	12
Juni	14	16
Juli	39	2
August	12	–
September	22	–
Oktober	28	–
November	16	–
Dezember	10	–
unbekannt	13	2
	179	72

[134] Erfahrungsbericht des Betriebsführers eines Mitgliedswerkes der Bezirksgruppe Nordwest der Wirtschaftsgruppe Eisen v. Oktober 1943, BA Thyssen, VSt. Sozialwirtschaft 30/01/5/2 (Vermerk v. 27. 10. 1943); es konnte leider nicht ermittelt werden, um welchen Betrieb es sich handelte.

[135] Die folgenden Tabellen beruhen auf einer quantitativen Auswertung des der Dokumentation (vgl. Anm. 94) zugrundeliegenden umfangreichen Quellenmaterials unterschiedlicher Provenienz. Die meisten Arbeitsniederlegungen konnten dabei mehrfach belegt werden. Zentrale Quellen sind dabei zwei Denkschriften des Amtes Information der DAF (vgl. Anm. 104), eine Fallsammlung des Reichsarbeitsministeriums (BA-MA, Wi I F5/1251) sowie eine Streikakte des Gestapa (IML, ZPA, St 3/463); daneben fanden auch andere Gestapo- und SD-Berichte, Meldungen der Regierungspräsidenten und anderer Dienststellen der Inneren Verwaltung, der Treuhänder der Arbeit, der Wehrwirtschaftsdienststellen, der Bergämter etc. Verwendung.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regionale Verteilung der Arbeitskämpfe

	1936	1937	Zusammen
Prov. Ostpreußen	9	2	11
Stadt Berlin	4	1	5
Prov. Brandenburg	6	2	8
Prov. Pommern	7	4	11
Prov. Schlesien	4	1	8
Prov. Sachsen	10	6	16
Prov. Schleswig-Holstein	5	2	7
Prov. Hannover	13	4	17
Prov. Westfalen	11	3	14
Prov. Hessen-Nassau	10	3	13
Rheinprovinz	13	7	20
Hohenzollernsche Lande	0	0	0
Preußen	92	38	130
Bayern	31	11	42
Sachsen	3	0	3
Württemberg	16	6	22
Baden	4	1	5
Hamburg	0	0	0
Thüringen	2	5	7
Hessen	2	1	3
Mecklenburg	2	0	2
Braunschweig	2	0	2
Oldenburg	1	1	2
Bremen	2	1	3
Anhalt	7	1	8
Lippe	0	1	1
Schaumburg-Lippe	0	0	0
Saarland	3	1	4
unbekannt	12	5	17
	179	72	251

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beteiligung
Zahl der Arbeitskämpfe mit einer Beteiligung von

	1936	1937	Zusammen
bis zu 10 Personen	39	19	58
11–20 Personen	51	14	65
21–50 Personen	35	19	54
51–100 Personen	10	3	13
über 100 Personen	9	2	11
Beteiligung unbekannt	35	15	50
	179	72	251

Prozentuale Verteilung der Fälle mit bekannter Beteiligung N = 201 (von 251 = 80%)

	1936	1937	Zusammen
bis zu 10 Personen	27	33	29
11–20 Personen	36	25	32
21–50 Personen	24	33	27
51–100 Personen	7	5	7
über 100 Personen	6	4	5
	100	100	100

Dauer
Zahl der Arbeitskämpfe mit einer Dauer von

	1936	1937	Zusammen
bis zu 1 Stunde	9	3	12
länger als 1 Stunde, kürzer als ein Tag	19	3	22
1 Tag	14	2	16
mehrere Tage	8	0	8
„Abkehr"*	20	3	23
Dauer unbekannt	109	61	170
	179	72	251

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Prozentuale Verteilung der Fälle mit bekannter Dauer N = 81 (von 251 = 32%)

	1936/37
bis zu 1 Stunde	15
länger als 1 Stunde, kürzer als 1 Tag	27
1 Tag	20
mehrere Tage	10
„Abkehr"*	28
	100

* Fälle, in denen die Arbeiter ihre Arbeitsstelle widerrechtlich und in der Absicht verlassen haben, nicht mehr zurückzukehren.

Verteilung der Arbeitskämpfe nach Reichsbetriebsgemeinschaften

	1936	1937	Zusammen
Nahrung und Genuß	3	0	3
Textil	10	2	12
Bau	82	25	107
Eisen und Metall	12	9	21
Papier	0	1	1
Verkehr und öffentl. Betriebe	3	0	3
Bergbau	3	1	4
Landwirtschaft	33	4	37
Steine und Erden	17	9	26
Betriebsgemeinschaft unbekannt	16	21	37
	179	72	251

Prozentuale Verteilung der Fälle mit bekannter Reichsbetriebsgemeinschaft N = 214 (von 251 = 85%)

	1936	1937	Zusammen
Nahrung und Genuß	2	0	1
Textil	6	4	6
Bau	50	49	50
Eisen und Metall	7	17,5	10
Papier	0	2	1
Verkehr und öffentl. Betriebe	2	0	1
Bergbau	2	2	2
Landwirtschaft	20	8	17
Steine und Erden	11	17,5	12
	100	100	100

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verteilung der Arbeitskämpfe nach Ursachen und Anlässen (N = 251)

	1936	1937	Zusammen
Arbeitsbedingungen (unspezifiziert)	3		3
Löhne (unspezifiziert)	26	14	40
gegen Lohnminderung	31	5	36
für Lohnerhöhung	31	11	42
Soziale Mißstände (unspezifiziert)	5	4	9
Ordnungsprobleme	13	3	16
Arbeitsvertragsprobleme	6		6
Arbeitsbedingungen	39	5	44
Unterkunft/Verpflegung	10		10
Rationalisierung	2		2
sogenannte „Verhetzung" (unspezifiziert)*	15	18	33
Einflußnahme	15	2	17
Beteiligung	11	6	17
politische Aktion	12	5	17
Sonstiges	1	11	12
Solidarität	9	1	10
sogenannte „Arbeitsscheu"	10		10
aus NS-Gesinnung	2		2
„ohne Grund"	5	1	6
wollten nach Hause	3		3
Beteiligung der DAF	2	3	5
ohne Angaben			16
	251	89	356**

* Arbeitskämpfe, bei denen die Ermittlungsbehörden politische Hintergründe vermuteten oder nachweisen konnten, werden, dem Sprachgebrauch der Quellen folgend, der Ursachengruppe „Verhetzung" zugewiesen. Innerhalb dieser Gruppe sind 3 spezifisch definierte Kausalkategorien gebildet worden

„Einflußnahme" – von den Ermittlungsbehörden nicht nachgewiesener, lediglich vermuteter Einfluß ehemaliger Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter, die nicht als „Rädelsführer" in Erscheinung traten, sondern sich entweder am Streik beteiligten oder die Stimmung und Einstellung der Arbeiter im Betrieb beeinflußten.

„Beteiligung" – nachgewiesene Beteiligung oder „Rädelsführerschaft" ehemaliger Mitglieder der Arbeiterbewegung bzw. politisch vorbestrafter Personen.

„politische Aktion" – Arbeitskämpfe mit nachgewiesener politischer Qualität, die entweder in den Gründen und Anlässen und/oder in den Verhaltensweisen der Beteiligten zum Ausdruck kam.

** Pro Arbeitskampf wurden bis zu 4 Ursachennennungen erfaßt. Deshalb übersteigt die Zahl der Nennungen die der Arbeitskämpfe.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Prozentuale Verteilung der Arbeitskämpfe nach Ursachen und Anlässen N = 235 (von 251 = 94%)

	1936 u. 1937*
Löhne (gesamt)	50
Soziale Mißstände (gesamt)	37
sogenannte „Verhetzung" (gesamt)	36
Sonstiges (gesamt)	20

* Aufgrund der Mehrfachzählungen pro Arbeitskampf addieren sich die Prozentangaben nicht auf 100%; zwar wurden *innerhalb* der 4 Kategoriern Mehrfachzählungen nicht vorgenommen, wohl aber *zwischen* diesen.

Verteilung von Ursachen und Anlässen nach ausgewählten Reichsbetriebsgemeinschaften N = 203 (von 251 = 81%)

	Löhne (gesamt)	Soziale Mißstände (gesamt)	sog. „Verhetzung" (gesamt)	Sonstiges (gesamt)	ohne Angaben
Textil	6	5	2	3	
Bau	50	29	43	20	9
Eisen u. Metall	13	10	5	5	
Landwirtschaft	18	16	11	4	3
Steine u. Erden	13	9	8	6	3
Nennungen* insgesamt	100	69	69	38	15

* Aufgrund der Mehrfachnennungen übersteigt die Anzahl der Nennungen die Gesamtzahl (N) der Arbeitskämpfe.

Prozentuale Verteilung von Ursachen und Anlässen nach ausgewählten Reichsbetriebsgemeinschaften N = 181 (von 251 = 74,9%)

	Löhne (gesamt)	Soziale Mißstände (gesamt)	sog. „Verhetzung" (gesamt)	Sonstiges (gesamt)
Textil	50,0	41,7	16,7	25,0
Bau	51,0	29,6	43,9	20,4
Eisen u. Metall	61,9	47,6	23,8	23,8
Landwirtschaft	52,9	47,1	32,3	11,8
Steine u. Erden	56,5	39,1	34,8	26,1
Nennungen insgesamt	53,2	36,7	36,7	20,2

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verteilung der Streikbeteiligung nach Reichsbetriebsgemeinschaften N = 171 (von 251 = 68%)

Reichsbetriebsgemeinschaft	Zahl der Arbeitskräfte mit einer Beteiligung von				
	bis zu 10	11–20 Personen	21–50	50–100	> 100
Nahrung und Genußmittel			1		
Textil	1	1	3	1	3
Bau	17	30	28	6	4
Eisen u. Metall	6	3	3	3	3
Verkehr ...	2		1		
Bergbau		1	2		
Landwirtschaft	11	14	6	1	
Steine u. Erden	7	6	5	1	1
	44	55	49	12	11

Prozentuale Verteilung der Streikbeteiligung nach Reichsbetriebsgemeinschaften N = 171 (von 251 = 68%)

Reichsbetriebsgemeinschaft	Zahl der Arbeitskräfte mit einer Beteiligung von				
	bis zu 10	11–20 Personen	21–50	50–100	> 100
Nahrung und Genußmittel			100		
Textil	11	11	33	11	33
Bau	20	35	33	7	5
Eisen u. Metall	33	17	17	17	17
Verkehr ...	67		33		
Bergbau		33	67		
Landwirtschaft	34	44	19	3	
Steine u. Erden	35	30	25	5	5
Prozentualer Anteil*	26	32	29	7	6

* Prozentualer Anteil der jeweiligen Kategorie ‚Streikbeteiligung' an der Gesamtzahl der Arbeitskämpfe N = 171

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MICHAEL WOLFFSOHN

DAS DEUTSCH-ISRAELISCHE WIEDERGUTMACHUNGSABKOMMEN VON 1952 IM INTERNATIONALEN ZUSAMMENHANG*

Die Wiederherstellung des politisch-moralischen Kredits Deutschlands, Westdeutschlands, erfolgte durch das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel, abgeschlossen am 10. September 1952. Dieses Abkommen sei Westdeutschlands Eintrittskarte in die Wertegemeinschaft der demokratischen Staaten gewesen – sagt die zeithistorische und politische Schulweisheit.

Die Schulweisheit unterscheidet – zu Recht – zwischen der bezahlten Eintrittskarte der Bundesrepublik Deutschland und der geschenkten Eintrittskarte, die Österreich gewährt wurde. Gerade im Zusammenhang mit der Diskussion um „Waldheim und Österreich" konnte man dies feststellen[1].

Man begegnet der nur auf Westdeutschland bezogenen Schulweisheit einerseits in den meisten Einzeldarstellungen über dieses Thema, andererseits im politischen sowie journalistischen Bereich. Der Verfasser dieses Aufsatzes hat diese Erfahrung nicht nur beim Lesen der Aufsätze und Monographien, sondern besonders bei Vorträgen vor und in Gesprächen mit deutschen wie israelischen Politikern oder Journalisten sammeln müssen.

Diese auf Westdeutschland bezogene Schulweisheit klingt überzeugend. Sie hat nur einen Fehler: Sie ist falsch. Vorsichtiger formuliert: Sie verleiht dem Wiedergutmachungsabkommen zu viel Gewicht. Wir werden fragen müssen, weshalb sich

---

* Der vorliegende Aufsatz ist ein Ergebnis des Forschungsvorhabens „Deutsch-Israelische Beziehungen 1948/49–1986", bei dem der Autor von der Stiftung Volkswagenwerk großzügig unterstützt wird.

[1] Zur These in bezug auf die deutsche und österreichische Eintrittskarte wurde jüngst eine Äußerung von „Nazijäger" Simon Wiesenthal als vermeintlicher Beweis zitiert (vgl. Michael Frank, in: Süddeutsche Zeitung, 3.7. 1987, S. 3). Bezeichnend für die auf Westdeutschland bezogene Schulweisheit Julius H. Schoeps' Rezension von Walter Schwarz (Hrsg.), Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland, 6 Bände, München 1974–1987, in: Die Zeit, 4.7. 1986, S. 7. Vgl. auch Kurt R. Grossman, Die Ehrenschuld. Kurzgeschichte der Wiedergutmachung, Frankfurt-Berlin 1967; Liora Katzenstein, From Reparations to Rehabilitation. The Origins of Israeli-German Relations, 1948–1953, unveröffentlichte Dissertation, Universität Genf 1983; Lily G. Feldman, The Special Relationship between West Germany and Israel, Boston 1984, besonders S. 51 ff. – Zur Historiographie vgl. den Schlußteil dieses Aufsatzes. Anmerkungen zu dieser und anderen Legenden in: Michael Wolffsohn, Ewige Schuld? 40 Jahre Deutsch-Jüdisch-Israelische Beziehungen, München, 1988.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diese historisch-politische Legende derart verfestigen konnte. Der Versuch einer Antwort sei am Ende dieses Aufsatzes unternommen. Zunächst sollen die Prämissen beziehungsweise Grundannahmen der Schulweisheit genannt, danach vor allem im internationalen Zusammenhang überprüft werden.

Wenn, wie die gängige These lautet, die Wiedergutmachung an Israel Westdeutschlands moralischen Kredit vor allem gegenüber den Westmächten herstellte, so müßten die folgenden beiden Grundannahmen zutreffen:

1. Die öffentliche und veröffentlichte Meinung in den westlichen Staaten, besonders in den USA, Großbritannien und Frankreich, hätte vor dem Wiedergutmachungsabkommen eine schlechte, danach eine gute Meinung über Westdeutschland bekundet haben müssen. Sie hätte zudem Interesse am und Einsatz für das Wiedergutmachungsabkommen bekunden müssen.

2. Die Regierungen dieser Staaten hätten die außenpolitische Salonfähigkeit der Bundesregierung vom deutschen Verhalten in der Wiedergutmachungsfrage abhängig machen müssen.

In diesem Aufsatz sei die zweite Grundannahme überprüft, also die Behauptung, die außenpolitische Salonfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland wäre von ihrem Verhalten in der Wiedergutmachungsfrage abhängig gewesen.

Das Ergebnis sei vorweggenommen: Auch die zweite Prämisse hält einer näheren Überprüfung nicht stand. Sie hält einer Überprüfung vor allem dann nicht stand, wenn man das scheinbar bilaterale Thema der westdeutschen Wiedergutmachung an Israel in die welt- und regionalpolitischen Zusammenhänge einordnet.

Um die Widerlegung der ersten Grundannahme hat sich der Verfasser bereits an anderer Stelle bemüht, einer Grundannahme, die jüngst auch in dieser Zeitschrift, in einem Aufsatz Kai von Jenas, zu finden war[2]. Die beabsichtigte Ein- und Zuordnung soll hier mit Hilfe neuerdings zugänglicher Primärquellen aus Israel, der Bundesrepublik Deutschland und den USA sowie zum Teil durch die Neuordnung bekannter Einzelheiten versucht werden. Auf der internationalen Ebene gilt den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion das Hauptinteresse. Die Haltung der französischen und britischen Regierung wird lediglich am Rande erwähnt. So aufschlußreich sie auch sein mag, sie blieb in ihrer Bedeutung untergeordnet. Darüber hinaus sollte verglichen werden, ob und wie die drei staatlich neu

[2] Für ausländische Umfragen vgl. Michael Wolffsohn, Deutsch-Israelische Beziehungen. Umfragen und Interpretationen 1952–1983, München 1986; ders., Das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel, in: Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955, München 1986, S. 203–218. Die westliche Presse gab sich auch sehr zurückhaltend, vgl. M. Wolffsohn, Die Wiedergutmachung und der Westen – Tatsachen und Legenden, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 18. 4. 1987, S. 19–29. Anders bewertet dies – ohne die Presse systematisch ausgewertet zu haben – Nicholas Balabkins, West German Reparations to Israel, New Brunswick, N.J., 1971, besonders S. 45; auch Kai von Jena, Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952, in: VfZ 34 (1986), S. 474 f. Eine modifizierte Gegenposition zu meiner diesbezüglichen These vertritt Norbert Frei, Die Haltung der amerikanischen Presse zur Wiedergutmachung, in: Ludolf Herbst und Constantin Goschler (Hrsg.), Wiedergutmachung. Die Bundesrepublik Deutschland und die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, München 1988.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

organisierten Restteile des ehemaligen „Großdeutschen Reiches" – in den nach dem „Anschluß" Österreichs bestehenden Grenzen – ihre historische Erblast wiedergutmachen wollten. Das Hauptinteresse gilt allerdings der bundesdeutschen Wiedergutmachung.

Abschließend sei gefragt, weshalb die Schulweisheit zu ihrer Behauptung gelangt ist.

I. Die Großmächte

1. Die USA

In den Akten des ägyptischen Außenministeriums hat der Kairoer Zeithistoriker Wageh Atek aufschlußreiche Dokumente gelesen: „Die Bundesregierung ist von fremden Mächten gezwungen worden, diese Wiedergutmachungszahlungen an Israel zu leisten." Dies habe ein leitender Beamter des Auswärtigen Amtes, Legationsrat von Etzdorf, dem ägyptischen Generalkonsul in Frankfurt am 3. Oktober 1952, also knapp einen Monat nach Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens, erklärt. Andere Gesprächspartner im Auswärtigen Amt verstärkten diesen Eindruck beim Ägypter: Ursprünglich, so Legationsrat Alexander Böker am 24. Oktober, habe Westdeutschland nur den diversen jüdischen Organisationen gegenüber Wiedergutmachung leisten wollen, doch die USA hätten die Bundesrepublik aufgefordert, den größten Teil der Wiedergutmachung an den Staat Israel zu zahlen. Zehn Tage vorher habe Staatssekretär Hallstein ihm im Auswärtigen Amt das gleiche anvertraut, meldete Kairos Generalkonsul in Frankfurt. Außerdem habe der syrische Sonderbotschafter Hamawi am 8. September von Adenauer in einem Gespräch unter vier Augen erfahren, daß die Bundesregierung keine freie Hand hätte, sondern unter amerikanischem Druck handele. Aufgrund dieser Informationen schloß die ägyptische Regierung, ebenso wie die syrische, daß Washington Bonn zu diesem Abkommen gedrängt hätte[3].

Thomas Dehler, führender Politiker der FDP und damals Justizminister, mit einer Jüdin verheiratet und überzeugter Gegner der Nationalsozialisten, sah es im Dezember 1951 ganz anders: Vor dem Arbeitskreis jüdischer Juristen erklärte er, daß die Bundesrepublik ihrer Verpflichtung zu Entschädigungen längst nachgekommen wäre, würden nicht die Alliierten immer wieder bremsen[4]. Das Wiedergutmachungsabkommen allerdings sei, so wurde Dehler im Februar 1953 zitiert, aufgrund amerikanischen Drucks auf die Bundesregierung geschlossen worden[5].

---

[3] Wageh Atek, Probleme der Ägyptisch-Deutschen Beziehungen 1952–1965, unveröffentlichte Dissertation, Universität Essen 1983, S. 8–11.

[4] Rede von Bundesjustizminister Thomas Dehler vor dem Arbeitskreis Jüdischer Juristen, Düsseldorf, 15. 12. 1951, Nachlaß Dehler, Friedrich-Naumann-Stiftung, N 1-774. Hier sprach Dehler von „Entschädigung", nicht von „Wiedergutmachung".

[5] Im Februar 1953 soll Dehler in Coburg behauptet haben, das Wiedergutmachungsabkommen wäre auf Wunsch der USA geschlossen worden; vgl. Teegespräch bei Adenauer am 22. 3. 1953, in: Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, Teegespräche

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß die Initiative zur Wiedergutmachung von Deutschland selbst und keineswegs von den Alliierten ausging, schreiben sowohl Adenauers Intimus Blankenhorn als auch Felix Shinnar, Israels Chefunterhändler bei den Verhandlungen über die Wiedergutmachung, in ihren Erinnerungen[6].

Für revisionistisch-ideologisierte Zeithistoriker, auch für Zeithistoriker aus der DDR, stellt sich die Rolle der USA genau anders dar: Sogar Gelder aus dem Marshallplan sollen von den USA für Zahlungen an Israel gebunden gewesen sein[7].

Eine als „streng geheim" eingestufte Studie des Nationalen Sicherheitsrates der USA aus dem Jahre 1958 liefert eine abweichende Darstellung: Deutschland sei es gelungen, arabische Kritik am Wiedergutmachungsabkommen mit Israel dadurch abzulenken, daß „bei passender Gelegenheit" angedeutet wurde, die USA hätten „Druck" auf Deutschland ausgeübt, diesen Vertrag zu schließen[8]. Mit anderen Worten: Die bundesdeutsche Politik sei doppelzüngig gewesen.

Was stimmt nun wirklich? Was sagen uns die verschiedenen Quellen aus den *verschiedenen* Staaten?

Die These sei vorangestellt: Von amerikanischem Druck auf Bonn kann keine Rede sein. Jerusalem erhoffte sich diesen Druck, doch in Washington wurden nur „Sympathie und Interesse" bekundet. Befürchteten die Bonner Politiker amerikanischen Druck? Nein, wie noch zu zeigen sein wird[9].

1950–1954, bearbeitet von H. J. Küsters, Berlin 1984 (künftig zit.: Teegespräche), S. 413. Adenauer reagierte verärgert auf die Nachricht (ebenda). Dehler dementierte die Meldung; siehe General-Anzeiger, Bonn, 23. 2. 1953, und Frankfurter Rundschau, 24. 2. 1953.

6 Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Berlin 1980, S. 138; Felix E. Shinnar, Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951–1966, Tübingen 1967, bes. S. 26.

7 Vgl. D. Coburger, Die Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und Israel von 1949 bis 1961 unter besonderer Berücksichtigung des sogenannten Wiedergutmachungsabkommens, unveröffentl. Dissertation, Karl Marx Universität Leipzig 1964; Abdul-Rahman Asad, United States and West German Aid to Israel, Beirut, Palestine Liberation Organization Center 1966; Abdel Hadi u. a. (Hrsg.), BRD, Israel und die Palästinenser, Köln 1973; Kenneth M. Lewan, How West Germany Helped to Build Israel, in: Journal of Palestine Studies, Vol. IV, Nr. 4, 1975, S. 41–64. Die Belege dieser Autoren halten quellenkritischen Überprüfungen nicht stand.

8 National Security Council, Long Range U. S. Policy Toward the Near East, Staff Study, 16. 1. 1958, Top Secret, Eisenhower Presidential Library, White House Office, Box 23.

9 Nicht axiomatisch vorausgesetzt wird diese Prämisse vom amerikanischen Druck bei Balabkins, Reparations, S. 84f., und Nana Sagi, Wiedergutmachung für Israel, Stuttgart 1981. Von der Prämisse hebt sich ebenfalls ab Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik, 1949–1957, = Band 2 der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart-Wiesbaden 1981, S. 181–187; ders., Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 897–906.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

a) Die Truman-Administration

In Washington, das heißt im State Department, skizzierte man schon im Herbst 1949 erste Pläne für eine mögliche, weil im Kalten Krieg als notwendig angesehene, Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland[10]. Am 8. Juni 1950, unmittelbar vor dem Ausbruch des Korea-Krieges, teilte Verteidigungsminister Louis Johnson Präsident Truman auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates mit, die Vereinigten Chefs der Stäbe forderten und befürworteten eine Bewaffnung Westdeutschlands. Noch wollten Truman und Außenminister Acheson davon nichts wissen[11]. Doch der Korea-Krieg mischte die Karten neu. Nun wurde die zum Teil noch unentschlossene Bundesrepublik Deutschland gedrängt und bedrängt. Die Bewaffnung war lediglich eine Frage der Zeit.

Die Bewaffnung würde Geld kosten, und die Wiedergutmachung an Israel würde Geld kosten. Wirtschaftlich ging es Westdeutschland zwar immer besser, doch noch nicht gut. Ein Sowohl-als-Auch verbiete die wirtschaftliche und militärische Vernunft, ein Entweder-Oder gebiete sie, meinte die Mehrheit der Truman-Administration.

Doch sogar *vor* dem Ausbruch des Korea-Krieges bestanden in Washington gegen eine mögliche Wiedergutmachung Westdeutschlands an Israel erhebliche Bedenken. Zunächst waren sie rein wirtschaftlicher Art.

Betrachten wir die Zusammenhänge: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich der Druck auf die Administration verstärkt, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Der Sieg, den die finanzpolitisch konservativen Republikaner 1946 bei den Kongreßwahlen in beiden Kammern erzielt hatten, gab dieser Tendenz weiteren Auftrieb. Der Marshallplan war trotz seiner langfristigen Vorteile für die US-Wirtschaft kurzfristig alles andere als „kostenneutral". Noch mehr Gelder wollten Kongreß und Administration wahrhaftig nicht in die deutsche Wirtschaft pumpen. Genau dies jedoch befürchteten sie im Falle westdeutscher Wiedergutmachung an Israel. Die Deutschen seien arm, die Amerikaner gälten als reich, also würde man am Ende Washington zur Kasse bitten. Befürchtungen dieser Art bestimmten Denken und Handeln der amerikanischen Politiker.

Unumwunden erläuterte Hochkommissar McCloy diesen Sachverhalt einer von Nachum Goldmann geleiteten jüdischen Delegation im April 1950. Sein Stellvertreter, Benjamin Butterwieser, verpackte die gleiche Botschaft wesentlich direkter und für die jüdische Seite unerfreulicher[12].

---

[10] Foreign Relations of the United States (FRUS), 1949, Vol. 3, S. 269–271, 285 f.; Robert Donovan, Tumultuous Years. The Presidency of Harry S. Truman 1949–1953, New York - London 1982, S. 245 ff.

[11] Donovan, S. 177; FRUS, 1950, Vol. 4, S. 686 f.

[12] Minutes of the Meeting with High Commissioner, 10. 4. 1950, Israelisches Staatsarchiv (ISA), Bestand Außenministerium, 2387/22. An der Besprechung nahmen auch teil: Jacob Boukstein von der Jewish Agency for Palestine, Joseph Schwartz vom American Joint Distribution Committee, Benjamin B. Ferencz von der Jewish Restitution Successor Organization (IRSO) sowie zwei Mitarbeiter der juristischen Abteilung der Hohen Kommission, John Rintels und Frederic Hulse. Zu dem

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach dem Ausbruch des Korea-Krieges sah Washington nämlich drei mögliche und sehr große Zahlungsverpflichtungen auf sich zukommen: Erstens die Fortsetzung des Marshallplans, zweitens die deutsche Bewaffnung und drittens die deutsche Wiedergutmachung an Israel.

Das war sicherlich nicht wenig auf einen Schlag, und deswegen konnten die jüdischen Abgesandten ihrem amerikanischen Gesprächspartner nicht viel entgegnen. Die weltpolitischen Rahmenbedingungen waren in dieser Hinsicht für Bonn günstig. Den USA *mußte* die militärisch notwendige Bewaffnung Westdeutschlands wichtiger als die moralisch zweifellos erwünschte Wiedergutmachung an Israel sein.

Noch im Juli 1949 hatte John McCloy, damals US-Militärgouverneur, den Westdeutschen moralische Ratschläge erteilen können: Man werde sie nicht zuletzt an ihrem Verhalten den Juden gegenüber messen, erklärte er[13]. Fünfzehn Tage nach der Unterredung, die der Hochkommissar mit den Vertretern der jüdischen Organisationen geführt hatte, wurde die Bonner Kabinettsrunde von Bundeskanzler Adenauer über das „besondere Interesse McCloys für (die) Judenfrage" unterrichtet[14].

Zweifellos hatte er sein eigenes, offenbar immer noch vorhandenes, „besonderes Interesse" den weltpolitischen Prioritäten seiner Regierung unterzuordnen. Im Dezember 1950 wurde Israel an Amerikas deutschlandpolitischen Wertvorstellungen gemessen, nicht Deutschland den israelpolitischen Prioritäten der USA untergeordnet. Jerusalem, so empfahl nämlich Außenminister Dean Acheson, solle „normale

---

Treffen mit Butterwieser gingen die jüdischen Vertreter unmittelbar im Anschluß an ihr Gespräch mit McCloy.

[13] Zitiert und übersetzt nach Feldman, Special Relationship, S. 51.

[14] Nachlaß Seebohm, Bundesarchiv Koblenz (BAK), NL 178/6b, Kabinettssitzungen, 60. Sitzung, 25. 4. 1950, Punkt 1 der Tagesordnung. In der vom Bundesarchiv Koblenz vorgelegten Edition der Kabinettsprotokolle findet man im Zusammenhang mit der Kabinettssitzung vom 25. 4. 1950 keinen Hinweis, nicht einmal einen indirekten, auf diese Bemerkung. In der Koblenzer Ausgabe erscheint als Punkt 1 der Tagesordnung „Arbeitsbeschaffungsprogramm" (in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 2, 1950, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1984, S. 338). Die zitierte Aufzeichnung über die Unterredung vom 10. 4. 1950 legt den Schluß nahe, daß sich Butterwieser mit dieser Argumentation identifizierte, während McCloy den jüdischen Forderungen wesentlich mehr Sympathie entgegenbrachte. Vgl. zu McCloy und der Wiedergutmachung Sagi, Wiedergutmachung, S. 137 f., auch Katzenstein, Reparations, S. 246. Im Jahre 1988 holte die Geschichte John McCloy ein: Ihm wurde unter anderem vorgeworfen, als stellvertretender Kriegsminister der USA den Plan torpediert zu haben, Auschwitz zu bombardieren und auf diese Weise die dortige Vernichtungsmaschinerie oder wenigstens die Transportwege zu zerstören. Seine Sympathie der Wiedergutmachung gegenüber mag auch Wiedergutmachung seiner eigenen Vergangenheit gewesen sein. „We have a few bones to pick with him and this might be a very convenient occasion to start picking", schrieb Ferencz vor Beginn des eigentlichen Verhandlungsprozesses über McCloy und die Wiedergutmachung (an IRSO am 16. März 1951, Institute for Jewish Research, YIVO, New York, FAD 41 – Box 66). Man verübelte dem Hochkommissar auch seine am 31. Januar 1951 ausgesprochene Amnestie von verurteilten NS-Tätern. Die amerikanischen Juden waren damals keineswegs mit seinem Einsatz für die Wiedergutmachung zufrieden: „We do not want sympathy; we want action ... Go get 'im" (ebenda); ähnlich Ferencz an Saul Kagan, 12. 12. 1951, YIVO, FAD 41 – Box 66. Zum historischen Hintergrund vgl. David S. Wyman, Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der Juden, München 1986, S. 400 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnehmen". Von Vorbedingungen ideeller oder materieller Art war keine Rede[15].

Der Vorschlag des Außenministers blieb zwar nicht unwidersprochen – Washingtons Botschafter in Israel protestierte[16] –, er dokumentiert jedoch die politische Linie des State Department zum Jahreswechsel 1950/51: „Da wir uns in einer Situation wiederfinden, in der *wir* (Hervorhebung durch M.W.) die Deutschen bitten müssen, unsere Verbündeten zu werden, ist die deutsche Regierung in einer starken Verhandlungsposition", hieß es in einem internen Memorandum des Außenministeriums am 1. Februar 1951[17].

Genau in diesen Wochen überreichte Israel den USA, Großbritannien, Frankreich und der UdSSR zwei Noten, in denen die Siegermächte ersucht wurden, in Bonn und Pankow vorstellig zu werden. Deutschland West wie Ost sollten finanzielle Wiedergutmachung an Israel leisten. Die erste Note wurde im Januar 1951 übergeben, die zweite im März.

Schon die Entgegennahme der Note durch den stellvertretenden Leiter der Deutschlandabteilung des State Department, Geoffrey Lewis, verlief am 12. März 1951 nicht gerade verheißungsvoll. Ohne Angabe von Gründen wurden die israelischen Diplomaten, Frau Herlitz und Dr. Keren, nicht, wie zunächst vereinbart, vom Leiter der Abteilung, Henry A. Byroade, sondern eben von seinem Stellvertreter empfangen. Eigentlich hätten sich dieses Problems schon zahlreiche jüdische Organisationen angenommen, bemerkte Lewis. Mit anderen Worten: Zusätzliche Initiativen Israels hielt er nicht für besonders sinnvoll oder notwendig. Der Bitte Israels, die geplante Außenministerkonferenz der vier Siegermächte möge sich mit den Wiedergutmachungsansprüchen an Deutschland befassen, hielt er für unrealistisch. Eine Fülle anderer Probleme gelte es dort zu erörtern[18].

Was Wunder, daß Außenminister Acheson zehn Tage später den Staatssekretär im israelischen Finanzministerium, David Horowitz, und Botschafter Eban ziemlich kühl empfing[19]? Byroade gab sich politisch lauwarm, und das Finanzministerium

---

[15] Acheson an McCloy, 28.12. 1950, National Archives (NA), Washington, D.C., Diplomatic Division, State Department Files, NND 832865, RG 84, Box 2.

[16] Richard Ford an Acheson, 31.12. 1950, ebenda. Ford hatte einen Durchschlag des Schreibens an McCloy erhalten.

[17] Zitiert aus Rolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945–1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Band 2, Frankfurt am Main 1983, S. 403. Bedauerlicherweise verzichtete der Herausgeber auf die Nennung der Abteilung odes des Autors, die bzw. der das Papier verfaßte. – Zur Forderung nach Gleichberechtigung, die Konrad Adenauer unmißverständlich und geradezu demonstrativ erhob, vgl. Baring, Außenpolitik, Band 1, S. 174 ff., 205, 216. Aus der deutschen Perspektive schien dies alles nur sehr mühsam voranzugehen, aus der israelischen sah es freilich anders aus, beängstigend anders, wie noch zu zeigen sein wird.

[18] Esther Herlitz, erster Sekretär der Israel-Botschaft in Washington, an die USA-Abteilung des israelischen Außenministeriums u. a., Bericht über die Weitergabe der Note bezüglich jüdischen Vermögens in Deutschland am 12. März 1951, Washington, D.C., 16.3. 1951, ISA, Außenministerium, 2482/13.

[19] Dean Acheson, Memorandum of conversation, 22.3. 1951, Truman Presidential Library, Acheson Papers, Box 66. Teilnehmer: Acheson, Eban, Horowitz, John A. Waldo von der Nahost-Abteilung des State Department.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeigte die kalte Schulter[20]. Der US-Außenminister hielt die bereits eingeleiteten westdeutschen Entschädigungsleistungen an Einzelpersonen für „im ganzen zufriedenstellend". Die bei der Bevölkerung feststellbare Unbeliebtheit dieses Programms habe zwar zu „Verzögerungen" geführt, doch sei die „Anwendung der Gesetze seitens der deutschen Behörden im allgemeinen loyal". Zusätzliche, außerordentliche Maßnahmen seien nicht gerechtfertigt, zumal die wirtschaftliche Situation Deutschlands den Transfer von Kapital verbiete[21]. Vier Tage nach dem Gespräch mit Acheson teilte Byroade Israels US-Botschafter Eban schriftlich mit, daß es auf der geplanten Konferenz der vier Außenminister „allgemeinere Punkte" gebe, die „grundsätzliche Probleme" betreffen. Israels Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland hielt er hingegen für ein „spezifisches", also untergeordnetes Problem[22].

Folglich ließ man sich in Washington mit der Behandlung des Problems Zeit[23]. Die Israelis ließen aber nicht locker, und der Ton wurde auf beiden Seiten harscher: Am 10. April 1951 bekundete Byroade Eban und Horowitz gegenüber zwar seine moralische Sympathie für die israelischen Forderungen, gab jedoch unumwunden zu, daß er Prioritäten setzen müsse. Angesichts der Notwendigkeit des deutschen Verteidigungsbeitrages sei an zusätzliche Finanzanstrengungen Bonns nicht zu denken. Horowitz konterte: Sollte das israelische Volk verhungern, damit die Deutschen einen Beitrag zur Sicherheit der Alliierten leisteten[24]? Israels Ministerpräsident, David Ben-Gurion, hielt es in einem Gespräch mit Außenminister Acheson am 8. Mai für „unvorstellbar", daß es den Deutschen erlaubt sein sollte, einen höheren Lebensstandard als den der Israelis zu halten[25].

Mitte Juni zog man im Jerusalemer Außenministerium eine erste Bilanz: Israels diplomatischer Vorstoß bei den Westmächten war erfolglos geblieben, und eigentlich bot lediglich die von Deutschland selbst angedeutete Bereitschaft, Wiedergutmachung zu leisten, Anlaß zu Optimismus[26]. Im April war nämlich Staatssekretär

---

[20] Vgl. Katzenstein, Reparations, S. 108. Sie beruft sich u.a. auf die Memoiren von Horowitz und Acheson. Vgl. auch Sagi, Wiedergutmachung, S. 63–65.

[21] Außenminister Acheson an Botschafter Abba Eban, 21. 3. 1951, ISA, Außenministerium, 2482/13.

[22] Henry A. Byroade, Director Bureau of German Affairs, an Botschafter Eban, 26. 3. 1951, ISA, Außenministerium, 2482/13.

[23] Byroade selbst hielt es für notwendig, Eban gegenüber die Verzögerung der Gespräche zu erwähnen (M. Keren, Berater der israelischen Botschaft in Washington, D. C., an USA-Abteilung des israelischen Außenministeriums, 3. 7. 1951, ISA, Außenministerium, 2482/13).

[24] Memo of Conversation, Department of State (Teilnehmer: Abba Eban, David Horowitz, Staatssekretär im israelischen Finanzministerium, Byroade und Alexander F. Kiefer von der Deutschland-Abteilung des State Department), Washington, D. C., 10. 4. 1951, NA, RG 84 Tel-Aviv Consular Post 1950–1952.

[25] Memorandum of Conversation, Ben-Gurion, Acheson, Eban, Washington, D. C., 8. 5. 1951, Harry S. Truman Presidential Library, Papers of Dean Acheson, Box 44, Seite 4.

[26] S. Bendor, USA-Abteilung des israelischen Außenministeriums, an Botschaft in Washington, D. C., 21. 6. 1951, Bericht über die Besprechung im Hause des Außenministers am 19. 6. 1951 mit David Horowitz, Walter Eytan, dem Generaldirektor (Staatssekretär) im Außenministerium, Dr. Leo

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Horowitz mit dem Bundeskanzler in Paris zu einem Geheimgespräch zusammengetroffen, und dabei hatte Adenauer positive Signale in bezug auf Israels Forderungen gegeben.

Die amtliche Antwort der USA kam erst am 5. Juli 1951 und war mit Großbritannien und Frankreich, die ähnlich zurückhaltend reagierten, abgestimmt worden: Die US-Administration „bedauerte", daß sie der Regierung der Bundesrepublik Deutschland keine Reparationszahlungen an Israel aufzwingen („impose") könne[27]. Washington wollte nicht nur nicht zahlen, es wollte Deutschland politisch *sichtbar* aufwerten und als selbständigen Verhandlungspartner auftreten lassen. Daher lehnte es indirekte deutsch-israelische Verhandlungen mit alliierten Vermittlungsdiensten ab. Israel, hieß es in der US-Note, solle mit Westdeutschland *direkt* verhandeln.

Die zweite deutschlandpolitische Ohrfeige erhielt Israel fast gleichzeitig, denn am 9. Juli 1951 erklärten die drei Westmächte den Kriegszustand mit Deutschland für beendet. (Man muß hier freilich auch die Querverbindung zu Japan ziehen, mit dem die USA kurz danach, am 8. September 1951, einen Friedensvertrag unterzeichneten.)

Zuvor hatte Jerusalem die Westmächte darum ersucht, mit diesem Schritt so lange zu warten, wie sich die Bundesregierung weigere, öffentlich ein Wort des Bedauerns über die nationalsozialistischen Greuel gegen die Juden zu äußern, oder die Bereitschaft bekunde, Reparationen an Israel und das jüdische Volk zu leisten[28]. Gefordert wurde, wohlgemerkt, eine öffentliche Erklärung, denn bekanntlich hatte Adenauer nicht öffentlich die Bereitschaft hierzu bereits signalisiert.

Jetzt, nach dem Druck *auf Israel*, begannen hinter den Kulissen Vorgespräche über eine öffentliche Erklärung. Dabei weigerte sich Adenauer hartnäckig, einer wichtigen jüdisch-israelischen Forderung nachzukommen, nämlich dem deutschen Volk eine Kollektivschuld für die NS-Verbrechen zuzuweisen. Ende September hatte man endlich einen Kompromiß gefunden – ohne amerikanische Nachhilfe[29]. Am 27. September 1951 erklärte Adenauer im Bundestag die bundesdeutsche Bereitschaft, Wiedergutmachung an Israel und die Juden zu leisten.

Wie verhielten sich die USA danach? Im November 1951 gab Außenminister Acheson seinem israelischen Kollegen Sharett eine „sehr unangenehme Antwort": Die USA würden sich deutschen Wiedergutmachungszahlungen nicht widersetzen, sofern sie die Deutschen selbst leisteten und nicht auf Kosten der amerikanischen Hilfe an Bonn gingen[30]. Auf diesen Einwand, der inzwischen keineswegs neu war, hatte Jerusalem noch immer kein stichhaltiges Gegenargument gefunden, denn „auf

---

Kohn, dem Politischen Berater des Außenministers, Dr. Robinson, Rosen, Meron, Comay, Bendor und Evron, ISA, Außenministerium, 3063/18.

[27] Vgl. Brecher, German Reparations, S. 77.

[28] The Times, London, 10.7. 1951.

[29] Mit diversen Belegen aus dem israelischen Außenministerium werde ich demnächst hierauf näher eingehen.

[30] Außenminister Sharett an David Horowitz und Dr. Shinnar, 21.11. 1951, ISA, Außenministerium, 2417/3.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diesen Teil des Gespräches war ich nicht genügend vorbereitet", bemerkte Sharett selbstkritisch[31].

Direkte Gespräche mit Bonn waren nun unumgänglich. Nach tumultartigen Auseinandersetzungen war Anfang Januar 1952 die israelische Regierung von der Knesset, dem israelischen Parlament, hierzu ermächtigt worden. „Die Regierung der Vereinigten Staaten wird das Ergebnis der Verhandlungen mit Sympathie und Interesse beobachten", teilte Acheson dem israelischen Botschafter am 24. Januar 1952 mit[32]. Von Druck war keine Rede.

Am 21. März 1952 begannen die direkten deutsch-israelischen Verhandlungen in Wassenaar bei Den Haag, und schon Anfang April steckten sie in einer Sackgasse. Alleine schienen sich Deutsche und Israelis nicht einigen zu können. Was war umstritten? Zweierlei. Erstens die Höhe der Forderungen. Den Deutschen war eine Milliarde Dollar erheblich zu viel. Zweitens, meinte Abs, und mit ihm Finanzminister Schäffer, müsse vor dem Wiedergutmachungsabkommen auf der zur gleichen Zeit stattfindenden Londoner Schuldenkonferenz ein Vertrag mit allen Gläubigern der deutschen Vor- und Nachkriegsschulden ausgehandelt werden. Erst dann wisse man, was auf Deutschland finanziell zukomme. Das war auch die Position der USA und der übrigen Gläubiger, die nicht die geringste Neigung verspürten, zugunsten Israels ihre eigenen Forderungen zurückzustellen[33].

Acheson billigte in einem Telegramm an Hochkommissar McCloy ausdrücklich die Verhandlungspositions von Abs, Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Auge zu behalten. Um die Koordination zwischen den Wiedergutmachungsverhandlungen und der Schuldenkonferenz zu verbessern, sollten die Deutschen die „übliche zeitliche Verzögerung zwischen Vorschlägen und endgültig verbindlichen Verpflichtungen nutzen". Mit anderen Worten: sie sollten Zeit schinden. Um jedoch die Schwierigkeiten der israelischen Regierung nicht noch zu vermehren, sollten die Wiedergutmachungsverhandlungen nicht verschoben werden, fügte der Außenminister hinzu und schlug dem Hochkommissar vor, „diese Ansichten Abs informell mitzuteilen"[34].

Ohne finanzielle Hilfe der USA, davon waren Abs und Schäffer überzeugt, könne man ohnehin keine Wiedergutmachung leisten[35]. Am 4. April – die deutsch-israelischen Verhandlungen in Wassenaar steckten bereits in der Krise – traf Botschafter Eban mit dem stellvertretenden Leiter der Deutschlandabteilung des State

[31] Ebenda.

[32] Nach Jerusalem weitergeleitet von Esther Herlitz am 28. 1. 1952, ISA, Außenministerium, 2482/14.

[33] So die Einschätzung von Margolis, Leiter des Office of German Economic Affairs, der israelischen Botschaft am 29. 4. 1952 übermittelt (ISA, Außenministerium, 2482/15).

[34] Telegramm Acheson an McCloy, London, 3. 3. 1952, NA, Nachlaß McCloy, Box 37.

[35] Abs dachte z. B. an eine Stundung der deutschen Schulden oder eine Anleihe in den USA (Abs an Adenauer, 7. 4. 1952, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Nachlaß Adenauer). Vgl. ausführlich R. Huhn, Die Verhandlungen über das Wiedergutmachungsabkommen in Wassenaar, in: Ludolf Herbst und Constantin Goschler (Hrsg.), Wiedergutmachung; Michael Wolffsohn, Adenauer und die Opposition in der Bundesregierung, in: ebenda. Zitate auch bei Kai von Jena.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Department, Geoffrey Lewis, zusammen. Dieser bat den Israeli um Verständnis – für die Deutschen. Israels finanzielle Forderungen seien für Deutschland tatsächlich eine enorme Belastung[36]. Er riet außerdem, ganz im Sinne der von McCloy überbrachten Botschaft Achesons an Abs, sich etwas in Geduld zu üben[37]. Genau das aber widersprach den israelischen Absichten, denn tags zuvor hatte Eban Acheson „ganz dringend gebeten" („urge"), die USA möchten ihre „einzigartige Verantwortung und ihren ganzen Einfluß in deutschlandpolitischen Fragen" zugunsten einer Verhandlungslösung geltend machen[38].

Doch Acheson wich nicht von seinem Kurs ab: Zeit sollte den Deutschen zugestanden werden, telegrafierte er an McCloy am 4. April. Es gebe keinen Grund, am guten Willen der deutschen Seite zu zweifeln, die nicht zu „Verpflichtungen gedrängt werden soll", welche ihre „Abhängigkeit von den USA erhöhen". Trotzdem sollte der Hochkommissar Adenauer „diskret" auf die Schwierigkeiten der israelischen Regierung aufmerksam machen, weil es den USA „wichtig ist, daß die Konferenz nicht scheitert"[39].

Auch im britischen und französischen Außenministerium waren Israelis vorstellig geworden – genau so erfolglos. Ohne helfende Zwischenträger sollten sie sich mit den Deutschen einigen, empfahl man ihnen, sowohl im Foreign Office wie im Quai d'Orsay[40].

Inzwischen hatte McCloy die Anweisungen seines Außenministers erhalten, über die sich Herbert Blankenhorn im Auftrag des Bundeskanzlers offenbar am 8. April informierte.

Am 7. April unterbreitete die deutsche Delegation ein für Israel enttäuschendes Angebot von drei Milliarden DM, ohne Termine oder Jahreszahlungen zu nennen. Am 9. April reagierte das amtliche Bonn auf die Forderungen aus Jerusalem. Die israelische Delegation in Wassenaar war über die ausweichende deutsche Antwort empört und brach die Verhandlungen ab[41].

---

36 Bericht über die Unterredung, geheim, ISA, Außenministerium, 2482/14.

37 Ebenda. Diesen Rat hatte er schon kurz zuvor den Israelis erteilt (E. Herlitz an Shinnar, Washington, D.C., 27.3.1952, ISA, Gesandtschaft Washington, 344/23).

38 A. Eban an Acheson, Washington, D.C., 3.4.1952, ISA, Außenministerium, 2482/14.

39 Acheson an McCloy, Washington, D.C., 4.4.1952, NA, Nachlaß McCloy, German-Israeli Restitution Conference, Box 38.

40 Gifford, US-Botschaft in London, an Acheson, 4.4.1952, NA, DC/R, 662A.84A/4-452.

41 In bezug auf Blankenhorn vgl. Adenauer an Abs, 8.4.1952, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Nachlaß Adenauer. – Die Sitzung, auf der die deutsche Entscheidung vorbereitet und getroffen wurde, fand am Vormittag des 5. April 1952 statt. Am 4. April, also einen Tag vor der entscheidenden Sitzung, hatte McCloy den Kanzler über Achesons Haltung informiert. Am Nachmittag des 5. April sprachen Abs, Böhm und Küster mit dem US-Hochkommissar und unterrichteten ihn über die Entscheidung des Vormittags, d.h. die Festlegung der Summe auf drei Milliarden, ohne Termine und Annuitäten zu nennen (vgl. Huhn und Wolffsohn, in: Herbst). Abs fühlte sich von McCloy bestens verstanden (Abs an Adenauer, 7.4.1952, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Nachlaß Adenauer). Der „Druck" der USA führte demnach zu einer mit dem Hochkommissar abgesprochenen deutschen Entscheidung, die Israel enttäuschte, ja empörte.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Inzwischen hatte Jerusalem mit Hilfe der amerikanisch-jüdischen Organisationen eine diplomatische Offensive, ja, Eskalation eingeleitet, bis zu Präsident Truman, der am 21. April mit Jacob Blaustein vom American Jewish Committee zusammentraf. Dieser bat den amerikanischen Präsidenten um eine öffentliche Erklärung zugunsten der israelisch-jüdischen Forderungen, um auf diese Weise Druck auf Deutschland auszuüben. Doch Truman holte sich zunächst bei seinem Außenminister Rat, und dieser sprach sich gegen eine öffentliche Stellungnahme seitens des Präsidenten aus[42]. Die israelisch-jüdischen Forderungen „müssen in die Grenzen der deutschen Kapazität gebracht" und in eine Beziehung zu den „anderen Verpflichtungen" der Bundesregierung, vor allem auf der Londoner Schuldenkonferenz, gesetzt werden. Eine öffentliche Stellungnahme der US-Regierung würde bei der deutschen und israelischen Regierung die Hoffnung wecken, daß die USA willens wären, die deutschen Zahlungsverpflichtungen indirekt zu finanzieren. Nur hinter den Kulissen („privately") sollte man die Bundesregierung wissen lassen, daß Washington auf einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen hoffe, die zudem möglichst bald wiederaufgenommen werden sollten[43].

In diesem Sinne scheint der Präsident entschieden zu haben, denn fast wörtlich stimmten die Anweisungen des Außenministers an Hochkommissar McCloy mit den Empfehlungen an Truman überein[44]. Eingeleitet wurde Ende April eine konzertierte Aktion der drei Hochkommissare, die nun gemeinsam Bundeskanzler Adenauer – hinter den Kulissen – ihr „fortgesetztes Interesse an einem erfolgreichen Ergebnis der Haager Verhandlungen" bekundeten. Doch hegten sie, wie es der britische Außenminister Eden formulierte, keinen Zweifel an „Dr. Adenauers Aufrichtigkeit in dieser Sache"[45]. Trotz der britischen Bereitschaft, auch Mitte Mai noch einmal zu intervenieren, kam es zu keiner neuerlichen Interessenbekundung, da McCloy hierzu nicht ermächtigt wurde[46].

Wie Acheson Goldmann, Blaustein und anderen amerikanisch-jüdischen Vertretern anvertraute, lehnte er eine öffentliche Stellungnahme der USA auch noch aus einem anderen Grunde ab: Den innenpolitischen „Gegnern des Bundeskanzlers" sollte keine Gelegenheit zu der Behauptung gegeben werden, er sei von den USA gezwungen worden, Angebote zu unterbreiten, die gegen Deutschlands Interessen

---

[42] Dean Acheson, Memorandum for the President, 22.4. 1952, Truman Presidential Library, President's Secretary Files. Sagi, Wiedergutmachung, S. 139 schreibt, Blaustein sei am 7.4. 1952 bei Truman gewesen. Aus einem Telegramm Achesons an McCloy (Washington, D.C., 9.5. 1952, NA, Nachlaß McCloy, Box 41) geht hervor, daß es der 21.4. 1952 war.

[43] Ebenda.

[44] Telegramm Achesons an McCloy, Washington, D.C., 22.4. 1952, NA, Nachlaß McCloy, Box 38.

[45] Anthony Eden an Hector, 21.5. 1952. Eine Kopie des Schreibens sandte Hector an Easterman von der Claims Conference, ISA, Gesandtschaft Paris 166/1. Vgl. zur britischen und französischen Haltung die Magisterarbeit meines Forschungsmitarbeiters Ulrich Brochhagen, Großbritannien und Frankreich zur deutschen Wiedergutmachung, Ludwig-Maximilians-Universität München 1988. Die Studie basiert auf britischen und französischen Regierungsakten.

[46] Frank K. Roberts, Foreign Office, London, an M. Keren von der Israel-Botschaft in London, 22.5. 1952, ISA, Gesandtschaft Paris 166/1.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerichtet seien[47]. Mit anderen Worten: Die Wiederholung des Vorwurfes, er sei der „Kanzler der Alliierten", wollte man Adenauer ersparen. Anders als damals, nach dem Abschluß des Petersberger Abkommens, erwartete man diesmal diesen Vorwurf eher aus den Reihen der regierungsinternen Gegner. Das legt die Aufzeichnung dieser Unterredung nahe[48]. Schließlich war jedermann bekannt, wie rückhaltlos die SPD die Absicht, Wiedergutmachung an Israel zu leisten, unterstützte. Mitte Mai war die Krise immer noch nicht überwunden, ja, sie hatte sich bis zum 18. Mai auf der bundesdeutschen Seite dadurch verschärft, daß Böhm und Küster, die bisherigen deutschen Vertreter bei den Verhandlungen mit Israel, nicht mehr, wie zuvor, nur intern, sondern nun auch in aller Öffentlichkeit auf Distanz zu ihrer eigenen Regierung gegangen, das heißt zurückgetreten waren.

Bedenken muß man, daß gleichzeitig pausenlos mit den Westmächten über den Deutschlandvertrag und die EVG gerungen wurde. Würden die deutsch-israelischen Wellen auf diese Verhandlungen überschwappen? Der Bundeskanzler scheint es befürchtet zu haben. „Der Abbruch der Verhandlungen mit Israel hat zu einer unter Umständen verhängnisvollen politischen Auswirkung geführt", teilte er am 21. Mai Hermann Josef Abs mit[49]. Da die deutsch-israelische Krise schon eine Weile geschwelt hatte, nämlich seit Anfang April, dürfte die Sorge des Kanzlers den Reaktionen der Westmächte auf die Zuspitzung der deutsch-israelischen Probleme gegolten haben. Zu den „unter Umständen verhängnisvollen politischen Auswirkungen" hätten „die Herren Küster und Professor Böhm durch ihr sehr tadelnswertes Auftreten beigetragen", meinte Adenauer weiter in seinem Schreiben an Abs und fügte hinzu: „Wir müssen die Verhandlungen mit Israel sofort wieder in Gang bringen."[50] Adenauers Sorge war Israels Gelegenheit: Am 22. Mai 1952 wandte sich Außenminister Sharett an seine Amtskollegen in Washington, London und Paris: Könne „Deutschlands guter Ruf zu einer Zeit wiederhergestellt werden", fragte der israelische Außenminister, in der die „Haftpflicht" für die vom Nazi-Regime begangenen Straftaten, die Plünderungen und Zerstörungen jüdischen Vermögens in ganz Europa von dessen Nachfolgern noch nicht einmal teilweise eingelöst wurde"[51]?

Diplomatisch verpackt, doch unübersehbar schob Sharett den drei Westmächten eine zumindest indirekte Verantwortung für die entstandene Situation zu: Sie hätten Israel seinerzeit „geraten" („advised"), in direkten Verhandlungen mit Westdeutschland eine Lösung zu suchen. Zunächst habe man in den Gesprächen, die seitdem mit der Bonner Regierung geführt worden seien, Fortschritte erzielt. „Neuerdings" wende die deutsche Seite aber eine „zweideutige Taktik" an und zeige sich nur noch

[47] Memorandum of Conversation, Truman Library, Acheson Papers, 5. 5. 1952, Box 67.

[48] Auch das Telegramm Achesons an McCloy, 9. 5. 1952, NA, Nachlaß McCloy, Box 41.

[49] Adenauer an Abs, 21. 5. 1952, Nachlaß Adenauer.

[50] Ebenda.

[51] Außenminister Sharett an die Außenminister der USA, Frankreichs und Großbritanniens, 22. 5. 1952, ISA, Außenministerium, 2482/15; auch in ISA, 2543/9 mit Begleitschreiben des israelischen Botschafters in Paris an Außenminister Robert Schuman und US-Botschafter J. C. Dunn, 23. 5. 1952.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bereit, eine „unbedeutende" Summe zu zahlen. Die unterbrochenen Verhandlungen drohten insgesamt zu scheitern. Der Vertrauensbruch habe sogar in der Bonner Regierung „zu starken Protesten und zum Rücktritt der beiden Leiter der Delegation in Den Haag geführt"[52].

Der Durchbruch in der Wiedergutmachungsfrage wurde am 23. Mai erzielt: Goldmann und Böhm hatten in Paris die Weichen gestellt – ohne amerikanische Nachhilfe[53]. Erst zwei Tage nach dieser entscheidenden Wende wandte sich Acheson selbst an den Bundeskanzler. Am Rande der Gespräche über Deutschlandvertrag und EVG bekundete er dem Kanzler gegenüber die amerikanische Hoffnung auf eine „zufriedenstellende Regelung" der „israelischen und jüdischen Ansprüche". Er fügte freilich zwei entscheidende Aussagen hinzu: Daß nämlich mit einer amerikanischen Finanzhilfe hierfür nicht zu rechnen sei und daß die Regelung für beide Seiten, für die israelische wie die deutsche Seite, zufriedenstellend sein müsse[54]. Da sich Böhm und Goldmann inzwischen nähergekommen waren, konnte Adenauer den US-Außenminister schnell beruhigen, und dieser signalisierte „Genugtuung"[55]. Daß die israelische Seite enttäuscht war, kann nicht überraschen[56].

Von der Atmosphäre der Begegnung zwischen Acheson und Adenauer gab es allerdings auch eine andere und für Israel erfreulichere Schilderung: Geoffrey Lewis berichtete Frau Herlitz, daß der Außenminister dem Kanzler förmlich die „Leviten gelesen" und er seinen Chef noch nie so „entschlossen" gesehen habe[57]. Mag sein, aber der Durchbruch war schon vorher erfolgt, am 23. Mai. Nachteilig war die Nachhilfe Achesons natürlich nicht. Nur: Sie war eben nicht entscheidend.

Nun ging es zügig voran, wobei eine Begegnung zwischen Adenauer und Goldmann am 28. Mai weitere Hindernisse aus dem Weg räumte. Die restlichen Stolpersteine bis zum Abschluß des Vertrages am 10. September 1952 waren innerdeutsch. Auf den Weg gelegt wurden sie vornehmlich von Finanzminister Fritz Schäffer, und beiseite geräumt wurden sie vom Bundeskanzler, nicht vom amerikanischen Außenminister.

Daher war Botschafter Ebans am 22. September 1952 ausgesprochener Dank an Acheson eine gewaltige Übertreibung. Ohne die „freundliche Unterstützung" des Außenministers und seines Mitarbeiterstabes wäre die Unterzeichnung dieses Abkommens unmöglich gewesen, behauptete Eban[58]. Sicherlich war die Übertrei-

---

52 Ebenda.

53 Bericht Böhms an Adenauer, 24. 5. 1952, PA/AA II 244-14. Die Entscheidung in Bonn fiel am 20. Mai; vgl. Wolffsohn, Adenauer und die Opposition.

54 Confidential Security Information, G. Lewis, 25. 5. 1952, NA, Nachlaß McCloy, Box 42.

55 Ebenda. Am 3. 6. 1952 informierte Acheson seinen israelischen Amtskollegen über dieses Treffen und betonte auch ihm gegenüber die Notwendigkeit einer für beide Seiten zufriedenstellenden Regelung (ISA, Außenministerium, 2482/18). Inoffiziell war die israelische Botschaft in Washington schon vorher unterrichtet worden (vgl. Anm. 56).

56 E. Herlitz an Shinnar, 3. 6. 1952, ISA, Außenministerium, 2482/15.

57 E. Herlitz an USA-Abteilung des Außenministeriums, 3. 6. 1952, ISA, Außenministerium, 2482/15.

58 Memorandum of Conversation, 22. 9. 1952, Acheson Papers, Truman Library, Box 67 a.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bung zugleich diplomatisch motiviert, denn noch in derselben Unterredung bat er den US-Außenminister darum, Kanzler Adenauer „zu einer raschen Ratifizierung des Abkommens" durch den Bundestag zu ermutigen. Auch beim Anpeilen dieses Zieles zeigte Acheson wenig Neigung, nachzuhelfen. Der arabische Druck werde die Bundesregierung nicht davon abhalten, die Ratifizierung voranzutreiben, entgegnete er und vollzog einen für Eban sicherlich ebenso unerwarteten wie unerfreulichen Themenwechsel: Nach der Unterzeichnung des deutsch-israelischen Abkommens, so hoffe er, werde Jerusalem „sich des Problems der Entschädigung arabischen Eigentums in Israel annehmen".

Daß Washington diesen inhaltlichen Zusammenhang zwischen beiden Arten einer Wiedergutmachung herstellte, wurde arabischen Politikern wiederholt mitgeteilt[59], und Ratifizierungs-Nachhilfe wäre daher für die Vereinigten Staaten politisch schädlich gewesen. „Zu viel Gerede unsererseits würde die Araber lediglich in ihrer Überzeugung bestärken, wir hätten die Deutschen zum Abschluß des Abkommens gedrängt", meinte man zum Beispiel in der Beiruter US-Botschaft wenige Tage vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, die den Republikaner Eisenhower ins Weiße Haus brachten[60].

Noch kurz vor dem Wechsel der Administrationen, am 10. Dezember, hatte Jerusalem einen weiteren Vorstoß in Washington unternommen, um die Ratifizierung zu beschleunigen und abzusichern[61]. Er blieb erfolglos: „We have attempted to follow the line with the Arab States that it is strictly a German-Israeli matter", hieß es in einem geheimen internen Memorandum der Nahost-Abteilung des State Department vom 18. Dezember 1952[62]. Eine Intervention in Bonn würde eine einseitige Stellungnahme zugunsten Israels bedeuten, und man solle daher die weiteren Entwicklungen „mit Interesse" beobachten, so hieß es weiter.

b) Die Eisenhower-Administration

Nach dem Wechsel von der Truman- zur Eisenhower-Administration änderte sich die amerikanische Politik gegenüber der westdeutschen Wiedergutmachung an Israel nicht. Auch die geostrategischen Prioritäten der USA im Nahen Osten blieben konstant.

Hier suchten beide Administrationen seit 1951 bzw. seit 1953 im arabischen Lager Partner für ein antisowjetisches Militärbündnis, das die NATO regional ergänzen sollte. „Middle East Command" hieß das Stichwort für die Truman-Regierung, „Middle East Defence Organization" (MEDO) für die Eisenhower-Administration.

---

[59] Truman Library, Summary of Telegrams, Office of the Secretary of State, 2.10. 1952, Papers of Naval Aide, Box 24, Daily Briefs, October 1952. In bezug auf libanesische Politiker vgl. ebenda, 13.11. 1952. In bezug auf den damals starken Mann in Ägypten, Naguib, Daily Briefs November 1952.

[60] Vgl. Anm. 59, Dokument vom 2.10. 1952. Zur arabischen Überzeugung in bezug auf die amerikanische Rolle vgl. ebenda, 13.11. 1952.

[61] Der israelische Botschafter Eban an Acheson, 10.12. 1952, ISA, Außenministerium, 3028/3.

[62] Waller (Near East) an W. P. Blumberg (GPA), 18.12. 1952, NA, DC/R, 662A.84A/12-1852.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zu den wichtigsten finanzpolitischen Zielen der neuen Regierung zählte ein ausgeglichener Haushalt, so daß an materielle Hilfestellungen der USA bei der deutschen Wiedergutmachung an Israel noch weniger zu denken war als während der Amtszeit Trumans. Auch die neue US-Regierung wurde von Jerusalem um Druck auf Bonn gebeten, weil die Ratifizierung im Bundestag gefährdet schien. Washington winkte ab, und dabei konnte die republikanische Eisenhower-Administration innenpolitisch ungebundener auftreten als die demokratische Truman-Regierung. Die Demokraten stützten sich bekanntlich seit 1932, besonders seit 1936, auf die sogenannte „Roosevelt-Koalition", das heißt auf die Wähler von Minderheitengruppen, von denen die US-Juden eine außerordentlich wichtige bildeten.

Globalpolitisch sprach wenig für pro-israelischen Druck. Warum sollte die Eisenhower-Administration wenige Wochen vor der geplanten Nahostreise von Außenminister Dulles die Araber verprellen, zumal die Visite die arabischen Staaten für eine militärische Allianz mit dem Westen gewinnen sollte? Geostrategisch betrachtet war die Zurückhaltung der USA verständlich, denn Ende 1952 verfügten sie einerseits über recht gute Kontakte zu den seit dem 23. Juli 1952 herrschenden Freien Offizieren in Ägypten, dem wichtigsten arabischen Nahoststaat, und andererseits drohte dem Westen gerade dort ein Problem: Es war abzusehen, daß Ägypten die Reste der britischen Präsenz abbauen wollte. Dieses sich abzeichnende geo- und regionalstrategische Loch galt es für den Westen zu stopfen, und Ratifizierungsnachhilfe hätte dabei geschadet.

Daher lehnte Washington auch den Wunsch Bonns ab, zwischen Westdeutschland und Arabern in Sachen Wiedergutmachung zu vermitteln. Brentano und Adenauer hatten darum gebeten[63].

Diese regional- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen blieben den bundesdeutschen Kritikern des Wiedergutmachungsabkommens natürlich nicht verborgen. Ihr kabinettsinterner Wortführer, Finanzminister Fritz Schäffer von der CSU, sprach dies in der Ministerrunde im Februar 1953 unverblümt aus: „Wenn den Alliierten wirklich so viel an dem Zustandekommen des Vertrages mit Israel liegt, muß es ihnen ein leichtes sein, dies der Bundesrepublik zu ermöglichen."[64] Er wurde noch deutlicher und schlug vor, die Alliierten sollten entweder das Abkommen oder die Wiederbewaffnung finanzieren. Die Bundesrepublik könne kaum das eine von beiden, geschweige denn beides.

Genau das aber war die amerikanische Befürchtung, denn als finanzieller Helfer schied Großbritannien aus, und das ebenfalls finanzschwache Frankreich war schon kaum zur Akzeptierung der deutschen Bewaffnung zu bewegen gewesen. An deren Mit- oder gar Hauptfinanzierung durch Frankreich war nicht zu denken. Wohlge-

[63] Vgl. den Brief Heinrich von Brentanos, des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, an Bundeskanzler Adenauer, 11.12. 1952, BAK, Nachlaß von Brentano, 239, Bd. 155, Blatt 322f., und die Antwort des Kanzlers an Brentano, 23.12. 1952, Blatt 320f.

[64] BAK, Nachlaß Schäffer, 168, Bd. 33, Blatt 608, Kabinettssitzung 13.2. 1953, vgl. auch Kabinettssitzung vom 3.2. 1953, Blatt 601. Ausführlich dazu Wolffsohn, Adenauer und die Opposition.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

merkt: Die selbstsichere Argumentation Schäffers wurde im Februar 1953 vorgetragen, unmittelbar *nach* dem Amtsantritt der Eisenhower-Dulles-Administration und unmittelbar *vor* der Ratifizierungsdebatte im Bundestag, die am 18. März stattfand. Wie niedrig der Stellenwert der westdeutschen Wiedergutmachung an Israel bei der Eisenhower-Dulles-Administration anzusetzen war, bewies ihr Verhalten während des Suez-Feldzuges vom Herbst 1956 und in den darauf folgenden Monaten. Anders als 1953 brauchten die USA im Frühjahr 1957 Ägypten nicht mehr zu umwerben. Hier hatte die Sowjetunion inzwischen eine politische Bastion gewonnen. Sie lieferte seit September 1955 Waffen und konnte seit Mitte 1956 durch amerikanische Ungeschicklichkeiten mit der politischen Vorbereitung der Errichtung des Assuan-Staudammes beginnen. Aus Sorge um eine Konfrontation mit der Sowjetunion und zur Beschwichtigung der verbliebenen Partner des Westens in der arabischen Welt nahmen die USA im Herbst 1956 und Frühjahr 1957 Israel unter Druck. Dabei war ihnen auch das Einfrieren der deutschen Wiedergutmachungslieferungen ein willkommenes Mittel. Ja, sie baten Bonn ausdrücklich um diesen Schritt[65]. Am 31. Oktober 1956 verkündete Regierungssprecher von Eckardt, Bonn werde die Wiedergutmachungszahlungen und -lieferungen an Israel einstellen, sofern der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Israel zum Aggressor erkläre[66].

Einen Tag später, „in einem Moment der großen Krise in den Angelegenheiten meines Landes", appellierte Israels Ministerpräsident David Ben-Gurion an Bundeskanzler Adenauer, diese Maßnahme nicht zu treffen[67]. Es sei ihm berichtet worden, die deutsche Regierung beabsichtige diesen Schritt „aufgrund ihrer Neutralität" im Konflikt. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein derart weitreichender Vorschlag ... Ihre Billigung oder Zustimmung findet", betonte Ben-Gurion und hob ausdrücklich Adenauers „noble Rolle" bei der „historischen Entwicklung" der Wiedergutmachung hervor. Diese Rolle „wird niemals vergessen werden ... Mein Volk und ich erinnern uns mit größter Wertschätzung, Herr Bundeskanzler, an Ihren unzweideutigen und entschiedenen Standpunkt in der Vergangenheit angesichts des Drucks und der Drohungen von arabischer Seite. Das ermutigt mich, daran zu glauben, daß Ihre Einstellung auch in unserer gegenwärtigen Krise nicht wanken wird und Israels Aufbau- und Erlösungswerk mit Ihrer Hilfe ohne Hindernisse und Unterbrechung fortgesetzt wird."[68]

---

[65] Haaretz, 20. 2. 1957, S. 1.

[66] New York Times, 1. 11. 1956. Auf der Sitzung des Bundeskabinetts am 30. 10. 1956 wurde über Ungarn, nicht jedoch über Suez gesprochen (vgl. Nachlaß Schäffer, BAK, NL 168/34). Der Leiter der Nahostabteilung des Auswärtigen Amtes, Voigt, hatte bereits vor Beginn der Kampfhandlungen mit einem israelischen Angriff gerechnet. Für diesen Fall hatte er ziemlich deutlich die Einstellung der Wiedergutmachungszahlungen empfohlen (Ausarbeitung Voigt, ohne Datum, PA/AA, 850 Suez-Kanal, Band 4). Amerikanische Nachhilfe war hier nicht nötig. Schon seit 1954 gab sich die Bürokratie des Auswärtigen Amtes gegenüber Israel demonstrativ selbstsicher, sogar herausfordernd gab (vgl. Y. Jelinek und M. Wolffsohn, Berührungsängste und Rollenwechsel. Miszelle zur Frühphase deutsch-israelischer Diplomatenkontake, in: Orient, Heft 2/1988).

[67] Ben-Gurion an Adenauer, 1. 11. 1956, ISA, Außenministerium, 2543/11.

[68] Ebenda.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Von sechs Absätzen, die dieser Brief umfaßte, galten dreieinhalb der Würdigung Konrad Adenauers im Zusammenhang mit den deutsch-israelischen Beziehungen. Wie wichtig Adenauer und die Bundesrepublik Deutschland in den Augen Ben-Gurions waren, geht nicht nur aus dieser Lobpreisung hervor, sondern auch aus dem Datum. Israel befand sich wirklich in einer Krise: Der weltpolitisch wichtigste Partner, die USA, standen nicht auf seiner Seite, und die Lieferungen im Rahmen des Wiedergutmachungsabkommens betrachtete nicht nur Ben-Gurion als lebenswichtig.

Elf Jahre nach Kriegsende wendet sich der Premier des jüdischen Staates Hilfe suchend an den deutschen Kanzler! Eine wahrhaft historische Situation.

Ben-Gurion bat nicht vergeblich: Die Wiedergutmachungsleistungen wurden nicht unterbrochen, und am 19. Februar 1957 erklärte Adenauer den Amerikanern offiziell, daß er nicht bereit sei, ihrem Ersuchen zu entsprechen, die Lieferungen im Rahmen des Luxemburger Abkommens einzustellen[69].

Die langfristigen Folgen, die Adenauers Verhalten während dieser Krise für die deutsch-israelischen Beziehungen hatte, können wir hier nicht erörtern. Nur so viel sei gesagt: Danach drängte gerade Israel nicht mehr nur auf Wiedergutmachung, sondern vor allem auf Zusammenarbeit – nicht zuletzt auf militärischem Gebiet. Sie begann noch im selben Jahr, also 1957, und hierfür nahm Ben-Gurion sogar Regierungskrisen in Kauf, denn unumstritten war diese Politik in Israel natürlich nicht.

Wir fassen zusammen: Weder die Truman- noch die Eisenhower-Administration waren bereit, wegen der Wiedergutmachung an Israel Bonn in Verlegenheit zu bringen. Jerusalemer Verlegenheiten nahm man eher hin – wegen der geostrategischen und finanzpolitischen Prioritäten.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß sich die Eisenhower-Administration, von 1954 bis 1956, in den kritischen Phasen der israelisch-jüdischen Wiedergutmachungsvorstöße in Richtung *Wien* und *Ost-Berlin* ebenfalls außerordentlich zurückhielt. Wir werden dies später noch erörtern.

Es bleibt dabei: Die westdeutsche Wiedergutmachung an Israel wurde geleistet, weil es die Mehrheit der politischen Entscheidungsträger der Bundesrepublik Deutschland wollte, nicht aufgrund amerikanischen Druckes und schon gar nicht aufgrund eines inneren Bedürfnisses oder Wollens der Mehrheit der Bundesbürger.

2. Die Sowjetunion

Die Haltung der DDR zum Problem der Wiedergutmachung an Israel bleibt ohne einen Streifzug durch die sowjetisch-israelisch-nahöstlichen Beziehungen unverständlich. Daß die Sowjetunion nicht willens war, die DDR zu Wiedergutmachungsleistungen an Israel zu ermuntern, hängt mit den globalen, regionalen, bilateralen und nicht zuletzt mit den innenpolitischen Prioritäten der UdSSR zusammen.

Nationaljüdische Bestrebungen, seien sie zionistisch oder auch nur Autonomie-

[69] Haaretz, 20. 2. 1957, S. 1.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

orientiert, waren in den Reihen der russischen Kommunisten stets beargwöhnt worden. Im sowjetischen Vielvölkerstaat bedeutete damals (wie auch heute) nationaljüdischer Aktivismus eine Gefahr für das ohnehin delikate Gleichgewicht der Nationalitäten.

Als Schlüssel zur sowjetischen Israelpolitik erwies sich häufig die Nationalitätenpolitik der UdSSR. Yaacov Ro'i hat dies in seiner Studie eindrucksvoll für die Jahre 1947 bis 1954 belegt[70].

Daß sich die UdSSR im Mai und November 1947 in der UNO für die Teilung Palästinas, und damit für die Gründung des jüdischen Staates, aussprach, entsprach einem kurzfristigen Primat der Außen- vor der Innenpolitik. Die Gründung Israels, so die Überlegung Moskaus 1947, bedeute zwangsweise das Ende des britischen Mandats in Palästina und damit eine Schwächung des Westens in Nahost. Deshalb erhielt Israel 1948 im ersten Krieg gegen die Araber über die Tschechoslowakei Waffen aus der Sowjetunion.

1949 war Israels Existenz mehr oder weniger gesichert. Großbritannien, also der Westen, sah sich besonders in Ägypten mit Problemen konfrontiert. Aus der Suez-Kanalzone sollten die Briten endlich heraus, meinte man in Ägypten und in der Sowjetunion. Vorsichtige Moskauer Fühlungnahmen boten sich an. Sie boten sich auch deshalb an, weil der Kreml seit 1949 nicht mehr nur zwischen sozialistischen Freunden und kapitalistischen Feinden unterschied, sondern nun auch die jungen, blockfreien Staaten der sogenannten Dritten Welt zunehmend umwarb. Die Konferenz von Bandung im April 1955 war der Höhepunkt dieser Bemühungen. Die arabischen Staaten, so plante man seit 1949, könnten im „Block" der Blockfreien aufgrund ihres antiwestlichen Befreiungskampfes nützliche Partner des Ostens werden. Nicht heute, nicht morgen, aber vielleicht übermorgen. Diese Rechnung ging ebenfalls 1955 auf. Seit 1949 mußte die Sowjetunion daher aus ihrer global- und regionalpolitischen Sicht auf Distanz zu Israel gehen.

Sie mußte es noch viel mehr aufgrund innenpolitischer Zwänge: Im Herbst 1948 hatte sich die außenpolitische Unterstützung Israels als innenpolitischer Bumerang erwiesen. Golda Meir, Israels erste Botschafterin in Moskau, war am 11. September in und vor der Moskauer Hauptsynagoge von den russischen Juden umjubelt worden. Das Gotteshaus war nicht so leer wie sonst. Rund 20000 Menschen waren eingetroffen, um Frau Meir und dem Botschaftspersonal zuzujubeln. Im Anschluß an den Gottesdienst zog die Menge durch Moskaus Straßen, jüdische und israelische Lieder singend. Sogar die Gattin von Außenminister Molotov war gegen den jüdisch-nationalen Bazillus nicht immun. Bei einem Diplomatencocktail am 7. November 1948 plauderte sie ganz undiplomatisch mit Golda Meir: „Ich bin a jiddische Tochter", gestand sie der Botschafterin überschwenglich – und in fließendem Jiddisch[71].

---

[70] Yaacov Ro'i, Soviet Decision-Making in Practice. The USSR and Israel 1947–1954, New Brunswick, N.J.-London 1980.

[71] Ebenda, S. 197, bes. Kapitel 5.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Kremlführung erkannte die nationalitätenpolitischen Gefahren des außenpolitischen Techtelmechtels mit Israel sofort. Schon Ende September 1948 veröffentlichte Ilja Ehrenburg in der „Pravda" erste verschlüsselte, doch unmißverständliche Warnungen. Im Winter 1948/49 wurden jüdische und zionistische Aktivisten verhaftet, Molotovs Frau Anfang 1949 nach Kasachstan verbannt. Erst nach Stalins Tod kam sie wieder nach Moskau zurück. Im Mai 1949 setzte eine großangelegte Kampagne gegen den Zionismus ein. Erst das Ableben des Diktators beendete sie, und natürlich verschlechterten sich die sowjetisch-israelischen Beziehungen. Im Februar 1953 wurden sie abgebrochen, wenige Wochen nach Stalins Tod, im Juli 1953, wieder aufgenommen. Aber nichts wurde mehr wie es einmal, das heißt 1947/48, gewesen war.

Die antizionistische Kampagne muß auch blockpolitisch eingeordnet werden: Sie fiel zeitlich zusammen mit der Bekämpfung des nationalkommunistischen Titoismus, und sie richtete sich gegen die durchaus noch vorhandenen Hoffnungen einiger anderer Kommunisten, besonders im Ostblock, einen eigenen, das heißt nationalen und nicht nur von Moskau bestimmten Weg zum Sozialismus zu beschreiten.

Diesen nationalen Weg zum Sozialismus konnten wiederum nur diejenigen Kommunisten anstreben, die auch über eine eigene Hausmacht verfügten und nicht nur von Moskaus Gnaden abhingen, also meistens nur die kommunistischen Veteranen – von denen viele Juden waren: So Kostov in Bulgarien (Mitglied des Politbüros und einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten). Er verlor als erster seinen Posten, im März 1949. Der ungarische Innenminister Rajk folgte im September 1949. Luca (stellvertretender Ministerpräsident), Georgescu (Innenminister) und Ana Pauker (Außenministerin) verloren in Rumänien 1952 ihre Ämter. Das berühmteste Opfer wurde Rudolf Slansky, der Generalsekretär der Kommmunistischen Partei der ČSSR. Auch der Prozeß gegen die jüdischen Ärzte (Anfang 1953), die angeblich Stalin töten wollten, gehört in diese Reihe. So gesehen, erweist sich die Antizionismuskampagne nicht zuletzt als ein Instrument zur blockpolitischen Disziplinierung[72]. Gemessen an den übrigen Staaten des Ostblocks blieb die Antizionismuskampagne in Ostdeutschland verhalten. Gewiß, auch in der DDR verloren Juden ihre teilweise beachtlichen Positionen: Paul Merker, Leo Bauer, Bruno Goldhammer, Leo Zuckermann, Rudolf Hernstadt, Lex Ende, Maria Weiterer, Herbert Gruenstein und Julius Meyer. Doch erstens klangen die antijüdisch-antizionistischen Töne aus Ost-Berlin vergleichsweise zurückhaltend und zweitens bekleideten diese Opfer zwar hohe, doch keineswegs höchste Ämter[73]. Beachtenswert bleibt zu dem

[72] Vgl. Jens Hacker, Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur, 1939–1980, Baden-Baden 1983, S. 413 ff. zur Kampagne allgemein.

[73] Zu den Vorwürfen gegen Paul Merker vgl. Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Ost-Berlin 1954, S. 207. Auch: Einheit (Berlin, Ost), Jg. 8, Heft 2, Februar 1953, S. 203–216. Merker war Mitglied des Zentralkomitees. Er war von 1952 bis 1956 inhaftiert und wurde erst sehr viel später rehabilitiert. Leo Bauer war Chefredakteur des Deutschland-Senders, Bruno Goldhammer Chefredakteur des Senders Berlin, Lex Ende Chefredakteur des Neuen Deutschland, Maria Weiterer Sekretärin des Demokratischen Frauenbundes, Julius Meyer Mitglied

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Tatsache, daß prominente jüdische Kommunisten politisch überlebten: Alexander Abusch, Gerhard Eisler, Albert Norden oder Hermann Axen seien erwähnt.

Bezogen auf die westdeutsche Regierung schrieb die ägyptische Tageszeitung al-Ahram am 5. Februar 1952, daß dort „viele Juden" in einflußreichen Positionen säßen. Angesichts dieser Liste ostdeutsch-jüdischer Politprominenz wäre man versucht, dies auf die DDR zu beziehen. Das eine wie das andere wäre freilich töricht.

Die hier skizzierten politischen Umweltbedingungen muß man kennen, um verstehen zu können, weshalb die Sowjetunion 1951 nicht das geringste Interesse daran hatte, sich bei der DDR für Israel in Sachen Wiedergutmachung einzusetzen. Deshalb blieben die Jerusalemer Noten vom Januar und März 1951 einfach unbeantwortet. Erst am 26. März 1952, fünf Tage nachdem die westdeutsch-israelischen Verhandlungen in Wassenaar begonnen hatten, reagierte die Sowjetunion offiziell. Semen Bazarov, Leiter der Nahost-Abteilung im sowjetischen Außenministerium, teilte Jerusalems Botschafter Elijaschiv mit, daß man erst nach Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland über eine eventuelle Wiedergutmachung verhandeln könne. Allein Deutschland hätte dieses Problem zu lösen. Die Siegermächte sollten sich heraushalten[74].

Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens, am 16. September 1952, unternahm Israel einen weiteren Vorstoß – und blitzte erneut ab. Diesmal traf Elijaschiv mit dem stellvertretenden Außenminister Georgii Puschkin zusammen. Seine Regierung werde lediglich ihre vorherige Stellungnahme wiederholen, betonte Puschkin. Darüber hinaus sei die DDR ein „souveräner Staat", den die Sowjetunion nicht beeinflussen könne, und daher sei es „besser", wenn sich Israel direkt an Ost-Berlin wende. Er könne sich außerdem nicht vorstellen, wie ein Teil Deutschlands sich für Gesamtdeutschland verpflichten könne. Deshalb sollte sich auch Israel für die Wiedervereinigung einsetzen. Für ihn sei die Regelung mit Bonn ein weiterer Beweis dafür, daß man dort die Teilung „verewigen" und einen Friedensvertrag „verhindern" wolle[75].

Rein wirtschaftlich konnte die UdSSR kein Interesse an ostdeutscher Wiedergutmachung gegenüber Israel hegen. Die DDR hatte gezwungenermaßen der Sowjetunion beim Wiederaufbau zu helfen, und von einem Teil der ohnehin knappen Mittel der Ostdeutschen sollte nun ausgerechnet der zionistische Staat profitieren? Der zionistische Staat, der ohnehin schon genügend innen- und blockpolitische Schwierigkeiten bereitete und der seit Ausbruch des Korea-Krieges ins westliche Lager geschwenkt war? Warum sollte man diesem Staat 1951 und 1952 helfen, ostdeutsche

der Volkskammer. Die Genannten gehörten zu den prominentesten jüdischen Opfern dieser Kampagne. Merker und Meyer waren aber die eigentlichen Adressaten.

[74] Antwort der israelischen Botschaft in Moskau (mit Zurückweisung der sowjetischen Haltung), ISA, Außenministerium, 2544/1. Vgl. Ro'i, Soviet Decision Making, S. 423.

[75] Elijaschiv an Außenminister (Sharett), 18. 9. 1952, ISA, Außenministerium, 2544/1. Die Begegnung fand am 16. 9. 1952 statt.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wiedergutmachung zu erhalten[76]? Warum sollte man diesem Staat 1954 und 1955 dabei helfen, als er in der Tauwetterperiode erneute Anläufe unternahm, ostdeutsche Wiedergutmachung zu erlangen? Auch in der Tauwetterperiode setzte man langfristig auf die arabische, besonders die ägyptische Karte, wollte man westliche Allianzbildungen in Nahost verhindern. Wozu durch ostdeutsche Wiedergutmachung die Araber in die Arme des Westens treiben[77]?

Im ganzen ergab sich das Resultat, so Ernst Nolte treffend, „daß die DDR allein für die Reparationen an die Sowjetunion aufkam und die Bundesrepublik allein für die Wiedergutmachung an die Juden. Das glich die Konten nicht aus, weder in der einen noch in der anderen Hinsicht, aber es war für die Situation des Kalten Krieges symptomatisch"[78].

II. Die Bewältigung der historischen Erblast im Vergleich: DDR und Österreich

Wie stellten sich die beiden übrigen, nun als selbständige Staaten organisierten Reste des „Großdeutschen Reiches" zum deutsch-jüdischen Erbe der Jahre 1938 bis 1945?

1. Die DDR

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bisher alles in ihren Kräften Stehende getan, um den deutschen Faschismus mit seinen Wurzeln zu vernichten und Bedingungen zu schaffen, die ausschließen, daß von Deutschland nochmals eine Bedrohung der Sicherheit und Existenz anderer Völker – auch des jüdischen Volkes – ausgeht. Den auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik wohnhaften Opfern des Faschismus wurde in großzügiger Weise Unterstützung und Hilfe gewährt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die von den vier Alliierten festgelegten Reparationsleistungen zur Wiedergutmachung des von dem deutschen Faschismus angerichteten Schadens erfüllt."[79]

Am 28. Dezember 1955 überreichte der Botschafter der DDR in Moskau dieses „Aide Mémoire" seinem israelischen Kollegen[80]. Trotzdem gab die israelische

[76] Botschafter Elijaschiv vermied es in seinem Gespräch mit Puschkin absichtlich, auf diese Tatsache hinzuweisen. Dies sei ein schwaches Argument zugunsten Israels, meinte er.

[77] Zu der erneuten Initiative Israels vgl. den Abschnitt über die Wiedergutmachung aus der DDR in diesem Aufsatz.

[78] Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München-Zürich 1974, S. 337. Balabkins, Reparations, S. 41, schreibt, aus dem Gebiet der DDR seien 63 Milliarden als Reparationen während der Jahre 1954 bis 1965 geleistet worden.

[79] Aide Memoire der DDR an die israelische Regierung, 28. 12. 1955, ISA, 2418/4, auch in: ISA, 2418/3.

[80] Chaim Jachil, Leiter der Informationsabteilung im Außenministerium, an Prof. Dr. Leo Cohen, Rechtsberater des Außenministeriums, 12. 2. 1956, ISA, 2418/3.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierung weitere Versuche nicht auf: So verfaßte sie zum Beispiel am 14. März 1956 eine Antwort, in der sie sogar direkte Verhandlungen mit der DDR vorschlug[81]. Am 20. April 1956 sprachen sich der israelische und ostdeutsche Botschafter in Moskau über dieses Thema aus, wobei König, der DDR-Vertreter, „versprach", das israelische Schreiben seiner Regierung weiterzuleiten. Dabei betonte er ausdrücklich, daß die DDR nicht zur Wiedergutmachung verpflichtet sei, da sie sich nicht als Nachfolgerin des Dritten Reiches betrachte. Anders als in Westdeutschland, so der Ost-Berliner Diplomat, säßen in seiner Regierung auch keine Männer, „die an der Rassengesetzgebung" beteiligt gewesen seien[82].

Einerseits wären Jerusalems direkte Kontakte zu Ost-Berlin in Bonn nicht auf Wohlwollen gestoßen, denn damals galt dort die Hallstein-Doktrin als außenpolitische Leitlinie. Das wußte man auch im Jerusalemer Außenministerium, und deshalb wurde peinlich darauf geachtet, diese Kontakte zunächst geheim zu halten[83]. Andererseits konnte man in Richtung Pankow ausgestreckte Wiedergutmachungsfühler nicht auf Dauer Bonn gegenüber verheimlichen. Daher schlug der stellvertretende Leiter der Westeuropa-Abteilung im israelischen Außenministerium vor, Bonn über den Austausch der schriftlichen Dokumente mit der DDR zu unterrichten[84].

Wie zu erwarten, fiel die ostdeutsche Antwort vom 9. Juli 1956 für Israel unbefriedigend aus. Bekannte Standpunkte wurden wiederholt[85].

Jerusalem reagierte noch einmal, und zwar schriftlich, doch nur um Ost-Berlin zu signalisieren, man werde „bei der ersten sich bietenden Gelegenheit" sich das Recht nehmen, das Problem der Entschädigung der NS-Opfer durch die DDR wieder aufzugreifen[86]. Lange Zeit scheint Jerusalem Wiedergutmachungsansprüche an die DDR im wahrsten Sinne des Wortes zu den Akten gelegt zu haben – bis zum Jahreswechsel 1972/73. Im Januar 1973 bat Jerusalem den ostpolitisch erprobten Bundeskanzler Willy Brandt um Vermittlungsdienste, doch alle Bemühungen fruchteten abermals nichts[87]. Die DDR weigerte sich. Wie war es dazu gekommen? Wie hatte es begonnen?

Die „politische Klasse" Israels war sich weitgehend darüber einig, daß die DDR, ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland, für die NS-Schuld sühnen müsse. Sie war sich weitgehend einig, aber nicht einstimmig. Die linkssozialistische, doch zio-

---

81 ISA, 2418/3.

82 Eine Anspielung auf Globke. J. Elissar, stellvertretender Leiter der Westeuropa-Abteilung des israelischen Außenministerium, an Dr. F. Shinnar, 24.4.1956, ISA, Außenministerium, 2544/1.

83 W. Eytan (Staatssekretär im Außenministerium) an Shinnar, geheim, 18.7 1955, ISA, Außenministerium, 2544/1.

84 Ebenda.

85 J. Elissar an Leiter der Osteuropa-Abteilung im israelischen Außenministerium, 8.8. 1956, ISA, Außenministerium, 2544/1.

86 Text, ohne Datum, wohl August 1956 (aufgrund der Reihenfolge des Abheftens), ISA, Außenministerium, 2544/1.

87 Jerusalem Post, 4.1., auch 9.3. und 7.4. 1973. Der Beschluß des israelischen Kabinetts wurde am 31.12. 1972 gefaßt. Vgl. dazu: Junge Welt (Berlin, Ost), 8.3. 1973. Zur jüngsten Entwicklung 1987/88 vgl. Wolffsohn, Ewige Schuld, S. 57f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nistische Mapam sowie die antizionistische Kommunistische Partei teilten den Standpunkt der DDR durchaus. Die politisch-soziale Umwälzung Ostdeutschlands habe tatsächlich den Faschismus entwurzelt, anders als in der „imperialistisch-reaktionären" Bundesrepublik, behaupteten sie.

Das blieben freilich Außenseiterpositionen. Für die große Mehrheit von Volk und Regierung waren Deutschland-Ost und Deutschland-West eben Deutschland, und dieses Deutschland sollte sühnen. Der deutsche Staat sei teilbar, nicht die deutsche Schuld.

Folgerichtig, in diesem Sinne, begann das israelisch-ostdeutsche Wiedergutmachungskapitel nicht wesentlich anders als bei der indirekten Kontaktaufnahme mit der Bundesrepublik Deutschland. Die beiden Noten von Januar und März 1951 waren bekanntlich an die vier Siegermächte gerichtet, also auch an die Sowjetunion. Pankow, das heißt Moskau, reagierte nicht. Die Leitlinien der UdSSR haben wir erörtert. Doch die Unsichtbarkeit der Ost-Berliner Reaktionen vermittelt ein falsches Bild. Unsichtbar, hinter den Kulissen, führten Israel und die DDR durchaus Gespräche über das Thema Wiedergutmachung. Die Akten des israelischen Außenministeriums machen dies heute sichtbar.

Die westdeutsch-israelischen Verhandlungen hatten bereits begonnen und Krisen überwunden, da erklärte „Mitte 1952" der Vizepräsident der Volkskammer, Ernst Goldenbaum, überraschend, Israel habe der DDR-Regierung bislang keine Verhandlungen über Wiedergutmachung vorgeschlagen. Sollte dies jedoch geschehen, sei man in Ost-Berlin hierzu bereit. Unverzüglich setzte sich Israels Botschafter in Moskau mit seinem Amtskollegen aus der DDR, Dr. Rudolf Appelt, in Verbindung[88]. Appelt blieb bis zu seinem Tode der Hauptadressat der Israelis, zunächst im Rahmen seiner Tätigkeit in der Exportabteilung des DDR-Wirtschaftsministeriums, später als Botschafter seines Staates in Moskau. Aus den Akten ist zu schließen, daß die Kontakte mit ihm spätestens 1951 geknüpft und bis zum März 1954 gepflegt wurden, danach erkrankte er und starb[89]. Appelt wurde aus zwei Gründen gewählt: Erstens, weil er dem früheren israelischen Konsul in München, Elijahu Livneh, noch aus der Vorkriegszeit persönlich bekannt war, und zweitens, weil er sich in den

[88] „Zeittafel", ISA, Außenministerium, 2511/17 b. Genauere Angaben waren in diesem sowie in anderen Dokumenten nicht zu finden. Die „New York Times" berichtete am 22.9. 1952 darüber, Goldenbaum habe seine Erklärung überraschend auf einer Pressekonferenz abgegeben. In der DDR-Presse findet man hierzu keine Meldung. In Westdeutschland berichtete nur die „Frankfurter Rundschau" über diese Pressekonferenz. Weder „Der Spiegel" noch die „Süddeutsche Zeitung" erwähnten diesen Teil der Pressekonferenz. Trotz seines Namens war Goldenbaum kein Jude, was mir Hermann Weber (Mannheim) bestätigte. An dieser Stelle sei Herrn Kollegen Weber für seine nachhelfenden Auskünfte herzlich gedankt. – Gerald D. Thompson, The Status of the Jews in the GDR since 1945, unveröffentlichte Dissertation, University of Iowa 1967, S. 39, nennt den 21.9. 1952. Gegen dieses relativ späte Datum spräche der Zeitpunkt des nächsten Schrittes Israels in Sachen Wiedergutmachung aus der DDR am 15.9. 1952 (vgl. „Zeittafel").

[89] E. Livneh an den Leiter der Osteuropa-Abteilung im israelischen Außenministerium, 7.7. 1955, ISA 2418/4; vgl. auch Leiter der Osteuropa-Abteilung des israelischen Außenministeriums an den Botschafter in Moskau, 18.7. 1955, ISA, 2418/3.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gesprächen dem Jerusalemer Ansinnen gegenüber, wie es hieß, „sehr positiv, sogar begeistert" zeigte. Er versprach, sich bei seiner Regierung hierfür einzusetzen[90].

Livneh hatte schon im April 1948, von Chaim Jachil begleitet und in Anwesenheit von Julius Meyer, mit Otto Grotewohl sowie „später" mit Leo Zuckermann und Paul Merker für Israel ermutigende Gespräche über das Thema der Wiedergutmachung geführt[91]. Grotewohl sind diese Kontakte politisch offenbar besser bekommen als Meyer, Merker und Zuckermann, die im Januar 1953 zu zionistischen Unpersonen erklärt wurden.

Der erwähnte Vorstoß von Goldenbaum, das erste ermutigende Signal aus Ost-Berlin in Sachen Wiedergutmachung seit 1948, erwies sich schon „Ende 1952" als rein private Initiative, die nicht mit der Regierung der DDR abgestimmt war[92].

Es sei an die Situation im Ostblock zu Beginn des Jahres 1953 erinnert: Die Kampagne gegen Titoismus, Trotzkismus, Kosmopolitismus und Zionismus ging ihrem Höhepunkt, das Leben Stalins seinem Ende entgegen. In der DDR blieben die antizionistischen Töne nicht aus, waren jedoch stets verhalten. War dies vielleicht eine Art Wiedergutmachung, Wirkung einer nationalen, gesamtdeutschen Last? Eine solche Vermutung legen unter anderem Inhalt und Zeitpunkt der im Februar 1953 in der „Einheit" abgedruckten „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky" nahe[93]. In diesen „Lehren" wurde nicht nur mit Slansky, sondern auch mit Merker, Jungmann, Ernst Meyer und Zuckermann abgerechnet. Zum Zeitpunkt: Die Veröffentlichung – übrigens die einzige im außenpolitischen Organ der SED zum Thema Merker, Zionismus und Juden – erfolgte unmittelbar vor der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens durch den Deutschen Bundestag. Zum Inhalt: In der Tageszeitung „Neues Deutschland" sowie in der Monatszeitschrift „Einheit" war seit 1951 das Thema der westdeutschen Wiedergutmachung an Israel totgeschwiegen worden. Im Februar 1953 aber, in den „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky", kann man zwischen den Zeilen Hinweise auf dieses Nicht-Thema erkennen. Der mehrfach als „Zionist" bezeichnete Merker habe, so der Vorwurf, im Jahre 1942 „die zusammengeraubten Kapitalien des mit

---

[90] Livneh, ebenda. „Auf Appelts Aussagen ... konnte man sich wegen seiner Sympathie dem Problem gegenüber verlassen. Er bemühte sich aufrichtig, uns in bezug auf unsere gerechte Forderung zu unterstützen", schrieb A. Aroch von der Osteuropa-Abteilung dem Staatssekretär im israelischen Außenministerium am 19.6. 1955 (ISA, Außenministerium, 2511/17b).

[91] Livneh (wie Anm. 90). – Jachil und Livneh waren mit Grotewohl in Ost-Berlin Anfang April 1948 zusammengekommen. Arrangiert wurde das Treffen von Julius Meyer. In seiner Wohnung fand die Begegnung statt (vgl. den Bericht Jachils an Arieh Levavi, 4.11. 1952, ISA, Außenministerium, 2418/13). Jachil wurde später stellvertretender Leiter der Israel-Mission in Köln. Eine genaue Datierung der späteren Begegnungen mit Merker und Zuckermann war mir bislang nicht möglich. Ähnliche Datierungsprobleme bestehen in bezug auf die Wiedergutmachungskontakte mit Justizministerin Hilde Benjamin oder dem Staatssekretär im DDR-Finanzministerium. Fest steht lediglich, daß sie bestanden, und zwar deutlich vor 1956 (vgl. A. Bermann, Israel-Mission, Köln, an Shinnar, 24.2. 1956, ISA, Außenministerium, 2418/17b).

[92] „Zeittafel", ISA, Außenministerium, 2511/17b.

[93] Einheit, Jg. 8, Nr. 2, S. 203–216.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Wall Street eng liierten Bankhauses Warburg & Co und des Siemens-Schuckert-Konzerns als ‚jüdisches Gut' bezeichnet"[94]. Die „Einheit" folgerte daraus: „Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Merker ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie ist, der die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen."[95] Die Entschädigung, so die „Einheit", diene lediglich dem „Eindringen" des „USA-Finanzkapitals" nach Deutschland. Außerdem sei durch die Nationalsozialisten eigentlich nur das unrechtmäßig erworbene Eigentum der jüdischen Kapitalisten enteignet worden. „Merker fälschte die aus den deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepreßten Maximalprofite der Monopolkapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes um. In Wirklichkeit sind bei der ‚Arisierung' dieses Kapitals nur die Profite ‚jüdischer' Monopolkapitalisten in die Hände ‚arischer' Monopolkapitalisten übergewechselt."[96]

Trotz der schrillen Töne gegen die Entschädigung war es eine sehr seltsame Information und Stellungnahme zum Thema der Wiedergutmachung. Diese sei, das mußte der Leser der „Einheit" folgern, eigentlich die Verdoppelung des Unrechts. Die Kapitalisten hätten sich demnach zwei Mal bereichert: Zum einen durch die, wie es hieß, aus den „Arbeitern herausgepreßten Maximalprofite", zum anderen durch die Wiedergutmachung, richtiger in diesem Zusammenhang: durch die so genannte Wiedergutmachung. Inhalt und Zeitpunkt derartiger Thesen können kaum zufällig gewählt worden sein.

Gegen diese Interpretation der national-gesamtdeutschen Befangenheit spricht die Tatsache, daß der Februar 1953 auch in der DDR Höhepunkt der antizionistischen Kampagne sein mußte, weil die sowjetisch-israelischen Beziehungen so gespannt waren wie nie zuvor. Am 11. Februar brach die UdSSR bekanntlich die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab.

Warum aber, so muß wiederum dagegen eingewendet werden, der indirekte Hinweis auf die moralisch verwerfliche Entschädigung, ein Hinweis, den man zwischen den Zeilen am 10. Februar 1953 auch dem „Neuen Deutschland" entnehmen konnte[97]?

Möglicherweise, ja wahrscheinlich sollte dies eine ideologische Rechtfertigung gegenüber den Schwarzhörern im eigenen Staat sein, die durch westliche Rundfunksender von der bundesdeutschen Wiedergutmachung gehört hatten. Eine Vermutung, kein Beweis, doch eine alles andere als unwahrscheinliche Vermutung. Die

---

[94] Ebenda, S. 207.

[95] Ebenda.

[96] Ebenda, S. 208.

[97] Victor Stern, Den Zionismus entschieden bekämpfen!, in: Neues Deutschland, 10. 2. 1953. Die USA und die zionistischen Organisationen, so wurde ČSSR-Staatspräsident Klement Gottwald zitiert, trieben „ein schändliches Spiel mit den Leiden ..., die der Faschismus über die Juden gebracht hatte". USA und Zionisten würden „aus der Asche von Auschwitz und Maidanek Kapital schlagen wollen". Der Hinweis in der „Einheit" war direkter, obgleich grundsätzlich auch nur indirekt. Aber es wurde das Wort „Entschädigung" erwähnt, ausdrücklich. Das kann nicht zufällig sein.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Antizionismuskampagne des Ostblocks hatte demnach durchaus auch spezifisch deutsche, ostdeutsche Aspekte. Sie war, abgesehen von der Blockdisziplin, nicht zuletzt eine willkommene Rechtfertigung für die Weigerung, Wiedergutmachung an den zionistischen Staat zu leisten. Aus der westdeutschen Wiedergutmachung vermochte Ostdeutschland politisches Kapital zu schlagen: Am 7. März 1953, elf Tage vor der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens durch den Bundestag, unterzeichneten die DDR und Ägypten ein Handelsabkommen. Die Initiative hierzu, berichtete das „Neue Deutschland", war von Kairo ausgegangen[98]. Im Januar 1954 wagte Israel gleichwohl einen erneuten Vorstoß. Weshalb? Weil man im Jerusalemer Außenministerium von der Berliner Außenministerkonferenz (25. Januar bis 18. Februar 1954) weitreichende deutschland- und österreichpolitische Beschlüsse erwartete, genauer: befürchtete, und zwar Entscheidungen zugunsten einer deutschen Wiedervereinigung.

Wie sich zeigte, waren diese Befürchtungen eine krasse Fehleinschätzung. Doch was befürchtete Israel, abgesehen von der Wiedervereinigung im allgemeinen, in bezug auf die Wiedergutmachung im besonderen? Die Antwort ist einfach: Das Luxemburger Abkommen wäre für die DDR, den zweiten Teil eines dann vereinten Deutschlands, völkerrechtlich in keiner Weise bindend gewesen[99]. Darüber hinaus hatte Ulbricht im November 1953 die Bundesregierung aufgefordert, das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel zu annulieren. Aus Jerusalemer Sicht, um eine Wiedervereinigung zu erleichtern – auf Kosten Israels. Die interne Korrespondenz des israelischen Außenministeriums, auch die interne Kritik, die hierzu geäußert wurde, lassen daran keinen Zweifel aufkommen[100].

Wie Gershon Avner, Berater der Israel-Botschaft in London, vorhergesagt hatte, waren auch die Westmächte am Thema der Wiedergutmachung aus der DDR im Rahmen dieser rein deutschlandpolitischen Konferenz überhaupt nicht interessiert. Avners Vorhersage traf ein: Nicht einmal auf die Tagesordnung setzte man dieses Problem[101].

---

[98] Neues Deutschland, 15. 3. 1953.

[99] So die defensive Rechtsinterpretation Nathans bei einer Mitarbeiterbesprechung im israelischen Außenministerium am 27. 12. 1953, ISA, Außenministerium, 2544/1. Ilter vertrat dagegen die Ansicht, das Luxemburger Abkommen sei auch im Falle einer Wiedervereinigung für Gesamtdeutschland völkerrechtlich bindend (ebenda). Sicherheitshalber neigte man im israelischen Außenministerium der defensiven Interpretation zu.

[100] Vgl. Arieh Levavi (stellvertretender Staatssekretär im Außenministerium) an Staatssekretär, 31. 1. 1954, ISA, 2418/4. Auch Gershon Avner an A. Levavi, 15. 2. 1954, ebenda. Chaim Jachil, stellvertretender Leiter der Israel-Mission in Köln, an Staatssekretär, Außenministerium u. a., Berlin, 19. 2. 1954, ebenda. Die heftigste Kritik an Zeitpunkt und Thema übte der Berater der israelischen Botschaft in London und frühere Staatssekretär im Außenministerium, Gershon Avner (an Staatssekretär im Außenministerium, Walter Eytan, 21. und 23. 1. 1954, ISA, 2418/4). Durch den Verlauf der Berliner Konferenz fühlte er sich, noch vor ihrem Abschluß, bestätigt (Avner an Levavi, ebenda).

[101] Jachil an Levavi, 19. 2. 1954, ISA, Außenministerium, 2418/4. Die französische und britische Zurückhaltung beschreibt Dov B. Schmorak von der Osteuropa-Abteilung des israelischen Außenministeriums in seinem Brief an die Gesandtschaft in Moskau am 27. 1. 1954 (ISA, Außenministerium, 2511/17a, auch in 2544/1).

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im israelischen Außenministerium hatte man in der Weichen stellenden Mitarbeiterbesprechung vom 27. Dezember 1953 die Situation kraß verkannt. Die USA, so die unwidersprochene Einschätzung Barturs, würden eine israelische Wiedergutmachungs offensive in Richtung DDR begrüßen, schon um die eigene Auslandshilfe nicht erweitern zu müssen. Frankreich, so Staatssekretär Eytan, sei „sicherlich interessiert", und „außerdem gibt uns die Initiative Kontaktmöglichkeiten zur Sowjetunion"[102].

Danach hängte Jerusalem den Wiedergutmachungskorb in Richtung Ost-Berlin niedriger. Es wurden keine Staatsaktionen wie im Januar 1954 eingeleitet, aber bestehende Kontakte wurden weiter gepflegt, so zum Beispiel zu Rudolf Appelt, dem DDR-Botschafter in Moskau. Durch dessen tödliche Erkrankung riß dieser Gesprächsfaden allerdings schon im März 1954 ab[103].

Ab Mai 1955 zeichnete sich eine deutliche Entkrampfung zwischen Ost und West ab, von der Israel in bezug auf eine mögliche ostdeutsche Wiedergutmachung zu profitieren hoffte. Was war geschehen? Die kälteste Phase des Kalten Krieges war beendet und Klarheit geschaffen worden, nämlich im Sinne der Festigung des Status quo in Europa, besonders in Deutschland. Nach der definitiven Teilung Koreas 1953 und Vietnams 1954 war durch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO am 5. Mai und der DDR zum Warschauer Pakt am 14. Mai 1955 die globale und regionale Blockbildung in den kritischsten Zonen gefestigt. Am 15. Mai 1955 wurde der Staatsvertrag mit Österreich unterzeichnet. Vom 18. bis 23. Juli trafen sich die vier Siegermächte in Genf zu einer Gipfelkonferenz, deren politischer Grundton freundlich klang. Der „Geist von Genf" wurde ein Begriff. In der sich formierenden Gruppe der blockfreien Staaten der „Dritten Welt" – auch dieser Begriff bekam jetzt Konjunktur – wollte und mußte Moskau Freunde gewinnen. Eile tat Not, denn der Westen hatte schon 1951 den ANZUS-Pakt, 1954 in Südostasien den SEATO-Pakt organisieren können und im März 1955 unmittelbar an der Südgrenze der UdSSR den Bagdad-Pakt folgen lassen. Ihm gehörten außer Großbritannien auch noch die Türkei und der Irak an, bis zum Jahresende stießen Pakistan und der Iran hinzu. Diesen aus der Sicht der Sowjetunion südlichen, aus der Sicht des Westens nördlichen, Sperriegel wollte die UdSSR überspringen. Zu diesem Zweck – freilich nicht nur zu diesem – waren Chruschtschow und Bulganin Ende Mai 1955 bereit, einen regelrechten Canossagang nach Belgrad, zu Tito, anzutreten, der die politische Brücke zu Nehru in Indien und Nasser in Ägypten bilden sollte. Nehru und Nasser schickten sich nämlich an, mit Tito die Bewegung der Blockfreien zu bilden, deren Anfänge sich auf der Konferenz von Bandung im April 1955 (freilich ohne Titos Teilnahme) abgezeichnet hatten.

Der Canossagang nach Belgrad war nicht nur blockpolitisch und ideologisch,

[102] Zur Fehleinschätzung in bezug auf Frankreich hatte Israels Botschafter in Paris am meisten beigetragen (vgl. Dov B. Schmorak, 27. 1. 1954, ebenda).

[103] Leiter der Osteuropa-Abteilung an Botschafter in Moskau, 18. 7. 1955, ISA, Außenministerium, 2418/3.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern auch weltpolitisch bedeutsam. Während nämlich Stalin die Welt in zwei Lager geteilt hatte, ein sozialistisches und ein kapitalistisches, operierte Chruschtschow mit drei Welten. Hier nahmen zwischen den beiden Blöcken die Blockfreien einen wichtigen Platz ein.

Bandung, Belgrad und Kairo gehörten demnach in ein weltpolitisches Dreieck neuer sowjetischer Außenpolitik. Die Stoßrichtung über Kairo zielte besonders auf Afrika, wo sich die Unabhängigkeit der Kolonien abzeichnete. Doch die erste Welle afrikanischer Unabhängigkeit hatten die Sowjets verpaßt. Damals zu spät gekommen, vermochten sie erst auf der zweiten Welle zu reiten, als die portugiesischen Besitzungen 1975 unabhängig wurden.

Im Jerusalemer Außenministerium ließ man sich offensichtlich durch den „Geist von Genf" blenden, erwartete weitere Entkrampfungen Moskaus, auch Israel gegenüber, weil beiden der Bagdad-Pakt ein Dorn im Auge war. Dieser südliche Sperriegel gegen die Sowjetunion signalisierte Israel die Prioritäten der westlichen Strategie. Er zeigte Israel, daß man die arabische Welt im Ost-West-Ringen für wichtiger hielt, ja, halten mußte.

Die krasse Fehleinschätzung der Israelis lag darin, daß sie nur auf die Nahostregion starrten, ohne die globalpolitischen Prioritäten der UdSSR zu berücksichtigen. Diese setzte auf Nassers ebenfalls unzweideutige Ablehnung des Bagdad-Paktes sowie – und das war sein entscheidender Trumpf – auf seine Bedeutung in der blockfreien Welt. Durch Nasser war es daher der Sowjetunion möglich, zwei politische Erfolge zu erzielen. Mit Israel wäre bestenfalls einer erreicht worden.

Geleitet von der hier skizzierten Fehleinschätzung begann Israel am Eröffnungstag der Genfer Konferenz, am 18. Juli 1955, seine erneute Wiedergutmachungsoffensive gegenüber Ost-Berlin – über Moskau[104]. Einen Köder glaubte man im israelischen Außenministerium Moskau und Ost-Berlin anbieten zu können: Die moralische und damit die politische Aufwertung der DDR auf dem internationalen Parkett[105]. Zudem erwartete Jerusalem eine Wiedervereinigung Deutschlands in absehbarer Zeit. Sich auf Adenauer und Blankenhorn berufend, rechnete der Leiter der Mission in Köln, Shinnar, mit einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren. Für den Fall einer Wiedervereinigung wollte sich Israel rechtlich absichern, das heißt die Zusicherung Ostberlins erreichen, das Luxemburger Abkommen auch für ein künftiges Gesamtdeutschland anzuerkennen[106].

---

[104] Am 18. Juli 1955 wurde Israels Botschafter in Moskau, Avidar, angewiesen, die Kontakte einzuleiten: Leiter der Osteuropa-Abteilung an den Botschafter in Moskau, 18.7. 1955, ISA, 2418/3. Eigentlich wollte Eytan sich an die UdSSR noch vor Beginn der Genfer Konferenz wenden (Eytan an Shinnar, 25.6. 1955, ISA, 2418/4).

[105] A. Aroch, Leiter der Osteuropa-Abteilung, an den Staatssekretär und den Leiter der Ministerkanzlei, 19.6. 1955, sowie Staatssekretär Walter Eytan an Felix Shinnar in Köln, 25.6. 1955, ISA, 2418/4.

[106] Eytan an Shinnar (ebenda); Shinnar an Eytan, 1.7. 1955 (ebenda).

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ob freilich Bonn durch die Aufwertung der DDR beglückt gewesen wäre, bleibt mehr als fraglich – wenngleich die Frage selbst akademisch ist[107].

Eine zusätzliche Überlegung bestimmte Jerusalems Initiative: Wenn Deutschland, wie Shinnar aufgrund des vermeintlichen Blankenhornschen Optimismus glaubte, in „zwei oder drei Jahren" wieder vereinigt wäre, „würde die Hoffnung übertrieben sein, daß Adenauer dann noch immer als Chef der Bonner Regierung amtiert. Die Tatsache, daß Adenauer achtzig Jahre alt ist, ist für uns ein wichtiger Grund dafür, unsere Ansprüche gegenüber Ost-Deutschland zu erneuern", schrieb Walter Eytan, Staatssekretär im Außenministerium, an den Leiter der Israel-Mission in Köln, Felix Shinnar, am 18. Juli 1955[108].

Trotz der ausgesprochen wohlwollenden Reaktion des DDR-Geschäftsträgers in Moskau, Seitz, folgte die bereits eingangs erwähnte Zurückweisung der israelischen Forderungen am 28. Dezember[109].

Eisig wurde die Atmosphäre am 1. Februar 1956, als Botschafter Avidar mit Außenminister Molotov zusammenkam[110]. An ostdeutsche Wiedergutmachung war nicht zu denken, und das Verhältnis zur Sowjetunion wieder gut zu machen, war schwerer denn je – freilich nicht wegen der ostdeutschen Wiedergutmachung, sondern wegen der globalen und regionalen Prioritäten der Sowjetunion.

Bemerkenswert bleibt eine Tatsache: Trotz der Stromlinienförmigkeit der DDR-Politik gab es im außenpolitischen Apparat Ost-Berlins sowohl in der Zeit von 1951 bis 1954 als auch 1956 Männer, die man in bezug auf die Wiedergutmachung an Israel salopp als systemkonforme Nonkonformisten bezeichnen könnte.

Als bemerkenswert sollten wir eine zweite Tatsache registrieren: Die israelische Wiedergutmachungsoffensive sollte das Verhältnis zu Moskau verbessern. Daß sie mißlang, steht auf einem anderen Blatt. Sie begann noch während der Amtszeit einer Koalition, der die besonders Moskau-freundliche linkssozialistische Mapam-Partei nicht angehörte, und sie endete im Dezember 1955 bzw. Februar 1956, als ihr die Mapam schon beigetreten war.

---

[107] Eine gewisse Befangenheit „Adenauer und den Westmächten" gegenüber klingt deshalb auch im Brief Shinnars vom 1.7. 1955 deutlich an. Deswegen auch die Geheimhaltung, auf die gepocht wurde (siehe Eytan an Shinnar, geheim, 18.7. 1955, ISA, Außenministerium, 2544/1).

[108] Eytan an Shinnar, 1.7. 1955.

[109] Seitz habe „freundschaftlich" reagiert, Verständnis für die israelischen Forderungen bezeugt. Wenn es zwischen Israel und der DDR ein Problem in bezug auf die Wiedergutmachungsansprüche gebe, müsse darüber eben verhandelt werden, solle Seitz dem israelischen Botschafter mitgeteilt haben (S. Benzur, Leiter der Osteuropa-Abteilung, an Shinnar, 7.8. 1955, ISA, 2418/4). Die Begegnung der beiden Diplomaten fand in Moskau ebenfalls am 7.8. statt. Vgl. auch das Telegramm des israelischen Botschafters in Moskau an seine Osteuropa-Abteilung (3.8. 1955, ISA, Außenministerium, 2511/17b), in dem er hervorhebt, Seitz habe „Verständnis" für die israelischen Wiedergutmachungsansprüche gezeigt und sich „sehr freundschaftlich" verhalten. Er „war der Meinung, man müsse darüber verhandeln" (ebenda).

[110] Bericht des Botschafters an den Leiter der Osteuropa-Abteilung, geheim, 1.2. 1956, ISA, 2418/3. Molotov überhäufte Israel mit Vorwürfen in diesem Gespräch und machte es für die Verschlechterung der Beziehungen zur UdSSR verantwortlich.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Österreich

„Machen wir's den Deutschen nach!" Mit diesem Spruch warb die österreichische Volkspartei (ÖVP) im Herbst 1953 im Tiroler Wahlkampf[111]. Ebenso wie die Bundesdeutschen im September der CDU/CSU zu einem triumphalen Wahlsieg verholfen hatten, sollten die Österreicher nun die Schwesterpartei ÖVP unterstützen. Im Bereich der Wiedergutmachung an Israel und die Juden hatten aber weder die ÖVP noch die Sozialistische Partei (SPÖ) die Absicht, es den Deutschen nachzumachen. „Das größte Hindernis, das wir in bezug auf Österreich zu überwinden haben, ist das Verlangen der beiden großen Parteien, die ehemaligen nationalsozialistischen Wähler zu umwerben", schrieb Maurice Perlzweig vom World Jewish Congress am 20. November 1952[112]. Da dieses Zitat, überhaupt das Thema dieses Abschnittes, Erinnerungen an den österreichischen Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1986 wecken könnten, gilt es, tagespolitische Mißverständnisse oder Kontroversen zu vermeiden: In dieser Untersuchung muß eingangs die Tatsache betont werden, daß der Staat Israel ausdrücklich auf Wiedergutmachung von Seiten Österreichs verzichtet hatte. Unmittelbar nach Abschluß des Luxemburger Abkommens, also am 10. September 1952, formulierte Israels Außenminister Sharett diesen Standpunkt.

Als Fordernde traten, geführt von Nachum Goldmann, die diversen internationalen jüdischen Organisationen in Erscheinung. Die israelische Regierung half nur zurückhaltend und überließ ihnen vom Anfang bis zum Ende die Initiative. Es würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, die Einzelheiten, das heißt die wiedergutmachungspolitischen Spannungen zwischen der israelischen Regierung und den internationalen jüdischen Organisationen zu erörtern. Hier muß dieser einleitende Hinweis genügen. Als erklärende These sei nur erwähnt, daß nicht nur über Österreichs Wiedergutmachungsleistungen gestritten wurde. Umstritten war nicht zuletzt die grundsätzliche Frage, wer im Namen des jüdischen Volkes sprechen könne: der jüdische Staat, die international-jüdischen Organisationen oder beide. Alle drei Positionen wurden und werden bis heute kontrovers diskutiert. Letztlich wird darum gerungen, ob es einen Allgemeinen Willen des jüdischen Volkes gebe und wer ihn vertrete.

Trotz der grundsätzlichen Erklärung, die Außenminister Sharett am 10. September 1952 abgegeben hatte, schien sich bereits im Dezember die Möglichkeit zu ergeben, eine Kurskorrektur in bezug auf die österreichische Wiedergutmachung einzuleiten. Wien bat nämlich Jerusalem, in der bevorstehenden Abstimmung der Vereinten Nationen dem Antrag Brasiliens zuzustimmen, Österreichs Souveränität wiederherzustellen. Daraufhin fragte die „israelische Delegation nach der Bereit-

[111] Der Spiegel, 24. 3. 1954. Österreichische Akten durfte ich bislang nicht einsehen. Von 1983 bis 1987 hieß es, daß eine 40-Jahresfrist für die Freigabe gelte. Dann wurde sie auf 30 verringert, doch bislang, so die amtliche Mitteilung, habe das Außenministerium erst die Akten für 1948 dem Archiv übergeben. Daraufhin wandte ich mich im Sommer 1988 an Außenminister Mock. Die Antwort seines Mitarbeiters war ebenso freundlich wie unverbindlich.

[112] An Emile Najar, ISA, Außenministerium, 3058/11.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft der österreichischen Regierung, in die längst fälligen Wiedergutmachungsverhandlungen einzutreten. Die Österreicher erklärten ihr Einverständnis und versprachen, daß eine offizielle Einladung bald ergehen werde."[113]

Diese Einladung erging im Februar 1953 an die internationalen jüdischen Organisationen. Im Dezember 1953 wurden die Kontakte von ihnen abgebrochen. Im Januar 1954 fühlte Israel bei den Österreichern erneut vor, und nun kamen die Verhandlungen zwischen Wien und den internationalen jüdischen Organisationen tatsächlich in Gang.

In der ÖVP waren die Widerstände erheblich, und einer Vermittlung von seiten der bundesdeutschen CDU räumten weder israelische Diplomaten noch Unionspolitiker selbst irgendwelche Erfolgsaussichten ein[114]. Bruno Kreisky, damals Staatssekretär im österreichischen Außenministerium, erklärte dem Beobachter Israels bei der Berliner Außenministerkonferenz, Chaim Jachil, auch den Grund für die Aussichtslosigkeit unionsdeutscher Bemühungen: „Die deutsche CDU wird von den österreichischen Katholiken nicht akzeptiert, und die Sozialdemokraten hassen sie."[115] Der sozialistische Vizekanzler Adolf Schärf polemisierte in seiner Begegnung mit dem israelischen Konsul in Wien, Eschel, gegen seinen Koalitionspartner wesentlich schärfer: „Die Reaktionäre warten nur auf einen Fehler der Sozialisten in der Wiedergutmachungsfrage, um diese zu verleumden und aller Welt von den Verbindungen zwischen den Roten und den Weisen von Zion zu erzählen."[116]

Doch die SPÖ wand sich ebenfalls – trotz des Einsatzes der französischen Sozialisten vom SFIO, der britischen Labour Party und von SPD-Chef Ollenhauer[117].

Der deutsche Sozialdemokrat redete im Februar 1954 Bruno Kreisky zu, die Wiedergutmachung an die Juden zu fördern[118]. Vorübergehend scheint Kreisky dies auch beabsichtigt zu haben, denn er erklärte dem damaligen stellvertretenden Leiter der Kölner Israel-Mission, Jachil, am 17. Februar 1954, seine Partei werde keine Hindernisse in den Weg legen, wenn die ÖVP Entschädigungen zahlen wolle[119].

Tags zuvor hatte das österreichische Kabinett beschlossen, die unterbrochenen Verhandlungen mit den jüdischen Organisationen über das Problem der Wiedergut-

---

[113] Skizze über die Entwicklung der Verhandlungen mit Österreich, A. Eschel, Israelischer Konsul in Wien, an Westeuropa-Abteilung, 16. 9. 1954, ISA, Außenministerium, 2544/6.

[114] Chaim Jachil an Staatssekretär im israelischen Außenministerium, 18. 2. 1954, Bericht über ein Gespräch mit Kreisky (sowie anderen Politikern), ISA, Außenministerium, 2452/15. Dies die Einschätzung von Ernst Lemmer, dem West-Berliner CDU-Politiker, und Jachil selbst, die über weitere Vermittlungskandidaten nachdachten, zum Beispiel über von Brentano. Sie hielten es für wenig erfolgversprechend.

[115] Jachil an Staatssekretär, 18. 2. 1954, ebenda.

[116] A. Eschel an Westeuropa-Abteilung, 16. 11. 1954, ISA, Außenministerium, 2544/6.

[117] Felix Shinnar an Westeuropa-Abteilung, 4. 2. 1954, geheim, ISA, Außenministerium, 2452/15. Vgl. auch Ilter, Westeuropa-Abteilung, an Shinnar, 1. 3. 1954, ebenda.

[118] Jachil an Staatssekretär, 18. 2. 1954, ebenda.

[119] Ebenda.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

machung wieder aufzunehmen[120]. Nun aber legte die SPÖ Hindernisse in den Weg: Sollten, wie sie es formulierte, „die" Juden Entschädigungen für nationalsozialistisches Unrecht erhalten, würde sie dies auch für sich selbst beantragen. Die Sozialisten seien einzeln und als Gruppe, eben aufgrund ihrer politischen Gruppenzugehörigkeit, in der NS-Zeit ebenfalls verfolgt worden.

Daß die SPÖ diesen Einwand vorbringen würde, hatte ihr Generalsekretär Probst dem israelischen Konsul in Wien, Eschel, schon vorher angedeutet[121]. Die SPÖ trug dieses Argument tatsächlich vor, und auch Kreisky übernahm es Monate später[122]. Es brachte ihr in der Sozialistischen Internationale heftige Kritik ein, die von israelischer Seite diskret, aber energisch organisiert worden war[123]. Die SPÖ verwechselte hierbei – absichtlich oder unabsichtlich – die politisch-ideologisch begründete Verfolgung mit der biologisch-rassischen. Dieser konnte man nicht entgehen, jener vermochte man sich durch Anpassung oder Mitlaufen zu entziehen. Das war nicht ehrenwert, doch half es, das Überleben zu sichern.

Nicht erst seit Kreiskys Nahostpolitik der siebziger Jahre handelten sich daher die SPÖ und Kreisky den Vorwurf aus Israel ein, sie seien „antisemitisch". Man mag darüber streiten, ob der Begriff angemessen ist oder nicht. Unbestreitbar ist die Tatsache, daß israelische Politiker und Diplomaten schon in den frühen fünfziger Jahren den österreichischen Sozialisten diesen Begriff entgegenschleuderten. Was für einen Sinn habe es, fragte Kreisky den israelischen Diplomaten Jachil im Februar 1954, die SPÖ als „antisemitisch" zu bezeichnen, wenn zu ihren führenden Politikern Juden zählten, wobei ihnen ein Gewicht zukäme, das weit über ihren Wähleranteil hinausgehe[124].

Anders als die Bundesrepublik Deutschland leistete Österreich keine „Wiedergutmachung", sondern „Entschädigung". Im September 1955 wurde ein Hilfsfonds für die NS-Opfer im Ausland eingerichtet. Hierfür wurden 550 Millionen Schilling bereitgestellt. Das entspricht ungefähr 80 Millionen Deutsche Mark, also rund zwei Prozent des bundesdeutschen Wiedergutmachungsbetrages. Dieser Betrag lag deutlich unter dem Bevölkerungsanteil Österreichs im „Großdeutschen Reich". Aber welchen Anteil könnte man als angemessen betrachten? Außer diesem Hilfsfonds zahlte Wien weitere fünf Millionen Schilling für zerstörte Synagogen und Kultgegenstände.

---

[120] A. Eschel an Westeuropa-Abteilung, 17. 2. 1954, geheim, ISA, Außenministerium, 2452/15; auch J. Ilter, Westeuropa-Abteilung, an Jachil, 1. 3. 1954, ebenda.

[121] Eschel an Westeuropa-Abteilung, 17. 2. 1954, ebenda.

[122] Ilter an Shinnar, 1. 3. 1954, ISA, Außenministerium, 2544/6, und A. Najer, Leiter der Westeuropa-Abteilung, an Botschafter in Paris, 1. 3. 1954, ISA, Außenministerium, 2544/16. Zur späteren Übernahme des Arguments durch Kreisky vgl. Eschel an Westeuropa-Abteilung, geheim, 15. 11. 1954, ISA, Außenministerium, 2544/6. Der Konsul empörte sich besonders über Kreiskys abfällige Bemerkung über „jüdische Solidarität" und „reiche Juden, die Dollfuß seinerzeit unterstützt" hätten.

[123] Siehe Anm. 122.

[124] Wie Anm. 115.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Um es auf eine Formel zu bringen: Österreichs Regierung packte das Problem legalistisch an, während für die Bundesregierung in Bonn – vorsichtiger und zutreffender formuliert: für Adenauer – das Primat der moralisch-pädagogischen Überlegungen galt.

Der Ansatz der Wiener Regierung wird am deutlichsten, wenn man die *Richtlinien* betrachtet, die von allen an der Entschädigungsproblematik beteiligten Ministerien im Sommer 1953 ausgearbeitet wurden[125]. Hierin hieß es, daß eine „Wiedergutmachungs- oder Reparationspflicht" Österreichs nicht in Frage komme. Grundsätzlich sei „einzig und allein das Deutsche Reich beziehungsweise dessen Rechtsnachfolger wiedergutmachungspflichtig, da es auch die Verfolgung der Judenschaft angeordnet hat. Österreich war zu dieser Zeit besetzt und völkerrechtlich handlungsunfähig." Weiter hieß es in den interministeriellen Richtlinien: „Die Zahlung irgendwelcher Wiedergutmachungsbeträge kommt nicht in Frage, weil Österreich niemand geschädigt hat und daher zu einer Wiedergutmachung nicht verpflichtet ist ... Sollten österreichische Staatsbürger sich an derartigen Schädigungen [von Morden ist hier bezeichnenderweise keine Rede, M.W.] beteiligt haben, so haben sie dies nicht als österreichische Staatsbürger, sondern entweder eigenmächtig oder über Auftrag der damaligen Machthaber getan."

Bei dieser Interpretation der Geschichte Österreichs in den Jahren 1938 bis 1945 ist es nicht erstaunlich, daß die nationalsozialistischen Mitläufer 1946, die „echten" österreichischen Nationalsozialisten 1953 amnestiert wurden. Erst zwei Jahre später leistete Wien eine eher symbolische Entschädigung an die jüdischen Opfer.

Den moralischen Aspekt wies Wien kategorisch zurück. Ja, es drehte den Spieß um: Bei einer Besprechung mit den jüdischen Organisationen betonte der Vertreter des österreichischen Finanzministeriums am 24. Juni 1953, es seien von den Nationalsozialisten keineswegs allein die Juden verfolgt worden, wie „eine gewisse Propaganda glauben machen wolle"[126]. Der Chef des Hauses, Finanzminister Kamitz, meinte in einem Bericht über diese Sitzung, daß Österreich schon aufgrund seiner Verfassung keine Sondergesetze für einzelne Teile der Bevölkerung schaffen könne. Die Juden, so der Finanzminister, sollten den übrigen Kriegsopfern gleichgestellt werden[127].

Die Logik ist unbestreitbar: Wenn sich das Schicksal der Juden von dem der anderen Opfer nicht unterschieden hätte, so könnte man für die Juden keine Entschädigungsgesetze erlassen, die sich von denen abhoben, die anderen Gruppen zugedacht waren. Der Katalog der moralischen Gegenargumente Wiens wurde noch erweitert: Die jüdischen Organisationen maßten sich ein „Vertretungsmonopol" für die NS-Opfer an, wogegen auch „die katholische Kirche" mehrmals prote-

[125] Im folgenden zitiert aus: Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. Der Finanzminister zu den jüdischen Forderungen, Anfragebeantwortung, 2.12.1953, ISA, Außenministerium, 2452/15.

[126] Wie Anm. 125, Beiblatt 5.

[127] Ebenda, Beiblatt 7f. Kamitz war parteilos, galt jedoch als Vertrauter von Bundeskanzler Raab (ÖVP).

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stiert habe, darüber hinaus enthielten die Ziffern der jüdischen Vertreter „Doppelberechnungen". Im Klartext: Man wolle sich auf unredliche Weise bereichern[128].

Auch gegenüber etwaigen nichtjüdischen Vorwürfen aus dem Ausland baute Wien eine moralische Gegenposition auf: Im Frühjahr 1938 habe Österreich „im Vertrauen auf seine Mitgliedschaft beim Völkerbunde die maßgebenden Großmächte ... zur Gewährung von Schutz und Hilfe aufgefordert". Dieser Appell sei aber „ungehört verhallt" und nur kurz nach der deutschen Besetzung hätten sich die diplomatischen Vertretungen „aus Österreich formell zurückgezogen"[129].

Diese Einschätzung des 1938 von den Deutschen vollzogenen Anschlusses entsprach der Sicht der Großmächte: In der Moskauer Erklärung vom 1. November 1943 hieß es nämlich, daß die Sowjetunion, USA und Großbritannien „den Anschluß, der Österreich am 15. März 1938 aufgezwungen worden ist, als null und nichtig" betrachteten. Österreich sei das „erste freie Land gewesen, das der Nazi-Aggression zum Opfer fiel"[130]. Dennoch: Eine moralische Voroffensive Wiens konnte nicht schaden, denn in derselben Moskauer Erklärung wurde Österreich „darauf aufmerksam gemacht, daß es für die Beteiligung am Kriege auf Seiten Hitler-Deutschlands Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann"[131].

Wiens Vorgehensweise bewährte sich, denn in der Präambel des Staatsvertrages fehlte die ursprünglich eingebaute Formulierung einer gewissen Mitverantwortlichkeit Österreichs am Krieg. Österreich war, wie Hellmut Andics es treffend und nicht ohne Ironie formulierte, 1945 „heim aus dem Reich" geholt worden[132]. Dies wiederum dürfte jedoch in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Sowjetunion mit dem Staatsvertrag den Westdeutschen außenpolitischen Neutralismus schmackhaft machen wollte. Hierfür war die seit Stalins Tod geschmeidigere Führung der Sowjetunion sogar bereit, auf das Erwähnen einer etwaigen Mitschuld Österreichs an den NS-Verbrechen zu verzichten[133].

Wieder ist ein Aber nachzuschieben, denn schon Stalin hatte im März 1952 mit seiner berühmten Note versucht, die Deutschen von den Vorzügen des Neutralismus zu überzeugen.

In diesem regional- oder eigentlich schon weltpolitischen Zusammenhang gesehen, wird auch das Selbstbewußtsein der österreichischen Entscheidungsträger verständlich: Österreich werde von allen Staaten geschätzt, brüstete sich Bruno Kreisky gegenüber seinem israelischen Gesprächspartner Dr. Jachil im Februar 1954. Keiner

---

[128] Ebenda, Beiblatt 9.

[129] Ebenda, Beiblatt 7 f.

[130] Übersetzung des englischen Textes aus: Fritz Fellner, Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938. Österreichs Wiederherstellung als Kriegsziel der Alliierten, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik (Hrsg.), Österreich. Die Zweite Republik, Band 1, Graz 1972, S. 68.

[131] Ebenda.

[132] Hellmut Andics, Die Insel der Seligen. Österreich von der Moskauer Deklaration bis zur Gegenwart, Wien usw. 1968, zitiert nach der Taschenbuchausgabe München 1980, Kapitel 3, S. 44 ff.

[133] Vgl. Gerald Stourzh, Der Weg zum Staatsvertrag und zur immerwährenden Neutralität, in: Weinzierl/Skalnik, Österreich, S. 245 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebe Österreich die Mitschuld an den NS-Verbrechen, und es benötige keine diplomatischen Beziehungen zu Israel, um seinen außenpolitischen Ruf zu verbessern. Andererseits widersetze sich Wien solchen Beziehungen nicht[134].

Ganz so problemlos blieb es für Österreich dann doch nicht. Im Dezember 1954 besuchte Kanzler Raab die USA und Kanada. Die jüdischen Organisationen hatten vorgearbeitet und Kongreßabgeordnete sowie Mitglieder der Eisenhower-Administration in ihrem Sinne vorbereitet. Eisenhower selbst brachte das Problem der Wiedergutmachung an die jüdischen Organisationen zur Sprache, und Kanzler Raab hatte an der Visite, wie er einem guten Bekannten gestand, wenig Freude[135].

Vorher hatten sich die USA in bezug auf eine etwaige österreichische Wiedergutmachung außerordentlich zurückgehalten: So lehnten sie Anfang 1954 das Jerusalemer Ansinnen ab, das Thema auf der Berliner Konferenz der Außenminister zu erörtern[136], und auch in der schwierigsten Phase der österreichisch-jüdischen Verhandlungen, 1953, begnügten sie sich mit Anfragen über den Stand der Dinge, ohne sich aktiv einzuschalten oder gar Druck zugunsten der jüdischen Organisationen auszuüben[137].

Tatsächlich kamen danach die Dinge wieder in Bewegung. Bundeskanzler Raab bat seinen nach Kanada emigrierten jüdischen Freund John Hecht, über israelische Diplomaten den jüdischen Organisationen Kompromißbereitschaft zu signalisieren[138]. Dem Kanzler war bekannt, daß Jerusalem in der Wiedergutmachungsfrage seinem Staate gegenüber entgegenkommender als die jüdischen Organisationen war, und sein Finanzminister Kamitz brachte seine Genugtuung hierüber dem israelischen Konsul in Wien am 3. März 1955 zum Ausdruck[139]. Nun nahm sich Bundeskanzler Raab selbst der Wiedergutmachungsfrage an. Er wollte das Kapitel gütlich schließen, erklärte Kamitz dem Konsul während derselben Unterredung[140]. Tatsächlich hatte Raab kurz zuvor, im Februar 1955, einen Ausschuß gebildet, den er selbst leitete und der die Wiedergutmachungsverhandlungen zu einem Abschluß bringen sollte. Am Ende, das heißt im September 1955, fand man einen Weg, richtiger: Ausweg, mit dessen Hilfe beide Seiten ihr Gesicht wahren konnten. Österreich zahlte,

[134] Jachil an Eytan, 18. 2. 1954 (wie Anm. 114).

[135] Dieser Freund war John R. Hecht, ein ehemaliger österreichischer Jude, der nach Vancouver, Kanada, emigriert war und den Kontakt mit Raab aufrechterhalten und erneuert hatte (Michael S. Comay, israelischer Botschafter in Kanada, an A. Lourie, USA-Abteilung, israelisches Außenministerium, 24. 12. 1954, geheim, ISA, Außenministerium, 2452/16).

[136] Jachil an Eytan, 18. 2. 1954 (wie Anm. 114).

[137] Eschel an Westeuropa-Abteilung, Wien, 2. 11. 1953, ISA, Außenministerium, 2452/16. Ilter, Westeuropa-Abteilung, an Eschel, 15. 11. 1953, ebenda; Ilter an Eschel, 26. 1. 1954, ebenda.

[138] Ilter an israelische Botschaft in Ottawa, 19. 1. 1955, geheim, ISA, Außenministerium, 2452/15.

[139] Eschel an Westeuropa-Abteilung, Bericht über ein Gespräch mit Dr. R. Kamitz, Wien, 6. 3. 1955, geheim, ISA, Außenministerium, 2452/15. Um die Spannungen mit den jüdischen Organisationen nicht auf die Spitze zu treiben, zögerte Jerusalem mit der Aufwertung seines Wiener Konsulates zum Generalkonsulat oder gar zur Botschaft (vgl. ISA, Außenministerium, 2411/10, passim, diverse Dokumente hierzu).

[140] Eschel, 6. 3. 1955, ebenda.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die jüdischen Organisationen begnügten sich mit weitaus weniger, als sie ursprünglich, auch intern, zu billigen bereit gewesen waren.

Schlußbetrachtung

Die Geschichte der westdeutschen Wiedergutmachung an Israel ist auch eine Geschichte der Legenden, die sich um dieses Thema rankten und ranken.

Eine der Legenden, ja, die Legende überhaupt, betont immer wieder den Druck, den besonders die USA auf die Bundesregierung ausgeübt haben sollen. Die zweite Legende besagt, die Wiedergutmachung an Israel und das jüdische Volk habe der Bundesrepublik zur außenpolitischen Salonfähigkeit verholfen. Wie konnten diese Legenden entstehen? Der bundesdeutschen Politik gegenüber den arabischen Staaten nutzte sie, in die Weltsicht der rechten und linken Kritik an der westdeutschen Bündnispolitik paßte sie. Diese Antworten bleiben aber oberflächlich. Bei der eigentlichen Antwort müssen wir etwas weiter ausholen, ohne daß wir der Gefahr erliegen, Geschichte allein als das Werk „großer Männer" zu verstehen. Weil aber Adenauers Rolle in der Frage der Wiedergutmachung zweifellos entscheidend war, müssen wir nach den „wahren" Motiven des Kanzlers fragen. Weshalb war er bereit, dem neuen Deutschland, Westdeutschland, zugunsten einer moralischen Entlastung diese finanzielle Belastung aufzubürden? Viel und oft wurde über Adenauers „wahre" Motive im Zusammenhang mit der Wiedergutmachung spekuliert. Waren sie „moralisch" oder „pragmatisch"? Wenn, wie wir sahen, weder die ausländische noch die inländische öffentliche Meinung, weder die ausländischen noch die inländischen Medien, weder gewichtige Interessengruppen noch die eigene Regierung bzw. Partei oder die Regierungen des Auslands auf eine Wiedergutmachung an Israel und die Juden pochten, sondern lediglich die Führung der SPD – nicht ihre Anhänger –, was bewegte ihn dann?

Methodisch muß zunächst festgestellt werden, daß ein Mann, nämlich Adenauer, tatsächlich Geschichte „gemacht" hat, die Geschichte der Wiedergutmachung. Sodann muß methodisch eingeräumt werden, daß man mit Zitaten, veröffentlichten ebenso wie unveröffentlichten, einiges, aber nicht alles belegen kann. Zitate spiegeln Meinungen, Einstellungen, Sichtweisen wider. Sie sind in der Regel nicht handlungsorientiert. Aber keine Regel ohne Ausnahme. Daher sei zur Beantwortung der Frage ein Schlüsseldokument zitiert und eine Schlüsselhandlung interpretiert. In einem Brief an Hermann Josef Abs legte Adenauer am 8. April 1952 seine Verhandlungslinie in der Wiedergutmachungsfrage unzweideutig fest. Abs sollte erfahren, aufgrund welcher Überlegungen und in welchem Rahmen er vorzugehen habe: „Ich glaube, daß, wenn es uns gelingt, das Judentum wenigstens in seinen maßgebenden Männern zu versöhnen, wir dann doch auch auf wirtschaftliche Hilfe in einem stärkeren Maße rechnen können, als wenn dieser schroffe Gegensatz weiter besteht. Abgesehen von diesem Grunde bewegt mich auch das Gefühl der moralischen Verpflichtung, das wir gegenüber dem Judentum haben. Natürlich darf das Ergebnis

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ihrer Verhandlungen in London, das entscheidend für unsere wirtschaftliche Zukunft ist, nicht darunter leiden."[141]

Das erste Ziel Adenauers lautete also: Wirtschaftliche Hilfe. In diesen Zusammenhang gehört auch das Stichwort „London", denn dort wurde seit Ende Februar 1952 über die deutschen Vor- und Nachkriegsschulden mit den Siegern verhandelt. Leiter der deutschen Delegation in London war Hermann Josef Abs. Erst das zweite Ziel Adenauers war die Einlösung einer moralischen Verpflichtung.

Aber: Es war ein Ziel Adenauers. Noch deutlicher formuliert: Das erste Ziel, wirtschaftliche Hilfe (und das hieß: wirtschaftliche Hilfe aus den USA), glaubte der Kanzler nur erreichen zu können, wenn das zweite Ziel, die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk, gelänge. Daß Adenauers erstes Ziel auch aus außerdeutschem Blickwinkel Vorrang hatte, beweist die Tatsache, daß Deutschlands Gläubiger-Staaten, es waren knapp 40, auf der Londoner Schuldenkonferenz darauf beharrten, ihre Ansprüche seien vor der israelischen Wiedergutmachungsforderung zu befriedigen.

So viel zum Schlüsseldokument, zum Schlüsselzitat. Es ist deswegen so wichtig, weil hier eine verbindliche interne Handlungsanweisung und nicht nur eine unverbindliche Absichtserklärung ausgegeben wurde. Diese Worte leiteten Taten ein.

Wir kommen zur Schlüsselhandlung. Erinnern wir uns: Nach dem militärisch erfolgreichen Suez-Feldzug vom Herbst 1956 weigerte sich Israel, die Sinai-Halbinsel und den Gaza-Streifen zu räumen. Die USA wollten eine Eskalation des Konfliktes sowie ein Überschwappen auf die Ebene der Großmächte verhindern und bedrängten Jerusalem daher schon unmittelbar nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen, die militärische Aktion zu beenden. Die israelischen Streitkräfte rückten aber weiter vor. Nach dem Waffenstillstand bestand Washington auf dem unverzüglichen Abzug Israels aus den besetzten Gebieten. Die Eisenhower-Dulles-Administration übte auf Israel erheblichen Druck aus. Ein Druckmittel sollte das zeitweilige Einfrieren westdeutscher Wiedergutmachungsleistungen an den jüdischen Staat sein. Um diesen Schritt wurde Adenauer von Washington gebeten, und auch in der Bundesregierung scheint man den Gedanken erwogen zu haben, um nahostpolitische Neutralität bewahren zu können.

Am 20. Februar 1957 kam bekanntlich Adenauers Antwort: „Nein". Die Wiedergutmachung an Israel sei eine grundsätzliche Verpflichtung Deutschlands, sie dürfe nicht in die Tagespolitik hineingezogen werden. Selbst mit den USA, selbst mit Dulles, legte sich Adenauer an – nur („nur"?) um an der Wiedergutmachung nicht rütteln zu lassen. Eindrucksvoller konnte er sein inneres Anliegen nach außen nicht dokumentieren.

Nötig, das heißt politisch-pragmatisch nötig, hatte die Bundesrepublik Deutschland weder 1952 noch gar 1957 die Wiedergutmachung.

---

[141] Nachlaß Adenauer, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Ähnlich, doch mehr berichtend-feststellend als Anweisungen ausgebend, Adenauer vor dem CDU-Vorstand am 5.9. 1952, Archiv für Christlichdemokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundespartei, VII-001-001/11; vgl. Adenauer, Teegespräche, S. 285 (28. 5. 1952).

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Argument von der Wiederherstellung des moralischen Kredits erweist sich, so gesehen, als ein politisches Instrument Konrad Adenauers: kurzfristig gegen die Opposition in der Koalition sowie langfristig zur Erziehung der Bundesbürger. Gegen eine – wie wir wissen scheinbar – eiserne Wand der außenpolitischen Notwendigkeiten Westdeutschlands sollte die Kritik der innenpolitischen Wiedergutmachungsgegner prallen. Außerdem sollten sie sozusagen erzogen werden[142]. Sie mußten erzogen werden, wollte man die Wiedergutmachung politisch durchsetzen.

Auf jeden Fall war Adenauers Instrument langfristig so wirksam, daß es als Argument oder sogar als Axiom zur zeithistorischen Schulweisheit gehört. Regieren, „gubernare", kann hier beispielhaft als Steuerungsvorgang beobachtet werden – unabhängig von der Bewertung.

Adenauers Erinnerungen verklären die Situation der frühen fünfziger Jahre und geben ein unklares Bild von der Wirklichkeit, wenn der Altkanzler schreibt: „Ich war überzeugt, daß das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft hinter mir standen"[143]. In bezug auf das Luxemburger Abkommen trifft diese Feststellung zweifellos nicht zu. Nicht vergessen darf man freilich die Tatsache, daß Adenauer bereits während der Weimarer Republik ein Freund des Zionismus war.

In dem zitierten Brief Adenauers an Abs, auch in späteren Bekundungen des Kanzlers, erkennen wir allerdings eine Überschätzung des jüdischen Einflusses auf die Politik[144]. Auch in der Krisensitzung des Bundeskabinetts vom 20. Mai 1952 warnte Adenauer die Kritiker eines Entgegenkommens in der Wiedergutmachungsfrage vor der Gefahr, daß die Bundesrepublik in den Ruf des Antisemitismus gelangen könnte[145].

Wir haben gesehen, daß der jüdische Einfluß außerordentlich begrenzt blieb und den wenigsten deutschen Gegnern einer Wiedergutmachung vorgeworfen wurde, sich „antisemitisch" zu verhalten. Adenauer nahm hier mehr wahr als tatsächlich exi-

---

[142] Blankenhorn, Verständnis, S. 138.

[143] Adenauer, Erinnerungen, Band 2, S. 155.

[144] An den Einfluß der Juden auf die amerikanische Politik erinnerte er in einem ARD-Interview am 4. 1. 1966. Das Weltjudentum sei, so sagte er, eine Macht. Aufschlußreich auch Adenauers Erinnerungen, Band 2, S. 141, wo er von einem „nicht zu unterschätzenden Einfluß" der „jüdischen Bankenkreise" in bezug auf den Verlauf der Londoner Schuldenkonferenz spricht. Gerade diese Konferenz war ein Debakel für den jüdisch-israelischen Einfluß. Wie hart nicht nur die USA, sondern auch Großbritannien und Frankreich dort ihre Interessen vertraten, belegt die Studie von Brochhagen. Dem CDU-Parteitag erklärte Adenauer am 21. 3. 1966: „Das jüdische Volk hat viel Macht in der Welt" (zitiert nach: Deutschkron, Israel und die Deutschen, S. 329). So gesehen könnte man Adenauer für ein Kind seiner Zeit halten: bestenfalls mißtrauisch und etwas paranoid den Juden gegenüber. Man vergesse jedoch nicht, daß gerade er schon in den zwanziger Jahren zu den wenigen nichtjüdischen Politikern in Deutschland zählte, die sich für das zionistische Aufbauwerk in Palästina einsetzten. Um Bürgermeister in Köln zu bleiben, brauchte er damals gewiß nicht die jüdische Macht. Adenauer hatte seine durchaus kritische Sympathie dem Zionismus gegenüber also vor dem Holocaust entdeckt.

[145] K. v. Jena, Versöhnung, S. 474, der allerdings die Aussage nicht in den politischen Zusammenhang stellt. Vgl. Wolffsohn, Adenauer und die Opposition in der Regierung.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stierte. Vielleicht nahm er dagegen nicht wahr, wie groß, geradezu unerschütterlich, das in ihn persönlich gesetzte Vertrauen in der Wiedergutmachungspolitik war, sowohl von amerikanischer und britischer als auch von jüdischer und israelischer Seite, hier vor allem von Ministerpräsident Ben-Gurion[146]. Viel nüchterner – und realistischer – als der Bundeskanzler bewertete Finanzminister Schäffer (CSU), der regierungsinterne Hauptwidersacher der Wiedergutmachung, den jüdischen Einfluß auf die internationale und besonders die amerikanische Politik: In seiner Kabinettsvorlage vom 2. Juli 1952 heißt es ausdrücklich, daß von der „Weltöffentlichkeit" kein Druck zu erwarten sei, nicht einmal von den „in Frage kommenden jüdischen Finanzkreisen, namentlich in den Vereinigten Staaten"[147]. Ähnlich argumentierte Marshallplan-Minister Blücher von der FDP, der sich in seiner Kritik am Abkommen amerikanischer Rückendeckung sicher wähnte[148].

In gewisser Weise können wir Adenauers Wahrnehmung als Spiegelbild der israelischen bezeichnen. Wir beobachten immer wieder krasse politische Fehleinschätzungen seitens der israelischen Politiker in bezug auf ihre weltpolitischen Umweltbedingungen. In Jerusalem sah man oft nur sich selbst und das eigene Land, erkannte aber nicht dessen Stellenwert in der Rangordnung der anderen, besonders der US-Administrationen.

Man könnte diese Weltsicht als Israelozentrismus beziehungsweise als Judäozentrismus bezeichnen. Sie ist für die Weltsicht der außenpolitischen Entscheidungsträger und der Gesellschaft Israels alles andere als atypisch[149].

Es wäre freilich übertrieben, Adenauer Judäozentrismus unterschieben zu wollen, aber eine gewisse Überdimensionierung des jüdischen Faktors in der Politik ist unverkennbar.

Einer anderen Form des Israelo- und Judäozentrismus begegnen wir bei der Legende von der „Wiederherstellung des deutschen Kredits", den die Wiedergutmachung an Israel und die Juden bewirkt hätte.

Daß Juden und Israelis die Welt eher als andere israelozentrisch beziehungsweise judäozentrisch wahrnehmen, ist eine Feststellung, kein Vorwurf, ja es ist sogar natürlich. Andere Gruppen und Nationen pflegen ihren jeweiligen Gruppen- oder Nationenzentrismus ebenfalls. Das eigene Sein, die eigene Umwelt, bestimmen in der Regel Blickwinkel und Sichtweise.

---

[146] Ben-Gurion an Nachum Goldmann, 17.9. 1952, Ben-Gurion-Archiv, Sde Boqer (Israel), Nachlaß Ben-Gurion, Korrespondenz, 4115.032. Die Einschätzung Ben-Gurions war in diesem Brief einerseits Bilanz und andererseits Ausblick auf die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens.

[147] BAK, Bundeskanzleramt, B 136/1127. Wie aus dieser Vorlage ersichtlich, hatte sich Schäffer zu diesem Zeitpunkt mit der Zahlung von einer Milliarde Mark abgefunden. Strittig blieb die Forderung der Diasporaorganisationen (vgl. Wolffsohn, Adenauer und die Opposition in der Bundesregierung).

[148] Vgl. Blücher an Staatssekretär des Innern im Bundeskanzleramt, 22.7. 1952, BAK, B 136/1127.

[149] Vgl. zur Weltsicht der außenpolitischen Entscheidungsträger Israels Michael Brecher, Israel's Foreign Policy System, Oxford University Press 1972; auch Uri Bialer, Our Place in the World, Hebrew University, Jerusalem 1981.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die meisten Darstellungen der Wiedergutmachung wurden von Israelis oder Juden verfaßt und sind nicht zuletzt deswegen israelo- oder judäozentrisch[150].

Die zeithistorische Schulweisheit über die Wiedergutmachung an Israel entstand – was Wunder? – durch die Darstellungen über die Wiedergutmachung, und so konnte sich die Legende bis heute verfestigen.

In Israel wird sie von rund 70% der Gesellschaft geglaubt, und die Politiker des Landes verbreiten sie nicht zuletzt deswegen, weil sie einen Zusammenhang zwischen der Israel-Politik und dem Ansehen Westdeutschlands herstellt[151]. Sie ist demnach ein politisches Instrument, über dessen außenpolitischen und volkspädagogischen Sinn oder Einsatz man durchaus streiten kann.

Wenn Zeitgeschichte nicht die Dienstmagd des volkspädagogisch, also politisch Erwünschten sein soll, muß sie die Legende von der wiedergutmachungsbedingten Salonfähigkeit Westdeutschlands zu den Akten legen. Aus den Akten und Zusammenhängen ist sie nicht abzuleiten.

[150] Vgl. die in Anm. 1 erwähnten Monographien.

[151] Zur Umfrage vgl. Wolffsohn, Deutsch-Israelische Beziehungen, S. 40. Im November 1986 nahm ich an einer Diskussion mit israelischen und bundesdeutschen Politikern teil, die in der Deutschland- bzw. Israel-Politik ihres Staates tonangebend waren und die den Zusammenhang zwischen Westdeutschlands Ansehen und der Wiedergutmachungspolitik betonten – einmal mehr.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

KANZLER IN DER KRISE

Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959

Die Lage war schwieriger denn je nach Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958[1] und dem sowjetischen Friedensvertrags-Vorschlag für Deutschland vom 10. Januar 1959[2]. In den folgenden Wochen und Monaten stand die Bundesregierung unter dem Druck der Westmächte, Stellung nehmen zu müssen zum weiteren taktischen Vorgehen in der Berlin- und Deutschlandfrage. Adenauers Überlegungen kreisten im Januar 1959 immer wieder um die gleichen Fragen: Sind freie Wahlen der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands? Ist es taktisch klug, jetzt die vom Westen geforderten Gegenvorschläge auf den Tisch zu legen? Wieweit ist es noch realistisch, die Wiedervereinigungsforderung an kontrollierte Abrüstungsschritte in Ost und West zu knüpfen? Wie steht es mit der Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie? Wie würde die Öffentlichkeit auf ein leises Andeuten einer Atempause in der Wiedervereinigungsfrage – später als „Burgfriedens-Vorschlag" bekanntgeworden[3] – reagieren?

---

[1] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, 1. Halbband (10. 11. 1958–31. 1. 1959), bearb. von Ernst Deuerlein/Hannelore Nathan, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt/Main-Berlin 1971, S. 151–201.

[2] Wortlaut der Note und des Vertragsentwurfes ebenda, S. 537–577. Zu Adenauers Beurteilung vgl. seine Erinnerungen 1955–1959, 3. Auflage, Stuttgart 1982, S. 460 f. Weitere Hinweise bei Nikolaus Ehlert, Große Grusinische Nr. 17. Deutsche Botschaft in Moskau, Frankfurt/Main 1967, S. 241–252. Wilhelm G. Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S. 258–281. Hans Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln 1967, S. 399 f. Neuere zusammenfassende Darstellung von Jens Hacker, Die rechtliche und politische Funktion eines Friedensvertrages mit Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/87, 12. 12. 1987, S. 3–18, insbes. S. 12–14.

[3] Erstmals fiel der Begriff während einer Unterredung zwischen Chruschtschow und dem Botschafter Bonns in Moskau, Kroll, am 18. 1. 1960. Vgl. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 448. Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, Adenauer-Studien III, hrsg. von Rudolf Morsey/Konrad Repgen, Mainz 1974, S. 3–91, hier S. 57.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

Was die Beurteilung der sowjetischen Zielsetzungen anbelangte, so zeigte sich Adenauer fest davon überzeugt: Der Kreml will das westdeutsche Industriepotential beherrschen, die weitere Integration Westeuropas verhindern, wird jedoch keine Gewalt dabei anwenden. Die Haltung der Westmächte stellte sich ihm dagegen als äußerst instabil dar, wie es überhaupt an der Geschlossenheit des Bündnisses mangelte. Washington würde lieber heute als morgen die zur Belastung gewordene deutsche Frage ad acta legen. Führende Vertreter des Senats sahen in außen- und sicherheitspolitischen Arrangements mit der Sowjetunion wichtigere Ziele amerikanischer Politik als in der Lösung des Deutschlandproblems. Premierminister Macmillan setzte mit seiner Unterstützung der Disengagementpolitik den Zusammenhalt des atlantischen Bündnisses unnötigen Belastungsproben aus. Außerdem schien dessen Moskau-Reise, ohne vorherige Abstimmung in der NATO und mit Blick auf die bevorstehenden Unterhaus-Wahlen geplant, dem Westen mehr Schaden als Nutzen einzubringen. Allein de Gaulle hielt unverändert an der Politik des Status quo in Berlin fest, war bereit, Adenauers Deutschlandpolitik weiter zu unterstützen.

In dieser Situation, darüber war sich Adenauer im klaren, stand kein Mitgefühl des Westens zu erwarten. Seine größte Sorge war, die USA könnten unüberlegt reagieren, geneigt sein, einen schnellen Ausgleich mit Moskau zu suchen, über die Köpfe der Europäer hinweg und zu deren Lasten. Selbst die Grundmaximen westlicher Einigungsphilosophie – Aufrechterhaltung der NATO und der europäischen Integration sowie die kontrollierte Abrüstung – sah Adenauer gefährdet. Wer konnte schon sagen, wie lange das Sicherheitsengagement der USA in Europa fortdauerte, was nach dem Jahr 1968 geschähe, falls der NATO-Vertrag nicht verlängert würde? Die NATO - so hatte es jedenfalls den Anschein – würde vielleicht kein Dogma bleiben, wenn sich die USA tatsächlich zu einer anderen Politik gegenüber den Europäern entschließen sollten. Zudem hatte Frankreich mit seinem Nein zur Europäischen Freihandelszone im November 1958 bereits einen Schritt hin zur handelspolitischen Spaltung Westeuropas zwischen EWG und EFTA getan.

Was also blieb übrig? Eine Ost-West-Konferenz, das vorrangige Ziel Chruschtschows, war unausweichlich. Allerdings müsse er, so argumentierte Adenauer, dafür einen politischen Preis zahlen in Form menschlicher Erleichterungen, vor allem in der DDR. Die Konferenz, wenn sie schon nicht zu verhindern war, sollte dann möglichst lange dauern und die Abrüstungsprobleme einbeziehen, um das direkte Interesse der beiden Supermächte an Verhandlungen zu steigern und die Ursache der Spannungen zu beseitigen. Kernfrage war: Auf welche Weise kann die Bundesrepublik für die USA weiterhin ein attraktiver Partner bleiben, sich künftig ihrer Sicherheitsgarantie vergewissern, wenn selbst deren Außenminister, John Foster Dulles, den Besitz von Nuklearwaffen für die Bundesrepublik unter bestimmten Voraussetzungen für denkbar hielt.

Adenauer fühlte sich von den Westmächten, vornehmlich von den Briten, unter Zugzwang gesetzt. Doch lehnte er eine Regelung der Deutschlandfrage „um jeden

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Preis" strikt ab. Ein „Diktatfrieden" kam für ihn nicht in Frage, auch wenn die Westmächte noch so drängen mochten. Die Position der Bundesregierung war offenbar wesentlich von Kanzleramts-Chef Globke formuliert worden. Der Globke-Plan[4] und die Aufzeichnungen Heinrich Krones[5] sind bislang die einzigen publizierten Belege dafür, daß Adenauer zu dieser Zeit in der Deutschlandfrage sehr viel flexibler dachte, als es der Öffentlichkeit damals bekannt wurde[6]. Die hier abgedruckten Journalisten-Berichte bestätigen, daß Hallstein-Doktrin, Alleinvertretungsanspruch und die Oder-Neiße-Linie für Adenauer keine unantastbaren Prinzipien bundesdeutscher Außenpolitik waren. Sehr wohl hat er schon Anfang 1959 die Anerkennung der DDR, der deutsch-polnischen Westgrenze und der Satellitenstaaten im Ostblock in Erwägung gezogen, wenn sich dafür konkrete Verbesserungen der Lebensumstände der Menschen im anderen Teil Deutschlands erreichen ließen. Damit ist aber noch nichts darüber ausgesagt, wie weit er im Falle von Verhandlungen wirklich zu gehen bereit war, was Gedankenspiel und was mögliche Verhandlungsoption, echter und akzeptierbarer Kompromiß war, wo für ihn die Grenze des Zumutbaren lag. Alles das läßt sich auch heute noch nicht exakt bestimmen. Adenauer hat sich wohl keinen Illusionen über die Chancen zu einer Wiedervereinigung Deutschlands hingegeben, selbst wenn er nach außen hin bei der Lösung der deutschen Frage unverrückbar an Grundpositionen festhielt.

Verschiedene Journalisten lassen daran auch keinen Zweifel. So stellte jüngst der ehemalige Bonner Korrespondent und spätere Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung", Fred Luchsinger, fest, er hätte „keinen Anhaltspunkt, um zu behaupten, Adenauer hätte die Wiedervereinigung für realisierbar gehalten. Sie ist Fernziel gewesen, das man nicht aus den Augen lassen durfte. Adenauer war zu pragmatisch, als daß er über die gegenwärtigen Umstände hinweggesehen hätte. Meine Antwort heißt schlicht: Ich kenne keine Vorstellungen von ihm zur praktischen Lösung der Deutschlandfrage unter den seinerzeit gegebenen Umständen."[7] Noch prägnanter die Einschätzung des langjährigen Nestors der Bonner Journalisten, Robert Strobel: „Adenauer hat mit der Wiedervereinigung Deutschlands in absehbarer Zeit nie gerechnet. Schon im Frühjahr 1946, als ihr andere, unter ihnen Jakob Kaiser, immer noch kurzfristige Prognosen stellten, warnte er vor solchem Optimismus. Hier müsse man mit den Zeitmaßen eines geschichtlichen Prozesses rechnen. ‚Die Russen stehen an der Elbe. Jetzt geht es vor allem darum, zu verhindern, daß sie weiter

[4] Der Globke-Plan zur Wiedervereinigung, Erste Fassung Anfang 1959, Fassung vom 17. November 1960, in: Adenauer-Studie III, S. 202–209.

[5] Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: ebenda, S. 134–201.

[6] Die immer noch detaillierteste Darstellung gibt Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 3–91. Grundsätzliche Auseinandersetzung mit diesen Quellen bei Hans-Peter Schwarz, Adenauers Wiedervereinigungspolitik. Zwischen nationalem Wollen und realpolitischem Zwang, in: Die politische Meinung, Jg. 20 (1975) 163, S. 33–54.

[7] Fred Luchsinger, Adenauer und die Auslandspresse, in: Konrad Adenauer und die Presse, Rhöndorfer Gespräche Bd. 9, hrsg. von Karl-Günther von Hase, Bonn 1988, S. 97.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Westen vordringen.' So etwa sah er die Situation schon damals. Das gab er freilich öffentlich nicht zu. Die Bevölkerung hätte es nicht gern gehört, und deshalb entschied er sich hier für die ‚einfache' und nicht für die ‚lautere' Wahrheit."[8] In jenen Teegesprächen 1959 soll einer der Beteiligten gar sinngemäß vom Kanzler vernommen haben, er habe von Anfang an nicht an die Wiedervereinigung geglaubt. Sie sei zur Parteisache gemacht worden. CDU/CSU und SPD hätten um ihres nationalen Ansehens wegen diese Frage hochgespielt, was ein Unglück sei.

Wie dem auch sein mag, die Äußerungen bestätigen ein weiteres Mal, daß Adenauer sehr wohl die Realitäten seiner Deutschlandpolitik, ihre Grenzen und Möglichkeiten, erkannt hat und sich deshalb keinen Träumereien von einem wiedervereinigten Deutschland unter den gegebenen Bedingungen hingab. Heinrich Krone notierte am 23. Januar 1959 Bemerkungen Adenauers vom 6. Januar: „Da mit der Wiedervereinigung auf Jahre nicht zu rechnen sei, solle man sie als jetzt nicht durchführbar ansehen; die Zone bleibe in der Macht Pankows, die Bundesrepublik im Bündnis des Westens; es müsse im Wissen um die Lage, wie sie ist, zu Gesprächen kommen, die auf eine Humanisierung der Verhältnisse in der Zone hinausgingen."[9]

Mit dem Globke-Plan, der wohl zunächst als Richtschnur für die Besprechungen Adenauers mit Dulles am 7./8. Februar in Bonn[10] diente, deutete die Bundesregierung in vier Punkten mehr Flexibilität an: 1. mögliche De-facto-Anerkennung der DDR, 2. Eingeständnis, daß die Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nicht zu erreichen sein würde, 3. statt dessen die Forderung nach Verbesserung der humanitären Verhältnisse in der DDR sowie 4. Beibehaltung der Forderung nach freien Wahlen in Gesamtdeutschland, jedoch mit der Möglichkeit, sie für etwa 10 Jahre zurückzustellen.

---

8 Robert Strobel, Adenauer und der Weg Deutschlands, Luzern-Frankfurt/Main 1965, S. 39.

9 Krone, Aufzeichnungen, S. 148 f.

10 Zum Verlauf der Begegnung von Adenauer und Dulles am 7./8. 2. 1959, der letzten vor dem Tod des amerikanischen Außenministers am 24. 5. 1959, vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 471–478. Adenauers Informationsgespräch mit Gaston Coblentz, 15. 1. 1960, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, Adenauer – Rhöndorfer Ausgabe, hrsg. von Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz, bearb. vom Verf., Berlin 1988 (im Erscheinen). Krone, Aufzeichnungen, S. 149 f. Wortlaut der Erläuterungen von Eckardts auf der Pressekonferenz am 8. 2. 1959 in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bulletin), Nr. 17, 11. 2. 1959, S. 246. Eleanor Dulles, Adenauer und Dulles, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, hrsg. von Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Konrad Repgen/Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1976, S. 387 f. Roscoe Drummond/Gaston Coblentz, Duell am Abgrund. John Foster Dulles und die amerikanische Außenpolitik 1953–1959, Köln-Berlin 1961, S. 244–252. Dies., „Westdeutschland muß Kontakt zur Zone halten". Adenauers letzte Begegnung mit Dulles, in: „Der Spiegel", Nr. 36, 31. 8. 1961, S. 30–32.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II.

Von offiziellen Publikationen abgesehen, sind bislang kaum Archivmaterialien zur Haltung der Westmächte nach dem Berlin-Ultimatum zugänglich. Erste, jüngst vom State Department freigegebene Aktenbestände erlauben nur einen punktuellen Einblick in Überlegungen, die Anfang 1959 von der amerikanischen Regierung zur Lösung der Krise angestellt wurden. So geht aus einer Aufzeichnung über ein Gespräch von Dulles mit dem damaligen NATO-Generalsekretär Paul-Henri Spaak am 6. Februar[11] in Paris eine unterschiedliche Einschätzung der Haltung Adenauers hervor.

Spaak bezog sich – unter dem Vorbehalt der weiteren Prüfung – auf Informationen des deutschen NATO-Botschafters Herbert Blankenhorn, demzufolge der Kanzler die Notwendigkeit von Konzessionen erkannt habe. Sie könnten die Anerkennung Polens, der Tschechoslowakei und der Oder-Neiße-Linie, mögliche Formen der Konföderation mit Ost-Deutschland sowie den Verzicht der Bundesrepublik auf bestimmte Arten nuklearer Waffen einschließen[12]. Dulles hingegen verwies auf ein Schreiben Adenauers, offenbar jüngsten Datums[13], das ähnliche Überlegungen enthalte, allerdings nicht von einer Konföderation oder einem Verzicht auf nukleare Waffen spreche. Vielmehr gebe es Anzeichen einer gewissen Verlagerung der deutschen Frage auf die Abrüstung. Spaak wollte in der Öffentlichkeit die positiven Konsequenzen, die aus der Wiedervereinigung Deutschlands entstünden, hervorgehoben wissen. Dazu zählten begrenzte Formen des Disengagements, Gewaltverzichtserklärungen mit den Ostblockstaaten, die Anerkennung Polens und der Tschechoslowakei, die Lösung der Berlinfrage, größere Freizügigkeit. Hinsichtlich des Berlinproblems machte Dulles deutlich, daß man die „Agententheorie"[14], das heißt die Kontrolle des Verkehrs durch DDR-Beamte statt durch die sowjetischen Vertreter, nicht akzeptieren werde. Er hoffte auf die Einsicht der Sowjets. Was die Deutschlandfrage anbelange, so solle der Westen an die Pläne von 1955 zur Wiedervereinigung und europäischen Sicherheit anknüpfen. Bezüglich der atomaren

---

[11] National Archives, Washington, D.C. (NA), RG 59, Box 3549, 762A.00/1-559, Department of State, Memorandum of Conversation, SVE/MC-13, Spaak-Dulles, 6.2. 1959, Secret, 3 S.

[12] Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1980, S. 343 f.

[13] Wahrscheinlich ist die Situationsanalyse Adenauers gemeint, die er am 30. 1. 1959 der amerikanischen Regierung übersandt hatte. Wortlaut in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 463–468.

[14] Dulles hatte auf einer Pressekonferenz am 26. 11. 1958 in Washington von dieser „Agententheorie" gesprochen, wonach die amerikanische Regierung keine stellvertretende Verantwortung der DDR für die Sowjetunion akzeptieren würde. Das schließe allerdings nicht aus, daß man zur Regelung von Besatzungsangelegenheiten mit DDR-Vertretern als „Beauftragte" (agents) der Sowjetunion in Verkehr treten würde, vorausgesetzt, die sowjetische Regierung würde die Rechte des Westens weiterhin anerkennen. Auszüge des Wortlauts in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1, 1. Halbband, S. 144–150, hier S. 145 f. Auch Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1979, S. 365 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Waffen könne vielleicht eine Unterscheidung getroffen werden zwischen taktischen und strategischen Waffen, mit denen die amerikanischen Truppen in Europa ausgestattet würden. Einig waren sich beide jedoch, den Status quo in Deutschland aufrechtzuerhalten. Denn jede radikale Veränderung bedeute ein Nachbessern der gegenwärtig befriedigenden Vereinbarungen der europäischen Zusammenarbeit, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, und der Beteiligung der Deutschen an der Allianz. Allerdings dürften selbst die ernstesten Bemühungen nicht dazu führen, irgendwelche bedeutsamen Fortschritte zu machen.

Die französische Regierung teilte im wesentlichen die Einschätzung Dulles' zu einem Eingreifen sowjetischer oder DDR-Truppen auf den Zugangswegen von und nach Berlin. Außenminister Couve de Murville pflichtete Dulles bei[15], daß es ein schwerwiegender Fehler wäre, die Einbindung der Bundesrepublik in die westlichen Gemeinschaften zu gefährden, um die Wiedervereinigung zu erkaufen. Dennoch schloß der Chef des Quai d'Orsay wohl nicht aus, daß es Maßnahmen geben könnte, durch welche die Bundesrepublik einen größeren Einfluß auf die DDR ausüben könne. Eine diplomatische Formel, die sowohl die Konföderationspläne als auch die Anerkennung einschlossen.

Dulles regte dann bei seinem Besuch in Bonn Adenauer gegenüber an, die Bundesregierung solle sich überlegen, welche Mittel und Wege sie vor einer De-facto-Assoziierung mit der DDR sehe, die ihr zugleich einen größeren Einfluß auf Ost-Berlin ermögliche. Adenauer dagegen verwies auf die Bemühungen der Bundesregierung zur Erleichterung des Reiseverkehrs und machte gleichfalls deutlich, daß wegen des harten Vorgehens der DDR-Behörden aber kaum noch Aussichten hierfür bestünden[16].

Mit Blick auf die bevorstehende Außenminister-Konferenz der vier Mächte in Genf wurde im State Department unter anderem die Meinung vertreten[17], daß man der Sowjetunion auf der Grundlage der Vorschläge vom Oktober/November 1955 ein Verhandlungspaket Wiedervereinigung Deutschlands/Europäische Sicherheit präsentieren solle, das mehr den Friedensvertrag als die Wiedervereinigung herausstelle. Der Weltöffentlichkeit müsse klargemacht werden, daß Washington kein Interesse an einer Wiedervereinigung auf Kosten der Sicherheit der Sowjetunion habe. Jedoch gelte es zu verhindern, so hatte Dulles verlauten lassen, den Sowjets oder der öffentlichen Meinung in den USA den Eindruck zu vermitteln, Washington könne bereit sein, die deutsche Wiedervereinigung zum Preis einer Abkoppelung der Bundesrepublik vom Westen zu erreichen mit dem Ergebnis, daß Deutschland dann – unabhängig in der Mitte Europas agierend – versucht sein könnte, Ost gegen West auszuspielen.

---

[15] NA, RG 59, Box 3549, 762A.00/1-559, Department of State, John Foster Dulles, Memorandum of Conversation with Couve de Murville, SVE/MC-14, 7.2.1959, Secret, 1 S.

[16] Drummond/Coblentz, Duell am Abgrund, S. 247 f.

[17] NA, RG 59, Box 3549, 762A.00/1-559, Department of State, Memorandum von Andrew H. Berding an Merchant, Subject: The German Problem and Public Relations, 12.2.1959, Secret, 4 S.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Joint Chiefs of Staff entwickelten in den nächsten Wochen Szenarios, die Berlinkrise zu einer dramatischen Revision der amerikanisch-deutschen Politik zu nutzen. In einem Memorandum für Verteidigungsminister Neil H. McElroy über die Politik gegenüber Berlin und Deutschland[18] wurden drei alternative Reaktionen auf die im Berlin-Ultimatum angedrohten Maßnahmen der Übertragung von Rechten der Sowjetunion an die DDR aufgezeigt:

„*Alternative eins:* Die drei Westmächte nehmen zur Kenntnis, daß alle Deutschland betreffenden Vereinbarungen mit der Sowjetunion abgeschafft sind, und werden sofort die Bundesrepublik Deutschland als die rechtmäßige und einzige Regierung in Gesamtdeutschland anerkennen. Die drei westlichen Regierungen behalten sich das Recht vor, jede Maßnahme in Betracht zu ziehen, die notwendig ist, den Status der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen, wie dieser zwischen ihren Regierungen vereinbart wird.

Alternative zwei: Die drei Westmächte nehmen zur Kenntnis, daß die Sowjetunion alle ihre Vereinbarungen betreffend die Viermächte-Besatzungsmacht und Verantwortlichkeiten in Deutschland abgeschafft hat. In diesem Falle behalten sich die drei Westmächte sofort das Recht vor, die Besatzungsgewalt, welche die Sowjetunion abgeschafft hat, in jedem oder allen Teilen Deutschlands, die bis dahin von der Sowjetunion wahrgenommen wurde, aufrechtzuerhalten und auszuüben.

Alternative drei: Die drei Westmächte nehmen zur Kenntnis, daß sich die Sowjetunion von den Viermächte-Besatzungs-Vereinbarungen zurückgezogen hat. Dessen ungeachtet sind die drei Westmächte bereit, bis zur Wiedervereinigung die DDR als die de facto provisorische Regierung der sowjetisch besetzten Zone in Deutschland anzuerkennen, vorausgesetzt, daß

- die Sowjetunion und die DDR das Recht der drei Westmächte als Besatzungsmächte anerkennen, alle Zufahrtswege, die von ihnen im Verkehr zwischen Westdeutschland und Berlin benutzt werden, uneingeschränkt und bedingungslos zu kontrollieren;
- die DDR garantiert, daß sie jegliche Unterbrechung dieses Verkehrs aus irgendwelchen Gründen, einschließlich der Beibehaltung oder Überprüfung der Transportbestimmungen, ausschließt;
- die DDR die Aufrechterhaltung der Bedingungen hinsichtlich der ungehinderten Handels- und Geschäftsbeziehungen zwischen West-Berlin und der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und anderen ausländischen Staaten garantiert;
- die DDR der ständigen Präsenz alliierter Garnisonen in West-Berlin bis zur Lösung der Frage der deutschen Wiedervereinigung zustimmt."[19]

Diese teils weitreichenden Überlegungen waren letztlich Ausdruck der sich allgemein abzeichnenden Linie der amerikanischen Regierung, einen letzten Anlauf mit

[18] Ebenda, The Joint Chiefs of Staff, Memorandum for the Secretary of Defense, Subject: Statement of Policy on Berlin and Germany (C), 16. 3. 1959, Top Secret, 3 S.

[19] Übersetzung des Verfassers. „The United States, the U. K. and France" ist hier mit „die drei Westmächte" wiedergegeben.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Sowjetunion zur Regelung der Deutschland- und Berlinfrage zu starten und dabei eventuell strukturelle Veränderungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis in Kauf zu nehmen. Ein weiteres Memorandum über „Mögliche Vorteile eines Vorschlages hinsichtlich des Rückzugs der sowjetischen und westlichen Streitkräfte von deutschem Boden als Teil einer Vereinbarung über die Wiedervereinigung" vom 11. März[20] läßt erkennen, daß nicht unerhebliche Kräfte in der amerikanischen Administration darauf drängten, die Deutschlandfrage flexibler anzugehen als bislang, um mit Moskau zu einer Lösung zu kommen.

Adenauer fürchtete also nicht zu Unrecht, daß die Amerikaner sich Konzessionen abringen lassen könnten, die ihren bilateralen Interessen dienen, aber letztlich die Geschlossenheit des westlichen Bündnisses sprengen könnten. Daher seine strikte Ablehnung jeglicher Disengagement-Forderung Macmillans, daher die Skepsis gegenüber dessen Moskau-Reise[21], bei der er Chruschtschow womöglich zu weit entgegenkomme, vielleicht über die Anerkennung der DDR spreche, und dabei Positionen beziehe, die sich mit denen der Westmächte nicht mehr in Einklang bringen ließen. Wenn sich diese erst einmal mit der Frage beschäftigten, würde das die Verhandlungslage erheblich verschlechtern. Einzig in de Gaulle wußte Adenauer einen Verbündeten, der die britischen Disengagement-Pläne strikt ablehnte[22]. So erstaunt es auch nicht, wenn der Kanzler am 16. März im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Verteidigung der damaligen Gegebenheiten im Hinblick auf den Status Berlins, der DDR und der militärischen Präsenz der USA in Europa als vorrangiges Ziel bezeichnete: „Wenn wir den Status quo für Berlin und die Zone behalten, haben wir für heute so gut wie alles erreicht. Wiedervereinigung – wer weiß wann!"[23] Krone weiter: „Gerstenmaier stellte zu diesem Satz des Kanzlers fest, daß damit klar gesagt sei, daß wir unsere bisherige These, Wiedervereinigung durch Geschlossenheit und Stärke des Westens, vorläufig nicht realisieren könnten. Also geteiltes Deutschland. Und was sagt dazu das Volk in der Bundesrepublik? Die Antwort fällt hart aus. Das Volk nimmt es hin und denkt an sein Wohlergehen."

---

[20] NA, RG 59, Box 3549, 762A/3-259, United States Government, Office Memorandum, F. O. Allen an William R. Tyler, Subject: Forthcoming Negotiations on Germany with the USSR: Possible Advantages of Proposing Withdrawal of Soviet and Western Forces from German Soil as Part of an Agreement on Reunification, 11. 3. 1959, Secret, 3 S.

[21] Zu Vorbereitung, Verlauf und Ergebnis des Macmillan-Besuchs in Moskau (21. 2.–3. 3. 1959), bei dem u. a. über einen britisch-sowjetischen Nichtangriffspakt, die Genfer Verhandlungen zur Einstellung der Atomtests, den Rapacki-Plan und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gesprochen wurde, vgl. Harold Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, London 1971, S. 557–635, insbes. S. 592–634. Harold Evans, Downing Street Diary. Macmillans Years, 1957/63, London 1981, S. 74–79. Nigel Fisher, Harold Macmillan. A Biography, London 1982, S. 213 f. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 427–430.

[22] NA, RG 59, Box 3549, 762A/3-259, Department of State, Botschaft Paris, Telegram No 3357, Houghton, an Secretary of State, 14. 3. 1959, Secret, 2 S.

[23] Hier und im folgenden Krone, Aufzeichnungen, S. 152.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III.

Die außenpolitische Krise wäre für Adenauer sicherlich leichter zu bewältigen gewesen, wenn nicht zur gleichen Zeit sich die innenpolitische Diskussion um die Bundespräsidentenwahl am 1. Juli 1959 zugespitzt hätte. Allem Anschein nach war sein Entschluß zur Kandidatur Anfang April recht kurzfristig von ihm gefaßt worden. Die Kontroversen um die Kanzlernachfolge und vor allem seine Bedenken gegen Erhard[24], aber wohl auch der Tod von Dulles brachten ihn zu der Überzeugung, das Ruder nicht aus der Hand geben zu sollen. Eine Entscheidung, in der er von Globke weitgehend bestärkt worden sein dürfte. Fred Luchsinger, dem in Bonn nachgesagt wurde, besonders gut über Gedanken Adenauers informiert zu sein, hielt nach einem Gespräch mit Globke am 22. Juli 1959 zu den Hintergründen der Präsidentschaftsangelegenheit vom Juni fest:

„Nach Globke hatte Adenauer außer Etzel noch drei andere Kandidaten für seine Nachfolge in petto. Nicht jedoch Erhard, den er nach wie vor für politisch gefährlich hält. Zum Beweis: Erhard wollte an der westlichen Gipfelkonferenz einen einstündigen Vortrag über die weltwirtschaftliche Lage halten!

Auch die Franzosen und der Italiener Segni lehnten Erhard ab (Erhard eines Übermaßes von Anglophilie verdächtigt unter Hinweis auf die Meinung von Dulles, daß die Engländer die europäische Integration verhindern wollten, nachdem sie nicht führend in das europäische Geschäft einsteigen wollten und könnten). Herter habe in Bonn gesagt, die Amerikaner würden so lange in Deutschland bleiben, als die Integration und das deutsch-französische Verhältnis weitergeführt würden.

Alles immer im Hinblick darauf, daß Erhard eine Gefahr für die europäische Integration wäre.

Im April war Höcherl gegen Adenauers Präsidentschaftskandidatur, aber nicht gegen eine Kandidatur Etzels; Krone war für Etzel, er hatte den schon 1957 als künftigen Nachfolger Adenauers im Kabinett haben wollen. Höcherl und Krone berichteten Adenauer in Cadenabbia übereinstimmend, daß in Bonn eine starke Strömung für Erhard herrsche; Höcherl fügte hinzu, es würde viel Arbeit brauchen, um Etzel bei der Fraktion durchzubringen. Erhard wolle nicht im Kabinett sein unter einem anderen Kanzler als Adenauer. Deshalb hätte Etzel vermutlich überhaupt keine Chance.

Die ganzen Nachfolgeprojekte werden zur Zeit nicht weiterverfolgt. Adenauer hofft, 1961 seinen Mann durchzubringen, weil dann 1965 noch genügend weit weg sei und Erhards Chancen reduziert werden könnten. Etzel bleibt Adenauers Favorit."[25]

Des Kanzlers personelles und politisches Kalkül schlug fehl. Auch wenn er es nicht wahrhaben wollte: Der Zenit seiner Macht war überschritten. Die innerpartei-

---

[24] Vgl. Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, S. 227–366.

[25] Aufzeichnung Privatarchiv (PA) Dr. Fred Luchsinger, Zürich. Vgl. auch seinen Artikel „Wirkungen der Kanzlerkrise" von Ende August 1959, in: Fred Luchsinger, Bericht über Bonn. Deutsche Politik 1955–1965, Zürich 1966, S. 135–142.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen Widersacher machten ihm nun das Leben schwer, wollten ihm nach zehnjähriger Regierungszeit den Ruhestand gönnen. Adenauer aber nahm die Kampfansage in Kauf, überzeugt, nur er könne mit seinen Erfahrungen in dieser Krisensituation und bei zunehmenden Interessendivergenzen unter den Westmächten den Status quo der Bundesrepublik in West und Ost auch weiterhin verteidigen.

IV.

Gesprächsaufzeichnungen, die eigentlich gar nicht existieren dürften, haben ihren besonderen Reiz. Um so mehr, wenn es sich um Unterredungen mit einem Regierungschef handelt. Nicht anders verhält es sich mit den Berichten der Bonner Korrespondenten, die im ersten Halbjahr 1959 mit dem Bundeskanzler im Palais Schaumburg vertrauliche „Teegespräche" führten[26]. Die Treffen waren nach gut anderthalbjähriger Unterbrechung[27] auf ausdrücklichen Wunsch Adenauers im kleinen Kreis der sieben Journalisten Ludwig von Danwitz[28], Hugo Grüssen[29], Dr. Max Nitzsche[30], Alfred Rapp[31], Max Schulze-Vorberg[32], Georg Schröder[33] und Robert Strobel[34] wieder aufgenommen worden. Ferner nahmen Staatssekretär Globke, Regierungssprecher Felix von Eckardt, sein Stellvertreter, Werner Krueger[35], sowie Franz Josef Bach[36] und Günter Bachmann[37] an dieser Runde teil. Entgegen der sonst befolgten Praxis war kein Stenograph des Presse- und Informationsamtes anwesend, sollte auf jegliche Niederschrift verzichtet werden. Die Gespräche hatten anfangs eine andere Qualität als bis dahin üblich. Hier ging es nicht in erster Linie darum, die Pressevertreter über bereits getroffene politische Entscheidungen der Bundes-

---

[26] Zu den Hintergrundgesprächen mit ausländischen Journalisten in diesem Zeitraum vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961.

[27] Vgl. dazu die Einführungen des Verf. in die Edition Adenauer, Teegespräche 1950–1954, Berlin 1984, S. XII–XXII; Teegespräche 1955–1958, Berlin 1986, S. VII f.

[28] Ludwig von Danwitz (1910–1981), 1956–1975 Leiter des Bonner Studios des Westdeutschen Rundfunks.

[29] Hugo Grüssen (1914–1965), seit 1948 Bonner Korrespondent u. a. für den „Mannheimer Morgen", die „Ruhr-Nachrichten" (Dortmund) und die „Allgemeine Zeitung" (Mainz).

[30] Dr. Max Nitzsche (*1915), 1953–1961 Leiter der Bonner Redaktion der „Rheinischen Post" (Düsseldorf).

[31] Dr. Alfred Rapp (*1903), 1950–1975 Bonner Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen".

[32] Dr. Max Schulze-Vorberg (*1919), von 1948 an Korrespondent des Bayerischen Rundfunks in Bonn.

[33] Georg Schröder (1905–1987), 1953–1973 Leiter des „Welt"-Büros in Bonn.

[34] Dr. Robert Strobel (*1898), 1947–1968 Berichterstatter der „Zeit", der „Neuen Frankfurter Presse" und der „Stuttgarter Nachrichten" in Bonn.

[35] Werner Krueger (*1915), 1952–1954 und 1956–1966 stellvertretender Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

[36] Dr. Franz Josef Bach (*1917), 1958–1961 Persönlicher Referent Adenauers im Kanzleramt.

[37] Dr. Günter Bachmann (*1915), 1952–1968 im Bundeskanzleramt tätig, 1955 Ministerialrat, 1961 Ministerialdirigent.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

regierung ausführlicher zu informieren, Hintergründe besser auszuleuchten. Adenauer wollte mit wirklich erfahrenen Beobachtern des politischen Geschehens freimütig Gedanken austauschen, gemeinsam Überlegungen anstellen und ihr Urteil dazu hören, welche Möglichkeiten deutschlandpolitischer Veränderungen sie in dieser Phase des Entscheidungsprozesses über die vom Westen geforderten Gegenvorschläge sahen. So versteht sich, daß es den Teilnehmern nicht erlaubt war, während der Unterhaltung Notizen zu machen. An eine Nachrichten-Verwendung war sowieso nicht zu denken. Die vereinbarte Vertraulichkeit wurde – selbst zum Leidwesen des CDU/CSU-Fraktionschefs Krone – weitgehend eingehalten.

Weil einige Journalisten dennoch im nachhinein die wichtigsten Gedanken der Kanzleraussprachen für ihre Chefredakteure oder auch nur privat festhielten, lassen sich überhaupt noch Erkenntnisse über die im kleinen Teekreis von Adenauer angestellten Überlegungen gewinnen, ist heute nachvollziehbar, welche Argumente und Optionen er mit den journalistischen Profis hin und her wandte. Mit einiger Gewißheit sind es die einzigen Dokumente, die über den Inhalt dieser Gesprächsrunde Auskunft geben. Abgesehen von den Berichten Robert Strobels – sie sind der Forschung vorläufig nicht zugänglich[38] – umfaßt diese Dokumentation alle Aufzeichnungen von Ludwig von Danwitz, Max Nitzsche und Georg Schröder, die sie über Teegespräche des Jahres 1959 verfaßten. Hugo Grüssen, Alfred Rapp und Max Schulze-Vorberg haben sich offenbar streng an die vereinbarte Vertraulichkeit gehalten und – soweit heute feststellbar – keine Aufzeichnungen angefertigt. Auch von Eckardt und Krueger haben über die Gespräche keine Vermerke zu den Akten gegeben. Weitere Notizen könnten allenfalls von Globke, Bach und Bachmann überliefert sein. Sie dürften damals aber eine Vielzahl wichtigerer tagespolitischer Aufgaben zu bewältigen gehabt haben.

Zu sieben der insgesamt zehn Begegnungen zwischen dem 15. Januar und dem 12. Juni 1959 liegen dreizehn Berichte vor. Bis auf die beiden Sitzungen am 19. Februar und 12. Juni konnten zu jedem Gespräch mindestens zwei Aufzeichnungen (im Falle der Sitzung vom 11. Februar 1959, drei Tage nach dem Dulles-Besuch in Bonn, sogar drei Berichte) ausfindig gemacht werden. Vergleichend lassen sich somit gewisse Rückschlüsse auf den Tenor der Ausführungen Adenauers ziehen. Allerdings ist gegenüber wörtlichen Zitaten besondere Vorsicht angebracht. Denn mit großer Wahrscheinlichkeit sind die zitierten Bemerkungen des Kanzlers nur sinngemäße Wiedergaben seiner wortwörtlichen Äußerungen. Mehrmals wird in den Dokumenten darauf verwiesen, daß es sich um nachträglich aus dem Gedächtnis verfaßte Protokolle handelt.

Die Berichte verdienen gleichwohl besondere Aufmerksamkeit, zählen sie doch zu den einstweilen noch wenigen Dokumenten, die weitere Einsichten in die Gedankengänge Adenauers in einer der schwierigsten Phasen seiner Kanzlerschaft erlauben.

---

[38] Die Berichte befinden sich im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, und sind auf zehn Jahre nach dem Ableben des Journalisten gesperrt.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumente

Dokument 1[39]

Per Eilboten
Vertraulich!
1. Herrn Dr. Fritz Brühl[40]
2. Herrn Dr. H. F. G. Starke[41]

Studio Bonn vd/sch
16. 1. 1959

Lieber Herr Dr. . . .
Gestern wurde ganz überraschend und sehr vertraulich zum Tee bei Adenauer eingeladen. Die Teestunde begann um 17.30 Uhr und dauerte bis 19 Uhr. Eingeladen waren außer mir: Grüssen (Ruhr-Nachrichten), Nitzsche (Rheinische Post), Rapp (FAZ), Schröder (Welt) und Strobel. Ferner nahmen teil: Brentano, Globke, Werner Krueger und der persönliche Referent des Bundeskanzlers, Dr. Bachmann.

Der Pressetee soll wieder eine ständige Einrichtung werden. Vorgesehen ist, daß noch etwa fünf Journalisten hinzukommen. Adenauer will auf keinen Fall einen größeren Kreis, weil sonst kein vertrauliches Gespräch möglich sei. Es gehe ihm nicht nur darum, seine Meinung zu sagen und Informationen zu hören. Es wurde vereinbart, daß die Gespräche niemals nachrichtlich verwandt werden. (Hintergrund: Eckardt hatte die Kanzlertees abgeschafft, weil er sich als Vermittler beeinträchtigt glaubt. Frage: wird er sie, wenn er wieder in Bonn ist[42], erneut sabotieren?)

Seine politischen Ausführungen leitete Adenauer mit der Bemerkung ein, wir würden zuviel „spintisieren". Er kritisierte einen Reifenberg-Artikel der FAZ[43], in dem behauptet worden war, Dittmann[44] und Eckardt seien nach Washington wegen der Äußerungen von Dulles über freie Wahlen geschickt worden. Das sei ganz und gar unrichtig, da diese Reisen längst vorher beschlossen gewesen seien. Dittmann habe über den Mikojan-Besuch[45] zu berichten, da Prof. Grewe unabkömmlich sei[46]. Eckardt solle mit Journali-

---

[39] Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin (ACDP), Nachlaß (NL) Ludwig von Danwitz I-330-013, maschinenschriftlicher (ms.) Durchschlag.

[40] Fritz Brühl (1909–1982), 1955–1960 Chefredakteur und Leiter der Hauptabteilung Politik beim Westdeutschen Rundfunk (Köln).

[41] Dr. H. F. Gerhard Starke (*1916), 1956–1959 Leiter der Hauptabteilung Politik beim Norddeutschen Rundfunk (Hamburg).

[42] Vgl. zur USA-Reise Felix von Eckardts (10.–21. 1. 1959) dessen Erinnerungen: Ein unordentliches Leben, Düsseldorf-Wien 1967, S. 554. Zum Ergebnis der Reise auch Krone, Aufzeichnungen, S. 148.

[43] Benno Reifenberg (1892–1970), 1959–1965 Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen". Gemeint war sein Artikel: Von gleich zu gleich, in: „Frankfurter Allgemeine" vom 15. 1. 1959.

[44] Dr. Herbert Dittmann (1904–1965), 1958–1959 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt.

[45] Der erste stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, Anastas I. Mikojan, hielt sich vom 4.–20. 1. 1959 zu einem als „privat" bezeichneten Besuch in den USA auf und traf in dieser Zeit mit amerikanischen Regierungsvertretern zusammen. Vgl. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7482, 7515–7519, und Grewe, Rückblenden, S. 373–377.

[46] Dittmann war von Adenauer beauftragt worden, „nach Washington zu reisen, Dulles eine Botschaft zu überbringen und die Aktivitäten Mikojans zu beobachten". Zu den Hintergründen der Mission:

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sten reden und in der UNO sondieren. (Hintergrund: E[ckardt] untersucht die Möglichkeit, daß UNO-Vollversammlung Berlin-Kommission mit der Auflage einsetzt, die Verhältnisse in Berlin nicht vor Vorlage des Kommissionsberichts zu ändern. Die Kommission hätte der UNO-Vollversammlung im Oktober Bericht zu erstatten[47]. Auf diese Weise käme man über den 27. Mai[48].)

Adenauers erste große Sorge ist, daß Berlin nicht vergessen wird. Die Russen haben den von ihnen gesetzten Termin noch nicht ausdrücklich aufgegeben. Es liege der Bundesregierung sehr daran, sagte Dr. Adenauer, daß nicht, weil man sich mit dem Friedensvorschlag beschäftige, plötzlich der Berlin-Termin da sei. Auch sei es schwierig, die gute Stimmung in Berlin zu erhalten.

Adenauer erklärte, daß die Amerikaner die „agents-Theorie" ausdrücklich aufgegeben hätten. Man spricht augenblicklich nicht von der Luftbrücke, um bei den Russen den Eindruck zu vermeiden, daß man den Landweg freiwillig aufgebe. Außer Militärs sind auch US-Politiker der Ansicht, daß man gegebenenfalls mit Panzern nach Berlin fahren soll. Ich habe aber nicht den Eindruck, daß auch Adenauer so denkt. Adenauer betonte ferner, daß auch Dulles freie Wahlen als die einzige praktische und natürliche Methode für eine Wiedervereinigung in Freiheit ansieht[49]. Wie aber Prof. Grewe gesagt habe, seien freie Wahlen kein Ziel, sondern ein Weg[50].

Adenauer begründete dann, weshalb jetzt keine deutschen Gegenvorschläge gemacht werden könnten. Nachdem die Russen bei Null angefangen hätten, müßten wir eigentlich bei Hundert anfangen. Dann aber könnten die Russen sehr leicht nein sagen. Die Spaltung Deutschlands ist nicht die Ursache der Spannungen, sondern ihre Folge. Die Differenzen entstanden aus drei Gründen: 1.) Die Russen rüsteten nicht ab, 2.) sie unterwarfen sich die Satellitenstaaten, 3.) sie wollten an der Beherrschung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes beteiligt werden. Wer es wirklich ernst meint mit der Befriedung der Welt, muß die Ursachen der Spannungen sehen. Die Gegensätze können nur durch kontrollierte Abrüstung aus der Welt geschafft werden.

Grewe, Rückblenden, S. 373 ff. Drummond/Coblentz, Duell am Abgrund, S. 238 f. „Frankfurter Allgemeine" vom 14., 15. und 16. 1. 1959.

47 Diese Frage war auch Gegenstand der Besprechung von Dulles und de Gaulle Anfang Februar in Paris. Drummond/Coblentz (Duell am Abgrund, S. 243 f.) zufolge stimmten sie überein, „dies sei nur sinnvoll, wenn der Westen einer großen Mehrheit sicher sein könnte und nicht fürchten müsse, daß das Ergebnis lediglich eine illusorische und nichtssagende UN-Resolution wäre".

48 Mit diesem Datum lief das auf sechs Monate befristete Berlin-Ultimatum ab.

49 Dulles hatte am 13. 1. 1959 auf einer Pressekonferenz auf die Frage, ob es der Standpunkt der amerikanischen Regierung sei, daß freie Wahlen der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands seien, geantwortet: „Nein, wir haben das niemals gesagt. Die Formel der Wiedervereinigung durch freie Wahlen war die Formel, auf die wir [die Teilnehmer der Genfer Gipfelkonferenz 1955] uns einigten. Dies scheint uns der natürliche Weg zu sein. Aber ich würde nicht sagen, daß es der einzige Weg ist, auf dem eine Wiedervereinigung erreicht werden könnte ..." Wortlaut (Auszüge) in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1, 1. Halbband, S. 589–596, hier S. 595 f.

50 Grewe hatte am 14. 1. 1959 nach einem Gespräch mit Dulles vor der Presse erklärt, dieser habe „erneut bestätigt, daß die amerikanische Regierung mit ihrer Politik versucht, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen herbeizuführen". Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 374–377, Zitat S. 375. Zu den anschließenden Diskussionen über die Äußerung Grewes vgl. die TASS-Meldung vom 16. 1. 1959 und die Erklärung von Eckardts am 21. 1. 1959, Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1, 1. Halbband, S. 675.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch Adenauer ist überzeugt, daß es zu keinem heißen Krieg kommt. Nach seiner Auffassung wollen die Russen die wirtschaftliche Weltmacht werden. Nach einer Broschüre der EWG über die Verteilung der wirtschaftlichen Kapazitäten haben die sechs Staaten des Gemeinsamen Marktes, wenn man den USA die Kapazität 20 gibt, die Kapazität 17. Nach Adenauers Auffassung wollen die Russen – das ist auch der Sinn ihres Friedensvorschlages – die europäische Integration verhindern und die Bundesrepublik in ihre Sphäre bekommen. Dann wären sie die wirtschaftliche Weltmacht, und zwar sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber Rot-China.

Die Amerikaner sehen das und werden weder die Bundesrepublik noch die europäische Integration fallenlassen. Adenauer betonte, daß Humphrey[51] darüber nicht anders denkt als Dulles. Besorgter ist Adenauer wegen der Engländer, die wahrscheinlich im Mai Wahlen haben[52]. Während des Wahlkampfes seien die Konservativen zu großen innenpolitischen Rücksichten gezwungen. Macmillan habe ihm aber gesagt, eine Labour-Regierung werde spätestens nach einem Vierteljahr wieder zur bisherigen außenpolitischen Linie zurückgekehrt sein.

Adenauer meinte, daß auch die Russen eine Atempause brauchen könnten. Die Bundesrepublik müsse aber sehr vorsichtig sein und dürfe keine Fehler machen. Ihre Schwierigkeit ergebe sich nicht zuletzt aus den Gegensätzen zwischen Regierung und Opposition, die wieder in parteiinternen Gegensätzen ihre Ursache hätten.

Brentano ergänzte mit der Feststellung, daß es kein Rezept für eine Lösung der deutschen Frage gebe[53]. Die Verbündeten würden sich nie auf die Neutralisierung Deutschlands und eine ungewisse deutsche Zukunft einlassen. Die Russen dächten an eine Spekulation mit dem deutschen Nationalismus. Verschiedene russische Politiker hätten in Gesprächen geäußert, ob man nicht in der Zone eine deutsche Einheitspartei schaffen und Papen[54] zum Kanzler machen solle.

In einem sehr offenen Gespräch bestätigte uns Adenauer, daß auch nach seiner Überzeugung der Westen initiativ werden muß. Das sei aber nicht leicht, weil die verschiedenen Staaten unter einen Hut gebracht werden müßten. Adenauer meinte, daß man für die gesamten weltpolitischen Fragen eine ständige Arbeitsgruppe[55] brauche. Er meinte

---

[51] Hubert Horatio Humphrey (1911–1978), 1948–1964 und 1971–1978 Mitglied des amerikanischen Senats für Minnesota.

[52] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden erst am 9. 10. 1959 statt. Vgl. zum Ergebnis, mit dem die Regierung Macmillan bestätigt wurde, Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7990.

[53] Drei Tage später, am 18. 1. 1959, erklärte der Bundesaußenminister in einem Interview mit von Danwitz im Westdeutschen Rundfunk: „Der Verzicht auf die Wiedervereinigung, die Anerkennung der sogenannten Souveränität und Integrität der bestehenden Teilstaaten, d. h. auch der sogenannten DDR, und die Aufhebung aller Schutz- und Garantieverpflichtungen sind keine Ausgangspunkte für Verhandlungen." Wortlaut in: Bulletin, Nr. 12, 20. 1. 1959, S. 105 f., hier S. 105.

[54] Gemeint war der frühere Zentrumspolitiker, Reichskanzler (1932) und Vizekanzler unter Hitler (1933/34), Franz von Papen (1879–1969).

[55] Auf der Außenminister-Konferenz der drei Westmächte und der Bundesrepublik am 14. 12. 1958 in Paris war die Einsetzung einer Vierer-Arbeitsgruppe auf Beamtenebene beschlossen worden, um gemeinsame Positionen in der Deutschland- und Berlinpolitik zu erarbeiten. Sie nahm ihre Tätigkeit am 5. 2. 1959 in Washington auf. Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 388 f. Arnulf Baring unter Mitarbeit von Bolko von Oetinger und Klaus Mayer, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 241. Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 47.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ferner, daß man über die UNO zu einer neuen Abrüstungskonferenz kommen müsse. Außerdem will er Viermächte-Verhandlungen, die vielleicht von den Außenministern eingeleitet, dann aber auf einer mittleren Ebene fortgesetzt werden, weil den Außenministern die Zeit fehlt und weil lang und sehr geduldig verhandelt werden muß.

Mit freundlichem Gruß
Ihr Danwitz

Dokument 2[56]

1.) Bericht vom 17. Januar 1959
Der Kanzler hatte einen kleinen Kreis von 6 Journalisten (Presse – Funk) zu einer Unterredung ins Palais Schaumburg eingeladen. Sie dauerte etwa 2 Stunden. Es war 17.30 Uhr, als wir Adenauer sahen, also fast am Ende seines Arbeitstages. Sein Gesicht schien mir etwas kleiner geworden, seine Stimme ein wenig gedämpfter. Er wärmte sich erst im Laufe der Diskussion auf, zeigte dann aber geistig durchaus die Umsicht, die wir an ihm kennen, wenngleich er sich mit einzelnen Worten öfter als bisher zu versprechen scheint.

Seine Grundlinie, die er im gegenwärtigen Augenblick seiner Politik zum Ausdruck kommen lassen will, scheint mir folgende zu sein: Deutschland kann jetzt auch von seinen Verbündeten kein Mitleid mehr erwarten, so wenig es ihm gelingen kann, die verbündeten Partner dadurch für sich zu aktivieren, daß wir die Möglichkeit eines Zusammengehens mit Moskau in dieser oder jener Einzelheit andeuten würden. In dieser Lage also greift der Kanzler zu dem Mittel, die wirtschaftliche Bedeutung der Bundesrepublik und der EWG überhaupt stärker als bisher ins Treffen zu führen. Er möchte den Blick der Amerikaner, der auf die Gefahr eines großen Krieges gerichtet ist (eine Möglichkeit, die zum Teil Amerika dazu bewegt, schnelle Ausgleichslösungen mit den Russen anzustreben), ablenken und ihn auf die in Wirklichkeit drohenden Gefahren eines weiterhin andauernden Kalten Krieges richten. Adenauer äußerte die Überzeugung, daß die Form des Kalten Krieges mehr und mehr in den des Wirtschaftskrieges übergehen wird – ein Grund für die Sowjets mehr, das Potential der Bundesrepublik und Westeuropas entweder zu neutralisieren oder auf irgendeine Weise in ihre Hände zu spielen. Adenauer meinte, er habe Anzeichen, daß die Amerikaner von seiner These weitgehend überzeugt sind. Doch ließ sich aus seinen Worten die Befürchtung heraushören, daß jetzt über unseren Kopf hinweg etwas geschehen könnte, wenn wir nicht aufpassen. Nach den Informationen des Kanzlers ist Dulles nach wie vor in seiner Gesundheit nicht voll wiederhergestellt. Da der Apparat des amerikanischen Außenamtes ganz auf ihn eingestellt ist, bedeutet dies auch für unseren Draht nach Washington manche Erschwerung. Eisenhower sei so wenig in Form, daß man Schlimmes befürchten müsse, wenn es wirklich zu einer Gipfelkonferenz käme. Adenauer glaubt jedoch annehmen zu können, daß die Politiker um Eisenhower selbst davon überzeugt sind, aus diesen Gesundheitsgründen heraus für den Präsidenten es nicht zu einer Gipfelkonferenz kommen lassen zu dürfen.

Zur Noten-Frage meinte Adenauer, er halte deutsche Vorschläge zum Friedensvertragsentwurf für nicht opportun. Er begründete dies damit, daß wir doch nicht in der Lage seien, auf die maximalen russischen Forderungen maximale deutsche Forderungen

[56] PA Max Nitzsche, Düsseldorf, Akte Berichte nach Kanzleraussprachen, handschriftliche (hs.) Aufzeichnung.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auszusprechen, weil schon unsere eigene öffentliche Meinung im Westen dann sagen würde, den armen Russen werden ja unzumutbare Forderungen gestellt. Wir sind also von vorneherein mit unseren Forderungen so beschnitten, daß damit wenig Propaganda zu machen sei. In diesem Punkt kam es dann zu einer langen und offenen Auseinandersetzung mit den Journalisten. Sie alle vertraten die Auffassung, die nunmehr seit Jahren andauernde Haltung in Worten, dem Granathagel der dauernden sowjetischen Noten nur mit einen ‚Nein' entgegenzutreten, sei für die öffentliche Meinung in Deutschland nicht mehr tragbar. Denn einmal blieben die sowjetischen Forderungen als Schlagzeilen bei den Leuten hängen, ohne daß sie sich Gedanken machten über die Einzelzüge der sowjetischen Vorschläge. Ich habe dem Kanzler z. B. erklärt, daß bei der letzten sowjetischen Friedensvertragsnote fast jede Zeitung in der Schlagzeile die Worte gehabt hat: „Sowjets wollen Friedensvertrag". Außerdem erklärten wir, der von den Sowjets geführte Seelenkrieg könne nicht mit national gefaßten Argumenten beantwortet werden. Diese Masse der Menschen verdaue die Politik nun einmal nur noch emotional. Darum sei es notwendig, daß der Westen etwas die Friedensphantasie – und nicht nur die Raketenphantasie anrege.

Wir hatten den Eindruck, daß Adenauer und auch Brentano, der bei dem Gespräch mit zugegen war, von unseren Erkenntnissen verhältnismäßig beeindruckt war[en]. Sie überlegten sich, inwieweit es uns gelingen kann, die Amerikaner zu wirkungsvollen propagandistischen Maßnahmen zu bringen. Dabei müßte man in unserer Sache davon ausgehen, daß wir zwar ein akutes Problem für die Amerikaner darstellen, keineswegs aber das wichtigste. Auf der anderen Seite kann uns auch selbst nicht daran gelegen sein, lediglich in der großen Ordnung der Deutschlandfrage auf die russischen Vorstöße zu antworten. Adenauer meinte darum, daß die westlichen Beschlüsse der Londoner Abrüstungskonferenz von [19]55[57] wieder etwas aufgemöbelt werden könnten. Auch müßte man in dieser Richtung anderes und neues versuchen.

Wie ich gestern abend von Brentano hörte, arbeitet das AA gegenwärtig an einer Zusammenfassung der deutschen Friedensvertragsvorstellungen. Sie wird etwa in 8 Tagen fertig sein, wie wir sie dann taktisch verwenden werden, ist noch nicht dargelegt. Übrigens hörte ich, daß Kroll nach dem Ende der Berlin-Krise nicht mehr lange seinen Moskauer Posten behalten wird. Vor allem deswegen, weil er der Meinung ist, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen von der Wirkungskraft seiner Person und den „Fehlern" in Bonn bestimmt werden.

Dokument 3[58]

2.) Bericht vom 23. 1. 1959
Extrakt einer Unterredung am 22. Januar mit dem Kanzler im Palais Schaumburg.

Teilnehmer: Adenauer, von Eckardt, Globke, Rapp, Schröder, von Danwitz, Schulze-Vorberg, Grüssen, Nitzsche.

---

[57] Zu den westlichen Vorschlägen auf der Londoner Tagung des Subkomitees der UN-Abrüstungskommission (25. 2.–18. 5. 1955) vgl. Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit von 1943 bis 1959, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bad Godesberg 1960, S. 87–91.

[58] PA Max Nitzsche, Akte Berichte nach Kanzleraussprachen, hs. Aufzeichnung.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer sah im Gegensatz zur vergangenen Woche bereits weit erholter aus und zeigte sich auch nach den vielen Stunden des Bundestages[59] in einer aufgeschlossenen und konzentrierten Form. Er meinte eingangs, vieles, was im Bundestag gesagt worden wäre, sei richtig. Nur sei es mit Rücksicht auf das Ausland nicht klug, dies öffentlich zu sagen. Als ein schlechtes Erbe unserer autoritären Vergangenheit bezeichnete er die Vorrangigkeit, mit der die Staatsanwälte im deutschen Rechtsleben zu Worte kommen. Er verband mit diesen Worten eine Schilderung des Falles Kilb[60] und meinte, im Gegensatz zu der Meinung Schäffers[61] sei es notwendig, so bald wie möglich an eine Reform der Strafprozeßordnung heranzugehen, die die Lage des Beschuldigten bessern muß.

Dann begab sich Adenauer auf das Feld der Außenpolitik. Er sagte, er hätte gerade in den letzten Tagen fast ohne Unterbrechung über die Probleme nachgedacht, die sich Deutschland vor einer Serie neuer Konferenzen stellen. Über kurz oder lang, so meinte er, werden wir an der Anerkennung der DDR nicht vorbeikommen. Unsre Verbündeten drängten in ziemlich massiver Weise darauf, daß wir selbst zu den sowjetischen Noten Gegenvorschläge machen sollten. Wir dürften uns keiner Täuschung hingeben, daß damit das Problem der Oder-Neiße-Linie in seiner vollen Tragweite auf uns zukomme. Als einer von uns ihm seine Erfahrung über die Gespräche mit Botschaftsangehörigen der Westmächte berichtete und dabei gewisse Anzeichen einer Aufweichung der bisherigen Haltung feststellen zu können glaubte, antwortete Adenauer schnell mit den Worten: „Das ist es, was ich befürchte!" Angesichts dieser Situation, so erklärte Adenauer, habe er sich zunächst einmal nicht ein Programm von Maximalforderungen, sondern einen umgekehrten Katalog aufgestellt unter dem Motto: Was muß erhalten bleiben, wenn wir lebensfähig bleiben wollen? 1. Nato, 2. europäische Integration, 3. es muß zu einer kontrollierten Abrüstung kommen. Der Kanzler ist sich sehr bewußt, wie sehr die Deutschlandfrage in manchen Aspekten zu einer Belastung insbesondere für die Amerikaner geworden ist. Darum müssen wir uns für unsere Verbündeten attraktiv erhalten.

Adenauer erinnerte sich an ein Gespräch, das er 1957 in Paris mit Dulles geführt hat[62]. Er hat dem US-Außenminister damals gesagt: „Ich weiß, daß auch die nächste und übernächste USA-Regierung sich an das Bündnis halten wird", doch sei [19]68 Nato mit 1jähriger Frist kündbar[63], und wenn das Bündnis dann nicht verlängert würde, müßte es verdorren und austrocknen. Nach dem Eindruck des Kanzlers hatte sich Dulles schon

---

[59] Am 22. 1. 1959 war im Deutschen Bundestag die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu Fragen der Justizpolitik debattiert worden. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode 1957, Stenographische Berichte, Bd. 42, S. 3047–3123.

[60] Hans Kilb (1910–1984), 1951–1958 Persönlicher Referent des Kanzlers, 1958–1974 Direktor bei der Euratom-Kommission, gehörte zu den Beschuldigten aus dem Umfeld Adenauers, gegen die insbesondere von Teilen der Presse in Hamburg Verdacht wegen Korruption erhoben worden war. Obwohl Kilb zeitweise in Untersuchungshaft genommen wurde, hatte Adenauer nach Prüfung der Angelegenheit es abgelehnt, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer, Epochenwechsel 1957–1963, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, Stuttgart-Wiesbaden 1983, S. 204.

[61] Zur Haltung von Bundesjustizminister Fritz Schäffer vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode 1957, Bd. 42, S. 3056–3069, 3076 f., 3117 f.

[62] Vgl. zur Unterredung Adenauer-Dulles am 14. 12. 1957 vor Beginn der NATO-Ratssitzung (16.–19. 12. 1957) Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 337 ff.

[63] Artikel 13 Nordatlantik-Vertrag vom 4. 4. 1949.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damit abgefunden, daß neben anderen kleineren Staaten (Israel, Schweiz, Schweden, von Frankreich nicht zu reden) auch die Bundesrepublik sich im Besitz von Atom-Sprengköpfen befinden könnte. Darauf der US-Außenminister: „Dann werden Sie sich ja unsere Erfahrungen zunutze machen können." Adenauer ist über diese Entwicklungsmöglichkeit ganz offen entsetzt.

Der Kanzler ließ sodann v. Eckardt über seine USA-Erkundungsreise Bericht erstatten. Das war der erste Bericht, den Eckardt auch dem Kanzler nach seiner Rückkehr gab. Eckardt zählte zunächst auf, mit welchen Persönlichkeiten er Kontakt aufgenommen habe, wie z.B.: den Senatoren Mansfield[64], Humphrey[65], sowie Murphy[66] und Truman. Weiter habe er an einem der traditionellen Frühstücke von Redaktion und Verlag der New York Times sowie Time & Life teilgenommen. Dabei habe er bei sehr vielen, hoch angesehenen Kommentatoren feststellen müssen, wie wenig sie in Wirklichkeit über die Berlin-Frage Bescheid wüßten. Besonderen Eindruck habe er von der Art und Weise gehabt, wie Truman noch über die Demokraten regiert. Er habe in seiner Zimmerflucht seines Washingtoner Hotels sofort die Partei-Bosse angerufen und ihnen den Besuch von Eckardts mehr befohlen als empfohlen. In Truman könne man auch jetzt noch einen beharrlichen Befürworter des Bündnisses mit Deutschland sehen. (Adenauer warf dazu ein: „Er regiert wie ein Fürst.") Bei allen sei ohne Zweifel, daß sie gewillt sind, Berlin zu halten. Aber nur wenige hätten klare Vorstellungen davon, auf welche Weise dies geschehen könnte.

Adenauer informierte Eckardt von seinem Beschluß, in nächster Zeit wirtschaftlich versierte Leute nach den USA zu schicken, um die öffentliche Meinung dort vor allem auf die Bedeutung des europäischen Wirtschaftspotentials in einem Wirtschaftskrieg mit der Sowjetunion hinzuweisen. Eckardt berichtete weiter, daß man ihm überall erklärte: „Ihr müßt Vorschläge machen. Ihr müßt flexibel werden." Man dürfe sich nicht verhehlen, daß immerhin die Gefahr besteht, daß wir im psychologischen Blickfeld mancher wirtschaftlicher und politischer Kreise als Hemmnis für einen Ausgleich mit Moskau angesehen werden. Doch jedesmal, wenn er, Eckardt, nun direkt zu den Tatsachen übergegangen wäre und erklärt habe, „Na schön, erklären wir uns mit dem Abzug der ausländischen Truppen einverstanden", habe jeder mit der Hand abgewinkt. „Disengagement? Nein, um Gottes willen, nein!" Eckardt meinte, daß es den Amerikanern wahrscheinlich schon genügen würde, wenn wir die Beziehungen mit den Satellitenstaaten aufnehmen würden.

Adenauer schien in diesem Punkt in seinen Überlegungen weiterzugehen und äußerte die Möglichkeit, daß wir die Anerkennung der DDR möglicherweise in Abrüstungsvorschlägen mitverpacken könnten. Das Wichtigste sei gegenwärtig eine Atempause. Wenn wir mit einem Überdenken unserer Beziehungen zu Pankow eine Erleichterung des menschlichen Loses der Bewohner erreichen könnten, wäre vielleicht schon vieles gewonnen, so schrecklich auch der andauernde Status quo auf uns lasten würde. Die Atempause würde uns im Westen Zeit geben, auf eine innere Entwicklung in Rußland zu warten, die dazu führen könnte, daß der Kreml für Abrüstungsvorschläge sich aufgeschlossener zeigt.

---

[64] Michael Joseph Mansfield (*1903), 1952–1976 Senator von Montana, Verfechter einer Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa.

[65] Vgl. „Eckardt bei Humphrey", in: „Die Welt" vom 13.1.1959.

[66] Robert Murphy (1894–1978), 1954–1959 Unterstaatssekretär im State Department.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eckardt meinte allerdings, daß die führenden Persönlichkeiten in den USA gegenwärtig wenig Hoffnung auf eine solche sowjetische Bereitschaft hätten.

Adenauer: „Nein, ich habe mir noch ein Stück Optimismus behalten." Kein Baum wüchse in den Himmel. Der Kanzler glaubt nicht, daß Sowjetrußland bereits eine so breite Basis von Fachleuten besitze, daß es die neuen Raketenwaffen in großer Serie herstellen könne.

Eckardt: „Im Pentagon gibt es Leute, die annehmen, daß die Sowjetunion bereits im nächsten Jahr über eine Anzahl von Fernraketen verfüge. Auf alle Fälle, so meinen diese Fachleute, würde der Kreml 1961 und 62 einen gewissen Sättigungsgrad der Raketenproduktion erreichen. In Wirklichkeit bedeuten die 8000 km, die die Mondrakete am Mond vorbeigeflogen sei[67], umgelegt auf die Entfernung Rußland-Amerika, lediglich eine Zielstreuung von 1,5 km.

Das Gespräch kam dann auf die Möglichkeit, den Sowjetrussen eine Garantie gegen einen deutschen Angriff zu geben. Wie Eckardt dazu berichtete, habe ihm Humphrey über seine Unterhaltung mit Chruschtschow[68] folgendes gesagt: Es gäbe nur zwei Länder, die vor Deutschland keine Angst zu haben brauchten. Das seien die USA und die Sowjetunion. Auch Adenauer stellt dazu fest, daß er keine Anzeichen dafür habe, daß die Sowjetunion wirklich Befürchtungen vor dem deutschen Militärpotential habe. Darum sei auch in der Frage der Oder-Neiße-Grenze dies mehr mit einem freiwilligen Gewaltverzicht zu erreichen.

Zur möglichen Anerkennung der Satellitenstaaten erinnerte sich Adenauer eines Gespräches mit Mikojan[69]. Mikojan: „Sie sollten Rumänien und Bulgarien anerkennen." Adenauer: „Und was ist mit Polen?" Mikojan: „Polen natürlich auch." Adenauer meinte, soweit sich feststellen lasse, habe Mikojan sich nie an Blutbädern beteiligt.

Zu den inneren Vorgängen in Rußland erinnerte sich Adenauer eines Gespräches mit Chruschtschow, das er anläßlich seines Besuches in Moskau geführt hat[70]. Chruschtschow zu Adenauer: „Wenn Sie wüßten, was die Chinesen alles von uns verlangen" (dabei öffnete er die Hand, wie wenn jemand um Almosen bittet), „wir müssen in der Rüstung mindestens so gut sein wie Amerika. Wir müssen unserem Volke mehr Güter geben und dann noch die chinesischen Forderungen. Helfen Sie uns doch dabei!"

Über unsere gegenwärtigen Beziehungen zu Frankreich drückte sich Adenauer sehr befriedigt aus. Am schlechtesten sei zur Zeit das Verhältnis mit England. Dabei müsse man bedenken, daß die Engländer voraussichtlich am 14. Mai zur Wahlurne gehen werden, an einem Termin also, an dem die Berlinfrage auf dem Teller steht. Zum Problem

---

[67] Am 2.1. 1959 war in der Sowjetunion die erste Rakete zum Mond gestartet worden, die in den folgenden Tagen am Erdtrabanten vorbeiflog. Vgl. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7483 ff.

[68] Während einer Europa-Reise war Humphrey am 1.12. 1958 in Moskau von Chruschtschow zu einem achtstündigen privaten Gespräch empfangen worden. Vgl. „Ein kalt berechnetes Manöver", in: „Die Welt" vom 3.12. 1958.

[69] Mikojan hielt sich vom 25.–29.4. 1958 zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Handels- und Konsularabkommens in Bonn auf. Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 380–395. Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 281–286.

[70] Zu Adenauers Moskau-Besuch (8.–14.9. 1955) zahlreiche Hinweise in den Teegesprächen 1955–1958, insbes. S. 5–30, 363 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Bewaffnung sagte er, Heusinger[71] habe ihm erklärt, mit 500000 Mann und moderner Bewaffnung könnten wir den Russen zunächst aufhalten.

Dokument 4[72]

Vertrauliche Information 23. 1. 59

Donnerstag [22. Januar] war wieder der gleiche Kreis wie in der Vorwoche bei Adenauer, aber ohne Brentano, dafür Eckardt. Adenauer machte körperlich einen erholten Eindruck, auch die Stimme ist wieder kräftiger. In meinen fünf Jahren in Bonn habe ich noch nie erlebt, daß Adenauer derartig Wert darauf legte, unsere Meinung und Kritik zu hören. Es gab keinen Vortrag von ihm, keinen Monolog, wie das früher bei den Tees im Bundeskanzleramt war, an den sich dann Fragen anschlossen. Dies war anderthalbstundenlang ungewöhnliche offene Diskussion, wobei ganz klar wurde, daß Adenauer sie suchte. Gegen Ende meinte er einmal, wir hätten gemeinsam laut gedacht, vielleicht wäre morgen schon wieder alles anders. Das war bestimmt genau so von ihm gemeint und ist als Ganzes, jedenfalls für mich, sehr aufschlußreich.

Eckardt hatte noch vor einem Jahr für ihn den Wert, ein Partner bei solchem lauten Denken zu sein. Das ist schon seit dem Frühjahr vorbei. Sehr deutlich wurde das übrigens bei dieser Gelegenheit von Adenauer uns gegenüber gemacht. Er betonte am Anfang, sie sind hier meine Gäste und nicht die von Herrn von Eckardt (der vor Jahren bei dann eingeschlafenen Kanzlertees der Einlader war). Sichtbares Unbehagen war Eckardt anzuspüren, als am Anfang Adenauer zu ihm sagte: „Dann kann uns ja Herr von Eckardt auch gleich von seinen Eindrücken und seinen Gesprächen in den USA berichten." Damit wurde deutlich, daß er ihn noch nicht zur mündlichen Berichterstattung empfangen hatte und es auch nicht für so wichtig hielt.

Ich muß einschränkend sagen, daß bei dieser 90minütigen Diskussion, bei der es hin und her ging und bei der sich keiner auch nur Stichworte notierte und wo, wie gesagt, laut gedacht wurde, es nicht sehr einfach ist, jetzt schriftlich einen Extrakt zu geben. Mein Gesamteindruck ist, daß Adenauer unter dem Druck der Amerikaner und Engländer weiß, daß seine bisherige Linie nicht einfach so weiter vertreten werden kann. Er sucht Meinungen und Anregungen außerhalb seiner bisherigen Umgebung. Eine eigene klare Vorstellung hat er noch nicht, was taktisch und inhaltlich zu geschehen hat. Es können aber bisherige Positionen – Hallstein-Doktrin, Verhältnis zur DDR, Beziehungen zu den Satelliten – von Adenauer aus realpolitischen Erwägungen viel schneller vielleicht über Bord geworfen werden, als manche ahnen, die diese Standpunkte dogmatisieren.

Halten Sie es nicht für einen Witz, wenn ich als Beweis dafür, wie ernst Adenauer die Lage ansieht, erwähne, daß er bei dieser Unterhaltung nicht einmal sein Lieblingswort verwandt hat, die Lage sei ernster, als sie es je gewesen sei. Er versuchte auch fast gar nicht propagandistisch-taktisch auf uns einzureden. Und noch eins, um zu zeigen, in welcher Art diskutiert wurde: Adenauer begann mit dem Hinweis, die Amerikaner und Engländer drückten auf ihn. Sie wollten Vorschläge haben. Er hat dann noch zwei, drei Sätze angefügt und dann gefragt, was sollen wir nun machen? Da ich an seiner Seite saß,

[71] Adolf Heusinger (1897–1982), 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr.

[72] PA Georg Schröder, Bonn, Akte Adenauer VI, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

habe ich einen Gedanken dann wieder aufgenommen, den ich vor einer Woche schon verfochten hatte, daß wir nämlich die Engländer und Amerikaner unmöglich auf zwei, drei Jahre hin gesehen weiter an der Stange halten können, wenn wir nicht mit solchen Vorschlägen kämen. Man solle doch einmal überlegen, ob der Westen, praktisch also Amerika und wir, uns nicht auf [den] Gaitskell-Plan[73], selbstverständlich aber mit uneingeschränkter Wiedervereinigung, als Vorschlag einigen sollten. Wir kämen dann aus der Defensive heraus, würden jahrelang damit offensiv sein können. Voraussichtlich würden die Russen das ablehnen, wenn nein, dann wäre es der Erfolg, wenn auch mit einem kalkulierten Risiko für uns und für den Westen. Ich bin überzeugt, daß Adenauer mich noch vor 14 Tagen, vielleicht vor acht Tagen angeblitzt hätte, daß dies ganz und gar törichtes Zeug sei. Nichts dergleichen geschah. Es wurde ernsthaft von ihm darauf eingegangen. Er lehnte es ab. Aber er muß mit dem Gedanken sich auch schon beschäftigt haben, was mich nicht wundert, da Tags zuvor beispielsweise ein CSU-Abgeordneter, Mitglied des Verteidigungsausschusses, mit derselben Überlegung zu mir kam.

Eckardt wies darauf hin, daß alle führenden Demokraten, einschließlich Truman und Humphrey, ihn zwar in Washington damit bombardiert hätten, wir müßten flexibler, fantasievoller und initiativreicher werden. Wenn er dann aber mit ihnen konkret die Möglichkeit unter vier Augen durchgesprochen hätte, hätte jeder erklärt, wir müßten natürlich in der Nato bleiben und die amerikanischen Truppen in Westdeutschland. Er habe ihnen dann immer nur antworten können, daß dann nur ein ganz kleiner Spielraum für Flexibilität bliebe. Er hätte sehr geringes Wissen um die Berliner Frage angetroffen. Alle seien wild entschlossen, hart in Berlin zu bleiben, aber verlangten von uns zu wissen, wie sie nun konkret diese Härte im Ernstfall demonstrieren sollen.

Adenauer betonte mehrfach, der Westen verlange von uns, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen und die Beziehungen zu den Satellitenstaaten aufzunehmen, um damit Polen und Tschechoslowakei die Furcht vor uns zu nehmen. Wir haben sehr ausführlich über die Fragen diskutiert Anerkennung der DDR (mindestens de facto-Anerkennung), Schluß mit der Hallstein-Doktrin, um mit solcher Haltung die Berliner Zange aufzubrechen. Könnte man dann etwas für Berlin herausholen? Etwas größere Freiheit für die Bewohner der Sowjetzone? Einen breiten Raum in den Überlegungen Adenauers spielte wieder seine Meinung, entscheidend sei, zur nuklearen Abrüstung zu kommen. Die Russen hätte auch ihre Sorgen. Ich will nicht verhehlen, daß ich hier eine Serie von skeptischen Einwände gemacht habe. Dabei fiel von Adenauer das Wort, er wisse natürlich, daß auch das deutsch-amerikanische Bündnis keine Ewigkeitssache sei. Um so wichtiger [sei es,] die europäische Gemeinschaft zu stärken, um eine Pause zu erreichen. Wir müß-

[73] Hugh Todd Gaitskell (1906–1963), 1955–1963 Vorsitzender der britischen Labour-Partei und Oppositionsführer, hatte in Reden im Unterhaus (19.12.1956 und 1.4.1957), an der Harvard Universität (11.1.1957) und an der FU Berlin (18.3.1957) seine Pläne einer militärisch neutralen Zone in Mitteleuropa erläutert, die das durch freie Wahlen wiedervereinigte Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfassen sollte. Die NATO sollte weiterhin bestehenbleiben, die Bundesrepublik gegebenenfalls die Oder-Neiße-Linie völkerrechtlich anerkennen. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd.3, Erster Drittelband, bearb. von Ernst Deuerlein/Giesela Biewer/Hansjürgen Schierbaum, Bonn-Berlin 1967, S.505f., 539–542. Hugh Gaitskell, Disengagement: Why? How?, in: Foreign Affairs, Vol.36 (1956), S.539–556. Ders., The Challenge of Coexistence, London 1957. Ders., Neue Phase der Außenpolitik, in: Außenpolitik, Jg.8 (1957), S.21–32.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten die Freiheit der Bundesrepublik erhalten, bis einmal, wann weiß ich nicht, die Verhältnisse in Rußland sich ändern. Wenn man sich allerdings vorstelle, dieser starke, kommunistisch-aggressive Staat bleibe immer so, dann sei das ein schrecklicher Gedanke.

Dokument 5[74]

Bonn, 5.2. 1959

Streng vertraulich, nicht zur Verwendung!

Das heutige Informationsgespräch bei Adenauer in dem bekannten kleinen Kreis zeigte einen Bundeskanzler, der nicht mehr nach unserer Meinung fragte, seine eigene Meinungsbildung über die einzuschlagende Taktik und Strategie ist offenkundig abgeschlossen[75]. Dementsprechend bewegte er sich in der Diskussion erheblich vorsichtiger als bei den beiden letzten Malen. Er sprach jetzt taktisch auf uns ein und bestätigte nur indirekt das, was ich schon einige Stunden vorher über seine Absichten von einem seiner Parteifreunde wußte: Er wird Dulles[76], gerade weil er damit rechnet, daß die Amerikaner und Engländer Punkte des Entgegenkommens gegenüber den Russen suchen, den äußerst harten Mann präsentieren. Er wird Dulles erklären, daß die Amerikaner nicht wegen der Wiedervereinigung, also nicht wegen der Deutschen, sondern aus eigenem Interesse in Europa stehen, und daß ein russisches wirtschaftliches Übergewicht für Amerika lebensgefährlich sein wird. Adenauer gab sich zunächst völlig ablehnend zum Gedanken von Gegenvorschlägen. Als sein Ziel Nummer eins bezeichnete er es, die Amerikaner in Europa festzuhalten.

Am Anfang ließ er den eingeschlossenen Brief Macmillans[77] holen, um uns daraus vorzulesen. Macmillan erklärt darin, daß er bei seiner Reise[78] die inneren Beweggründe des sowjetischen Führungskreises ergründen wolle und daß er keine Verhandlungen führen werde[79]. Im übrigen will Macmillan nach seiner Moskaureise nach Bonn kommen[80]. Adenauer verlas uns dann aus dem zweiten Kroll-Telegramm Worte, die Mikojan zu

---

[74] PA Georg Schröder, Akte Adenauer VI, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

[75] Einen Tag zuvor, am 4.2. 1959, hatte Globke seinen Plan an Heinrich Krone (Aufzeichnungen, S. 149) weitergegeben.

[76] Dulles besuchte vom 2.–8.2. 1959 London, Paris und Bonn. Zentrales Problem war die Ausarbeitung von Gegenvorschlägen des Westens in der Berlin- und Deutschlandfrage. Vgl. zum Besuch Drummond/Coblentz, Duell am Abgrund, S. 240–252. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7547 f.

[77] Macmillan hatte Adenauer in einem Schreiben vom 2.2. 1959, das vom britischen Botschafter in Bonn, Christopher Steel, am 3.2. 1959 übergeben wurde, über seine Reisepläne nach Moskau informiert. Wortlaut des Schreibens in: Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, S. 585 f., zu den von Steel nach London berichteten Reaktionen Adenauers S. 586 f. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 468–471.

[78] In Erwiderung des Chruschtschow-Besuches vom April 1956 in Großbritannien (vgl. Anm. 116) hatte Macmillan am 4.2. 1959 einen sieben- bis zehntägigen Besuch in Moskau angekündigt, der vom 21.2.–3.3. 1959 stattfand. Vgl. Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, S. 589 f., zum Besuch S. 591–634. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7544 f.

[79] Wörtlich schrieb Macmillan: „Hauptzweck meines Besuchs ist daher der Versuch, Einblick in die inneren Absichten der sowjetischen Führung zu gewinnen." Vgl. Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, S. 589 f.

[80] Macmillan hatte den Besuch in seinem Schreiben angekündigt. Vgl. ebenda, zum Besuch Anm. 118.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kroll gesagt hatte, und zwar, daß er Herrn Adenauer schätze (ich will mich nicht auf das Wort festlegen, weil wir uns natürlich keine Notizen machten, aber es war in diesem Sinne). Mikojan hatte noch dicker aufgetragen als Chruschtschow in dem schon von mir Ihnen zur Information durchgegebenen Äußerungen gegenüber Kroll[81].

Adenauer benutzte dieses Informationsgespräch, um offensichtlich ganz planmäßig vor uns Eckardt fertig zu machen. Er begann das Gespräch damit, daß er mit dem ersten Satz Eckardt tadelte für das, was er gestern auf der Pressekonferenz gesagt habe[82]. Zu dem Zwecke verlas er eine DPA-Meldung mit Eckardts Äußerungen zur Macmillan-Reise nach Moskau, die aber den Gedanken Eckardts sehr vergröbert hatte. Herr Macmillan habe keineswegs den Auftrag von Bonn, im Namen des Westens in Moskau zu verhandeln etc., etc. Der Ton Adenauers gegenüber Eckardt machte die Musik. Ebenso bezeichnend war es, daß er am Ende unseres Gesprächs von sich aus sagte, wir müssen uns ja nun auch mal verständigen, wie unsere Informierung über den Dulles-Besuch erfolgen solle. Auf gewisse, etwas karnevalsmäßig beeinflußte Sätze Eckardts sagte dann Adenauer, er selber würde uns, vielleicht am Montag [9. Februar 1959] zur vertraulichen Informierung zur Verfügung stehen. Herr von Eckardt könne ja dann maskiert kommen[83].

Ich hatte Ihnen neulich schon geschrieben, wie sehr Eckardt von Adenauer beiseite gestellt ist. In der Zwischenzeit hat er sich bemüht, gewisse Verhandlungsvorschläge auszuarbeiten. Dabei hat er sie mit mehreren Männern erörtert, ehe er damit zu Adenauer kam. Das dürfte ihm die nach meinen Eindrücken sehr planmäßige Demütigung vor unserem Forum heute eingetragen haben.

Dokument 6[84]

3.) Bericht vom 12. Februar 1959
Bericht von zwei Zusammenkünften mit dem Bundeskanzler.
Die eine war am Donnerstag, dem 5. Februar, die 2. fand am Mittwoch, dem 11. Februar statt.

Zu dem 1. Gespräch:

Adenauer setzte sich zunächst mit der Reise Macmillans nach Moskau auseinander. Er ließ Globke aus dem Geheimschrank den Brief holen, den der britische Premier an ihn gerichtet hatte. In dem Brief teilte Macmillan mit, daß er „die inneren Absichten der

[81] Zum Gespräch Chruschtschow-Kroll am 2. 2. 1959, das auf sowjetische Initiative zustande kam, vgl. „Kroll zwei Stunden bei Chruschtschow", in: „Die Welt" vom 4. 2. 1959. Zu den Unterredungen Krolls mit dem sowjetischen Parteichef Anfang Januar 1959 vgl. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 399 f.

[82] Vor der Bundespressekonferenz hatte von Eckardt am 4. 2. 1959 erklärt, „daß für den Fall, daß Premierminister Macmillan die Einladung nach Moskau annimmt, man sowohl überzeugt ist, als es auch begrüßen wird, wenn Herr Macmillan die Gelegenheit wahrnimmt", die sowjetische Regierung über die „in Bezug auf Berlin völlig einmütige Auffassung des Westens nachdrücklich zu informieren". Wortlaut in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressearchiv F 30.

[83] An diesem Tag war Rosenmontag.

[84] PA Max Nitzsche, Akte Berichte nach Kanzleraussprachen, hs. Aufzeichnung.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sowjetregierung erkunden" wolle. Der Kanzler betonte, keinesfalls dürfe die Reise so gedeutet werden, als trete Macmillan in Moskau als Sprecher des gesamten Westens auf und trage dort die Vorstellungen der freien Nationen zur Deutschlandfrage vor. Er ließ durchblicken, daß er von der Reise wenig erbaut ist, aber bei allen negativen Punkten, die man ihr geben müsse, bliebe doch für den Westen ein Positivum: In der Öffentlichkeit werde noch einmal klargemacht, daß der Westen durch Macmillan seine Freundschaftshand ausstreckt.

Dann befaßte sich Adenauer mit den Unterredungen, die Botschafter Kroll in Moskau mit Chruschtschow und Mikojan in den letzten Tagen geführt hat. In dem Bericht, den Kroll dem Bundeskanzler darüber angefertigt hat, schreibt er über die Hauptbegegnung mit Chruschtschow: Chruschtschow habe ihm erklärt, der Kanzler solle nicht alles, was in Moskau gesprochen werde, jetzt auf die Goldwaage legen. Die Sowjetunion spreche nun einmal nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch nach draußen eine harte Sprache. Die Vorwürfe, die er (Chruschtschow) gelegentlich auch gegenüber Adenauer machte, änderten nichts an dem Respekt vor der Person und der Leistung des Bundeskanzlers. Offenbar hat Chruschtschow auch die Möglichkeit einer neuen Einladung Adenauers nach Moskau offengelassen. Er hat nämlich Kroll bei diesem Gespräch gesagt, er würde sich freuen, mit Adenauer noch einmal zusammentreffen zu können. In ähnlicher Weise hat sich Mikojan gegenüber Kroll geäußert. Die Tatsache, daß Chruschtschow seine vor dem Parteitag[85] so strapazierte Zeit noch für längere Unterredungen mit Kroll aufgewandt hat, deutet Adenauer so: Chruschtschow wolle vor der innerdeutschen Opposition den Eindruck erwecken, als wäre er doch ein ganz umgänglicher Mann.

Angesichts der bevorstehenden Konferenz mit Dulles sagte Adenauer, er wolle dem USA-Außenminister nochmals klarmachen, wie sehr auch die Zukunft Amerikas davon abhänge, daß das Wirtschaftspotential Europas für den Westen erhalten bleibt. Amerika stehe also hier auch für seine eigenen Interessen mit in Deutschland. In diesem Zusammenhang meinte er, es sei ein Fehler gewesen, daß die Parteien die Wiedervereinigungsfrage so künstlich hochgespielt hätten. Dadurch sei Deutschland mehr und mehr in der öffentlichen Meinung Amerikas und Englands zu einer Belastung geworden. Angesichts der strategischen Veränderungen sei es aber einfach nicht mehr zumutbar, außenpolitische Ziele der Bündnismächte an die Wiedervereinigungsfrage zu binden. Er halte nach wie vor eine Kontrolle der Abrüstung für möglich, während Disengagement ein Risiko sei, das er, Adenauer, nicht übernehmen könne und wolle.

Was die allgemeine Abrüstungskontrolle anbelangt, sagte er, seiner Meinung nach ließen sich die Träger der schweren Waffen wie Raketen-Abschußrampen und Bombenflugzeuge verhältnismäßig gut kontrollieren. Auch Fabriken könne man nicht so leicht verschwinden lassen. Dagegen sei es ohne größere Bedeutung, wenn Bomben und Zündköpfe irgendwo in Sibirien lagern würden. Adenauer meinte, er werde Dulles nochmal genau fragen, wie er den Begriff der Konföderation[86] auslege. Nach seiner Meinung

[85] Vom 21.1.–5.2. 1959 fand in Moskau der 21. Parteitag der KPdSU statt. Zu Verlauf und Ergebnis vgl. Boris Meissner, Rußland unter Chruschtschow, München 1960, S. 141–261. Jens Hacker, Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980, Baden-Baden 1983, S. 621–624.

[86] Zu den pro- und kontra-Argumenten einer Konföderation in den fünfziger und sechziger Jahren vgl. Theodor Schweisfurth, Die Deutsche Konföderation – der große nationale Kompromiß als tragendes Element einer neuen europäischen Friedensordnung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/87, 12.12. 1987, S. 19–36, insbes. S. 20–30.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sucht Rußland auf diese Weise wesentliche Funktionen des westdeutschen Staates zu lähmen oder zu neutralisieren. Ein maßgeblicher Führer der SPD (war es Wehner?) habe ihm letztesmal in der Unterredung der Fraktionsvorsitzenden[87] erklärt, die Sowjetunion wolle mit „demokratischen Spielregeln" behandelt werden.

Zu dem Gespräch am gestrigen Mittwoch:

Adenauer ging zunächst auf die Krankheit von Dulles ein und war offensichtlich bemüht, seinen Worten einen optimistischen Unterton zu geben. Doch, wie ich zuvor von Krone erfahren hatte, hat der Kanzler gegenüber diesem die Erkrankung von Dulles weit skeptischer charakterisiert[88]. Zu uns meinte Adenauer, Dulles habe ihm vor seiner Abreise aus Bonn versichert, wenn er sich jetzt operieren lasse, solle er keine Angst haben. Er habe keinen Krebs[89]. Dulles hat Adenauer versichert, es werde auch im Krankenhaus alles in seiner Hand bleiben. Zu der Person von Staatssekretär Herter[90] stellte der Kanzler fest, er leide an Arthritis und mache gegenwärtig eine Kur mit. Zum Dulles-Gespräch selbst berichtete Adenauer, das Thema Konföderation sei nach kurzer Behandlungszeit als erledigt fallengelassen worden. Auch die Übertragung der russischen Hoheitsrechte an die Sowjetzonen-Behörden, mit der sich Dulles vor einiger Zeit so gut wie einverstanden erklärt hatte[91], sei einstweilen nicht mehr in Aussicht genommen worden. Dulles habe die Situation um Berlin außerordentlich ernst betrachtet. Er sei aber doch ziemlich beruhigt über die Haltung der Amerikaner in der Berlinfrage[92]. Dann wechselte das Thema auf die Innenpolitik über.

Es wurde von einem Journalisten festgestellt, daß Gerstenmaier stark kritische Äußerungen an der Außenpolitik der Bundesregierung geäußert habe[93]. Darauf Adenauer:

---

87 Zu diesem interfraktionellen Gespräch am 21.1. 1959 im Kanzleramt vgl. Erich Mende, Die neue Freiheit, 1945–1961, München-Berlin 1984, S. 419. „Gespräch bei Adenauer", in: „Die Welt" vom 22.1. 1959.

88 Heinrich Krone (Aufzeichnungen, S. 150) notierte am 7.2. 1959: „Der Kanzler berichtete noch am Abend über das Gespräch mit Dulles . . . Dulles sei schwer leidend; wir können, so meinte der Kanzler, nicht mehr lange mit ihm rechnen."

89 Am 10.2. 1959 war Dulles ins Walter-Reed-Hospital in Washington eingeliefert und drei Tage später operiert worden, wobei erneut eine Krebserkrankung festgestellt wurde. Zum Verlauf der Krankheitsgeschichte vgl. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7661 f.

90 Christian Archibald Herter (1895–1966), seit 1956 Unterstaatssekretär im State Department, nahm während der Krankheit Dulles' die Amtsgeschäfte wahr.

91 Gemeint war die „Agententheorie". Vgl. Anm. 14.

92 Dazu Krone, Aufzeichnungen, S. 150: „Dulles glaubt nicht an eine ‚Lösung' der Berlin-Frage; man müsse über augenblickliche Schwierigkeiten hinwegkommen. Über das, was dem Kanzler für Berlin vorschwebt und was an Vorschlägen von Globke und von Eckardt überlegt worden ist, wurde bisher nicht gesprochen."

93 Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier hatte am 11.2. 1959 im Bayerischen Rundfunk zum sowjetischen Friedensvertragsentwurf erklärt, man müsse „inhaltlich vieles einwenden; man kann ihn radikal ablehnen, aber es wäre närrisch, zu sagen, daß die Russen es ja gar nicht so meinten, daß sie uns damit nur erstmal einen Schreck einjagen wollten. Nein, dieser russische Friedensvorschlag hat mindestens den Wert, daß er uns einen in sich geschlossenen, systematischen Überblick gibt über die einstweilige russische Zielstellung hinsichtlich Deutschlands und Mitteleuropas . . . Sollten wir uns nicht lieber fragen, ob die deutsche Politik nicht überfordert ist, wenn von ihr verlangt wird, die programmatische Zielsetzung Moskaus zu ändern? Auch eine andere Politik als die des Bundeskanzlers würde das nicht zuwege bringen." Wortlaut der Ausführungen in: Bulletin, Nr. 29, 13.2.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Welchen Jerstenmaier meinen Sie, den vom Montag oder den vom Dienstag? Mal ganz milde ausgedrückt, Herr Gerstenmaier hat einen zu beweglichen Geist."

Auf die Präsidentenwahlen übergehend, ließ Adenauer Andeutungen fallen, daß die Spekulationen um Krone[94] vielleicht falsch sein könnten. Über seine eigene Kandidatur und die von Erhard hätte er gerade eine Stunde zuvor mit dem Wirtschaftsminister herzlich gelacht. Er meinte, erst im März würde sich die CDU über ihren Kandidaten einig werden. Er suche jemanden, der nicht nur mit der Politik verheiratet sei, sondern vor allem auch Verbindung zu den anderen Schichten der Geistlichkeit habe. Es sieht so aus, als wenn er nach einem evangelischen Mann Ausschau hält, der sich nicht einer allzu starken Position erfreut[95].

Zum Schluß kam Adenauer nochmal auf die Außenpolitik zurück. Er meinte, was wir brauchen könnten, sei eine möglichst lange Ost-West-Konferenz. Sie könnte von den Außenministern begonnen werden, um dann von den Botschaftern und Ministerialdirektoren in einer Serienkonferenz von Einzelbesprechungen fortgesetzt zu werden. Offenbar denkt er an eine selbständige Stellvertreterkonferenz mit beweglicher Themenauswahl.

Als ich den Kanzler fragte, warum wir nicht mehr auf unserer Ansicht bestehen (wie wir es auf der Pariser Außenministerkonferenz[96] taten), die allgemeine Abrüstung schon jetzt mit als Verhandlungspunkt bei den Beratungen über das Deutschlandproblem zu nennen, antwortet er: Er hätte sich von den Amerikanern überzeugen lassen, daß man nicht alles auf der gleichen Konferenz behandeln könne.

Dokument 7[97]

11. Februar 1959

Heute abend war wieder Tee beim Bundeskanzler. Hauptgegenstand der Unterhaltung war der Dulles-Besuch. Dr. Adenauer zeigte sich wegen der Erkrankung von Dulles nicht übermäßig beunruhigt. Vor allem betonte er, daß D[ulles] keinen Darmkrebs habe. D[ulles] habe ihm versichert, daß sein Verhältnis zum Präsidenten nie besser gewesen sei als augenblicklich. Auch im Krankenhaus werde D[ulles] die Vorbereitung der kommenden Konferenz-Phase in der Hand behalten. Es sei nicht einmal schlecht, daß D[ulles] im Krankenhaus Zeit finde, sich ganz auf die großen Probleme zu konzentrieren.

Kategorisch dementierte Dr. Adenauer heutige „Welt"-Meldung, daß er einer „verdünnten Zone" mit deutscher Wiedervereinigung zugestimmt habe[98]. Davon hätten er und D[ulles] überhaupt nicht gesprochen. Ebenso abwegig sei die Erwartung, daß jetzt – infolge des Krankenhausaufenthalts von D[ulles] – Macmillan die Führung der westli-

1959, S. 265 f., hier S. 266. Vgl. auch Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1981, S. 438 ff.

94 Vgl. [Georg] Sch[röder], Adenauer will nicht für das Amt des Präsidenten kandidieren, in: „Die Welt" vom 11. 2. 1959.

95 Vgl. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 227–277.

96 Vgl. Anm. 55.

97 ACDP, NL Ludwig von Danwitz I-330-013, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

98 Vgl. Herbert von Borch, Präsident Eisenhower versichert: „Ost-West-Gespräch wird von Dulles' Krankheit nicht verzögert", in: „Die Welt" vom 11. 2. 1959.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen Politik in die Hand bekomme. Die Amerikaner dächten nicht daran, die Führung abzugeben. Sie seien fest und entschlossen, die Rechte in Berlin zu wahren.

Dr. Adenauer rechnet mit einer Konferenz-Phase. Er bat uns um vertrauliche Behandlung seines Wunsches nach einer langen Konferenz. Ich sagte aber schon einmal in einem Kommentar, daß die Ost-West-Konferenz von den Außenministern begonnen und abgeschlossen werden müsse, daß aber den Außenministern die Zeit fehle. Adenauer ist nach wie vor dieser Meinung. Obgleich er im allgemeinen das Wort „Flexibilität" nicht mehr hören mag, wendet er selbst es auf die Gestaltung dieser Konferenz an, die alle Spannungsprobleme erörtern solle. Aus seiner heutigen Bemerkung war zu entnehmen, daß man auf den sowjetischen Vorschlag, über Berlin und deutschen Friedensvertrag zu verhandeln, eingeht, das Abrüstungsproblem nicht schon im voraus nennt, aber im Verlauf der Konferenz auch darauf lossteuert. Sehr interessant war, daß Dr. Adenauer als eine Seite der deutschen Frage die „DDR" nannte.

Gromyko wurde von Adenauer als reiner Techniker bezeichnet. Ihn hält er für keinen Partner, mit dem man reden kann. Sehr viel mehr hält er von Sorin[99], den man in Bonn falsch behandelt habe. Das Gespräch kam auf Gerstenmaiers heutige Rede im Bayerischen Rundfunk. Dr. Adenauer meinte, daß G[erstenmaier] einen zu beweglichen Geist habe. Außerdem stellte er fest, daß das Amt des Bundestagspräsidenten ein überparteiliches Amt sei.

Aus dem, was Dr. Adenauer im Hinblick auf die Bundespräsidentenwahl sagte, war zu entnehmen, daß die Frage der Wiederwahl von Heuss nun doch erledigt ist[100], zumal der SPD-Parteitag morgen vermutlich Carlo Schmid nominiert[101]. Dr. Adenauer lobte Heuss außerordentlich. Allem Anschein nach sucht er nach einem Professor. Er betonte, daß er zunächst mit den Landesverbänden der CDU und CSU sprechen müsse. Es sieht nicht so aus, als wenn die Entscheidung schon vor Ostern [29. März 1959] käme.

Mit freundlichem Gruß!

---

[99] Valerian Alexandrowitsch Sorin (1902–1986), 1955–1956 sowjetischer Botschafter in Bonn, 1956–1961 Erster stellvertretender Außenminister der UdSSR.

[100] Zu den Diskussionen um eine Verlängerung der Amtszeit oder eine dritte Amtsperiode von Heuss, die beide eine Änderung des Grundgesetzes erfordert hätten, vgl. Wolfgang Wagner, Die Bundespräsidentenwahl 1959, Adenauer-Studien II, Mainz 1972, S. 4–7. Klaus Gotto, Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten 1959, in: Konrad Adenauer – Ziele und Wege, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1972, S. 97–144, hier S. 97–102.

[101] Zur Nominierung am 12. 2. 1959 vgl. Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern-München-Wien 1979, S. 667 f. Bewertung Adenauers in seinen Erinnerungen 1955–1959, S. 491. Theodor Heuss, Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. von Eberhard Pikart, Stuttgart 1970, S. 396. Wagner, Bundespräsidentenwahl 1959, S. 8 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 8[102]

Bonn, 12.2.59

Zur vertraulichen Information

Am 11. [Februar] war wieder der übliche kleine Kreis bei Adenauer. Er wirkte körperlich und geistig munter und gelöst. Dies ist das sichtbare Ergebnis seiner Verhandlungen mit Dulles. Mit sanftem Hinweis darauf, daß man die Karten nicht auf den Tisch legen könnte, erzählte er uns auch nicht, was nun konkret als mögliche Gegenkonzeption ins Auge gefaßt worden ist. Borchs[103] Washingtoner Bericht in der WELT vom Mittwoch tischte er uns auf, um zu erklären, es sei ganz falsch, wenn da geschrieben stünde, als Zugeständnis an die Russen solle geprüft werden verdünnte Zone in Mitteleuropa in Verbindung mit der Wiedervereinigung. Dulles ist nicht auf die Agententheorie zurückgekommen. Hinsichtlich seiner Krankheit habe Dulles ihm bei dem Besuch gesagt, nach seiner Rückkehr müßten die Ärzte entscheiden, ob eine Bruchoperation vorgenommen würde. Sein Darmleiden sei kein Darmkrebs. Er werde auch vom Krankenbett aus das Ruder in der Hand behalten.

Adenauers Wunsch geht dahin, daß die Ost-West-Konferenz möglichst von den Außenministern eröffnet und geschlossen wird, daß sie sich aber nicht auf eine drei- oder siebentägige Außenministerkonferenz beschränkt, sondern dadurch, daß sie zu einer Konferenz der Stellvertreter der Außenminister wird, sich über lange Zeit hinzieht. Die taktischen Gründe dafür liegen auf der Hand. Sie nannte er aber nicht, sondern meinte, man sollte das vielleicht mal in der nächsten Woche schreiben. Wenn die vier Mächte überhaupt zu etwas kommen wollten, dann müßten sie die einzelnen Fragen ohne Zeitdruck und sehr genau erörtern. Hinsichtlich der Tagesordnung bestätigte er, daß er seinen ursprünglichen Standpunkt entsprechend den Wünschen von Dulles aufgegeben hat, wonach eine solche Konferenz Deutschland- und Abrüstungsfragen zur gleichen Zeit auf der Tagesordnung haben müßte. Man wird also, um überhaupt zur Konferenz zu kommen, den russischen Standpunkt akzeptieren, wonach jetzt über Berlin und Deutschlandfrage verhandelt wird. Später müßten die westlichen Diplomaten versuchen, auch das Thema Abrüstung in die Konferenz hineinzubringen. Unseren Hinweis auf die Adenauer noch nicht bekannte Rundfunkrede von Gerstenmaier quittierte er ironisch mit der Bemerkung: „Der Herr Gerstenmaier ist eben ein geistig sehr reger Mann."

Zur Frage der Bundespräsidentenwahl zeigte er sich sehr zurückhaltend. Von uns in die Zange genommen, kam dabei folgendes heraus: 1. nicht Erhard als Bundespräsidenten-Kandidat. „Herr Erhard war gerade bei mir. Wir haben beide sehr gelacht über die Meldung, daß er Bundespräsident werden soll." 2. Er stimmte der Meldung zu, daß es nicht gut sei, alle Wahlen auf das Jahr 1961 zusammenfallen zu lassen, also jetzt neue Wahl. 3. Wirklich interessant waren seine Äußerungen, ob denn der Präsident ein ausgesprochen im Vordergrund stehender Politiker sein müsse. Natürlich müsse er ein politisches Wissen haben. Wichtig sei aber auch, daß er Beziehungen zu anderen Kreisen, kulturellen und akademischen, habe. Dabei fiel ein rühmender Hinweis auf Heuss.

Ich hatte schon zwei Tage vorher von einem führenden CDU-Mann eine Andeutung erhalten, daß Adenauers Überlegungen sich in dieser Richtung jetzt bewegen. Gründe dafür sind: Er will einen evangelischen Bundespräsidenten. Die CDU hat aber aus ihren

[102] PA Georg Schröder, Akte Adenauer VI, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

[103] Dr. Herbert von Borch (*1909), 1956–1965 Korrespondent der „Welt" in Washington. Zu dem erwähnten Artikel vgl. Anm. 98.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Spitzenpolitikern niemand zu bieten, oder besser gesagt, die sie zu bieten hat, möchte sie wie Erhard oder Etzel nicht aus dem Kabinett verlieren.

Eckardt kriegte am Ende wieder eine Dusche in der Form, daß wir in seiner Gegenwart aufgefordert wurden, uns zu äußern, ob es nicht besser wäre, wenn er mal auf die Dörfer führe und die Chefredakteure an Ort und Stelle besuchte, oder ob man sie besser nach Bonn einlüde.

Aus einem Gespräch, das ich mit Krone hatte, einige Bemerkungen zu dem langsam wieder auf uns zukommenden Revirement im Auswärtigen Dienst. Ich habe bisher keine Meldungen darüber gegeben, 1. weil alles noch im unklaren ist, und 2. weil das Auswärtige Amt immer stinkböse ist, wenn entgegen dem international[en] Brauch vor dem Agrément Namen bekanntgegeben werden. Warum soll ich das AA ärgern und mir damit die Quellen für wichtigere Informationen verstopfen? Diesmal will Brentano nicht wieder den Krach mit der Fraktion heraufbeschwören. Er bespricht also die Dinge mit ihr. Die Entscheidung darüber, wer Botschafter bei der Nato werden soll, ist noch ganz offen. Der Vorschlag, Botschafter Pfeiffer[104] dorthin zu versetzen, stand zuletzt zur Debatte. Er wurde von Adenauer abgelehnt, weil Pfeiffer schon in einem Jahr pensionsreif wird und es sinnlos ist, auf einen so wichtigen Posten einen Mann nur für ein Jahr zu schicken. Adenauer hat am Dienstag zu Krone gesagt, er müsse sich die Sache mit dem Nato-Botschafter nochmal überlegen. Vielleicht wird es doch Dittmann. Aber dann muß man wieder einen Nachfolger für ihn in Bonn finden. Krolls Abberufung aus Moskau ist auch noch keineswegs spruchreif. Man will angesichts der jetzt laufenden Dinge keine Veränderung vornehmen.

Leicht wehmütig sagte mir Krone: „Über die vertraulichen Gespräche des Journalistenkreises mit Adenauer ist noch kein Wort an die Öffentlichkeit gedrungen. Wenn die vertraulichen interfraktionellen Gespräche bei Adenauer stattfinden, liest man am nächsten Tag in den Zeitungen, was dort vor sich gegangen ist. Die Abgeordneten können keine Vertraulichkeit wahren." Hoffentlich bleibt's dabei, denn ich könnte mir nicht nur Eckardt vorstellen, der daran interessiert wäre, daß unsere Gespräche bei Adenauer durch Indiskretion platzen.

Dokument 9[105]

Bonn, 20.2.59

Streng vertraulich, nicht zur Verwertung!
Aus dem Teegespräch mit Adenauer[106]:

Ein Gespräch Adenauer-Gerstenmaier-Heuss hat stattgefunden[107], in welcher Form man herunterkommen kann davon, daß die Präsidentenwahl in Berlin stattfindet[108]. Ade-

[104] Peter H. Pfeiffer (*1895), seit 1954 Inspekteur und Chef des Ausbildungswesens des Auswärtigen Amtes.

[105] PA Georg Schröder, Akte Adenauer VI, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

[106] Der Kanzler-Tee hatte am 19.2.1959 stattgefunden.

[107] Der genaue Termin des Gesprächs war nicht zu ermitteln.

[108] Gerstenmaier hatte am 14.10.1958 dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages seine Absicht mitgeteilt, die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten auf den 1.7.1959 nach West-Berlin einzuberufen. Die Fraktionen waren aufgefordert, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen. Vgl. Bulletin, Nr. 192, 16.10.1958, S. 1905. Zu den Diskussionen um die Nachfolge von Heuss bis

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nauers Befürchtung wird von Heuss geteilt, daß in der jetzigen Krisensituation um Berlin die Russen auf die Wahl in Berlin hin mit irgendeiner Gegenmaßnahme antworten würden, die wir nicht abwehren können. Ferner befürchtet er, daß möglicherweise die Alliierten vorher zu ihm kommen, um einen Einspruch anzumelden und daß dies dann bekannt wird. Seine Gesamttendenz war: Wir dürfen nichts in Berlin tun, was die Russen als provokativ ansehen könnten oder was sie aus Prestigegründen zwingen könnte zu Gegenmaßnahmen. Es ist vereinbart, daß Heuss die Partei- oder Fraktionsvorsitzenden zu sich bittet, damit sie zu einer Verständigung in dieser Frage kommen. Heuss hat aber gebeten, daß dies nicht bekannt wird. Auch Gerstenmaier hat gebeten, daß zu der Frage geschwiegen wird. Die Überlegung geht dahin, ob man von sich aus den Verzicht auf die Sitzung der Bundesversammlung in Berlin in dem Augenblick bekanntgibt, in dem die Abhaltung einer Vierer-Konferenz beschlossene Sache ist. Dann könnte man den Verzicht damit begründen, daß man den Verlauf der Vierer-Konferenz nicht stören wolle etc. Das wäre dann auch der Zeitpunkt, wo die Berliner selbst den Verzicht nicht als Ausdruck der Furcht empfinden würden. Mit einer Sitzungswoche des Bundestags in Berlin ist nicht zu rechnen.

Adenauer bezeichnete es als ausgeschlossen, eine Zweidrittelmehrheit, also die SPD, für ein brauchbares Notstandsgesetz[109] zu gewinnen. Die Regierung wird deshalb dem Parlament keinen Gesetzentwurf zuleiten, weil eine Ablehnung außenpolitisch schädliche Wirkungen haben würde. Man ist im Augenblick dabei festzustellen, welche Teile aus dem Entwurf ausgegliedert werden können, weil sie entweder mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden können oder auf dem Verordnungswege zu regeln sind, zum Beispiel Anlage einer Reserve von Medikamenten oder listenmäßige Erfassung von Autos, die bei Kriegsausbruch von der Wehrmacht [sic!] beschlagnahmt werden sollen. Auf den Hinweis, daß damit das Notstandsrecht der Alliierten bestehenbliebe[110] und im Kriegsfall alliierte Offiziere Stadtkommandanten würden, kam der Hinweis, diese könnten ja dann den deutschen Bürgermeistern die Rechte übertragen, also eine neue Agententheorie.

Zur Außenpolitik zeigte sich noch klarer als in der Vorwoche, daß Dulles mit keinem Wort Adenauer Vorschläge in Richtung Disengagement gemacht hat. Als wir darauf zu sprechen kamen, daß Senator Mansfield revoziert habe[111], meinte Adenauer: „Jetzt ver-

---

Anfang Februar 1959 vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 483–491. Gerstenmaier, Streit und Friede, S. 392 f. Gotto, Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten, S. 98. Wagner, Bundespräsidentenwahl 1959, S. 5 ff. Schwarz, Die Ära Adenauer 1957–1963, S. 177 ff.

109 Der Bundesinnenminister hatte im Herbst 1958 einen Entwurf zur Ergänzung des Grundgesetzes für den Notstandsfall vorgelegt, der dann mit den Innenministern der Länder erörtert worden war. Vgl. Ernst Benda, Die Notstandsverfassung, 8.–10. veränderte Auflage, München 1968, S. 56 f. Wortlaut der Rede von Bundesinnenminister Schröder am 30. 10. 1958 in Stuttgart in: Bulletin, Nr. 203, 31. 10. 1958, S. 2017. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 506.

110 Art. 5 Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (sog. Deutschland-Vertrag) in der Fassung vom 23. 10. 1954, hier Liste I der Änderungen zum Deutschland-Vertrag in der Fassung vom 26. 5. 1952. Wortlaut in: Bulletin, Nr. 202, 26. 10. 1954, S. 1784.

111 Vgl. dazu Wortlaut der Erklärung Mansfields im amerikanischen Senat am 12. 2. 1959 in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/1, 2. Halbband (1. 2.–9. 5. 1959), bearb. von Ernst Deuerlein/Hannelore Nathan, Frankfurt/Main-Berlin 1971, S. 857–869.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stehe ich, warum Dulles gelacht hat, als ich ihn auf Mansfield, Fulbright[112] usw. ansprach. Er hat mir gesagt, sie wären mit ihm im Grunde derselben Meinung, was NATO-Mitgliedschaft und Stationierung amerikanischer Truppen anbeträfe."

Auf eine Frage von mir, die auf die langfristige Entwicklung in Amerika abzielte, meinte Adenauer, er wisse, daß die Nato keine Ewigkeitssache sei. Er habe schon bei der Nato-Tagung im Dezember 1957 in Paris Eisenhower darauf angesprochen, was würde, wenn 1965 ein anderer Präsident in den USA sei und dann die Kündigungsmöglichkeit für die Nato bestünde. Sie hätten ihm beruhigende Zusicherungen gegeben. „Insofern ist auch für mich Nato kein Dogma. Aber das kann ich nicht öffentlich aussprechen. Dann wird man in Amerika denken, ich sei auf dem Wege, für uns einen Weg aus der Nato herauszusuchen."

Seine Sorge, daß Macmillan in Moskau in der Richtung eines Disengagements der Bundesrepublik verhandeln könnte, kam deutlich zum Ausdruck. Er beklagte sich darüber, daß Macmillan die Moskaureise beschlossen habe, ohne vorher mit den anderen Verbündeten darüber zu sprechen.

Dokument 10[113]

4. Bericht vom 11. März 1959

Am Dienstagabend [10. März] hatten wir wieder ein Gespräch mit dem Kanzler. Er erschien wieder in verhältnismäßig guter Verfassung, jedenfalls war ihm seine vorausgegangene Erkältung nicht mehr anzumerken. Das Thema des Ollenhauer-Chruschtschow-Gespräches[114] berührten wir nur am Rande. Adenauer meinte, die sog. Erkundungsfahrten zu dem Kreml-Gewaltigen[115] seien im Augenblick deswegen so gefährlich, weil dadurch Chruschtschow eine noch größere Selbstsicherheit erhält, als wie er sie ohnehin schon zeigt. Zuvor habe er noch eine Aussprache mit Botschafter Kroll gehabt. Dieser habe ihm bestätigt, daß es auch Krolls Hauptsorge sei, daß Chruschtschow sich über die Stärke-Verhältnisse im Westen ein schiefes Bild mache, zumal er sich in diesen Gebieten (abgesehen von der kurzen England-Reise[116]) kaum aufgehalten

[112] James William Fulbright (geb. 1905), 1959–1974 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Senats.

[113] PA Max Nitzsche, Akte Berichte nach Kanzleraussprachen, hs. Aufzeichnung.

[114] Auf Einladung Chruschtschows war der SPD-Vorsitzende, Erich Ollenhauer, am 9.3. 1959 zu einer zweistündigen Unterredung in die sowjetische Botschaft nach Ost-Berlin gekommen. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/1, 2. Halbband, S. 1100 f., 1132–1142, 1153 ff. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7602. Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin-Bonn 1982, S. 487.

[115] Außer Ollenhauer waren auch Erler und Schmid vom 11.–17.3. 1959 von Chruschtschow nach Moskau eingeladen worden. Vgl. Schmid, Erinnerungen, S. 647–656. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/1, 2. Halbband, S. 1187 f., 1196–1202. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 430 ff. Krone, Aufzeichnungen, S. 152. Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 487.

[116] Chruschtschow und Bulganin hatten vom 18.–27.4. 1956 Großbritannien besucht. Vgl. Anthony Eden, Memoiren 1945–1957, Köln-Berlin 1960, S. 406–420. Chruschtschow erinnert sich, hrsg. von Strobe Talbot, Hamburg 1971, S. 404–416. Zur Einschätzung des Besuchs durch Adenauer vgl. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, 3. Auflage, Stuttgart 1980, S. 532 f., Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 128 ff., Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 80 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hat. Der Kanzler betonte, wie aus den Berichten der deutschen Botschaften zu ersehen sei, habe sich Berlins Bürgermeister Brandt auf seiner Reise[117] viele Freunde gewonnen. Er habe daher die Absicht, als Bundeskanzler dem Bürgermeister seinen Dank für diese politische Leistung auszusprechen.

Der Hauptteil des Gesprächs war dann dem bevorstehenden Besuch Macmillans[118] gewidmet. Nach den Informationen der deutschen Botschaft in Paris zu schließen, ist Macmillan deutlich auf die Grenzen gestoßen[119], die auch Adenauer nach seinem Treffen mit de Gaulle[120] angedeutet hat. Sie liegen bei dem freiwilligen Disengagement des Westens. Darum glaubte der Kanzler sagen zu können, daß Macmillan bereits „stark abgekühlt" nach Bonn komme. Die Folgewirkung aller Disengagement-Pläne sieht Adenauer darin, daß letzten Endes damit eine militärische und auch allgemeine wirtschaftliche Kontrolle der Bundesrepublik gegeben sei. In jedem militärischen Disengagement liege, so meinte er, sinngemäß ein Stück politischer Kontrolle durch die ehemaligen Siegermächte. Offenbar befürchtet Adenauer in der Tat, daß Macmillan, von einflußreichen Wirtschaftskräften angetrieben, auf dem Wege des Disengagements auch eine wirtschaftliche Kontrolle zugunsten einer freien Entwicklung der britischen Wirtschaft anstreben könnte. „Solange ich auf diesem Platz sitze, wird die Bundesrepublik keinen Diktat-Frieden annehmen", meinte er mit Nachdruck. Adenauers Mißtrauen gegen die englischen Absichten ist ziemlich stark und unverhüllt. Er geht in der Tat so weit, daß Pressechef von Eckardt es für richtig hielt, ihm ein Memorandum von vier Schreibmaschinenseiten zu überreichen[121], in denen er dem Kanzler eine weit mildere Version der britischen Pläne nahezubringen sucht und zugleich darauf hinweist, wie sich grundsätzlich eine britisch-deutsche Entfremdung auf das Bündnis-Verhältnis auswirken müßte. Letzten Endes ständen Britannien und Amerika als angelsächsische Einheit zusammen, wie sie es in der Geschichte immer bewiesen hätten.

Nur scheint nun trotz seines Mißtrauens auch der Kanzler die Dinge nicht auf die Spitze treiben zu wollen. Er scheint viel darauf zu setzen, daß de Gaulle ihm manche Mühe bereits abgenommen haben könnte. Er berichtete, daß de Gaulle Macmillan seit

---

[117] Brandt unternahm vom 7.2.–5.3. 1959 eine Amerika- und Ostasien-Reise. Vgl. Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 83 ff., 210, 212 f. „Brandt fordert Initiative des Westens, Berliner Bürgermeister berichtet über seine Weltreise", in: „Die Welt" vom 8. 3. 1959.

[118] Der britische Premierminister traf am 12./13. 3. 1959 mit Adenauer in Bonn zusammen. Vgl. Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, S. 562. Grewe, Rückblenden, S. 389 f. Krone, Aufzeichnungen, S. 151 f. Wortlaut der Erklärungen zu dem Treffen in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/1, 2. Halbband, S. 1168–1173. Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 46, 55.

[119] Macmillan hatte am 9./10. 3. 1959 in Paris mit de Gaulle konferiert und dabei über seine Moskau-Reise berichtet. Vgl. Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, S. 636 ff. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7599.

[120] Am 4./5. 3. 1959 hatte Adenauer Paris besucht. Über den Verlauf seiner Gespräche mit de Gaulle in Marly wurde offiziell nichts bekanntgegeben. Vgl. „Das Treffen von Marly ohne Schlußkommuniqué", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 6. 3. 1959. Dazu auch Krone, Aufzeichnungen, S. 151. François Seydoux, Beiderseits des Rheins. Erinnerungen eines französischen Diplomaten, Frankfurt/Main 1975, S. 230 f.

[121] Faksimile des Schreibens von Eckardts an Adenauer vom 9. 3. 1959 sowie Adenauers Antwortschreiben, datiert vom 13. 3. 1959, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Kriegstagen sehr schätze und darum das persönliche Verhältnis zwischen den beiden dazu beitragen könnte, das britische Vorprellen abzuschließen. Adenauer hat vor, Macmillan einen genauen Bericht der Truppenstärken westlich und östlich des Eisernen Vorhangs in Europa zu übergeben. Die erste Konsequenz eines Disengagements müßte danach sein, daß östlich des Eisernen Vorhangs eine starke Reduzierung vor allem der konventionellen Truppen vorgenommen werden müßte, bis man an weitere Schritte des militärischen Auseinanderrückens wirklich denken könne. Adenauer glaubte, eine Festigung der amerikanischen Haltung in der Berlin-Frage feststellen zu können. Sie wüßten jetzt, daß ihre Sache in Berlin gespielt würde. Sie seien gegenwärtig geneigt, in Berlin mehr einen eigenen Rechtsstandpunkt zu verteidigen, als darin eine Bündnisfrage mit den Alliierten zu sehen.

Dokument 11[122]

11.3.59

Zur vertraulichen Information

Adenauer in dem üblichen Kreis zeigte sich als ein Gemisch von gelassener Entschlossenheit und tiefgehender Sorge. Gelassene Entschlossenheit in der Richtung, daß er glaubt, mit Franzosen und Amerikanern auf der gleichen Linie zu liegen. Tiefe Sorge nicht nur wegen der sowjetischen Aktivität, sondern wegen der immer bei ihm tief drinnen sitzenden Befürchtung, daß sich eines Tages die Weltkriegs-Koalition auf Kosten Deutschlands wieder zusammenfindet. Adenauer spricht jetzt mit uns längst nicht mehr so offen wie vor sechs, acht Wochen. Aber auch aus der vorsichtiger gewordenen Sprache bricht manchmal etwas heraus, was ihn wirklich bewegt, so zum Beispiel: „Ich hab' das noch nie öffentlich gesagt. Aber Herrn Macmillan werde ich sagen, solange ich hier sitze, wird es keine deutsche Unterschrift unter einen Diktatfrieden geben. Ein[en] Diktatfrieden nehme ich nicht hin."

Sein Mißtrauen gegenüber der englischen Politik wegen des Disengagements ist unverändert. Es wird nach meinen Eindrücken nicht von allen im Auswärtigen Amt geteilt. Auch Eckardt sagte mir hinterher, daß er es für übertrieben hält, daß sich wohl bei dem Besuch zeigen werde, daß Macmillan gar nicht so weit gehen wolle, wie man ihm unterstellt habe, daß er vor allem wohl in Moskau die Haltung eingenommen habe, an Berlin und der rechtlichen Position der Westmächte dort sei nicht zu rütteln, militärisches Disengagement müsse daher von Chruschtschow politisch auf anderem Gebiet bezahlt werden. Aber Eckardts politischer Einfluß bei Adenauer ist an einem Tiefpunkt. Adenauer fährt fort, dies alle Welt wissen zu lassen. Man hat mir glaubwürdig erzählt, daß bei Adenauers Rückfahrt von Paris in seinem Sonderzug ihn jemand fragte, warum denn Eckardt nicht in Paris gewesen sei. Darauf sagte er: „Die Herren Hange[123] (DPA)

[122] PA Georg Schröder, Akte Adenauer VI, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

[123] Franz Hange (*1921), 1949–1965 Chefkorrespondent der Deutschen Presseagentur in Bonn.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Schröder waren doch nach Paris gekommen. Die haben genau berichtet[124], was zu berichten war. Herr von Eckardt war gar nicht nötig."

Um auf unser Gespräch mit Adenauer zurückzukommen: Er zeigte nochmals seine Befriedigung über Person und Haltung de Gaulles, ohne daß dort inhaltlich sich etwas Neues ergab. Zufriedene Ironie über das Gespräch Ollenhauer-Chruschtschow. „Herr Mende hat ja vergeblich auf eine Einladung Chruschtschows gewartet, sonst wäre er ja wohl auch hingegangen."[125] Lobworte für Brandt. „Was glauben Sie, was wir für Mühe gehabt haben, die Industriellen davon abzuhalten, zu Chruschtschow zu laufen." Brandt sei nicht offiziell zu Chruschtschow eingeladen worden, sondern mehr oder minder inoffiziell aufgefordert [worden][126]. „Wenn er als Bürgermeister offiziell eingeladen worden wäre, dann wäre es wohl für ihn schwer gewesen, abzulehnen."

Dokument 12[127]

12.6. 59
(FS Nr. 209)

Zur Information
Herrn Chefredakteur Dr. Brühl WDR, Köln
" " " " " Dr. Starke NDR, Hamburg

In einem einstündigen Gespräch mit sechs Bonner Korrespondenten erläuterte Dr. Adenauer heute nachmittag noch einmal, weshalb er seine Kandidatur zur Bundespräsidentenwahl zurückgezogen hat. Er führte u. a. aus:

Als er die Kandidatur Anfang April annahm, glaubte er, das Bundeskanzleramt auf jüngere Schultern legen zu können. Auf Grund einer Botschaft von Dulles[128] (es handelt sich nicht um den gestern im Bundestag zitierten Brief[129]) rechnete er damit, daß Dulles die USA auf der Genfer Konferenz vertreten würde.

Hier bemerkte Dr. Adenauer, daß es nach Ansicht seiner Ärzte falsch gewesen sei, Dulles zu operieren. Dulles hätte „konservativ" behandelt werden müssen und auch nicht bestrahlt werden dürfen. Bei alten Leuten schreitet der Krebs normalerweise langsam fort. Der plötzliche Zusammenbruch ist nicht zu erwarten gewesen.

In Cadenabbia hat Dr. Adenauer dann den „Pressekrieg" um Erhard und Etzel

---

124 Vgl. Georg Schröder, Adenauer und de Gaulle: Sowjets unverändert hartnäckig, Geheimkonferenz in der Nähe von Paris, in: „Die Welt" vom 5.3.1959. Ders., Achse Bonn-Paris gekräftigt, Das Treffen in Marly-le-Roi, Gegen Disengagement, Wird Macmillan umgestimmt?, in: „Die Welt" vom 6.3. 1959. Das Ergebnis von Marly-le-Roi, Adenauer und de Gaulle: In der Sache hart, aber zu Verhandlungen bereit, dpa-Bericht, Paris, 5.3. 1959, in: „Hamburger Echo" vom 5.3. 1959.

125 Vgl. „Mende gegen Einzelreisen nach Moskau", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 16.3. 1959.

126 Brandt, der ebenfalls von Chruschtschow zu einem Gespräch am 10.3. 1959 in Ost-Berlin eingeladen worden war, hatte am Abend zuvor abgesagt. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/1, 2. Halbband, S. 1132–1142. Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 111. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7602 f.

127 ACDP, NL Ludwig von Danwitz I-330-013, ms. Durchschlag.

128 Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 499 f.

129 Den Wortlaut des Schreibens von Dulles an Adenauer vom 8.4.1959 hatte der Bundeskanzler am 11.6. 1959 vor dem Bundestag vorgelesen. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode 1957, Bd. 43, S. 4015.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erlebt[130]. Dabei hatte er mit seiner Fraktion vereinbart, daß über die Wahl des Bundeskanzlers erst nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten gesprochen werden sollte[131]. Dr. Adenauer gab zu, daß er bei seiner Kandidatur geblieben wäre, wenn Etzels Wahl zum Bundeskanzler unumstritten gewesen wäre.

Dr. Adenauer hält es aber für sehr problematisch, wenn ein amtierender Bundeskanzler zum Bundespräsidenten gewählt wird. Er meint, daß der gewählte Bundespräsident eigentlich nicht mehr Bundeskanzler sein kann. Das bedeutet aber, daß die gesamte Regierung in der Luft hängt.

Der Tod von Foster Dulles hat die ganze Lage verändert. Herter ist „sicherlich ein guter Mann". Aber Dulles war der intimste Freund Präsident Eisenhowers, mit dem er absolut übereinstimmte. Außerdem hatte er die große Konferenzerfahrung, die sich Herter noch aneignen muß. Herters Vorteil ist, daß ihn sowohl die Republikaner als auch die Demokraten akzeptieren.

Dr. Adenauer verweist auf den Einfluß, den er bei den Westmächten ausüben kann. Dieser Einfluß ist nach dem Tod von Foster Dulles nur noch wichtiger geworden. (Es scheint tatsächlich so zu sein, daß Dr. Adenauer bei der Beisetzung von Dulles[132] zu der Überzeugung gekommen ist, daß er seinen Entschluß revidieren müsse.)

Dr. Adenauer betont, daß er die Annahme der Kandidatur gegenüber dem Wahlmänner-Gremium der CDU/CSU erklärt hatte. Das ist das Gremium, das allein von ihm die Rechtfertigung seines Widerrufs verlangen kann. Es tritt Montag [15. Juni], 10 Uhr, im Bundeskanzleramt zusammen.

Das Auslandsecho hat Dr. Adenauer offensichtlich besorgt gemacht. Er macht aber darauf aufmerksam, daß sowohl in Großbritannien als auch in den USA schon vorher eine Stimmungsmache in Gang gewesen ist, die Deutschen wären noch immer keine Demokraten. Andererseits entnimmt er aus der Rigaer Rede Chruschtschows[133], daß die Änderung seines Entschlusses richtig gewesen ist.

Dr. Adenauer macht in dem Gespräch zunächst einen sehr frischen und gelösten Eindruck, später wirkte er doch etwas abgespannt und weniger konzentriert. Er rechnet ⟨doch⟩[134] damit, daß auf der Genfer Außenministerkonferenz etwas herauskommt, aber nicht vor dem 1. Juli. Er ist absolut nicht dafür, daß die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin stattfindet[135], glaubt aber, daß eine Empfehlung der Bundesregierung dem Bun-

---

130 Vgl. zu den Diskussionen um die Nachfolge Adenauers als Bundeskanzler (sog. „Erbfolgestreit") Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 515 ff. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 278–366. Wagner, Bundespräsidentenwahl 1959, S. 38–53, insbes. S. 50 ff.

131 Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 509 f.

132 Adenauer war dazu vom 26.–30. 5. 1959 nach Washington gereist. Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 539 f. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7748, 7755.

133 In der Rede am 11. 6. 1959 in Riga hatte Chruschtschow Adenauer vorgeworfen, er verhindere eine Annäherung der Standpunkte in Genf, erhitze die Atmosphäre in Westdeutschland, verfahre rücksichtslos mit der CDU und den Oppositionsparteien und schüre weiter den Kalten Krieg. „Doch wie er sich auch aufführen mag, er hat ausgespielt", weil Adenauer für „die bankrotte ‚Politik der Stärke'" keine Unterstützung mehr habe. Wortlaut (Auszug) in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/2, 1. Halbband (9. 5.–20. 6. 1959), bearb. von Ernst Deuerlein/Werner John, Frankfurt/Main 1971, S. 562 ff., hier S. 562 f. Ehlert, Große Grusinische Nr. 17, S. 252.

134 In der Vorlage handschriftlich gestrichen.

135 Zu den Diskussionen um die Einberufung der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsi-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

destagspräsidenten seine Entscheidung nur erschweren würde. Die Westmächte raten von Berlin ab, wollen aber die Bundesrepublik nicht unter Druck setzen. Es ist anzunehmen, daß sie Willy Brandt ihre Ansicht dargelegt haben[136].

Es gibt offenbar Informationen, daß die Sowjets, wenn die Bundesversammlung in Berlin zusammentritt, in irgendeiner Form Unruhe schaffen.

Über den neuen Kandidaten der CDU/CSU für die Bundespräsidentenwahl machte Dr. Adenauer keine Andeutung.

Mit freundlichem Gruß!
Danwitz

denten für den 1.7. 1959 nach West-Berlin vgl. Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 255–260.

[136] Die drei westlichen Außenminister, mit denen von Brentano und Brandt am 12.6. 1959 in Genf zusammengetroffen waren, hatten – wie von Brentano am gleichen Tag an Gerstenmaier schrieb – zu erkennen gegeben, „daß sie sich nicht für befugt halten, Bedenken zu äußern, aber noch weniger eine Unbedenklichkeitserklärung abzugeben". Von Brentano berichtete weiter, „daß die drei Außenminister die Bedenken teilen, die ich selbst habe und die das Kabinett nahezu einmütig geäußert hat. Der Hinweis auf die deutsche Zuständigkeit bedeutet daher nicht mehr und nicht weniger als den Hinweis auf die deutsche Verantwortung." Wortlaut der Schreiben an Gerstenmaier und Adenauer, beide vom 12.6. 1959, ebenda, S. 256–259.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

*Literatur**

I.
GORDON A. CRAIG

Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987

Ernst Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt a. M. 1987

II.
LUIGI VITTORIO GRAF FERRARIS

Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart 1987

Michael Stürmer, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918, Berlin 1983

III.
SAUL FRIEDLÄNDER

Martin Broszat, Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1984

Bernd-Jürgen Wendt, Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes, München 1987

Norbert Frei, Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933–1945, München 1987

Anton Kaes, Deutschlandbilder. Die Wiederkehr der Geschichte als Film, München 1987

IV.
FRANCISZEK RYSZKA

Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg 1987

Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986

---

* Unter dem Stichwort „Literatur" geben die Vierteljahrshefte künftig einmal im Jahr ausländischen Kollegen das Wort, um zu Ergebnissen der Forschung zur deutschen Zeitgeschichte, die ihnen besonders bemerkenswert erscheinen, ihre Meinung zu sagen. Welche Werke – in der Regel im Jahr zuvor erschienen – in der hier gewählten Form der Buchbesprechung gewürdigt werden, ist allein Sache der eingeladenen Autoren.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

Am Ende seines langen und lesenswerten Buchs über die zwei ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland erwähnt *Daniel Koerfer* die letzten Ruhestätten seiner beiden Hauptfiguren. „Ludwig Erhard", so schreibt er, „ruht auf dem Bergfriedhof von Gmund am Tegernsee, an einer Stätte, zu der nur selten Besucher hinfinden – während zum Grabe und zum Hause Konrad Adenauers in Rhöndorf bis heute Menschen aus aller Herren Länder, Schulklassen und Staatsgäste geführt werden." In der Tat ein scharfer Gegensatz, der uns auch daran erinnert, daß die Nachwelt bei der Gewährung ihrer Gunst recht kapriziös verfährt. Daß Konrad Adenauers Andenken noch so lebendig ist, kann zwar nicht überraschen, und es bedarf keiner Aufzählung der Verdienste, die er sich um sein Land erworben hat, um dies zu rechtfertigen, doch ist kaum zu bestreiten, daß seine Erfolge nicht zuletzt auf dem Wachstum und der Stabilität der Wirtschaft beruhten, wie sie von Ludwig Erhards Politik gefördert wurden, ebenso auf der Hartnäckigkeit, mit der Erhard Widerstand leistete, wenn der Kanzler seiner Neigung zum Opportunismus in wirtschaftlichen Fragen nachgeben wollte oder seiner wiederholt gezeigten Bereitschaft zum Verzicht auf langfristige Planung zugunsten sofortiger politischer Vorteile. Ludwig Erhards vieljähriger und ergebnisreicher Dienst unter einem schwierigen Herrn, seine couragierte Zurückweisung jeder „fixen Lösung" in Zeiten wirtschaftlicher Krisen und, vor allem, sein intuitives Erfassen von Problemen, die noch in der Zukunft lagen (selbst in den gesegneten fünfziger Jahren machte er sich Sorgen über die Entwicklung der deutschen Gesellschaft, falls sie selbstzufrieden und in ihren ökonomischen Ansprüchen maßlos werden sollte, sprach er von Umweltschutz und von der Akkumulation krisenhafter Elemente in der Dritten Welt) – das alles gibt ihm ein Recht auf mehr Respekt, als ihm bisher zuteil geworden ist. Wir vergessen gerne, sagt Koerfer, daß die Ära Adenauer zugleich die Ära Erhard war.

Koerfers Buch wird dazu beitragen, diesen Gedächtnisschwund zu beheben, obwohl es gar nicht als Würdigung der Wirtschaftsphilosophie und der Wirtschaftspolitik Erhards gedacht ist, sondern mehr als politische Studie angesehen werden muß, als die erste Analyse des schwierigen Verhältnisses zwischen Konrad Adenauer und seinem Wirtschaftsminister wie auch der komplizierten und oft byzantinischen Manöver, die das Bonner politische System im ganzen erschütterten, ehe der Alte dazu gebracht werden konnte, abzutreten und den Weg für Erhards Nachfolge freizugeben. Da Koerfers Geschichte hier ihren Brennpunkt hat und folglich etliche peinliche oder unangenehme Familiengeheimnisse sichtbar macht, ist es schon bemerkenswert, daß das Buch je beendet werden konnte. Als Koerfer damit begann, wurde ihm bald klargemacht, daß er weder zu den von der Adenauer-Stiftung verwahrten Kanzler-Dokumenten noch zum Parteiarchiv der CDU Zugang erwarten könne; solche Quellen, so schreibt er, wurden gehütet „wie der Hort der Nibelungen". Das hätte genügt, um einen weniger entschlossenen Historiker abzuschrecken, aber Koerfer ließ sich nicht entmutigen und wurde dafür alsbald belohnt. Die Erhard-Stiftung gewährte ihm Einsicht in die Papiere des Wirtschaftsministers und in Erhards Korrespondenz mit dem Kanzler (auf die zentrale Abschnitte seiner Studie gestützt sind); er erhielt die Erlaubnis zur Benutzung der Nachlässe von Bundespräsident Theodor Heuss und von Heinrich v. Brentano, etliche Jahre Bundesaußenminister und davor wie danach Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; die Archivare der FDP legten, als er bei ihnen anklopfte, nicht die gleiche mißtrauische Furcht an den Tag wie ihre Kollegen von der CDU; und schließlich stellten ihm Dutzende von früheren Freunden und Mitarbeitern Erhards oder sonstige Akteure und Beobachter des politischen Geschehens ihre Papiere und seinen Fragen ihre Erinnerung zur Verfügung, nicht zuletzt Gerd Bucerius, dessen Briefwechsel mit Erhard sich als reiche Quelle erwies, und Eugen Gerstenmaier, Heinrich Krone, Erich Mende wie auch führende Vertreter des Bonner Pressecorps in den fünfziger und frühen sechziger Jahren. Auf solch breiter Basis hat Koerfer eine Darstellung des Verhältnisses Adenauer – Erhard geschrieben, die im Laufe der Zeit Nachträge er-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halten, aber wohl kaum ernstliche Ergänzungen brauchen oder gar abgelöst werden wird. Dank seiner Konzentration auf Wesentliches, seines guten Auges für das sprechende Detail und seiner klaren und ökonomischen Sprache hat uns Koerfer außerdem ein Buch gegeben, das, wie andere Rezensenten bereits gesagt haben, ebenso lesbar ist wie ein guter historischer Roman.

Noch eindrucksvoller als solche Qualitäten ist der objektive Ton, dem Koerfer in seiner Darstellung durchweg treu bleibt. Angesichts des eifersüchtigen Mißtrauens, der kleinlichen Kritik, der Unaufrichtigkeit bei Versprechen, der fortwährenden Einmischung in Erhards Feld professioneller Kompetenz, der Bereitschaft, in Opposition zur Politik des Wirtschaftsministers Allianzen mit privaten Interessen einzugehen, und der beständigen Unfähigkeit, Erhards legitimen Anspruch auf die Nachfolge anzuerkennen, angesichts all dieser Züge, die Adenauers Verhältnis zu Ludwig Erhard charakterisierten, wäre es für Koerfer ein Leichtes gewesen, sein Buch als Anti-Adenauer-Traktat zu schreiben. Indes hat er der Versuchung widerstanden. Zwar läßt er keines der elenden Details jener spannungsvollen Zusammenarbeit aus, doch behandelt er Adenauer mit skrupulöser Fairness. Das Bild, das er von dem bedrängten Kanzler zeichnet – wie dieser seine Autorität unterhöhlt durch sein Schwanken und seine Kehrtwendung in der Präsidentschaftsfrage von 1959, durch sein Unvermögen, den Erwartungen der Öffentlichkeit nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 gerecht zu werden, und durch sein ungeschicktes Verhalten während der Spiegel-Affäre, und wie er sein Amt schließlich auch gegen den wachsenden Druck der eigenen Partei zu behaupten sucht –, dieses Bild ist nicht ohne einfühlsames Verständnis.

Die Differenzen zwischen den beiden Männern waren zum Teil in unterschiedlichen Temperamenten begründet – hatte der geborene Optimist Erhard im allgemeinen eine hohe Meinung von seinen Mitmenschen, so neigte der Kanzler zum anderen Extrem – und zum Teil das Resultat eines politischen Urteils, das sich Adenauer gebildet hatte. In einer scharfsichtigen Passage, die sich mit des Kanzlers Zweifeln an Erhards Eignung zur politischen Führung beschäftigt, schreibt Koerfer (S. 297):

„Adenauer orientierte sich mit seiner Auffassung ganz an dem, was Max Weber in seinem berühmten Aufsatz ‚Politik als Beruf' als unabdingbare Voraussetzungen für einen im politischen Metier erfolgreich Tätigen festgehalten hatte – ob er den Text nun kannte oder nicht. Daß der Politiker mit sachlich-kühler Leidenschaftlichkeit, voll Verantwortungsgefühl, mit Blick für den Gesamtzusammenhang seines Tuns und mit Augenmaß handeln, zugleich die Fähigkeit besitzen müsse, ‚Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen' und ‚Distanz zu den Dingen und Menschen' zu wahren – für Adenauer war das längst gültige Maxime. Gleiches galt für das von Max Weber in diesem Zusammenhang angesprochene ‚Machtgefühl'. Adenauer besaß es wie kaum ein Kanzler nach ihm – und gerade das vermißte er so vollständig bei Ludwig Erhard, wie er wohl überhaupt zweifelte, ob dieser das Zeug zum Vollblutpolitiker besaß, nicht einfach als erfolgsverwöhnter, in die Politik verschlagener Künstler oder Wissenschaftler einzuschätzen war."

Es ist schwer zu bestreiten, daß Adenauers Mißtrauen berechtigt war. Erhard zeigte große Energie und Beharrlichkeit, wenn es darum ging, Einfälle in seinen Kompetenzbereich abzuwehren, die Marktwirtschaft gegen unweise Modifikationen und Verwässerungen zu verteidigen und für seine Vorstellung von einer atlantischen Gemeinschaft – im Gegensatz zu Adenauers hartnäckigem Festhalten an einem um die fanzösisch-deutsche Achse gruppierten Europa – zu kämpfen. Aber zur Verzweiflung seiner eigenen Anhänger, jener „Brigade Erhard", die sich so loyal und so lange für sein Recht auf die Nachfolge geschlagen hatte, ließ er sich nicht einmal dann dazu bewegen, dem Kanzler die Lehnstreue aufzukündigen, wenn sich Adenauer am abscheulichsten betrug, und um persönliche Macht zu fechten, schien für ihn stets etwas seltsam Widerwärtiges zu haben. Keine Dokumente in diesem stattlichen Buch sprechen eine deutlichere Sprache als die beiden Briefe, die Gerd Bucerius am 26. November 1962 und am 23. Februar 1963 Erhard schrieb, um ihm vorzurechnen, welche Gelegenheiten

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er versäumt habe, die Initiative zu ergreifen und die Kanzlerschaft zu erringen. Im ersten dieser Briefe sagte Bucerius ohne Umschweife (S. 692):

„Schon 1959 und 1961 wurden Sie untergebuttert, weil Sie nicht aufs Ganze gegangen sind. Von einem Staatsmann verlangt man Handlungen, nicht Verhandlungen ... Bitte, bedenken Sie, daß Ihre Manövriermasse in den letzten zwei Jahren geringer geworden ist; sie ist fast verschwunden. Nur über einen harten Kampf können Sie die Wähler noch überzeugen, daß Sie ein Kanzler sind." Solche Warnungen scheinen Erhard davon überzeugt zu haben, daß es an der Zeit sei, auf eine Entscheidung zu drängen. Das tat er am 1. März 1963 mit einem Brief an den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Heinrich v. Brentano, und Brentanos kräftige Unterstützung wie auch die wachsende Furcht in der Partei, ein weiteres Hinauszögern der Nachfolgefrage werde zu einer katastrophalen Wahlniederlage führen, verschafften Erhard endlich den Preis, der ihm so lange verweigert worden war. Doch als Kanzler war Erhard, fast als habe ihn der zehrende Wettstreit mit seinem früheren Chef erschöpft, eine merkwürdig reduzierte Kraft, und die Akkumulation neuer Probleme war zuviel für ihn. Sein Sturz im November 1966 wurde von Konrad Adenauer mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, der darin fraglos eine Bestätigung aller seiner früheren Zweifel sah. Nach den Aussichten der nun ins Leben gerufenen Großen Koalition befragt, sagte Adenauer: „Dat werden wir nach 'nem Vierteljahr wissen ... Hauptsache, et is einer wech!"

*

Ernst Noltes ›Der europäische Bürgerkrieg‹ hat in den Vereinigten Staaten viel Aufmerksamkeit gefunden, und zwar nicht allein deshalb, weil die zuvor erschienenen Werke des Autors, „Der Faschismus in seiner Epoche" und „Deutschland und der Kalte Krieg", wohlbekannt sind und – besonders im letzteren Fall – Gegenstand von Kontroversen waren, sondern ebenso deshalb, weil Noltes Hauptrolle in jenem lang hingezogenen „Historikerstreit", der die akademischen Wasser in Deutschland aufwühlte und trübte, auch amerikanische Germanisten fasziniert hat. Vielleicht steht dieser Umstand einer objektiven Lektüre der neuesten Übung Noltes in narrativer und komparativer Geschichtsschreibung im Wege, weshalb wohl sogleich gesagt werden sollte, daß nichts, was Nolte schreibt, ohne Interesse ist und daß der jetzt von ihm vorgelegte Band keine Ausnahme darstellt. Seine Partien über die Ursprünge und die Entwicklung der beiden Bewegungen, des Nationalsozialismus und des Bolschewismus, werden nicht allen Experten gefallen, die auf übersehene wissenschaftliche Literatur hinweisen werden und auf Verallgemeinerungen, die der Modifizierung bedürfen. Aber die Laien, für die das Buch offensichtlich geschrieben ist, werden derartige Fehler nicht bemerken, und selbst die Spezialisten dürften anerkennen, wie geschickt und tief dringend Nolte in einem langen Abschnitt die Struktur der beiden Einparteienstaaten behandelt und dabei nicht allein die technischen und administrativen Aspekte seines Gegenstands erfaßt, sondern ebenso die politische Kultur der beiden Länder.

Auf der anderen Seite ist das Buch nicht dazu angetan, die Meinung jener zu ändern, die Nolte in der Hitze des Historikerstreits vorwarfen, er relativiere, ja beschönige die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. In der Tat geht er auch hier Fragen der Verantwortlichkeit aus dem Wege, indem er abstrakte Pseudo-Gesetzmäßigkeiten beschwört (etwa die Vorstellung, daß alle ideologischen Bewegungen notwendigerweise zum Exzeß tendieren) und indem er Beispiele – nicht immer relevante Beispiele – für Missetaten anderer aufeinanderhäuft. Die erste Technik wird gleich zu Beginn bemüht, wenn Nolte behauptet, Hitler – in dem er von Anfang an als treibende Motivation den Antimarxismus am Werke sieht, eine Auffassung, mit der nicht jedermann übereinstimmen wird – sei überzeugt gewesen, auf die kommunistische Herausforderung eine bessere Antwort zu haben als die westlichen Demokratien. Er fährt fort (S. 21):

„Aber schon in der sogenannten Röhm-Affäre lag nicht mehr eine Antwort und nicht ein-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mal eine Entsprechung, sondern eine Über-Entsprechung vor ... Im folgenden wird die Geschichte der Wechselbeziehungen der beiden Bewegungen bzw. Regime mit Hilfe dieser Begriffe geschildert: Herausforderung und Antwort, Ursprung und Kopie, Entsprechung und Überentsprechung. In erster und andeutender Zusammenfassung kann gesagt werden: Der Bolschewismus war für den Nationalsozialismus Schreckbild und Vorbild zugleich."

In Übereinstimmung damit zitiert er mit offenkundiger Zustimmung aus dem Nachlaß Hans Jaegers, der geschrieben hat: „An den sechs Millionen toten Juden ist indirekt der Marxismus schuld. Er hat den Haß gepredigt, er hat zuerst die Ausrottung einer Klasse vorgemacht." In gleicher Weise hält er hartnäckig an dem Argument fest, das soviel mit der Provozierung des Historikerstreits zu tun hatte, nämlich daß der Gulag dem Holocaust vorhergegangen sei und ihn deshalb erkläre.

In seinem Kapitel über Genozide und die „Endlösung" bedient sich Nolte der zweiten Technik in einem Ausmaß, daß es zwangsläufig zu einem Beschönigungsversuch kommt. „Die Voraussetzungen für eine radikale Entmenschlichung der Kriegführung, d.h. für Genozide", werden im Ersten Weltkrieg entdeckt; in der alliierten Blockade Deutschlands, in den armenischen Massakern, in der erklärten Absicht der Bolschewiki zur globalen Vernichtung der Bourgeoisie, in Churchills Schluß von 1940, Hitler könne allein durch Luftangriffe besiegt werden, in Stalins Deportation der Wolgadeutschen nach Sibirien, in Beneschs Vorschlag zur Vertreibung der Sudetendeutschen und in Churchills Idee einer „Westverschiebung" Polens sieht Nolte Beispiele für Genozid, Beinahe-Genozid oder potentiellen Genozid, und da er sie als solche Beispiele massiert ins Treffen führt, verliert auch sein Eingeständnis, Hitlers Genozid gehöre doch „in eine andere Kategorie" (S. 504), das Gewicht, das es hätte haben können. Noltes Umgang mit Vergleichen ist, vorsichtig gesagt, sorglos, und wenn er behauptet, weil die amerikanischen Behörden nach Pearl Harbor amerikanische Bürger japanischer Herkunft interniert und die Briten nach Kriegsausbruch Deutsche, selbst antinationalsozialistische Deutsche, nach Kanada transportiert hätten, werde „man nicht von vornherein in Abrede stellen dürfen, daß die Deportation [der Juden] als solche in den Augen der deutschen Bevölkerung als unvermeidbar gelten durften" (S. 510), so wirkt die Argumentation auf Grund seines Versuchs zur stilistischen Verschlagenheit und seiner Weigerung, offen zu sagen, was er denkt, nur um so anstößiger.

Alles in allem, so darf festgestellt werden, ohne ihm Unrecht zu tun, besteht Noltes Methode, sich mit dem Holocaust auseinanderzusetzen, darin, daß er um die Hauptfragen herumschleicht wie die Katze um den heißen Brei, und es ist klar, daß er viel lieber von anderen Dingen reden würde, zum Beispiel von der – in dem Buch immer wieder auftauchenden – Idee, daß Hitler sich trotz seiner Herkunft und seines starken Nationalismus als ein „europäischer Bürger" (S. 543) gefühlt habe und daß ihm auch einiger Anspruch auf diese Bezeichnung zugebilligt werden müsse.

Gordon A. Craig
Stanford University

II.

Jede Auswahl unter den kürzlich in der Bundesrepublik Deutschland erschienenen und als wichtig einzuschätzenden Geschichtswerken fällt dem Ausländer außerordentlich schwer, denn es kam in den letzten Jahrzehnten eine große Fülle ungemein wertvoller Bücher heraus. Der Leser wird mir gestatten, ganz gezielt zwei umfangreiche Bände herauszugreifen, die nicht allein wissenschaftlich hervorragend sind, sondern die auch zu der Gruppe von Büchern gehören, die – wiederum von außen betrachtet – darüber hinaus noch einen ganz eigenen Wert besitzen: Wie viele andere Werke deutscher zeitgenössischer Historiker auch, üben sie eine große Wirkung auf uns Europäer aus, die wir uns Europa zum Ziel gesetzt haben.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Aufgabe, die sich die „Deutsche Verlags-Anstalt" in Stuttgart zusammen mit „Brockhaus" in Mannheim gestellt hat, verdient Anerkennung. Deren fünf Bände der „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" verdanken wir den Federn von Theodor Eschenburg, Hans-Peter Schwarz, Klaus Hildebrand, Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Jäger und Werner Link. Eine auf einen vernünftigen Rahmen beschränkte Besprechung der inhaltsreichen Bände wäre für mich fast unmöglich angesichts der Fülle von Informationen und – mehr noch – Wertungen. Deshalb möchte ich mich hier auf den zuletzt erschienenen Band beschränken, ihn vorwiegend als Beispiel für den Charakter eines Gesamtwerkes nehmen, das eigentlich in seiner Gesamtheit beurteilt werden müßte: Das Urteil könnte nur lauten, daß es sich hier um ein Beispiel dafür handelt, wie Zeitgeschichte geschrieben werden kann.

Der grundlegende Gedanke in der periodischen Aufteilung der Geschichte der Bundesrepublik seit 1945 in der Anlage des Gesamtwerkes ist richtig: Die ersten vier Jahre sind die Jahre der Besatzung, aber auch – und vielleicht mehr noch – der Weichenstellung für den Wiederaufbau und die Wiedergewinnung einigermaßen natürlicher Bedingungen des Daseins; die Ära Adenauer hat eine in sich abgerundete Eigenständigkeit insofern, als sich dort die kulturellen und sozialen Fundamente der Bundesrepublik offenbaren (und es wäre ratsam, die beiden Bände von Hans-Peter Schwarz zusammen mit dem ersten Band seiner – vielleicht der endgültigen – Biographie Adenauers zu lesen); Erhard und die Große Koalition bilden eine Übergangsphase, in der die Außenpolitik eine besondere Rolle „zwischen Tradition und Wandel" und vor „neuen Herausforderungen" spielt; mit Brandt und Schmidt gelangen wir in eine Periode der „Republik im Wandel", mit zwei gut getrennten Zeitabschnitten. Unser Band, der letzte in dieser Reihe, behandelt selbstverständlich die Ära Schmidt. Der nächste Band wird der Ära Kohl gewidmet sein, aber wann wird er erscheinen? Von einer Ära Schmidt zu sprechen, ist gewiß legitim. Wie sieht die Hinterlassenschaft dieser Ära aus?

In den Analysen von *Wolfgang Jäger* (Universität Freiburg) und *Werner Link* (Universität Trier), und vielleicht mehr bei Jäger in der Innenpolitik als bei Link in der Außenpolitik, scheint die Zuneigung zu der Persönlichkeit Schmidts ganz deutlich durch. Jäger hat Recht, wenn er schreibt, daß „zuerst die Bundesrepublik, nicht die SPD, die Gewinnerin gewesen" yy.272) sei, auch in den Beziehungen zu den übrigen Staaten der Welt. Dazu stellt Link seinerseits fest: „Die Bundesrepublik Deutschland wurde ... als wichtiger und gewichtiger Kooperationspartner anerkannt" (S.431); dies aber nicht ohne Vorbehalte, wie in der detaillierten Schilderung von acht Jahren deutschen, nicht nur bundesdeutschen, Lebens deutlich wird. Die Lektüre der Darstellung des Wandels der inneren Szene ist überaus lehrreich, und ich möchte die Hoffnung äußern, daß auch dieser letzte Band zusammen mit den vorangegangenen Bänden so bald wie möglich in andere Sprachen übersetzt werden möge, weil das Bild der Deutschen vielschichtiger ist, als man im Ausland gemeinhin glaubt.

Einige Merkmale sind prägend für die Ära Schmidt: die neuen Fragen nach der „Regierbarkeit", der Terrorismus, die Wirtschaftskrise, doch an erster Stelle der tiefgreifende Wandel unter und innerhalb den Parteien. Die Beschreibung der Entstehung der Bewegungen, die unter dem Namen „Grüne" zusammengefaßt werden, ist beispielhaft, denn sie macht deutlich, daß diese Bewegungen – wenn sie auch inzwischen politisch gescheitert scheinen – die Funktion hatten, die Parteien zu einer neuen Besinnung zu zwingen, obwohl die entsprechenden Resultate noch kaum greifbar sind. Es ist nicht der blutige Terrorismus, von Jäger in sehr spannender und emotionsgeladener Weise geschildert, der die Wurzel dieses Wandels gewesen ist (im Unterschied zu anderen Ländern wie z.B. Frankreich und Italien), trotz angeblicher Verflechtungen mit radikalen Gruppen. In Deutschland bleibt der Terrorismus am Rande der Entwicklung der Politik in ihrer Gesamtheit. Wie aus der Analyse der Bürgerinitiativen klar ersichtlich wird, kann der Wandel der gesellschaftlichen Struktur positiv bewertet werden (in diesem Zusammenhang wäre es vielleicht gut gewesen, etwas mehr über die Jugend und die Universitäten zu sprechen). Die sogenannte konservative Welle, die die neue „Ära Kohl" mit sich gebracht haben soll, wird im Lichte dieses Wandels erklärbar. Breiten Raum bei dem Versuch,

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diesen Wandel zu erläutern, nehmen in der Darstellung die Gewerkschaften – und deren zunehmende Schwäche angesichts neuer Entwicklungen, die sie nicht zu beherrschen wissen – und die Kirchen ein. Überraschend ist, daß die Kultur hierbei keinen Platz fand, obwohl sie auch ihre Rolle gespielt hat. Waren die Filme von Fassbinder oder von Margarethe von Trotta, die Romane von Grass, Walser, Handke oder auch bestimmte Ausdrucksformen in den darstellenden Künsten gar so fruchtlos?

Sehr überzeugend ist die Analyse des Innenlebens der Parteien. Lesenswert, besonders für die Ausländer, die gern voreilig unreflektierte Bewertungen verbreiten, ist die fundierte Schilderung der Beziehung zwischen Kohl und Strauß bis zum Wahlkampf 1980 sowie die Analyse des Nachdenkens innerhalb der CDU (sehr wichtig für das Verständnis auch der heutigen Entwicklungen). Sehr ausführlich wird auch der tiefe, intellektuell sehr inhaltsreiche, quälende Prozeß innerhalb der SPD (durch die endlosen Arbeiten der Grundwertekommission) dargestellt, sich immer wieder der Veränderung der Gesellschaft, aber auch der eigenen Gefolgschaft anzupassen. Die Verantwortung der SPD beim Sturz von Schmidt ist unbestritten. Es war sicher eine kunstvolle „Meisterstrategie", wie Schmidt sich von der schon überholten Koalition mit der FDP gelöst hat. Aber zwei Dinge werden bei Jäger sehr deutlich: die Unfähigkeit Schmidts, der ein aufrechter und überzeugter Sozialdemokrat im besten Sinne einer ruhmreichen Tradition war, seine Partei zu verstehen und im Griff zu halten, und zweitens das ambivalente Verhalten Brandts, der nie abdanken und statt dessen – verständlicherweise – die Partei auch gegenüber der Regierung in den Vordergrund treten lassen wollte.

Ungemein wichtig sind die ausführlichen und profunden Bemerkungen über die FDP und ihre inneren Wandlungen, jene Partei der zwei Seelen, die auch in Zukunft das Zünglein an der Waage für jede Koalition bleibt: Sie hat eine Funktion, die ein Element der Instabilität, aber auch des Korrektivs in sich birgt, um die Bundesrepublik immer in der Mitte des politischen Spektrums zu halten. In diesen Rahmen war die These Schmidts vom „Verrat" (S. 261) nicht nur politologisch falsch (was bedeutet „Verrat" in der Politik oder im Leben der Völker?), sondern auch unangebracht in einem Deutschland, das sich glücklicherweise von dem Mythos der „Treue" befreit hat. Unternahm Schmidt mit diesem unpassenden Worte eine so starke „Pflege seines Images" (S. 247) bis hin zur Verblendung?

Helfen uns diese Elemente, um unsere eingangs gestellte Frage zu beantworten? War Schmidt ein erfolgreicher Bundeskanzler? Sicher hat er sehr gut verwaltet, um „der täglichen Herausforderungen Herr zu werden" (S. 263). Hat er, der sich als Wirtschaftsfachmann sah, vielleicht der Talfahrt der deutschen Wirtschaft nicht genügend entgegengewirkt oder hat er zumindest, wie aus vielen Bemerkungen von Jäger zu entnehmen ist, den Konsequenzen eines zu großen Sozialnetzes für die Belastung des Haushaltes und der Wirtschaft nicht genügend Rechnung getragen? Deswegen war die „Wende" und das Hinüberspringen der FDP von einer Koalition in die andere durch einen zunehmenden Mangel an Vertrauen in die Regierung und letzten Endes in Schmidt selbst verursacht: Viel könnte noch gesagt werden über die so verbreitete Atmosphäre der Entmutigung nach 1980 (als die SPD die Wahlen „verloren" hatte, Schmidt nicht der Sieger war, und, wie Jäger selbst anerkennt, der Kanzlerbonus zugunsten der FDP, nicht der SPD wirkte). Mit der Führungsrolle und dem Problem der „Regierbarkeit" sah sich auch Schmidt vor die schwierige Aufgabe gestellt, Vertrauen zu gewinnen und zu bewahren: Die persönlichen Eigenschaften eines „Meisters des Regierens" (S. 271) reichen dazu nicht immer aus.

Hat diese Schwächung des Vertrauens auch etwas mit der Außenpolitik zu tun? Mit Freude registriert der Leser die meisterhafte Weise, in der Werner Link den komplizierten und verwickelten Stoff der Außenpolitik strukturiert und beherrscht. In der Darstellung der Außenpolitik ist die Reihenfolge der Chronologie nicht leicht einzuhalten, insbesondere in einer Periode wie der Schmidts, in der Europapolitik, Entspannung im Verhältnis zur Sowjetunion, die Beziehungen zu den USA, die breite „bilaterale Osteuropapolitik im multilateralen Kontext" (S. 305 ff.), endlose Debatten über die Sicherheit (wie um die Neutronenbombe: S. 313 f.)

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Probleme der Weltwirtschaft und der Dritten Welt so eng miteinander verflochten waren. Diese ganze reichhaltige Materie zu kommentieren, ist unmöglich, deshalb nur einige wenige Bemerkungen.

Ein erster Punkt, der in der Darstellung von Link ganz deutlich zutage tritt, ist der hell-dunkel Kontrast in den Aktivitäten Schmidts auf der Weltbühne: einerseits sein sehr hohes Ansehen als Staatsmann von Mut, Klugheit, großer Würde; auf der anderen Seite seine Überzeugung, daß er, wahrhafter Vertreter der Interessen der Bundesrepublik, als „Dolmetscher" oder als „Vermittler" sehr viel bewirken könne. Das war zu viel, weil er damit den heute unter den regierenden Politikern sehr verbreiteten Fehler begangen hat, davon überzeugt zu sein, daß die moderne Zeit persönlich geführte Politik erlaube.

Eine zweite Bemerkung: Link besteht darauf, stets die Bezeichnung „Regierung Schmidt/Genscher" zu verwenden. Es fehlte nicht an Unterschieden in den Schattierungen zwischen Bundeskanzler und dem Minister des Auswärtigen, aber es scheint, als sei Link zu der Überzeugung gelangt, daß die beiden Politiker derselben Linie folgten. War diese so geschilderte einheitliche Auffassung tatsächlich ohne Risse und Lücken? Man kann sogar im Text von Link Begründungen für eine Verneinung dieser Frage finden.

Meine dritte Bemerkung findet im Buch die zusätzliche Bestätigung dessen, was Helmut Schmidt selbst in seinem letzten Buch („Menschen und Mächte") geschrieben hat: Für ihn – nicht aber für Genscher! – beschränkte sich der Kreis der Hauptdarsteller auf der Weltbühne auf die Vereinigten Staaten (wobei die Einstellung Schmidts ihnen gegenüber wegen der Mißverständnisse mit Carter und dem Mißtrauen gegenüber Reagan sicher nicht besonders gut war), die Sowjetunion (mit der Schmidt eine personenbezogene und privilegierte Beziehung als berechenbarer oder sogar einziger Gesprächspartner wählte) und Frankreich (hier war das Verhältnis sehr und sogar zu sehr an die Person von Giscard d'Estaing geknüpft). Die anderen Länder existieren kaum, damit aber auch kaum für Link, der die Außenpolitik der Ära Schmidt getreu widerspiegelt.

Ein frappierendes Beispiel ergibt sich nun demgegenüber im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß vom Dezember 1979: Erstaunlicherweise vernachlässigt auch Link die Tatsache, daß ohne die Beteiligung Italiens und der Niederlande die Bundesrepublik keine Möglichkeit und keine Bereitschaft gehabt hätte, ihre Entscheidung zu treffen. Sie wollte nicht singularisiert werden und wollte es vermeiden, daß die Grenzen und Unzulänglichkeiten ihrer Selbständigkeit im Entscheidungsprozeß allzu augenfällig werden könnten.

Was die Beschreibung der Vorbereitungen des Doppelbeschlusses, der Zweifel und der Ängste in einer Periode der Spannung von 1980 bis 1983 (als Schmidt nicht mehr an der Regierung war) angeht, so leidet der sonst hervorragende Text von Link unter den Geheimnissen der Diplomatie. Es gibt daher gewisse Lücken, z. B. hinsichtlich der deutschen Haltung gegenüber dem sogenannten Nitze-Kwizinski-Vorschlag, dem berühmten „Waldspaziergang" von 1982 (S. 341).

Um den Erwartungen und Hoffnungen Europas entgegenzukommen, mußte die Europapolitik Hauptziel der Bundesrepublik unter einer offen auf die Welt ausgerichteten Führung wie der Schmidts werden. Diese Vorstellungen haben sich nicht verwirklichen lassen, und der verhältnismäßig knappe Raum, den Link der Europapolitik einräumt, ist eine Bestätigung dafür. Das Europäische Währungssystem (EWS) war sicher ein Schritt in die richtige Richtung, aber war es nach Schmidts Auffassung ein Schritt in Richtung Europa oder nur eine wichtige technische Notwendigkeit, deren positive Effekte auf das politische Europa nur eine Nebenwirkung hatten? Link antwortet auf diese Frage indirekt, und er tut es mit Giscard d'Estaing, den er mit dem Wort zitiert, dies sei „eine neue Etappe der Organisation Europas". Dagegen gelingt es Link nicht, ähnliche Erläuterungen von Schmidt zu zitieren, der eher an die Gefahr des Zerbrechens des Gemeinsamen Markts als an das politische Europa dachte (S. 290). Der Anteil Italiens wird lediglich anhand der Tagebücher von Andreotti dargestellt (S. 521), aber inwieweit sind sie ausreichend dazu?

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hochinteressant ist, wie der immer auf Nuancen bedachte Link von der „Europäisierung" durch die deutsch-französische Zusammenarbeit berichtet (S. 341 ff.): Bedeutet dies, daß die Europapolitik Deutschlands französisch gefiltert sein sollte? Dazu wäre in der Tat sehr viel zu sagen. Auf alle Fälle wird durch die Forschungen Links klar, daß für Schmidt das deutsch-französische Verhältnis Priorität für Europa haben sollte, z.B. in Sicherheitsfragen (S. 348) oder als die sehr fragwürdige Achse eines selbständigeren Europas mit zudem noch fragwürdigeren Verbindungen zwischen nuklearen und konventionellen Streitkräften und der deutschen Wirtschaftskraft (S. 426).

Aus den diplomatischen Dokumenten werden wir sicher mehr über den Streit mit den USA wegen des Erdgas-Röhrengeschäftes erfahren. Eine Ergänzung schon jetzt: Der größte Partner in dem Geschäft war sicher nicht Großbritannien, sondern Italien, das völlig ignoriert wird (S. 343).

Was die „Genscher-Colombo-Initiative" angeht, die 1983 zur Erklärung von Stuttgart und 1986 zur „Einheitlichen Europäischen Akte" führen sollte, so wird eines Tages gewiß etwas mehr von den Geheimnissen der Diplomatie hinsichtlich der wirklichen Rolle Italiens (insbesondere des damaligen Außenministers Colombo) enthüllt werden (allerdings gibt es bereits einige gute italienische Quellen). Man wird auch noch mehr erfahren über den Skeptizismus Schmidts im Gegensatz zu dem Willen Genschers, schnelle und konkrete Fortschritte für Europa zu erreichen. Die beharrliche Haltung des Auswärtigen Amtes wird von Link ganz richtig widergegeben (S. 351).

Das Kapitel über die deutsch-deutschen Beziehungen ist lehrreich. Sehr zutreffend ist dort die Beobachtung, daß Deutschland am Ende mit einem gewissen Mißtrauen betrachtet wurde. Aber wie sollte es bewertet werden, als Schmidt trotz der Polenkrise in Werbellin die Gespräche mit Honecker fortsetzte? Die SPD war sich nicht darüber im klaren (und hier zeigt sich eine Verknüpfung zwischen Außen- und Innenpolitik), wo die Interessen Deutschlands lagen: „Dazu bedurfte es der ‚Wende', die nicht zur deutschlandpolitischen Wende wurde, sondern Kontinuität gewährleistete" (S. 382). Im engen Zusammenhang mit den deutsch-deutschen Beziehungen steht die KSZE (S. 297–301 und S. 309–311). Die Darstellung ist hier sehr präzise, auch in Bezug auf einige deutsche Widersprüche und Fehleinschätzungen, insbesondere in der Frage der Akzeptierung der Unverletzlichkeit der Grenzen als eigenständiges Prinzip. Die innerdeutschen Aspekte finden wir zusätzlich beispielhaft und meisterhaft zusammengefaßt in dem abschließenden Essay von Joachim Fest „Die deutsche Frage: Das offene Dilemma" (S. 433–446), wo die Widersprüche – nicht so sehr bei Schmidt, sondern der SPD – im Klartext geschildert sind.

Ein Wort des Lobes auch für die Kapitel über die Vereinten Nationen und die Dritte Welt; außerordentlich nützlich ist die ausführliche Darstellung der kulturellen Außenpolitik, und auch der Handelspolitik wird in den jeweiligen Kapiteln breiter Raum gegeben.

Das Buch ist in beiden Teilen erstklassig, und ich wiederhole: Es ist ein Beispiel dafür, wie man Zeitgeschichte schreiben kann. Allgemein wird gesagt, daß nur die Distanz der Zeit eine nüchterne Betrachtung der Ereignisse sine ira ac studio erlaubt. Das trifft auf Jäger und Link kaum zu, die bewiesen haben (wie übrigens alle Autoren, die sich in dieser Reihe mit einer uns noch nahen Vergangenheit befassen), daß Ausgewogenheit auch bei der Behandlung der Gegenwart möglich sein kann, und zwar ohne die wissenschaftliche Qualität zu gefährden, aber auch ohne legitime Gefühle gegenüber lebenden Persönlichkeiten zu verbergen. Der Rezensent hat sich die Freiheit genommen, die Außenpolitik stärker zu kommentieren als die Innenpolitik. Dies deshalb, weil dem Historiker für die Außenpolitik zunächst weniger Quellen offenstehen, und nur die Akten der Kanzleien oder die Erinnerungen der Beteiligten den Schleier der Vertraulichkeit lüften können. Doch das geschieht meist erst zu einer Zeit, die den Ereignissen nicht mehr so nahe liegt, wie man es sich wünschen würde.

Den beiden Verfassern ist es ganz sicher gelungen, die Ära Schmidt mit Treue und Objektivität, die wertende Anteilnahme nicht ausschließen, wiederzugeben. Keiner, der sich mit dem

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland von heute befaßt, ob Diplomat, Journalist oder Politiker – und zwar insbesondere die Ausländer unter ihnen – kann es sich leisten, dieses Buch wie auch die anderen Bände dieser Reihe (die ohne Ausnahme hervorragend sind) nicht zu lesen, ja sie sogar als Nachschlagewerke griffbereit auf dem Tisch zu haben; dies übrigens auch dank der Zeittafeln, dank der sehr reichhaltigen Bibliographie, dank der Namensregister und – warum nicht? – auch dank der interessanten Bilder.

In der DVA/Brockhaus-Reihe entsteht das Bild einer lebendigen Bundesrepublik, stabil, solide, aber, wegen ihres fortwährenden Wandels, auch menschlich. Die Bundesrepublik entspricht, wie Croce es sagen würde, dem „Deutschland, das wir alle lieben", und so soll es bleiben: Durch diese Bücher erfahren wir, warum.

*

Um diese Bundesrepublik mit historischem Bewußtsein betrachten und schätzen zu können, sollte man da nicht auch das Deutschland des 19. Jahrhunderts besser kennen? War es nicht immerhin jenes Deutschland und jenes Deutsche Reich, das die politische und kulturelle Struktur hervorbrachte, die die Probleme um Deutschland und die Deutschen schuf, wie wir sie heute in Europa noch in unserem Geiste empfinden? Ließ es nicht Deutschland und das deutsche Problem entstehen – seit jeher ein altes Problem des Gleichgewichtes in Zentraleuropa, das zumindest seit der Mitte des 19. Jahrhunderts alles beherrschte. Die Versuchung ist stark, eine Verbindung zur Gegenwart herzustellen: Für Schmidt war die Entspannung „die Fortsetzung der Gleichgewichtspolitik unter Hinzufügung anderer Mittel", wie Werner Link mit großem Scharfsinn in dem oben besprochenen Buch (S. 428) schreibt.

Der dritte Band einer anderen monumentalen Geschichtsreihe („Die Deutschen und ihre Nation" im Siedler Verlag) will uns viele Antworten darauf geben. Diese Reihe beginnt nicht per Zufall mit dem Jahre 1763 und geht hinein bis in die bundesrepublikanische Periode nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Ein sehr bemerkenswertes Unternehmen der deutschen Historiker, die damit die Absicht haben, uns ein Gesamtbild zu geben, das nicht nur die Ereignisse, sondern, mehr noch, die Gesellschaft und ihre Entwicklung zeigt. Obwohl wir viele andere Werke nennen könnten, die mit hohem wissenschaftlichen Anspruch in die selbe Richtung gehen, ist die Zusammenfassung bei Siedler besonders nützlich und zweckmäßig.

Michael Stürmer, bis vor kurzem an der Universität Erlangen und jetzt Leiter der „Stiftung Politik und Wissenschaft" in Ebenhausen, hat die Aufgabe übernommen, die Ursprünge des modernen deutschen Problems zu erläutern. Dieses ›Ruhelose Reich‹ steht nicht allein in der historiographisch so reichen Produktion von Stürmer, der sich ausgiebig und mutig mit dem Problem des Deutschen Reiches als Vorspiel der Tragödie der Weimarer Republik und der Nazizeit befaßt hat. Das Buch, das jetzt in italienischer Übersetzung vor uns liegt, rückt diese Probleme in die Mitte unseres Denkens und folgt dem ebenso hervorragenden Buch von Thomas Nipperdey („Deutsche Geschichte 1800–1866"). Es ist schwierig, der Versuchung zu widerstehen, die profunden und umfangreichen Studien von Bracher, Grebing, Gruner, Hildebrand, Hillgruber, W. Mommsen, Nipperdey, Ritter, Wehler oder Winkler (im Ausland etwa von Craig oder Fritsch-Bournazel) und vieler anderer mit Bewunderung zu erwähnen oder als unersetzliche Beiträge mit in das Gespräch einzubeziehen. Wir zwingen uns, bei Stürmers Werk zu bleiben und auch seine Studien über Bismarck wie seine vielfältigen anderen Abhandlungen nicht zu berücksichtigen, weil wir eine bemerkenswerte Arbeit vor uns liegen haben, die zudem zu einem guten Zeitpunkt erschienen ist (wie die Übersetzung ins Italienische von 1987 beweist).

Die junge Schule der deutschen Historiker hat sich ein großes Verdienst erworben, das in der deutschen Tradition nicht – wie in der französischen – selbstverständlich ist: Man schreibt in einem sachlichen, aber sehr lesbaren Stil, und Stürmer besitzt diese so positive Eigenschaft in höchstem Maße.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Periode des Umbruches in Deutschland im 19. Jahrhundert durch die Gründung des Reiches wird in diesem Buch in zwei Dimensionen gefaßt, wobei in beiden die Grundüberzeugungen Stürmers zum Tragen gebracht werden: Die erste läuft darauf hinaus, daß die Aufeinanderfolge der Fakten der Politik und der Diplomatie die Ausgewogenheit Bismarcks, aber auch seine zahlreichen Fehler beweist – das ist nichts Neues –, zugleich aber eben auch die grundsätzliche Normalität der Politik des neu gegründeten Reiches in der Konstellation der damaligen Welt; das andere große Thema Stürmers sind die Auswirkungen, welche die Veränderungen in der deutschen Gesellschaft nach sich gezogen haben. Diese verspätete oder – mit Hillgruber zu sprechen – gescheiterte Großmacht war, wie Stürmer mehrfach in aller Deutlichkeit gesagt hat, zu groß, um ruhig zu bleiben, aber zu schwach (nicht nur militärisch), um eine dauerhafte Hegemonie zu erreichen. Das Deutsche Reich war ein Land „der Menschen in Bewegung" (S. 49 ff.), die in hohem Maße von der zu jener Zeit verbreiteten Überzeugung getragen waren, daß die Deutschen im Begriffe seien, eine vorbildliche, die beste Gesellschaft zu schaffen.

Der Zusammenhang zwischen den soziologischen und kulturellen Entwicklungen einerseits und der Zustimmung zu einer Politik andererseits, die sich am Ende als katastrophal gerade für den von Hochmut getragenen Teil der Gesellschaft erwiesen hat, wird genau herausgearbeitet, ebenso werden die Voraussetzungen für den Niedergang dieser Gesellschaft des Fortschritts und des Wohlstands von Stürmer in aller Klarheit geschildert. Es handelt sich weniger um eine Ereignis- und Diplomatie- als um eine Gesellschaftsgeschichte, die aber nicht in den Fehler verfällt, die Soziologie als Mittel oder Vorwand zu gebrauchen, um alles zu erklären. Der „Fortschrittsglaube am Abgrund" kennzeichnete die Gesellschaft im Deutschen Reich, die Einheit zwischen „Fortschrittsglaube und Angst vor dem Absturz" (S. 252), und es fehlte die Besonnenheit, daß die Staatsräson es gebot, „auf Hegemonie in Europa zu verzichten" (S. 315).

Man könnte hier und dort Lücken, kleine Fehler oder Interpretationen aufspüren, die zu diskutieren wären. Doch wäre das wirklich so wichtig? Ich möchte hier, was die Außenpolitik angeht, nur meine Verwunderung über die totale Unterschätzung des Dreibundes äußern, der nur flüchtig und auch keine präzise Erwähnung findet (S. 386). Persönlichkeiten wie Crispi wurden vergessen. Das ist bedauerlich, weil dessen Bewunderung für Preußen, für das Reich und für Bismarck ein Beispiel dafür war, in welchem Maße das Reich als bahnbrechend für den Fortschritt in Europa angesehen wurde.

So finden wir denn auch eine nahezu rein deutsche Bibliographie vor, nützlich, aber nicht umfassend, denn das Fehlen französischer, englischer, italienischer und russischer Werke ist zu bedauern. Das mag sogar bewußt geschehen sein, da Stürmer eine innere Geschichte und keine von außen zu schreiben beabsichtigte.

Diese Mängel beeinträchtigen jedoch kaum den Wert des Buches als Zusammenfassung einer zentralen Idee: die Wiedergewinnung – nicht die Rechtfertigung oder Rehabilitierung, die in der Geschichtsschreibung leere Worte sind (kein Historikerstreit!) – der deutschen Vergangenheit. In eine Reihe gestellt mit den hervorragenden Werken von Hagen Schulze über Weimar und von Hans-Ulrich Thamer über den Nationalsozialismus, ist das Buch – wiederum besonders für den Ausländer, der die Geheimnisse Deutschlands erforschen möchte – unbedingt lesenswert. Man wird darin vermutlich keine neuen Fakten oder Enthüllungen aus diplomatischen Archiven entdecken, aber man wird ein Bild der Kontinuität, oder: der Kontinuitäten (Thomas Nipperdey), der deutschen Geschichte gewinnen. Es wird den Leser in die Lage versetzen, besser zu begreifen, weswegen das Deutsche Reich „ruhelos" war.

Deutschland ist kein Land wie die anderen, weil die Tragödie der jüngsten Vergangenheit und die Frage „Wie konnte es geschehen?" in unserem Gewissen tief und fest verankert bleiben. In Besprechungen von wissenschaftlichen Büchern sollen natürlich auch Fehlerchen entdeckt werden (vielleicht ist es eine Schwäche der Politologen, sich gegenüber den aufrichtigen und ernsthaften Historikern sehr oft anders zu verhalten), ich persönlich habe aber das Be-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dürfnis, diese Werke in ihrer Gesamtheit und nicht im Detail zu lesen und zu bewerten, wenn es darum geht, das Bild des Deutschland von gestern zu betrachten, um das Deutschland von heute zu verstehen und das Deutschland von morgen aufzubauen.

Seien wir deshalb nicht nur denen dankbar, von denen wir heute gesprochen haben, sondern all den Historikern, die in dieser Zeitschrift oder in ihren Büchern nicht nur eine große Tradition der historischen Wissenschaft fortsetzen, sondern auch dazu beitragen, das Bild einer Gesellschaft zu entfalten, die wir verstehen wollen und müssen. Für die deutschen Historiker gilt, was im Rahmen der Vorstellung der beiden besprochenen Werke schon gesagt wurde: Sie liefern uns eine hervorragende wissenschaftliche Arbeit und geben uns moralischen und geistigen Antrieb. Was ist am Ende wichtiger?

Luigi Vittorio Graf Ferraris, Staatsrat
Freie Universität Rom
Botschafter Italiens in der Bundesrepublik von 1980 bis 1987

III.

1987 erschien *Martin Broszats* ›Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik‹ in zweiter Auflage. Das zeigt den Erfolg des ersten der insgesamt sechs Bände, die im Rahmen der dtv-Reihe „Deutsche Geschichte der neuesten Zeit" der Geschichte des Nationalsozialismus und des Dritten Reiches gewidmet sind. Nach den bisher vorliegenden drei Studien zu urteilen, werden die Bücher zu diesem Themenkomplex dem Spezialisten wie dem breiteren Publikum höchst nützliche Dienste leisten.

Martin Broszat ist ein entschiedener Verfechter erzählender Geschichtsdarstellung geworden. In seiner ›Machtergreifung‹ präsentiert sich die Methode historischen Erzählens von ihrer besten Seite. Die häufige Verwendung von Tagebuchauszügen, von zeitgenössischen Zeitungsberichten und anderen Originaldokumenten sowie der lebendige Stil des Autors verleihen vielen Passagen eine außergewöhnlich realistische Färbung und Plastizität. Die Schilderung des fehlgeschlagenen Hitler-Putsches von 1923 gleich zu Beginn der Studie etwa ist ein Meisterstück historischer Beschreibung, das Stück über die Nazi-Protestaktion gegen den auf Erich Maria Remarques Roman basierenden Film „Im Westen nichts Neues" illustriert diese Könnerschaft ebenfalls.

Die Ereignisse um den 20. Juli 1932 gehören zu den größeren unter den mannigfachen Rätseln, denen sich die Forschung zur Endphase der Weimarer Republik nach wie vor gegenübersieht. Martin Broszat weist deutlich darauf hin, daß die Ausschaltung der sozialdemokratisch geführten Regierung von Preußen einer der entscheidenden Schritte zur allgemeinen Desintegration der Republik gewesen ist. Er bringt die bekannten Argumente zur Erklärung der Passivität der SPD, auch wenn er – wie die meisten Historiker – diese Passivität im Grunde schwer verständlich findet (S. 149). Könnte es nicht sein, daß einige SPD-Führer dem „Preußenschlag" gar nicht so strikt ablehnend gegenüberstanden? Broszat berührt diesen Punkt nicht, aber es ist vielleicht nicht gänzlich unbegründet zu fragen: Hatte die sozialdemokratisch geleitete geschäftsführende preußische Regierung nicht von sich aus und in der Tradition der Tolerierungspolitik schon zuvor Anstalten gemacht, aus Gründen der Zweckmäßigkeit die Polizei Preußens in die Hände des Reiches zu geben?[1]

Das Kernstück der Geschichtserzählung Broszats handelt freilich von Wesen und Eigenart der Wirkung, die Hitler auf seine Anhängerschaft ausübte. Die Lektüre des Hauptteils der Studie führt unausweichlich zu dem Eindruck, die „Führerbindung" der NSDAP-Mitglied-

[1] Vgl. etwa Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, S. 630 f. und S. 679 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft vor der Machtergreifung rühre von der starken Wirkung der Person Hitlers her. Im Anhang „Quellenlage und Forschungsstand" gibt der Autor aber selbst eine etwas andere Interpretation dieses Zusammenhanges. Dort wiederholt er seine seit längerem vertretene Auffassung: „Die noch andauernden Kontroversen der Hitler-Deutung beziehen sich dagegen hauptsächlich auf die Frage, in welchem Maße die von Hitler ausgehende Integration der NSDAP in seinem persönlichen Vermögen oder in der Erwartungshaltung und Struktur der von ihm geführten Bewegung begründet war. Daß neuere Forschungen ... nicht so sehr Hitler-biographisch, sondern eher darauf angelegt sind, die Entstehung von personalem Führertum und Führernimbus innerhalb der NS-Bewegung herauszuarbeiten, hat darin seinen Grund." (S.214f.)

Es waren viele unvorhersehbare Ereignisse und unerwartete Entwicklungen, die den Nationalsozialisten den Weg zur Macht ebneten. An mancher Stelle hätte dieser Weg auch in eine andere Richtung führen können. Diese „Offenheit" des historischen Prozesses, der nicht von „rückwärts" her gedeutet, bei dem nicht vom Endresultat auf die Anfangsentwicklung geschlossen werden sollte, ist das eigentliche Zentralthema der Geschichtserzählung von Martin Broszat. Was immer der kumulative Effekt der Umstände und Konstellationen gewesen sein mag, 1932 stand ein Erfolg der Nazibewegung noch keineswegs fest. Jede Phase muß im Kontext der Krisensituation analysiert werden, auf die der Nationalsozialismus seine „Antworten" gab, aber zugleich muß der Historiker zeigen, „daß das, was geschichtliches Faktum wurde, aus zwar bedingtem, aber doch selbstgewähltem Handeln oder Nichthandeln hervorging, und entsprechend auch unter dem Gesichtspunkt der Verantwortlichkeit politischen Tuns und Versagens zu messen ist". (S.7)

Die ›Machtergreifung‹ von Martin Broszat ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Offenheit wie des schließlichen Ergebnisses dieses historischen Prozesses.

*

In *Bernd-Jürgen Wendts* Studie ›Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes‹ liegt uns eine außergewöhnlich klare und überaus wohlstrukturierte Analyse nationalsozialistischer Außenpolitik vor. In manchen Teilen ist das Buch schlichtweg musterhaft, etwa das Kapitel „Nationalsozialistische Außenpolitik zwischen Kontinuität und Bruch" (S.38–69). Immer die zentrale Frage nach Kontinuität und Wandel der Außenpolitik vom kaiserlichen Deutschland zum Dritten Reich im Auge, gelingt es Wendt, uns ein sehr dichtes, aber dennoch gut dokumentiertes Panorama der verschiedenen „Schulen" vorzuführen, die während dieser Periode bei der Formulierung der Außenpolitik zusammenwirkten oder miteinander im Streit lagen. Besondere Beachtung schenkt er der Rolle der Wirtschaftsinteressen und deren *vielfältigen* Wechselwirkungen mit fundamentalen ideologischen Konstrukten, z.B. dem „Mitteleuropa"-Konzept. Der Autor hebt auch die Bedeutung der Personenkontinuität in einigen Schlüsselpositionen während der Ende der zwanziger Jahre beginnenden Übergangsperiode hervor. Schließlich gibt Wendt eine sehr klare Übersicht über die traditionellen Komponenten von Hitlers Politik und über die Elemente der „Innovation", die ab 1933 schrittweise eingebracht wurden. Die sukzessive Abkehr von Stresemann und die Hinwendung, über Curtius und Neurath, zu einer voll entfalteten nationalsozialistischen Außenpolitik sind exzellent herausgearbeitet.

Was die NS-Außenpolitik im engeren Sinne angeht, so zeigt Bernd-Jürgen Wendt, daß sie schließlich zu einem puren Instrument der umfassenden aggressiv-militärischen Ziele des Regimes verkam. Darüber, daß diese Außenpolitik, mißt man sie an ihren eigenen Prämissen, ein fundamentaler Fehlschlag gewesen ist, besteht unter Historikern kein Dissens. Sie zielte auf eine deutsche Expansion nach Osten unter – wenigstens in ihrer ersten Phase – stillschweigender britischer Billigung. Am 3.September 1939 befand sich Hitler im Osten im Angriff, aber zugleich im Kriegszustand mit Großbritannien. Auch Wendts Studie kann eine in allen seit

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriegsende erschienenen Arbeiten zur nationalsozialistischen Außenpolitik wiederkehrende Frage nicht wirklich beantworten: Glaubte Hitler, daß die Briten im allerletzten Augenblick zurückziehen würden, oder war er seit März 1939 zu einem Zweifronten-Krieg unter Einschluß auch Großbritanniens bereit? Aus der vorliegenden Studie gewinnt man ebenso wie aus den meisten anderen Werken zu diesem Komplex den Eindruck, daß Hitler in seiner Einschätzung dieser entscheidenden Frage vom Frühjahr 1939 bis zu dem Tag der britischen Kriegserklärung unschlüssig gewesen ist.

Die detaillierte Analyse des Zustandekommens und des Verlaufes der bekannten Sitzung am 5. November 1937 (die Sitzung, über die das „Hoßbach-Protokoll" berichtet) im ersten Teil des Buches arbeitet ganz klar die Taktik heraus, die Hitler benutzte, wenn er sich mit heftig widerstreitenden Forderungen aus dem Kreise seiner Mitarbeiter konfrontiert sah. Man könnte sie definieren als eine Taktik des Ausweichens und Umgehens, die aber trotzdem einen klaren Kurs markiert. Ungeachtet der Tatsache, daß Hitler während der Sitzung keinerlei Anweisungen gab, zeigen die danach von Blomberg und Göring ergriffenen Maßnahmen zur Vorbereitung eines Angriffes auf die Tschechoslowakei, daß Hitlers Untergebene dessen Absichten richtig zu deuten verstanden und keine fest umrissenen Befehle brauchten (S. 29 ff.). Wendts eigene Position hinsichtlich der Rolle Hitlers, die in dem mit „Forschungsdiskussion und Literatur" überschriebenen Teil des Buches gut zum Ausdruck kommt, könnte man als maßvoll „intentionalistisch" bezeichnen.

Bernd-Jürgen Wendt schließt mit einer Gewichtung der vielfältigen Umstände und Faktoren, die schließlich zum Ausbruch des Krieges führten. Die klarliegende Verantwortung für diesen Krieg wird selbstredend nicht in Zweifel gezogen (nebenher bietet uns der Autor eine nuancierte, aber insgesamt kritische Wertung von A. J. P. Taylors „Origins of the Second World War"), es bleibt aber auch wenig Zweifel darüber, welchen Anteil andere Akteure des internationalen Systems daran gehabt haben, die Bestrebungen Hitlers zu erleichtern.

*

›Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945‹ von *Norbert Frei* ist in vielerlei Hinsicht eine tour de force. Auf dem begrenzten ihm zur Verfügung stehenden Raum behandelt der Autor in gelungener Weise eine beträchtliche Vielfalt von Themen und Gegenständen; darüber hinaus gelingt es ihm, diese mit den Hauptkomplexen zu verknüpfen, die in den übrigen dtv-Bänden zur Geschichte des Dritten Reiches behandelt werden. Der Stil dieses Buches ist ebenfalls präzise, elegant und anregend. Norbert Freis durchgehend anklingende Grundüberzeugung ist die gleiche, die auch Martin Broszats Studie durchzieht, nämlich die Überzeugung von der „Offenheit" des historischen Prozesses: „Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 markiert eine Zäsur in der deutschen Geschichte. Doch entschied dieser Tag schon über die Zerstörung des Deutschen Reiches und die Teilung Europas? War das Ende des ‚Führerstaates' bereits besiegelt, noch ehe die Fundamente lagen? Bei aller Folgerichtigkeit, die wir rückschauend erkennen, war der Weg in die Katastrophe nicht zwangsläufig. Auch in der Geschichte des Dritten Reiches gab es Wendepunkte und Alternativen, und im letzten war sie offen wie alle Geschichte."(S. 7)

Als Kennzeichnung einer allgemeinen Grundbedingung historischer Entwicklung wird dieser Aussage niemand widersprechen. Es gibt keine „historische Unvermeidlichkeit". Aber wenn wir uns der konkreten Geschichte des Nationalsozialismus zuwenden, dann, so scheint mir, können wir die „Offenheit" des historischen Prozesses während der Bewegungsphase für die Entwicklung in der Regimephase nicht in gleicher Weise geltend machen. Die Regimekrise von 1934 könnte für Freis These sprechen, aber sie könnte auch umgekehrt interpretiert werden. Aber wie immer man diese frühe Krise auffaßt, es gibt jedenfalls gute Begründungen für die Ansicht, daß die pure Dynamik des neuen Regimes zu einer aggressiven Außenpolitik führte, die nur mit einem Krieg enden konnte. Die Lektüre von Bernd-Jürgen Wendts Studie genügt, um einem diese andere Sicht vor Augen zu führen.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Resultat Hitlerscher Politik war natürlich unvorhersehbar, aber man fragt sich, ob sie – ideologiegeleitet oder ein Prozeß „kumulativer Radikalisierung" – nicht doch von vorneherein auf für Deutschland wie für andere katastrophale Folgen zusteuerte.

Das heißt nicht, daß die Geschichte des Dritten Reiches von ihrem katastrophalen Ende her betrachtet werden sollte, und Norbert Frei gelingt es auch, ein überzeugendes Bild von der allmählichen und stufenweisen Entfaltung – einschließlich der Erzeugung eines echten Enthusiasmus' – des Regimes von der Mitte der dreißiger Jahre an zu zeichnen. Es besteht kein Zweifel, daß sich damals in der Bevölkerung ein Gefühl der „Volksgemeinschaft" ausbreitete und die Energien einer überwältigenden Mehrheit für das Regime mobilisierte. Es wäre „verfehlt", schreibt Frei, „die mittleren dreißiger Jahre in erster Linie charakterisiert zu sehen durch politische Gewalt und Unterdrückung. Regimeloyalität und ‚Führer'-Begeisterung, nicht Verweigerung und Widerstand, bestimmten damals die innere Situation ... Die Mehrheit der Deutschen war gefangengenommen von der Suggestivität der Volksgemeinschafts-Idee und dem durch außenpolitische Erfolge untermauerten ‚Führer'-Mythos." (S. 128 f.) Wie Frei selbst schreibt, hielt diese Art der Unterstützung über den Kriegsbeginn hinaus vor (S. 7).

Der Abschnitt in Kapitel 3, der von der Vernichtungspolitik des Regimes handelt, beginnt mit der Bemerkung: „Die längst unüberblickbar gewordene Gleichzeitigkeit von traditionellem staatlichen Verwaltungshandeln und der Herrschaft ‚führerunmittelbarer' Sondergewalten, das oft groteske Nebeneinander von Normen- und Maßnahmenstaat, erleichterte Hitler und dem inneren Kreis der NS-Führung bei Kriegsbeginn zweifellos die Durchsetzung ihrer Weltanschauungspolitik."(S. 142 f.)

Diese Hypothese ist plausibel. Was wir jetzt trotzdem bräuchten, wäre eine umfassende Studie über die Erscheinungsformen und die Abstufungen des in den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung vorhandenen Wissens von jenen kriminellen Maßnahmen, die das NS-Regime von Anfang an begleiteten. Ganz zu Ende seiner ›Machtergreifung‹ äußert Martin Broszat die Ansicht, die Mehrheit der Bevölkerung habe im Vollgefühl der nationalen „Erhebung" ignoriert oder verdrängt, was man von dem manifesten Terror hätte wissen können (S. 176). Der Essener Historiker Detlev Peukert dagegen schreibt in seinem Aufsatz „Alltag und Barbarei"[2], daß die Bevölkerung die gegen die verschiedenen Gruppen gerichteten vielfältigen Verfolgungsmaßnahmen die ganze Zeit über sehr wohl wahrnahm. Beide Autoren würden vermutlich der Feststellung zustimmen, daß das Wissen darum, wie weit es auch immer reichen mochte, mit beinahe totaler Indifferenz quittiert wurde – außer im Falle der „Euthanasie"-Maßnahmen und der vereinzelten negativen Reaktionen auf die Pogrome des 9. November 1938.

Norbert Frei macht es sich zur Aufgabe, die vielfältigen Formen des Terrors und der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik, die zum Teil auch in den noch ausstehenden Bänden Gegenstand der Darstellung sein werden, unter verschiedenen Blickwinkeln eingehend zu beschreiben. Die Frage, wie weit die Kenntnis der Bevölkerung hier alles in allem reichte und wie sie diesen Geschehnissen im einzelnen gegenüberstand, bleibt offen.

*

Auf den hier besprochenen Büchern der dtv-Reihe sind folgende Bilder zu sehen: „Fackelzug am Brandenburger Tor, 30. Januar 1933", „Parade zum Geburtstag des Führers" und ein Foto vom „Großen Aufmarsch am Nationalen Feiertag". Das Umschlagbild der jüngsten, überaus erfolgreichen Gesamtdarstellung der Geschichte des Dritten Reiches, Hans-Ulrich Thamers „Verführung und Gewalt" zeigt natürlich die berühmteste und eindrucksvollste Szene des Nürnberger Parteitages von 1934: die massierten Einheiten der SA und der SS in Hab-Acht-

[2] Vgl. Detlev Peukert, Alltag und Barbarei, in: Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Frankfurt 1987.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Stellung bei Beginn der Blutfahnen-Zeremonie. So (und noch in anderer Weise) wird die Darstellung des Dritten Reiches mehr und mehr in eine Serie von standardisierten Bildern gegossen, die manchmal eine zweischneidige, problematische Botschaft vermitteln.

Die Erkenntnis, daß die Vergangenheit gleichsam Gefahr läuft, auf ein Standardset visueller Darstellung reduziert zu werden, wird am Schluß der hochinteressanten Studie von *Anton Kaes* zum Ausdruck gebracht, die sich mit in letzten Jahren in Deutschland gedrehten Filmen zur jüngsten deutschen Geschichte beschäftigt: ›Deutschlandbilder. Die Wiederkehr der Geschichte als Film‹. „Die Erinnerung, die auf fotografischen und filmischen Bildern fixiert worden ist", schreibt Kaes, „ist ewig präsent, sie vergeht nicht ... Geschichte wird zu einer Sammlung von stets vorhandenen Images, losgelöst aus Zeit und Raum, in immerwährender Gegenwart, abrufbar durch Knopfdruck und Fernbedienung ... Wie lange wird es dauern, bis auch die jüngste deutsche Vergangenheit aus dem Bereich der Erfahrung und Erinnerung endgültig ins Reich der Bilder hinübergeleitet und zu einem Kino-Mythos wird?"(S.209)

Die im Hauptteil des Buches entfaltete Untersuchung führt nicht zwangsläufig auf die Konstatierung einer solchen „Einkapselung" der Vorstellung hinaus. Nach exzellenter Analyse der Entwicklung des westdeutschen Films von der frühen Nachkriegszeit bis Ende der siebziger Jahre untersucht der Autor umfassend fünf Filme, die zwischen den späten siebziger Jahren und Mitte der achtziger gedreht wurden. Kaes zeigt, daß diese Filme einen signifikanten Wandel der Perspektive darstellen: Anders als die stereotypen und moralisierenden Streifen der Fünfziger und Sechziger, versuchen sie, viel tiefer einzudringen. Sie machen nicht nur den Versuch, die Geschehnisse von den unterschiedlichsten Blickpunkten aus zu prüfen und zu erfassen, sie analysieren auch den Prozeß der Darstellung von Vergangenheit selbst.

Nach Kaes haben die Filmemacher, die er in seinem Buch vorstellt, neue Erzähltechniken verwandt. Geschichte und Erinnerung, Vergangenheit und Gegenwart, Dokumentarisches und Fiktives mischen sich, gehen ineinander über. Alexander Kluges filmische Puzzles, der gemeinsam mit anderen Regisseuren gedrehte Film „Deutschland im Herbst" und „Die Patriotin" etwa, stehen für eine nicht-narrative Annäherung an Geschichte. Eine selbstreflektive Erzählstruktur dagegen bestimmte den Duktus von Edgar Reitz' „Heimat", wo es zu einem ständigen Wechsel zwischen der im Film erzählten Geschichte und der Erinnerung eines Erzählers kommt. Trotzdem wird dadurch, nach meiner Ansicht, die offenbare Gültigkeit der in der Geschichte selbst zum Ausdruck kommenden Aussage nicht in Frage gestellt. Zwischen diesen antithetischen gibt es verschiedene andere Darstellungsformen, und der Autor macht uns auch ausführlich mit dem Ansatz vertraut, sich der Vergangenheit über ein Familienmelodram – in Rainer Werner Faßbinders „Die Ehe der Maria Braun" etwa – oder mit Hilfe einer autobiographischen Perspektive zu nähern; ein Beispiel dafür ist der Film von Helma Sanders-Brahms „Deutschland, bleiche Mutter". Hans-Jürgen Syberbergs Bestreben, in „Hitler, ein Film aus Deutschland" einen mythologischen Zugang zur deutschen Geschichte und Identität zu gewinnen, wird von Kaes bis zu einem gewissen Grade auch als Ironie angesehen.

In manchen Abschnitten des Buches werden unmittelbare Relevanz für und direkte Beziehungen mit Fragen der historischen Interpretation und Methode sofort augenfällig. Kaes zeigt beispielsweise, daß in „Heimat" die Zeichnung des Nationalsozialismus aus dem Blickwinkel des täglichen Lebens als eines Phänomens der Modernisierung und des sozialen Wandels für das gesamte in diesem Film entfaltete Panorama von zentraler Bedeutung ist. Die kritischen „Außenseiter", die dem Betrachter im Film für die Zeit 1933 eine andere Sicht der Dinge ermöglichten, sind alle nicht mehr da, wenn die Sequenzen über das Dritte Reich beginnen. Die angewandten filmischen Methoden erzeugen einen unbestreitbaren Identifikationseffekt: „Indem sich der Film im wesentlichen mit dem Wissens- und Bewußtseinsstand seiner Protagonisten identifiziert, läuft er Gefahr, die Distanz zu verlieren, die nötig wäre, um das Verhalten seiner Figuren im kritischen Licht zu zeigen. Die Figuren – alles im Prinzip stille opportunistische Mitläufer – erscheinen, wie sie ihrem eigenen Selbstverständnis nach sind; die linear-chronologische Erzählweise von ‚Heimat' verengt unseren Horizont auf den Horizont der Fi-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

guren, wir erleben die Geschichte durch ihre Augen. Es ist dem Zuschauer aufgegeben, Kritik an dem Selbstverständnis der Figuren zu üben, doch die spezifisch realistische Erzählweise, die auf Identifikation mit den Figuren abzielt, erschwert diese Kritik." (S. 201 f.)

Hier, auf der Leinwand, sind wir mit einem der schwierigsten Probleme gegenwärtiger Geschichtsschreibung über das Dritte Reich konfrontiert, und die Wirkungsmöglichkeit des Historikers als eines Produzenten von Bildern wird von dem Bildproduzenten, der als Historiker auftritt, häufig in den Schatten gestellt. Die vielen spezifischen Qualitäten der Studie auch auf dem Gebiet der Theorie einmal beiseite – das Buch von Anton Kaes ist für die Historiker, die sich mit der jüngsten deutschen Geschichte befassen, nicht nur des Lesens, sondern auch mancher Überlegung wert.

Saul Friedländer
Tel Aviv University

IV.

Von außen gesehen ist der deutsche „Historikerstreit" – soweit er als abgeschlossenes Kapitel betrachtet werden darf – mehr eine Kontroverse um prinzipielle Stellungnahmen zur jüngsten Vergangenheit Deutschlands gewesen, weniger eine rein akademische Debatte, die methodische Fragen stellt oder kritische Analysen überprüfter Tatsachen erörtert. Indes scheinen die Stellungnahmen jetzt deutlicher zu sein als früher, obwohl die Ursachen der Kontroverse schon seit einiger Zeit erkennbar waren.

Sie waren in monographischen Studien ersichtlich und tauchten in zusammenfassenden Arbeiten auf, längst bevor Jürgen Habermas mit dem bekannten Artikel Ernst Noltes in der FAZ polemisierte. Die Debatte führte seitdem freilich eher zur Klärung der Positionen als zu gemeinsamen Schlußfolgerungen. Der Streit geht also weiter. Dem außenstehenden Leser scheint es wenigstens so, wenn er die neueste Literatur verfolgt.

Deutsche Geschichtsschreibung braucht glücklicherweise keine „weißen Flecken" der deutschen Geschichte zu beseitigen. „Graue Zonen" scheint es trotzdem zu geben, z.B. in der Staats- und Rechtsgeschichte der NS-Periode, obwohl auch hier die wissenschaftlichen Leistungen der letzten Jahre fraglos bedeutend sind. Allerdings sind die Leistungen eher den Juristen zu verdanken[1], weniger den Historikern.

Allem Anschein nach wirkte jedoch der „Historikerstreit" anregend, und zwar schon ehe die eigentliche Diskussion ausbrach und die Spalten der „Zeit" und anderer Blätter füllte. Es fehlt nicht an Beispielen, daß der „Streit" kein isoliertes Phänomen gewesen ist oder – um es besser zu sagen – ausschließlich die Teilnehmer der Diskussion interessierte. Zwei solche Beispiele möchte ich hier erwähnen, weniger in Form einer üblichen Berichterstattung, wie sie zu

[1] Dazu gehört das neue Buch von Diemut Majer, Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems. Führerprinzip, Sonderrecht, Einheitspartei, Stuttgart 1987. Das Buch verdiente eine ausführliche Besprechung, paßt aber nicht zu unserem Kontext. Daher nur ein paar Worte. Die Autorin eines umfangreichen Werkes über Fremdarbeiter im Dritten Reiche versucht diesmal, das ganze Rechtssystem zu analysieren, konzentriert sich aber nur auf einige Aspekte, und zwar auf jene, die im Titel erwähnt werden. Jedoch nicht völlig konsequent: Es ist eher eine Monographie der Gesetzgebung und ihrer Ursprünge, überwiegend der politischen (samt Theorie). Zum System, falls es als „dynamisches System" betrachtet werden muß, gehört aber offensichtlich auch die Rechtssprechung – ein Thema, das eher außer Deutschlands Grenzen (z.B. in Polen) bearbeitet wird. Es ist schade, daß Frau Majer die polnische Literatur überhaupt nicht zitiert. Jedenfalls müssen wir auf eine Beschreibung des Systems, das von den Grundlagen ausgeht, doch sich aller analytischen Methoden bedient, noch warten.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer normalen Rezension gehört (die deutsche Öffentlichkeit ist ja gut genug informiert), sondern um mich kritisch zu äußern, in ungefähr derselben Art und Weise, die im „Historikerstreit" dominierte, also in essayistischer Form. Es geht nicht um Einzelheiten, sondern um Stellungnahme. Dabei werden Standardwerke behandelt, die eine universale Thematik haben, also nicht nur für den deutschen Leser interessant sind.

Das erste Beispiel ist das Buch von *Rainer Zitelmann* über Hitlers Selbstverständnis als „Revolutionär". Anführungszeichen werden hier in strikt logischem Sinne verwendet, d.h. im Sinne eines „okkasionellen Ausdrucks" (Husserl), der keine eigene Bedeutung hat, sondern eine Bedeutungsfunktion; auf Grund einer besonderen Regel wird diese Funktion nach einer besonderen Situation bezeichnet. Der okkasionelle Ausdruck tritt in einem gegebenen Kontext hervor, besitzt also eine wechselnde Bedeutung, und der Wechsel läßt sich systematisch (nach einer gegebenen Regel) beschreiben. Der Begriff „Revolution" und sein Derivat „revolutionär" dürfen in diesem Kontext (also in der Kritik am Buche Zitelmanns) ausschließlich als okkasionelle Ausdrücke verstanden werden. Sonst hätte es keinen Sinn mit Zitelmann zu polemisieren, nicht zuletzt auch deswegen, weil der Begriff „Revolution" stets zur Ideologisierung und Politisierung neigt.

Hierbei ist an eine Binsenwahrheit zu erinnern: Die Sprache der Politik (des Politikers, der sich jener Sprache bedient) ist Objekt der politologischen Forschung, darf aber nicht mit der Sprache der wissenschaftlichen Beschreibung verwechselt werden. Diese Wahrheit ist zwar in der marxistischen Geschichtsschreibung (und allen anderen Sozialwissenschaften) öfter vergessen worden. Die Marxisten sind in dieser Beziehung besonders empfindlich, nicht zuletzt wegen ihrer zahlreichen Fehler sowie ihrer bitteren Erfahrungen. Aber trotz der unerträglichen Dogmatik, die nicht nur in der Stalin-Ära die Vergangenheitsbeschreibung prägte und sich in unendlichen Debatten erschöpfte, haben die marxistischen Historiker wenigstens einen Vorteil gehabt. Eigenen Beobachtungen folgend, konnten sie nämlich jeweilige Zusammenhänge zwischen verbalen Deklarationen und der Realität sozusagen empirisch erkennen. Dementsprechend verfuhr die deutsche marxistische oder – besser gesagt – die marxistisch orientierte Geschichtsschreibung der ersten Periode (in den vierziger und fünfziger Jahren), noch stärker die Sozialwissenschaften, die nach dem marxistischen Prinzip historisch orientiert waren. Hier sind sowohl Vertreter der Frankfurter Schule wie auch linksgerichtete Emigranten – Franz Leopold Neumann, Otto Kirchheimer, Herbert Marcuse, Theodor Adorno, Max Horkheimer und manche andere – gemeint, diejenigen Autoren, kurz gesagt, die heutzutage beinahe Klassiker der NS-Forschung genannt werden dürfen. Mag sein, daß ihr gesamtes Werk nach dem heutigen Stand der Forschung veraltet zu sein scheint und bereits deswegen, sagen wir das mit einem Fragezeichen, in den historischen Seminaren der bundesrepublikanischen Fakultäten nicht allzu populär ist, wenigstens dort, wo die Ideen der im „Historikerstreit" angegriffenen Partei vorherrschend sind. Jene Autoren sollten jedoch nicht unterschätzt und verkannt werden. Können wir uns vorstellen, was für sie die Behauptung, Hitler sei „Revolutionär" gewesen, bedeutet hätte? In meiner Muttersprache hätte man idiomatisch sagen müssen, daß sie sich aus Empörung „im Grabe umdrehen würden".

Ich wollte damit nicht sagen, daß eine politische Gesinnung in Verbindung mit methodologischen Positionen etwas Vorteilhaftes sei, zumal die Praxis das Gegenteil bewiesen hat. Vielleicht aber wäre aus der älteren Literatur einiges auch für die jüngere Generation nützlich, z.B. die Scheu davor, allzu selbstsicher mit dem Terminus „revolutionär" zu hantieren (besonders bei der Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit Deutschlands).

Diese Überlegungen sind nicht direkt auf das respektable Buch von Rainer Zitelmann gezielt. In einer informatorischen Empfehlung seitens des Verlegers wird dem Buch der Charakter einer „wichtigen Nachwuchsstudie" im Umfeld des „Historikerstreites" zugeschrieben. Dem Leser wird also zart suggeriert, daß es sich um ein Werk handelt, das nach den Kriterien des „Historikerstreites" zu messen ist. Auszüge aus der Kritik, die derselbe Verleger in den Umschlag einrücken ließ, scheinen jene kurze Charakteristik zu begründen. Als Zufall wollen

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wir es nehmen, daß von den namhaften Historikern (außer dem Doktorvater Karl Otmar von Aretin, der das Buch seines Schülers wie üblich mit einem Vorwort versehen hat) bereits die Professoren Hillgruber und Hildebrand das Buch eilig gepriesen haben. Doch scheint „das Umfeld des Historikerstreits" in der Tat sichtbar zu sein, wenigstens ein Teil des „Umfeldes". Indes ist das kein Grund und gibt das kein Recht, das Urteil über des Verfassers Thesen zu präjudizieren.

Rainer Zitelmann hat wirklich ein bedeutendes Pensum erfüllt, um Hitlers zerstreutes und mannigfaltiges Gedankengut zu sammeln und dann zu analysieren, auch wenn er manchmal den chronologischen Rahmen sowie die situationsgebundenen Bedingungen der jeweiligen Äußerung ignoriert. Zweifelsohne steht Dr. Zitelmann das Verdienst zu, daß er alle anderen Hitler-Biographen wesentlich ergänzt, wenn nicht überholt hat. Der große Aufwand des Autors hat sich bestimmt gelohnt, obwohl bestimmte Teile des Buches akribischer Kritik offen sind, z.B. bei der problematischen Zitierung aus Hermann Rauschnings fragwürdigen „Gesprächen mit Hitler".

Die Persönlichkeit des Diktators gewinnt unter Zitelmanns Feder an Konturen. Sie ist jetzt weit von jenen Stereotypen entfernt, die immer noch in oberflächlichen oder volkstümlichen Vorstellungen zu finden sind, weniger vielleicht in Deutschland selbst, sicherlich aber – dank der Massenvermittlung in der Medienkultur – außerhalb der deutschen Grenzen. Triviale Darstellungen, von der chaplinesquen Diktator-Figur bis zur Arturo-Ui-Metapher, gehören, ob wir es wollen oder nicht, zur kulturellen Ausstattung von Millionen Menschen in der Welt. Auch kommt es zur ständigen Nachahmung des karikierten Hitler-Bildes in mehr oder weniger abweichenden Varianten. In Ost und West – an erster Stelle ist Amerika gemeint – erscheinen sie, ein Halbjahrhundert später, auf der Leinwand und auf dem Bildschirm, manchmal in den Taschenbüchern, die früher „Waggonliteratur" hießen und heute eher den Leser auf interkontinentalen Flügen begleiten.

Für den seriösen Vergangenheitsforscher ist das vielleicht ohne Bedeutung. Dennoch war die Tendenz, Hitler als „Verkörperung des Bösen" generell diminutiv darzustellen, auch den akademischen Historikern und den ernsthaften Bestseller-Autoren nicht fremd. Akzentuiert wurde nicht nur das Böse in menschlichen Dimensionen, sondern wurden auch kleinliche Charakterschwächen, wo sie – wenn durch Quellen nachgewiesen – spürbar gewesen sind. Selbst in bedeutenden Hitler-Biographien, von Alan Bullock bis Joachim Fest, tritt diese nicht ganz reflektierte Tendenz manchmal in Erscheinung: der grausame Menschenverächter, doch mit spießbürgerlichen Attitüden, ungebildet, verkrampft, von außen gesehen genauso lächerlich im zerknitterten Hemd wie im Frack.

Nach den Analysen Zitelmanns muß das Urteil über die Persönlichkeit Hitlers nun doch um wesentliche Charakterzüge bereichert werden. Er zeigt sich deutlicher denn je, aber eben nicht allein in der Gestalt eines kleinbürgerlichen Parvenüs, dem fast alle traditionellen elitären Werte fremd waren und die er gerade deswegen verachtete, weil er sich ihnen nicht gewachsen fühlte. Zitelmann versucht nacheinander nachzuweisen, daß die Haltung Hitlers gegenüber den Konservativen, den Monarchisten, den bürgerlichen Politikern und Parteiführern – abgesehen von persönlicher Abneigung – von politischen Motiven bestimmt war. Sein Weltverständnis war zwar alles andere als konservativ, doch ergibt sich daraus nicht, daß man es unbedingt als „revolutionär" kennzeichnen müßte.

Mag sein, daß er sich selbst als „Revolutionär" verstand. Er war damit bestimmt kein Einzelfall in seiner Epoche wie auch später. Selbst wenn wir verschiedene militärische Diktaturen, die sich, z.B. in Lateinamerika, häufig selbst „revolutionär" nennen – was natürlich nicht ernst genommen werden darf –, beiseite lassen, dann bleiben immer noch die gar nicht seltenen Beispiele selbsternannter „Revolutionäre", die ihre Ideen und Taten einfach deshalb als „revolutionär" vorstellen, weil ihnen das politischen Nutzen bringen soll, ob sie selber nun daran glauben oder nicht.

Rainer Zitelmann will uns überzeugen, daß Hitler sein eigenes Verständnis von Revolution

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ziemlich ernst nahm und sich fest daran hielt, jedenfalls aber stets dann, wenn die gegebene Situation ihm dies erlaubte. Es war freilich nicht zufällig, daß er seine Tiraden in kleinen und möglichst vertrauten Kreisen hielt. Für einen richtigen Revolutionär eine seltene Gewohnheit. Zitelmann weiß das auch und versucht es nicht zu vertuschen. Gleichzeitig möchte er aber bei den Lesern den Eindruck erwecken, daß der „Führer" seinen Ansichten in der Praxis treu war. Es habe keine große Diskrepanz zwischen Worten und Taten bestanden. Mehr noch: Zitelmann behauptet, daß sich während Hitlers Herrschaft in Deutschland tatsächlich eine strukturelle Umwandlung der Gesellschaft vollzog. Andererseits muß der Autor gestehen, daß keine fundamentalen Strukturen vernichtet, nicht mal gravierend verändert wurden. Weder das private Eigentum noch das Familienleben, weder der Konsum noch der Lebensstil der Mehrheit der Nation haben sich so weit verändert, daß man vom revolutionären Prinzip „changer la vie" reden könnte. Die Substanzen der alten Kultur blieben erhalten, wenn auch die Instanzen vermehrt und erneuert wurden, um die Ideen der neuen Eliten zu verbreiten.

Im Grunde genommen haben sich die Eliten nur quantitativ verändert. Sicherlich erfolgte eine Erneuerung, insbesondere während des Krieges. Der Drang von unten mag sich beschleunigt haben. Doch war der revolutionäre Faktor bestimmt nicht entscheidend. Ein Generationenwechsel mit (wie immer im Kriege) vereinfachten Regeln der Auslese ist sicher kein Kennzeichen einer Revolution.

Meiner Ansicht nach enthält Zitelmanns Buch in drei Bereichen Irrtümer. Erstens verkennt der Autor die Trennungslinie zwischen Denken, Reden und Handeln. Mangel an Klarheit in der Begriffsbildung verursacht weitere Fehler. So mangelt es an einer klaren Differenzierung zwischen den Begriffen „Tradition" und „Moderne", „Moderne" und „Revolutionäre". Zitelmann stellt sich auf die Seite derjenigen, die dem Hitler-Reiche Modernisierung zuschreiben wollen. Seine Argumentation ist zwar überzeugend, doch wird nicht bewiesen, inwieweit der Modernisierungsprozeß von oben gesteuert war. Daß z. B. Hitler und andere führende Nationalsozialisten überzeugte Anhänger der Motorisierung waren, spricht noch nicht für fortschrittliches Denken. Hitler verstand – das kann man ihm nicht absprechen –, welche Profite eine Modernisierung des Straßenwesens und des Verkehrs für politische wie nichtpolitische Zwecke mit sich bringen konnte. Eine Modernisierung in eben diesem Bereich läßt sich keineswegs mit voluntaristischen Faktoren erklären. Ökonomische Konjunktur sowie menschliche Bedürfnisse – übrigens nach fremden Mustern gestaltet – spielten, wie überall in der Welt, eine bedeutende Rolle[2]. Nach dem Kriege hat sich Deutschland erst richtig motorisiert. Ein Hitler mit modernen, quasi-revolutionären Ideen war – Gott sei Dank – nicht notwendig.

Mag sein, daß die populistische Gesinnung des „Führers" den Erfindungsgeist einiger Deutschen aktivierte. Mag sein, daß Hitler eine modernistische Tendenz vertrat und dementsprechend modern denkende Menschen (z. B. Speer) bevorzugte. Für eine technische Revolution in Deutschland war das gewiß nicht ausreichend, weder in den Produktionsmethoden noch in der Technologie, erst recht nicht in der Struktur der Wirtschaft. Es ist zuzugeben, daß der staatliche Teil der Wirtschaft, besonders in der Schwerindustrie, für Innovationen besser geeignet war, nicht zuletzt wegen der billigen Arbeitskräfte aus den besetzten Ländern. Ungeachtet des großen Aufwandes und des zeitlichen Vorsprungs, gelang es der deutschen Rüstungsindustrie jedoch nicht, die Engländer qualitativ zu überholen, von den Amerikanern gar nicht zu reden. Sogar die angeblich so rückständigen Russen lernten schnell bessere Panzer und wirksamste Raketenwerfer zu bauen.

Von der Wirtschaft hatte Hitler keine sonderliche Ahnung, was auch in Zitelmanns Arbeit gründlich belegt ist. Im allgemeinen bestand Hitlers Wissen aus oberflächlichen Vorstellungen

[2] Die ganze Diskussion über „Modernisierung" vs. „Tradition" scheint uns eher in Kategorien der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands in der Nazi-Ära erfaßbar. Vgl. meinen Aufsatz „Tradycja czy nowatorstwo" (Tradition oder Innovation?), in: Acta Universitatis Vratislaviensis, No. 484, Wroclaw 1980, S. 9–30.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über die soziale Rollenverteilung und die Mechanismen in der Ökonomie, wenn ihm auch eine Art von schöpferischer Phantasie nicht abgesprochen werden kann. Es scheint aber, daß sie einspurig auf die Negation gerichtet war; Wandel bedeutete in Hitlers Vorstellung primär die Vernichtung dessen, was sich doch bewährt hatte. Eine Sprachanalyse seiner Aussagen könnte das wahrscheinlich ganz präzise bestätigen.

In Zitelmanns Interpretation erscheint Hitler beinahe als eine Persönlichkeit mit übermenschlichen Talenten und Kräften. Sein Wille sei autonom, kein anderer ihm gewachsen gewesen. Er allein soll über alles bestimmt haben, was für Politik, Wirtschaft, Kultur und schließlich für die Kriegsführung entscheidend war. Dem Diktator eines modernen Industriestaats wird eine Rolle zugeschrieben, die sogar bei einem orientalischen Despoten der frühen Antike unvorstellbar wäre.

Hitler war jedoch kein altertümlicher Tyrann. Seine politische Macht hat sich in einem System entfaltet, das seine festgesetzten Rahmen und seine Spielregeln, sein kompliziertes Netz der Informationen und Kompetenzen besaß. Hitler verstand das bestehende System, das er angeblich „revolutionär" verwandeln wollte, für seine Zwecke auszunutzen. Doch geschah dies auf der Basis von Abhängigkeiten, die zwar austauschbar waren, doch stets gegenseitig wirkten.

Der Politiker Hitler war nie allein, niemals in seiner ganzen Karriere. Je höher er aufstieg, desto besser funktionierten die Bindungen: zur Wirtschaft, zur Armee, zur Bürokratie, zu jenen sozialen Gruppen, kurz gesagt, die der „Revolutionär" so stark verachtete. Zitelmann hat zweifellos Recht, wenn er mehrmals betont, wie geschickt Hitler handelte, sooft er eine Gruppe auf Kosten der anderen eliminierte oder doch auf weniger bedeutende Positionen abdrängte. In der letzten Phase seiner Herrschaft handelte er indes so, als ob ihm das vorkapitalistische „Gesetz von Kopernikus-Gresham" einleuchtete: „Schlechtes Geld verdrängt das gute".

Bis dahin standen ihm hochqualifizierte Spezialisten aller Art zu Diensten, fast immer ungezwungen. Natürlich war er keine Marionette in den Händen der „bösen Kapitalisten" oder „kriegslustiger Generäle", wie es immer noch einige Geschichtsschreiber unserer Hemisphäre sehen wollen. Nichtsdestoweniger war er, der „Revolutionär", tief in eine – nicht von ihm allein – geschaffene Ordnung eingebunden. Er stand an der Spitze, weil er eine überdurchschnittliche Begabung besaß, sich Menschen unterzuordnen, die an sich besser waren als er: intellektuell, professionell, vielleicht sogar menschlich. Allerdings schließt das eine gemeinsame und komplexe Handlungsweise und eine daraus entstehende gemeinsame Verantwortung nicht aus. Die v o n Hitler oder – besser gesagt – m i t Hitler an der Spitze geschaffene Ordnung könnte im Grunde nur deshalb „revolutionär" genannt werden, weil in ihrem Rahmen die nackte Gewalt herrschte, welcher viele menschliche Existenzen zu Opfer fielen. Einer ungeschriebenen Regel (oder einer allgemeinen Vorstellung) zufolge müssen Elemente bzw. Erscheinungsformen der Gewalt in jeder Revolution vorhanden sein. Das Ausmaß der Gewalt, das zwischen Januar 1933 und September 1939 in Deutschland herrschte, also bevor der grausame Krieg ausbrach, galt damals wie heute in der Tat als Charakteristikum einer Revolution, die tatsächlich nie stattgefunden hat.

Vielmehr herrschte im Lande eine Rationalität der Wirtschaft, der Verwaltung, der zwischenmenschlichen Beziehungen, eine „konkrete Ordnung" – nach Carl Schmitts theoretischer Prophezeiung. Diese Rationalität war Hitlers unzähligen Helfershelfern zu verdanken. Ihr Grenzwert erwies sich während der Judenvernichtung.

Dazu blieb eine bestimmte Zielsetzung erhalten, nämlich die Verwirklichung der agrarischen Utopie im Osten. Als sie nach Stalingrad und der verlorenen Panzerschlacht im Sommer 1943 zusammengebrochen war, löste sich der Diktator fast von allen seinen begabtesten Anhänger oder distanzierte sich wenigstens von ihnen. Es blieben danach in seiner nächsten Umgebung der zynische Propagandist, der grausam-farblose Sekretär, der Massenmörder – im Namen eines blutigen Rassenwahns – und noch ein paar Getreue, die vielleicht etwas Pervers-Revolutionäres repräsentiert haben mögen.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vielleicht auch deshalb Hitlers erstaunlicher Respekt (oder sogar Bewunderung) gegenüber der marxistischen Revolution, Stalin inbegriffen. Nach dem, was Rainer Zitelmann uns in jenem Punkte mitzuteilen hat, bewunderte der deutsche Diktator Stalins „standrechtliche Mentalität" bei der Lösung politischer Konflikte und Stalins zerstörerische Effizienz zur Steigerung eigener Macht (S. 446). Der nackte Terror stellt sich also in den Vordergrund. Marxistische revolutionäre Massenbasis und das ideologische Ethos waren im Grunde genommen zweitrangig. Vulgärer Sozialdarwinismus rassistischer Prägung – nicht der siegreiche Akt kämpfender Minderheiten – war der höchste Wert, dem entsprechend sich die Revolution vollendete.

Die zwiespältige geistige Beziehung zum „Bolschewismus" und die „Stellung zu Stalin" (S. 440 ff.) waren offensichtlich komplexer und entwickelten sich im Laufe der Zeit, worüber Zitelmanns Buch gründlich und ausführlich informiert. Dem Leser bleibt dabei das Urteil überlassen, inwiefern – im Rahmen der Totalitarismustheorie – Noltes Frage „Was war früher?" durch das vom Autor gesammelte Material als berechtigt erwiesen wird.

Die Fragestellung scheint sinnlos zu sein. Ich bin weit davon entfernt, Rainer Zitelmann etwas vorzuwerfen, was er nicht einmal indirekt geäußert hat. Die kategorische Schlußfolgerung des Verfassers über Hitlers Ziele (S. 465) – warum aber Hitlers allein? – beruht jedoch, meiner Ansicht nach, auf verfehlten methodologischen Grundlagen. Zitelmann analysiert, manchmal etwas wahllos, Vorstellungen und Wunschdenken, um nicht zu sagen: Träumereien, deren Beziehung zu historischen Realitäten meist fragwürdig war. Gewiß blieben Hitlers Ziele während seines Lebens als Politiker nicht ausschließlich auf „Kriegsziele" (H.-R. Trevor-Roper) reduziert, obwohl der Krieg – die höchste Dramatisierung des Kampfes – sein „Selbstverständnis" schließlich fast total erfaßte. Sie waren aber im Sinne einer Subsumierung zu Judenvernichtung und territorialen Eroberungen (E. Jäckel) verengt. Der Krieg, wie jeder Krieg, hatte seine eigene „Grammatik" (nach Clausewitz' Prinzip), d.h. seine eigene Zweckmäßigkeit. Eine Vorstellung der künftigen Welt war natürlich dem Diktator und seiner Gefolgschaft eigen. Dennoch läßt sich aus den Fakten noch keine logische Beziehung zwischen Worten und Taten feststellen, wie stets beim politischen Handeln, sei es auch bei einem zum Kriminellen pervertierten Handeln. Im Zusammenhang zwischen Worten und Taten gibt es keinen Platz für „Revolution", und zwar nicht aus dem Grunde, daß „der Faschismus von Natur aus konterrevolutionär" gewesen sei, wohl aber deswegen, weil es die Tatsachen nicht erlauben. „Faschist" oder Nicht-„Faschist" – persönlich bin ich eher gegen solche Typologie –, vertrat Hitler doch nicht nur sich selbst, auch nicht seine immer weniger bedeutende Bewegung. Sein „revolutionäres Selbstverständnis" ist nach den Kriterien der deutschen Geschichte zu messen, und diese Kriterien sind am Ende entscheidend.

Ich will Hitler als Phänomen der deutschen Geschichte keineswegs ausschließlich nach kriminellen, nicht einmal allein nach ethischen Kategorien beurteilen.

Er war, ob wir es wollen oder nicht, doch ein Produkt sowohl seiner Epoche wie auch seiner Nation. Sein „Selbstverständnis" war sicherlich relevant, aber nur bis zu dem Punkt, bis zu dem es sich verwirklichen konnte. Der „revolutionäre" Faktor in jenem Selbstverständnis – angenommen, er war aufrichtig und kohärent genug – bilanzierte sich in der Praxis bedeutend bescheidener als in der Darstellung Rainer Zitelmanns.

*

Als überaus hilfreich gegen diese Suggestion erweist sich – weil es Zitelmanns Thesen Punkt für Punkt widerlegt – das imposante Werk *Hans-Ulrich Thamers* über Deutschlands Geschichte in den Jahren 1933–1945, d.h. über die Zeit der Herrschaft Hitlers, aber mit erweitertem Ausblick auf die Periode der „Vorbewegung". Unter dem Titel ›Verführung und Gewalt‹ bietet der Historiker von der angesehenen Universität in Münster auf über 800 Druckseiten eine akribische und doch allgemein verständliche Geschichte der Nazi-Ära.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mein erstes Urteil über das Buch war sozusagen von akademisch-professionellen Maßstäben bestimmt. Nach den an polnischen Universitäten verbindlichen Regeln, die den Studenten im Fach „Geschichtswissenschaft" Pflichtlektüren vom Typus eines Lehrbuches vorschreiben, muß Thamers Buch durchaus empfohlen werden. Das Buch ist makellos konstruiert, die Sprache klar, die Argumentation überzeugend. Die Abbildungen sind sehr sorgfältig gewählt, ebenso die Karten. Anmerkungen sind nicht ermüdend übertrieben, Literaturnachweise ausreichend, und das Personenregister ist musterhaft. Es ist, kurz gesagt, alles vorhanden, was die Lektüre leichter und effizienter macht. Das Buch ist so modern ausgestattet, daß es höchsten Ansprüchen genügt.

Es ist gleichzeitig die Geschichte Deutschlands – im Sinne eines Staates mit breitem Aktionsradius – und der Deutschen – im Sinne einer Nation mit ihren Gemeinsamkeiten, aber auch Spaltungen und Konflikten. Ihre Lebensfäden, die Massenkultur und das alltägliche Leben im Privaten sind ausreichend berücksichtigt und genauso sorgfältig wie die große Politik beschrieben.

Von einem so ehrgeizigen und brillanten Versuch, die Geschichte der Nazi-Ära zusammenfassend darzustellen, ist aber doch auch die Antwort auf fundamentale Fragen zu erwarten. Der Leser fühlt sich berechtigt, nach der Lektüre eindeutig zu wissen, w a r u m das alles geschah, welche Ursachen und welche Faktoren die ganze Entwicklung bestimmt und gestaltet haben.

Die erste Antwort auf solche Fragen gibt der Titel: Verführung und Gewalt. Der Titel ist immer der kürzeste Ausdruck des Inhalts, und so offenbar auch hier. Auf den ersten Blick läßt sich der Ausdruck „Verführung und Gewalt" mit der traditionellen Denkweise vergleichen, welche die Hitlerherrschaft (d.h. Hitlers Erfolge) aus dem Zusammenwirken von „Propaganda und Terror" erklärt. Zahlreiche Autoren der vierziger und fünfziger Jahre hielten sich an diese Gesamterklärung, unterschiedlich akzentuierend, manchmal in Verbindung mit anderen Faktoren. Indes ist jenes Interpretationsmodell doch nur begrenzt geeignet, den allmählichen Aufstieg der Nazis zu erklären, sogar in der Phase der akuten Krise in den frühen dreißiger Jahren.

Auch Thamers Buch ist in dieser Hinsicht nicht besonders originell. Was die „Voraussetzungen" angeht (S. 22ff.), finden wir fast alles, was wir schon früher wußten. Andererseits ist des Verfassers These von der deutschen „Ungleichzeitigkeit" (S. 40ff.) bestimmt beachtenswert. Thamer unterstreicht die auffallende Diachronie der deutschen soziokulturellen Entwicklung infolge des gleichzeitigen Ablaufs mehrerer jener wichtigen Prozesse, die sich im kontinentalen Westeuropa und auf den britischen Inseln über Jahrzehnte, wenn nicht über Jahrhunderte entfalteten. Diese Entwicklung – die These hat Hans-Ulrich Thamer übrigens von Michael Stürmer übernommen[3] – habe, so Thamer, zu einer explosiven „Nationalisierung der Massen" geführt, die ihrerseits bestehende Spannungen noch verstärkte. Zentrifugale Kräfte gaben der weiteren Entwicklung eine ungeheure Dynamik, verschärften jedoch die bestehenden sozialen Gegensätze, anstatt sie auszugleichen. Thamers Behauptung, daß die Autoritäten sowohl in der politischen Willensbildung wie auch bei der Ausübung der zentralen Macht im Grunde genommen nie in Frage gestellt werden, scheint mir absolut richtig zu sein. Dies galt auch für das Problem der Identität der Deutschen. „Quis judicabit?" – wer die Entscheidungsmacht (und das Recht!) besitze, war nach wie vor dem Staate überlassen. Wer aber zur Repräsentation des Staates – und in welchem Maße – geeignet war, blieb seit der Reichsgründung offen. Der Streit um Repräsentation steigerte sich parallel mit der schnellen industriellen Entwicklung des Reiches, mit der wachsenden Komplexität der Arbeitsverteilung und mit deren sozialen Folgen.

In seinem neuesten Buche[4] versucht Eberhard Jäckel, die politische Entwicklung Deutsch-

[3] Michael Stürmer, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918, Berlin 1983, S. 95f.

[4] Eberhard Jäckel, Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lands – vom Kaiserreich bis zur Weimarer Republik – in Kategorien eines großen Wettbewerbs zwischen zwei antagonistischen Blöcken: der „Rechten" und der „Linken" darzustellen. Jäckel nennt sie konventionell „Monarchisten" und „Demokraten", um zu beweisen, daß die „Linken" allmählich, aber unaufhaltsam die Oberhand gewannen, bis ihnen die „Radikalen" (Kommunisten und Nazis) das – parlamentarische – Spiel verdorben haben.

Im Grunde vertritt Thamer eine ähnliche Meinung, doch erweitert er seine Erwägungen – im Vergleich zu Jäckels Buch – um wichtige soziokulturelle Komponenten, die im Laufe der „Ungleichzeitigkeit" der deutschen Geschichte den künstlichen und unseligen Ausgleich zwischen dem Obrigkeitsstaat und der Industriegesellschaft zerstören mußten. Der Krieg und die kriegerische Erfahrung beschleunigten den Prozeß noch. Thamer hebt hier die Funktion der Ideologie hervor, nicht der Ideologie als solcher – wie stets in den Totalitarismustheorien –, sondern der konkreten Ideologie: auf Frustrierung gebaut, aus extrem nationalistischer und im „Freund-Feind"-Verhältnis gestalteter Doktrin zusammengesetzt.

Dem Buche Thamers kommt es zweifellos zugute, daß der Autor weniger methodologischen Konzepten vom Typus „Totalitarismus" und „Faschismus" als den bewiesenen Fakten vertraute. Dennoch ist die These von der „Ungleichzeitigkeit", die die Evolution des deutschen politischen Denkens und Handelns gekennzeichnet habe, nicht so ganz überzeugend. Mag sein, daß die Ursprünge des extremen Rechtsradikalismus in der komplexen Entwicklung der Kultur – insbesondere der politischen – auffindbar sind. Es wäre unangebracht, in dieser Hinsicht einen deutschen Spezialisten von außen zu kritisieren. Theorie und Praxis der Nazi-Herrschaft mit ihrem Eroberungswillen betrafen aber zu bestimmten Zeiten andere Nationen, und zwar viel schmerzlicher als die Deutschen. Die Vertreter jener Nationen sind also durchaus berufen, zum Problem der Nazi-Herrschaft als kompetente Historiker, nicht nur als Moralisten, zu reden. Für sie stellt sich die Frage, ob der „Verführung" nicht eben diejenigen zum Opfer fielen, die sich ohne großen Widerstand verführen ließen.

In der endgültigen Bilanz der Nazi-Herrschaft ist aber – wenigstens von außen gesehen – nicht das Problem der Ursachen und Ursprünge schwerwiegend, nicht die Machtergreifung allein bzw. – besser – die friedliche, legale M a c h t ü b e r n a h m e , irreführend „nationale Revolution" genannt. Wirklich relevant, und zwar vom Standpunkt der allgemeinen Geschichte aus, war die Machtausübung, nicht unbedingt erst, doch spätestens von dem Moment an gerechnet, als sie auf andere Nationen ausgedehnt wurde. Den Anfang machte man in Polen, das ein Versuchsfeld für alle künftigen Grausamkeiten war, wo der Massenmord – nach der geeignetsten Definition des Genozides[5] – fast am ersten Tag der Besatzung begann.

Es geht hier aber nicht um ein Sündenregister, sondern um eine wissenschaftliche Kritik. Von wissenschaftlichen, genauer gesagt, von methodischen Kriterien ausgehend, möchte ich zum Schluß einen, wie ich glaube, gravierenden Einwand zum Ausdruck bringen. Verführung und Gewalt sind – methodisch gesehen – keine komparablen Faktoren. „Gewalt" ist meßbar, vor allem nach der Zahl der Opfer. „Verführung" dagegen ist ein Problem der sozialen Psychologie. Eine Thematisierung, die sich nicht materialisieren läßt, ist aber kaum vorstellbar. Sonst bleibt der Vergleich in der Sphäre der Metapher.

Dennoch haben wir es mit einem wichtigen Ereignis in der deutschen Geschichtsschreibung zu tun, das nicht nur die deutschen Leser erreichen sollte.

Franciszek Ryszka
Universität Warschau

[5] Vgl. Raphael Lemkin, Axis Rule in Occupied Europe: Laws of Occupation, Analyses of Government, Proposal of redress, Washington 1944, S. 79 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notiz

DAS ARCHIV DER „SOCIETY FOR THE PROTECTION OF SCIENCE AND LEARNING" (SPSL)

Die „Society for the Protection of Science and Learning" wurde im Jahre 1933 unter dem Namen „Academic Assistance Council" von einem kleinen Kreis führender Gelehrter ins Leben gerufen. Dessen Gründer, unter ihnen William Beveridge, Ernest Rutherford und Leo Szilard, sahen voraus, daß es in Deutschland zu Massenentlassungen akademischer Lehrer durch das NS-Regime kommen würde. Hauptziel des Council war die Unterstützung dieser Flüchtlinge bei der Stellensuche sowie die Vermittlung kurzzeitiger Forschungsaufträge als Überbrückungshilfe. Finanziert wurde diese Tätigkeit durch Spendenaufrufe an die Kollegenschaft, die Geschäftswelt und die jüdischen Gemeinden in Großbritannien. Als 1936/37 die Hilfsersuchen an den Council stetig zunahmen, kam es zur Neugründung der Organisation unter ihrem heutigen Namen und zur Einrichtung eines Beirats, eines geschäftsführenden Vorstands, eines Stipendienausschusses und eines kleinen Büros.

Bis Kriegsbeginn hatten sich fast 2.000 Personen mit Hilfsersuchen an die Society gewandt; zu den vertriebenen Wissenschaftlern aus Deutschland gesellten sich Flüchtlinge aus Österreich, Italien und Spanien. Ihre finanzielle Unterstützung erfolgte nunmehr zum Teil aus staatlichen Mitteln über das „Central Committee for Refugees". So konnte die während des Krieges in Cambridge ansässige Society ihre Anstrengungen vor allem darauf richten, die Folgen des Internierungserlasses von 1940 für ihre aus dem „feindlichen Ausland" stammenden Klienten zu mildern und ihnen die Fortsetzung ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu ermöglichen. Nach 1945 hat die SPSL zugunsten geflüchteter Wissenschaftler aus Ländern wie Chile, Polen, Vietnam und Südafrika in begrenztem Maße weitergewirkt. 1959 erfolgte ihre Reorganisation als eingetragener Verein unter Leitung eines Council of Management. Nach dem Ausscheiden der langjährigen Sekretärin der Society, Esther Simpson, wurde die Verbandsarbeit in Bürogemeinschaft mit dem „World University Service" in London fortgesetzt.

Das Archiv der Society ist 1956 in die Bodleian Library der Universität Oxford verbracht worden, um dort Lord Beveridge für seine Geschichte der AAC/SPSL zur Verfügung zu stehen (William Beveridge, A Defence of Free Learning, London 1959). Seit kurzem ist der Bestand zur Gänze verzeichnet. Er umfaßt annähernd 600 Aktenboxen, darunter etwa ein Drittel Verwaltungsschriftgut; der Hauptteil besteht aus Personalakten vertriebener Wissenschaftler. Die erstgenannte Überlieferung enthält Sitzungsprotokolle der Verbandsgremien, Haushaltsunterlagen und Sachakten, so etwa zu den Spendenkampagnen der Society oder zum Problem der Ausländerinternierung von 1940, sowie Verzeichnisse von verfolgten Wissenschaft-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lern nach Nationalität, Religion und akademischen Fachbereichen. Ebenfalls vorhanden sind Korrespondenzen mit Geldgebern, Förderern und aktiven Mitgliedern, darunter so hervorragenden Persönlichkeiten aus Kultur, Politik und Wirtschaft wie Alfred Edward Housman, Gilbert Murray, Lord Beveridge, Lord Cecil of Chelwood, Sir Robert Waley Cohen und Israel Sieff. Besonders bemerkenswert sind die umfangreichen Korrespondenzen mit in- und ausländischen Stellen. So stand die SPSL in Großbritannien mit Universitäten, örtlichen und überregionalen Hilfsorganisationen für Flüchtlinge, Firmen, Institutionen wie der Royal Society und der British Academy sowie deutschen, österreichischen, tschechischen und polnischen Exilvereinigungen in Kontakt. Die Korrespondenzen mit dem Ausland enthalten intensiven Briefwechsel mit Hilfsverbänden vor allem in Frankreich, Schweden, der Schweiz und den Vereinigten Staaten, daneben in geringem Umfang Unterlagen aus Deutschland, Spanien und Österreich und Sammlungen nationalsozialistischer Druckschriften. Korrespondenzen mit übernationalen Einrichtungen wie dem Völkerbund und den Carnegie- und Rockefeller-Stiftungen liegen ebenfalls vor.

Im Mittelpunkt des SPSL-Archivs steht die in zwei Abteilungen gegliederte Folge von Personalakten vertriebener Wissenschaftler. Ihr Hauptteil umfaßt Emigranten, die bei der Society als Stellensuchende registriert waren und/oder Stipendien von ihr bezogen; er ist nach Fachgebieten – mit einer Untergliederung im medizinischen Bereich von Anatomie bis Veterinärmedizin – alphabetisch geordnet. Diese Unterlagen werden durch zwei Aktenserien ergänzt, die Korrespondenzen mit dem Home Office über Einbürgerungsanträge der Geförderten bzw. Sammlungen ihrer wissenschaftlichen Aufsätze und kleineren Veröffentlichungen enthalten. Eine zweite Abteilung in alphabetischer Namensabfolge betrifft Wissenschaftler, die mit der Society Verbindung aufgenommen hatten, aus unterschiedlichen Gründen jedoch nicht in das Vermittlungs- und Stipendienprogramm einbezogen wurden. Die Einzelvorgänge weisen erhebliche Umfangsunterschiede auf, enthalten aber in der Regel Lebenslauf, Empfehlungsschreiben, Werkverzeichnis und Korrespondenz mit dem oder über den Antragsteller. Mitunter erstreckt sich der Briefwechsel auch auf die Jahre nach Beendigung der Hilfsmaßnahmen. Sämtliche akademischen Disziplinen sind vertreten, am häufigsten die großen Wissenschaftsgebiete.

Viele der von der SPSL unterstützten Emigranten waren oder wurden führende Persönlichkeiten ihres Fachs, so etwa Max Born, Otto Robert Frisch, Nicholas Kurti, Sir Rudolf Ernst Peierls, Leo Szilard und Edward Teller in der Physik, Engelbert Broda, Kasimir Fajans und Karl Jellinek in der Chemie, Richard Courant, Kurt Mahler und Richard Rado in der Mathematik oder Sir Ernst Boris Chain, Sir Hans Adolf Krebs und Max Perutz in der Biochemie. Die Kunstgeschichte wird durch Namen wie Sir Ernst Gombrich, Erwin Panofsky, Sir Nikolaus Pevsner und Johannes Wilde repräsentiert, die Philosophie durch Theodor W. Adorno und Paul Kristeller, die Geschichtswissenschaft durch Francis Carsten, Victor Ehrenberg, Gustav Mayer und Sigfrid H. Steinberg. Andere berühmte Persönlichkeiten erscheinen als Verfasser von Empfehlungsschreiben, darunter Albert Einstein, Aldous und Julian Huxley, Bertrand Russel und Ludwig Wittgenstein. Auch die zweite Abteilung der

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Personalakten enthält bekannte Namen, Max Brod, Erich Fromm, Karl Mannheim oder Rudolf Olden etwa, sowie Hilfeersuchen Dritter zugunsten von Bertolt Brecht und Heinrich Brüning.

Das Archiv der SPSL stellt für die biographische Forschung und für Untersuchungen zum Einfluß der vom Nationalsozialismus ausgelösten Wissenschaftswanderung auf Kultur- und Geistesleben der westlichen Welt eine wesentliche Quellenüberlieferung dar. Sie ermöglicht darüber hinaus Aussagen zur Reaktion der Gastländer auf diesen Zustrom. Materialien jenseits der Sperrfrist von dreißig Jahren sind frei zugänglich, soweit sie sich nicht auf noch lebende Personen beziehen. Für die Benutzung der letztgenannten Akten und von jüngerem Schriftgut ist eine Genehmigung beim Sekretariat der Society (20–21 Compton Terrace, London N1 2UN) zu beantragen; gleiches gilt für das Kopieren und für die Veröffentlichung von Dokumenten. Nähere Auskunft über das Archiv erteilt das Department of Western Manuscripts, Bodleian Library, Broad Street, Oxford OX1 3PG.

Nicholas Baldwin, Oxford

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Hellmuth Auerbach, Carlo Schmid's First Years in Politics: Cooperation and Confrontation with French Occupation Authorities 1945–1948

In the years following 1945, Carlo Schmid, an authority on the French culture and language, became one of the most outstanding politicians in Western Germany. His first years in politics are the subject of this study. Schmid's career began in Tübingen where he became the first head of government of the French occupied Land of Württemberg-Hohenzollern. He was also a member of the government Württemberg-Baden in Stuttgart, then under American control, and therefore the main link in this country split by zonal borders. Schmid played an important part in constitutionmaking in both Württembergs and at the Munich Conference of the Minister-Presidents of the German Länder in June 1947. He joined the SPD in January 1946 and represented the federalist right wing in the party. In the foundation-phase of the Federal Republic – in the Parliamentary Council in particular – Schmid proved to be a brilliant figure. The main aspects of French occupation in Germany are also shown in the article through the analysis of Schmid's relations with the French.

Günter Morsch, On Strike in the Third Reich

In Nazi Germany strikes were never formally forbidden by law. Instead in the Third Reich the anti-strike-policy was implemented by stigmatising strikes in general, by depoliticization and by sporadic terrorist actions which were meant to spread fear among the workers – a consciously vague strategy. Conflicts between state and party organisations were tolerated in order that the persecution apparatus could function with flexibility. Thus, the Nazi conception of fighting and preventing strikes had less the character of a fully organized and detailed plan, rather it was based on experience, pragmatism and „common sense". One could call this strategy „calculated improvisation". As a result, the administration, the Gestapo and the DAF were at no time fully capable of preventing strikes. (Between January 1936 and June 1937, for example, over 250 strikes took place. These are analysed here in detail.) The tactics of „calculated improvisation", however, prevented the orchestration of strike action by leading anti-Nazi workers.

Michael Wolffsohn, The German-Israeli *Wiedergutmachungsabkommen* of 1952 in International Perspective

This article describes attitudes and actions of the Truman and Eisenhower Administrations as well as the position of the Soviet leadership towards West Germany's restitution agreement with Israel. It also analyzes the approach of Austrian politicians and the representatives of the German Democratic Republic to the restitution issue.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unpublished documents from the United States, Israel, the Federal Republic of Germany and Great Britain are presented and interpreted for the years 1950 to 1956. It is argued, firstly, that West Germany's decision in favour of financial „Wiedergutmachung" (restitution) was made despite and not because of U.S. influence and that, secondly, the German Democratic Republic did not flatly refuse to consider the problem. Thirdly, that Austrian politicians of all major parties tried to circumvent the issue for as long as possible and, in doing so, were not discouraged by Israeli representatives. Austria's willingness to pay a symbolic sum was influenced by American-Jewish pressure.

Hanns Jürgen Küsters, Chancellor in Crisis. Adenauer's Off the Record Talks with Journalists between the Berlin Ultimatum and the Election of the President of the Federal Republic in 1959

Khrushchev's Berlin Ultimatum of November 1958 forced the Federal Government in Bonn to reflect on possible reactions of the Western Allies in case of a change in the Four Power Status of Berlin. At the beginning of 1959 Adenauer discussed with a few German journalists, off the record, various options of a more flexible attitude on the question of reunification. The reports of three participating correspondents reveal his appraisal of the Kremlin's tactics and consequences of a revised American Berlin policy and of British disengagement. Adenauer's candidature for the Presidential Election which was announced in April and had initiated a CDU party crisis about his follower in office, was also a subject of these talks. But it was Dulles' death and the uncertain results of the Geneva Conference on Germany and Berlin, as well as Adenauer's scepticism concerning his potential successor Erhard that finally kept him in office.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte